SOZIALISTISCHE POLITIK

März 1970 — 5

Die Konjunkturlage der BRD Anfang 1970

Warenzirkulation und Formen des Geldes

Zentralisation und Konkurrenz der Kapitale

Zur Analyse der Septemberstreiks 1969

Brasilien: Der beschleunigte Ausverkauf

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben am Otto-Suhr-Institut
1 Berlin 33 - Ihnestr. 21

Wolfgang Abendroth

SOZIALISTISCHE POLITIK

2. Jahrgang Nr. 5 März 1970

			Seite
Editorial			1
Aufsätze	Elmar Altvater	Zur Konjunkturlage Westdeutschlands Anfang 1970	2
	Alex Schubert	Warenzirkulation und die Formen des Geldes	47
	Paulo R. Schilling	Brasilien: Der beschleunigte Ausverauf I	61
Diskussion	Eckart Hildebrandt	Zur Analyse der Septemberstreiks 1969	71
		Zum Problem der Zentralisation und Konkurrenz der Kapitale:	
	Alex Schubert	Zur Rezension von Chr. Neusüss: J. Huffschmid: Die Politik des Kapitals, SOPO 4	85
	Christel Neusüss	Replik zu A. Schubert	91

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK

1 Berlin 33, Ihnestraße 21
Postscheckkonto Berlin-West 62010
Anzeigenpreisliste 1/69

Herausgegeben am Otto-Suhr-Institut vom Redaktionskollektiv:

Bernard Langfermann, Susanne Piening, Frank Stern, Hella Stern, Frank Unger, Bobo Langfermann.

Einzelheft DM 3,–; Jahresabonnement incl. Porto DM 12,–; ermäßigtes Abonnement DM 8,– (Studenten, Schüler, Lehrlinge u.a. gegen Nachweis). Abonnementlieferungen nur direkt über die Redaktion.

Nachdruck ist nach Absprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Cover Gil Funccius

Satz Hannes Schwenger Westberlin

Druck Verlag + Druck Westberlin

Beilagenhinweis
Hain-Verlag (Teilauflage), Luchterhand Verlag, Piper Verlag, Rowohlt Taschenbuchverlag; als Eigenbeilage Index von SOPO 1-4/69.

I.

Die Beiträge dieser Ausgabe stellen Resultate von Diskussionen dar, die naturgemäß vorläufigen Charakter besitzen und ihrerseits erneut Diskussionen initiieren und strukturieren sollen. So scheint es notwendig zu sein, wesentliche Bereiche, etwa kontinuierliche Konjunkturanalysen der kapitalistischen Entwicklung, verstärkt in Angriff zu nehmen. Elmar Altvater hat dazu einen ersten Versuch geliefert, der im Kontext zu sehen ist mit dem Beitrag über Warenzirkulation und Formen des Geldes sowie der Diskussion über Zentralisation und Konkurrenz der Kapitale. Doch fehlen in dieser Ausgabe Beiträge, die die internationale Kapitalverflechtung, den unmittelbaren Einfluß des Imperialismus als untrennbar verknüpft mit der Krisenstruktur des westdeutschen kapitalistischen Systems aufweisen. Desgleichen ist es notwendig, die bisher meist nur in Form von Berichten vermittelten Informationen über die unterentwickelt gehaltenen Länder und der dort vorhandenen sozialistischen Bewegungen durch fundierte politisch-ökonomische Analysen in ihrem historischen Zusammenhang darzustellen. Wir versuchen dies mit dem Beitrag über Brasilien, den wir in der nächsten Ausgabe fortsetzen und durch zusätzliche Dokumentationen ergänzen werden.

Die nächsten Ausgaben der SOPO werden weiterhin bestehende Lücken füllen müssen. So gilt es, die Marxsche Krisentheorie und, damit verbunden, die Diskussion um den tendenziellen Fall der Profitrate aufzunehmen.

II.

Die folgenden kurzen Ausführungen – die über den konkreten Rahmen des in dieser Ausgabe Dargestellten hinausgehen – sollen weniger eine historische Kontinuität betonen, als vielmehr auf Lehren verweisen, die Marx, Engels und Lenin für die Arbeit an einer sozialistischen Zeitschrift oder Zeitung gegeben haben. Das soll helfen, die eigene Position nicht zu überschätzen, jedoch die Zuordnung theoretischer und politisch-organisatorischer Arbeit zu bestimmen.

Wenn Marx in den DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN JAHRBÜCHERN schreibt, daß das "was wir gegenwärtig zu vollbringen haben... die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden" sei (MEW 1, 344), so ist das durchaus für eine sozialistische Zeitschrift heute zutreffend. Die "Reform des Bewußtseins", die Marx damit anstrebte, bedeutet aber nicht nur die unerbittliche Kritik des bürgerlichen Staates, sondern auch das, was Marx als die Tendenz der JAHRBÜCHER umschrieb: Selbstverständigung. Und dies ist umso wesentlicher, je offensichtlicher es wird, daß sowohl die revolutionäre Theorie als auch die Erfahrungen der Arbeiterbewegung für den größten Teil der lohnarbeitenden Klasse verschüttet sind.

Wir sind nicht der Meinung, daß die theoretische Klärung marxistischer Positionen schon mechanisch und automatisch die unmittelbare Strategie für den täglichen Kampf ergibt. Eine theoretische Zeitschrift wie die SOPO hat daher ihr Vorbild eher in der NEUEN RHEINISCHEN ZEITUNG – POLITISCH-ÖKONOMISCHEN REVUE – oder in der SARJA als z.B. in der NEUEN RHEINISCHEN ZEITUNG, dem revolutionären Kampfblatt von 1848/49. In der Ankündigung der POLITISCH-ÖKONOMISCHEN REVUE schreiben Marx und Engels:

"Das größte Interesse einer Zeitung, ihr tägliches Eingreifen in die Bewegung und unmittelbares Sprechen aus der Bewegung heraus, die Widerspiegelung der Tagesgeschichte in ihrer ganzen Fülle, die fortlaufende leidenschaftliche Wechselwirkung zwischen dem Volke und der Tagespresse des Volkes, – dies Interesse geht notwendig bei einer Revue verloren. Die Revue gewährt dagegen den Vorteil, die Ereignisse in größeren Umrissen zu fassen und nur bei dem Wichtigeren verweilen zu müssen. Sie gestattet ein ausführliches und wissenschaftliches Eingehen auf die ökonomischen Verhältnisse, welche die Grundlage der ganzen politischen Bewegung bilden." (MEW 7,5)

Die Verpflichtung, "alle Grundlagen des bestehenden politischen Zustandes zu unterwühlen" (MEW 6, 234) und die Analyse und Kritik der sozialistischen Bewegungen sind aber untrennbar verbunden mit dem, was Marx und Engels in der letzten Ausgabe der NRhZ schrieben, nämlich daß ihr letztes Wort immer und überall sein werde:

"Emanzipation der arbeitenden Klasse!" (MEW 6, 519)

Das soll keine phraseologische Beschwörung sein, sondern auf die Schwierigkeit hinweisen, die die Redaktionsarbeit an der SOPO zur Zeit bestimmt. Verbindliche wissenschaftliche Arbeit einerseits, gekoppelt mit politisch-didaktischen und organisierenden Funktionen andererseits, ergeben notwendig eine theoretische Linie, die sich nicht von rein studentischen oder intellektuellen Interessen bestimmen läßt. W.I. Lenin hat in seinem Kampf gegen Handwerkelei und Zirkelwesen in ganz besonderer Weise die Instrumente Zeitung und Zeitschrift genutzt. Was er über die Rollen der ISKRA und der SARJA als sozialistische Organe schrieb, soll anstelle langer Ausführungen mit zwei exemplarischen Zitaten belegt werden:

"Was die Verteilung der von uns ins Auge gefaßten Themen und Fragen zwischen Zeitschrift und Zeitung betrifft, so wird diese Verteilung ausschließlich durch den unterschiedlichen Umfang dieser Organe sowie durch die Verschiedenheit ihres Charakters bestimmt werden: die Zeitschrift soll vorwiegend der Propaganda, die Zeitung vorwiegend der Agitation dienen. Aber sowohl in der Zeitschrift als auch in der Zeitung müssen sich alle Seiten der Bewegung widerspiegeln, und besonders betonen möchten wir, daß wir den Plan ablehnen, wonach die Arbeiterzeitung ausschließlich das veröffentlichen soll, was die spontane Arbeiterbewegung und am nächsten berührt, während dem Organ für die Intellektuellen alles überlassen bliebe, was ins Gebiet der Theorie des Sozialismus, ins Gebiet der Wissenschaft, der Politik, der mit der Parteiorganisation zusammenhängenden Fragen usw. fällt. Im Gegenteil, notwendig ist gerade die Verbindung aller konkreten Tatsachen und Erscheinungsformen der Arbeiterbewegung mit den erwähnten Fragen, notwendig ist die Beleuchtung jeder einzelnen Tatsache durch die Theorie, notwendig ist die Propagierung der politischen und parteiorganisatorischen Fragen in den breitesten Massen der Arbeiterklasse, notwendig ist die Einbeziehung dieser Fragen in die Agitation." (LW 4, 322 Entwurf einer Ankündigung der Redaktion)

Im letzten Editorial der SOPO wurde auf die Bedeutung der Rekonstruktion der Kritik der Politischen Ökonomie hingewiesen. Die Fortführung und Entwicklung der revolutionären Theorie ist aber nicht von den Funktionen zu trennen, die eine sozialistische Zeitschrift als kollektiver Organisator langfristig erfüllen muß.

"Die Rolle der Zeitung beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Verbreitung von Ideen, nicht allein auf die politische Erziehung und die Gewinnung politischer Bundesgenossen. Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken." (LW 5, 11, Womit beginnen?)

Redaktionskollektiv

Elmar Altvater

Zur Konjunkturlage der BRD Anfang 1970

Versuch einer Methodik für Konjunkturanalysen +)

I. Einleitung

Die Notwendigkeit der Konjunkturanalyse muß politisch begründet werden. Für die Praxis der Sozialisten wird die Analyse der objektiven ökonomischen Bedingungen des Klassenkampfes in dem Maße notwendig, wie sich die Organisiertheit an Kriterien der Verbindlichkeit in der Arbeit – das beinhaltet auch eine längerfristige Perspektive – und der Verbreiterung der Basis außerhalb der Sozialisationseinrichtungen und innerhalb der proletarischen Massen erweist. Die daraus abgeleiteten Versuche zur Aufarbeitung der politischen Ökonomie dürfen sich jedoch nicht mit der "Rekonstruktion der politisch-ökonomischen Theorie" in der Auseinandersetzung mit revisionistischen Strömungen verschiedenster Couleur (1) zufriedengeben, sondern müssen in der Beschaffung von konkreten Analysen der Entwicklungsmöglichkeiten und -erwartungen des Kapitalismus resultieren. Denn nur als Einheit von theoretischer Reflexion der verwendeten Kategorien und deren konkreter Anwendung in aktuellen Analysen kann sie ihrer Aufgabe gerecht werden, als revolutionäre Theorie zum Moment revolutionärer Praxis zu werden. Es wäre zwar völlig verfehlt, im Warten auf die ökonomische Krise des Kapitalismus sich zu beschränken; aber die konträre Auffassung von der Bedeutungslosigkeit der ökonomischen Lage für die revolutionären Möglichkeiten, d.h. die Verabsolutierung des "subjektiven Faktors", ist ebenso verfehlt. Einerseits ist revolutionäre Praxis nicht rigide an ökonomische Bedingungen zu knüpfen, wodurch die sozialistische Linke sich zum Sklaven der autonomen Bewegungen des Kapitals machen würde, andererseits aber müssen die konkreten ökonomischen Bedingungen in die Strategie zu reflektierter Praxis mit eingehen. (2) Unter diesem Aspekt hat eine Prognose gesellschaftlicher Entwicklungen immer einen doppelten Charakter: Sie ist einmal Prognose von sozialen Gesetzmäßigkeiten im Sinne von historischen Tendenzen, die bei uns durch die Verwertungszusammenhänge des Kapitals beherrscht sind und als äußerliche Bedingungen in jede Strategie aufzunehmen sind; sie ist zum andern Prognose, die nur dann wahr wird, wenn das prognostizierende Subjekt sich nicht als außerhalb der

+) Die Analyse wurde Mitte Januar 1970 abgeschlossen. An der Diskussion dieses Versuchs waren Bernhard Blanke, Freerk Huisken, Wolfgang Müller, Christel Neusüss beteiligt.

1 Vgl. dazu exemplarisch den Aufsatz von Wolfgang Müller und Christel Neusüss zur Sozialstaatstheorie, der in Nr. 6 der SOZIALISTISCHEN POLITIK erscheinen wird.

2 Dies läßt sich auch am Beispiel der auf der RPK-Arbeitskonferenz (Vgl. ROTE PRESSE KORRESPONDENZ, Nr. 43/44/45 vom 19. Dezember 1969) diskutierten Strategie der Organisierung von Kadern in den Betrieben verdeutlichen. Ob nämlich Studenten in breitem Umfang in Betriebe gehen können, sei es nur aus dem Grunde, die sinnlichen Erfahrungen des Alltagslebens der Arbeiter zu machen, sei es, um in den Betrieben Kader mit aufzubauen, ist nicht zuletzt von der Konjunkturlage abhängig. Bei schlechter Konjunktur ist es äußerst unwahrscheinlich, daß (a) Studenten in größerem Umfang von den Betrieben eingestellt werden, (b) die bereits eingestellten Studenten – im Falle von Entlassungen – nicht als erste entlassen werden und (c) die Praxis "schwarzer Listen" nicht forciert würde. Eine breitangelegte strategische Kampagne, daß Studenten in die Betriebe gehen sollen, wird daher unter anderem auch auf die Grenze stoßen, die die Kapitalverwertung ihr setzt – durch die davon abhängige Einstellungspolitik der Betriebe. Mit dieser Bemerkung ist selbstverständlich nichts gesagt gegen die Notwendigkeit der Betriebsarbeit überhaupt und der Vorbereitung und Koordination der Arbeit von Studenten in Betrieben. Nur, eine Strategie kann sich darauf nicht stützen.

Dinge und Abläufe stehender Beobachter begreift, der nicht nur die objektiven Bedingungen der Realität interpretiert, sondern sie auch verändert. An dieser Stelle, nämlich bei der Bestimmung objektiver Bedingungen und Möglichkeiten für Handlungsspielräume, hat die politisch-ökonomische Analyse ihren Platz.

Bewegung des Kapitals als widersprüchliche Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozeß

Was nun die Konjunkturanalyse angeht, so ergibt sich dabei eine große Schwierigkeit: Sie beginnt mit den Erscheinungsformen, in denen sich das Heranreifen der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise und deren "Bereinigung" in der Krise ausdrückt. Die Zyklizität kapitalistischer Entwicklung, die Schwankungen zwischen Aufschwung, Boom, Krise und Depression in mehr oder weniger starker Ausprägung (Vgl. dazu Abb. 1), sind als Erscheinungsbilder jedoch nicht ohne Rückgriff auf die sie hervorrufenden inneren Widersprüche selbst zu begreifen. Die Produktion und die sie beherrschenden Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, sind das übergreifende Moment gegenüber Konsumtions-, Distributions- und Zirkulationssphäre und die Kategorien der Distribution – Unternehmergewinn, Zins, Grundrente als Beispiel – lassen sich letztlich alle auf den von den produktiven Arbeitern in der Produktion ausgepreßten Mehrwert reduzieren. (3) Sie sind folglich nur als abgeleitete Formen des Mehrwerts überhaupt zu begreifen. Dennoch führen diese Kategorien als versteinerte Kategorien in der Zirkulationssphäre des Kapitals ein reales Eigenleben, sind also als Erscheinungen nicht bloße Spiegelbilder, sondern haben eine objektive Realität mit eigenen Gesetzmäßigkeiten, die für den Konjunkturablauf wichtig sind. Zins, Unternehmergewinn usw. unterliegen z.B. Verteilungsgesetzen, für die zwar gilt, daß Distributionsverhältnisse nur aus bestimmten Produktionsverhältnissen entstehen und dadurch selbst bestimmt sind. Sie sind aber gerade aus diesem Grunde nur zu begreifen, wenn die Kategorien der realen Bewegung des Kapitals bis zu den konkreten Verteilungsverhältnissen theoretisch entfaltet sind und als verselbständigt erscheinende Formen des Kapitalverhältnisses behandelt werden; also nicht nur in ihrer Bedingtheit durch, sondern auch in ihrer Verselbständigung von dem Produktionsverhältnis.

Ähnliches läßt sich von dem Verhältnis der Werte zu den Preisen sagen. Die Produktion von Werten impliziert, daß nicht bloß (im Kapitalismus) Waren produziert werden, sondern Kapital als sich verwertender Wert, d.h. also, daß auch Mehrwert produziert wird. Also ist in der Produktion der Warenwerte auch die Produktion von Mehrwert impliziert. Die Arbeiter produzieren in gesellschaftlicher Kooperation Waren, der darin enthaltene Mehrwert wird privat vom Kapital angeeignet und ihm – nach Abzug der Revenue – im Akkumulationsprozeß zugeschlagen. Die Analyse von Wertverhältnissen, wie sie Marx im "Kapital" durchführte, verweist auf den Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, auf den Klassengegensatz in der Produktion. Demgegenüber haben Preise, in die die Werte im Zirkulationsprozeß ja transformiert werden, einen scheinbar "neutralen" Charakter . Sie stellen sich dem Ökonomen als "Rechengrößen" mit einer (ihnen innerhalb der bürgerlichen Ökonomie zugeschriebenen) Allokations- und Koordinationsfunktion dar; der in dem Begriff des Werts noch implizierte Klassen- und Ausbeutungszusammenhang ist in der Kategorie der Preise verdeckt und daher auch der Grundwiderspruch, der den Kapitalismus bewegt. Andererseits sind die Bewegungen der Preise im Konjunkturablauf des Kapitalismus äußerst wichtig. Inflationäre Prozesse etwa (4) können tatsächlich

3 Entfällt.

4 Hier wäre allerdings zu differenzieren, ob a) den Preissteigerungen Wertsteigerungen entsprechen oder nicht, ob b) die Wertsteigerungen der Waren durch Wertverfall der Äquivalentware herrühren oder nicht.

die "Allokations- und Koordinationsfunktion" der Preise außer Kraft setzen oder verfälschen. Folgen die Preisbewegungen nicht den Änderungen der Wertverhältnisse, verlieren sie tendenziell ihren Charakter als Informationsträger für den Einzelkapitalisten, so verschärfen sich die Disproportionen im Reproduktionsprozeß und die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft erhöht sich. Preisdisproportionen können zwar nicht als letzte Ursache für kapitalistische Krisen angenommen werden, wohl aber als Indikatoren für sich verschärfende Widersprüche im Reproduktionsprozeß des Kapitals. Man denke an Preisdisproportionen, die durch Lohnerhöhungen in der Boomphase der Konjunktur hervorgerufen werden. Die Ursache hierfür ist der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, der Antagonismus von Lohneinkommen und Profiten, der sich im Kampf um höhere Löhne einerseits und in der Autonomie der Preisgestaltung durch das Kapital auswirkt. Preisdisproportionen sind – zu einem großen Teil jedenfalls – aus dem Versuch zu erklären, den mit der Steigerung der Beschäftigung im Konjunkturaufschwung zunehmenden Anteil der Arbeiterklasse am Sozialprodukt und deren relative Prosperität infolge steigender Löhne durch steigende Preise im Interesse der Erhaltung hoher Profite zu reduzieren. Sie sind also Konsequenzen der Konkurrenz zwischen Kapital und Arbeit um den Wert der Ware Arbeitskraft. Zum anderen resultieren Preisdisproportionen auch aus der Konkurrenz der Einzelkapitale untereinander unmittelbar. Denn die verschiedenen organischen Zusammensetzungen der Einzelkapitale, die Jagd nach Extraprofiten, die unterschiedlichen Mehrwertraten aufgrund unterschiedlich intensiver Ausbeutung der Arbeiter, die verschiedenen Umschlagzeiten der individuellen Kapitale im Rahmen des Gesamtkapitals machen eine kontinuierliche und gleichmäßig-proportionale Preissenkung oder -erhöhung von vornherein unmöglich. Inflation heißt folglich Disproportion. Die Preisdisproportionen ergeben sich folglich aus dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital und der Konkurrenz der Einzelkapitale, also nicht aus dem Zirkulations-, sondern aus dem Produktionszusammenhang. Damit sind sie also auch nicht bloß für die Allokation von Faktoren relevant, wie die Preistheorie postuliert, sondern haben Konsequenzen für die Momente der Kapitalverwertung. Darüber hinaus jedoch sind sie verselbständigte Kategorien, die zusammen mit den übrigen Kategorien des Zirkulationszusammenhangs Eigenbewegungen vollführen, die die Schärfe der Konjunktur, den Zeitpunkt, das Ausmaß mitbestimmen. So wäre es gleicherweise verfehlt, einmal die Konjunkturbewegungen als bloße Zyklen der Zirkulationskategorien zu begreifen und als solche zu erklären und zum anderen die Zyklen als bloße Widerspiegelungen der kapitalistischen Grundwidersprüche zu begreifen, womit dann jede weitere Analyse der Eigenbewegungen der abgeleiteten Kategorien (Preis, Zins, Lohn, Gewinn, Börsenkurse etc.) überflüssig wäre.

Eine brauchbare marxistische Konjunkturanalyse muß also dialektisch und konkret vorgehen. Dialektisch soll heißen, daß einerseits der kapitalistische Produktionsprozeß als widersprüchliche Einheit von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß begriffen werden muß (5). Denn keine Produktion ist möglich, ohne daß gearbeitet wird, und zum reibungslosen Ablauf des Arbeitsprozesses sind bestimmte objektive Produktionsbedin-

5 Dies wird ganz besonders deutlich, wenn Marx darauf verweist, daß – resultierend aus dem Doppelcharakter des Produktionsprozesses – Zweck (Verwertung) und Mittel (Arbeit) in Konflikt miteinander geraten: "Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind... diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muß... Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandnen Kapitals..." Karl Marx: DAS KAPITAL, Band III, Berlin 1961, S. 278 f.

gungen (Produktionsmittel bestimmter technischer Qualität) und spezifische subjektive Produktionsbedingungen (Qualifikationen des Arbeitsvermögens) notwendig, (6) sowie die Aktualisierung dieses Arbeitsvermögens in der bestimmten Arbeit, was auf die allergrößte Bedeutung des "sozialen Friedens" für die Konjunktur verweist – ein Moment, das in der bürgerlichen Ökonomie entweder als selbstverständlich vorausgesetzt wird (die Theorie hat es mit Rechengrößen, nicht mit sozialen Verhältnissen zu tun) oder als "die Kreise störende" Katastrophe, wie in Italien heute, empfunden wird. Zum anderen ist der Verwertungsprozeß des Kapitals die Subsumtion des Gebrauchswerts der Arbeitskraft, nämlich Mehrwert zu erzeugen, unter das Kapital und das heißt, daß der Verwertungsprozeß Ausbeutungsprozeß ist, in dem der Klassencharakter immer wieder manifest hervorbricht. Der Produktionsprozeß kann also nur bei flachster Betrachtung als ein Kombinationsprozeß von Produktionsfaktoren aufgefaßt werden, deren Verhältnis zueinander komplementär (substitutiv, limitational) ist und in dem der Kapitalist als "Herrscher über die Produktionsfaktoren" eine technisch und verwertungsmäßig optimale Faktorkombination wählen und erreichen kann. Einerseits setzt sich der Kapitalist mit dem Kauf der Ware Arbeitskraft als Herrscher über ihren Gebrauchswert in der ihm zur Disposition stehenden fremden Arbeitszeit ein, andererseits hat er es hier nicht bloß mit Gegenständen und Waren, sondern mit lebendigen Menschen zu tun, deren Ausbeutung sie an ihrem Lebensnerv betrifft und daher notwendig immer erneute Konflikte begründet.

Das Postulat der Konkretheit der Analyse aber ergibt sich aus den Eigenbewegungen der Erscheinungen an der Oberfläche der kapitalistischen Wertzusammenhänge. Widersprüche der Produktionssphäre und Eigenbewegungen im Zirkulationszusammenhang gemeinsam können das konkrete Bild der Konjunktur des Kapitals vermitteln.

Zur "Entschärfung der Krisen"

Das Begreifen dieses Problems ist nicht nur methodisch von größter Bedeutung, sondern ist politisch relevant. Denn nur wenn von dem kapitalistischen Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, der sich äußert als Trennung des Produzenten von seinem Produkt, als Widerspruch zwischen Produktionskraft und Konsumtionskraft, zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, abstrahiert wird, wenn also eine daraus resultierende gesetzmäßige Dynamik geleugnet wird, wenn die Bewegungen der Zirkulationskategorien nur als solche und nicht als durch den Produktionszusammenhang bedingte begriffen werden, kann von der Möglichkeit der "Entschärfung der Krisen" und der Verschärfung der Ausbeutung gleichzeitig im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse ausgegangen werden, wie es Huffschmid und Ströhle behaupten (7). In der Produktionssphäre verschärfte Ausbeutung und in der Zirkulation entschärfte Krisen – das paßt nur zusammen, wenn man Produktionssphäre und Zirkulationssphäre voneinander mechanisch isoliert. Die Grundthese von Huffschmid und Ströhle, auf der die Behauptung

6 "... auf der einen Seite die gegenständlichen Produktionsmittel, die objektiven Produktionsbedingungen, auf der andern Seite die werktätigen Arbeitsvermögen, die sich zweckmäßig äußernde Arbeitskraft, die subjektive Produktionsbedingung... Ein Teil des Gebrauchswerts, worin das Kapital innerhalb des Produktionsprozesses erscheint, ist das lebendige Arbeitsvermögen selbst, aber als Arbeitsvermögen von bestimmter, dem besonderen Gebrauchswert der Produktionsmittelentsprechender Spezifikation und als sich betätigendes Arbeitsvermögen, sich zweckmäßig äußernde Arbeitskraft, die die Produktionsmittel zu gegenständlichen Momenten ihrer Betätigung macht und sie daheraus der ursprünglichen Form ihres Gebrauchswerts in die neue Form des Produkts verwandelt." Karl Marx: RESULTATE DES UNMITTELBAREN PRODUKTIONSPROZESSES, Frankfurt 1969, S. 8.

7 Vgl. ROTE PRESSE KORRESPONDENZ, Nr. 43/44/45, vom 19. 12. 1969.

von der "Entschärfung der Krisen" (8) beruht, ist die von der weitgehenden Lösung des "Problems" der Konkurrenz, "wenigstens, was die Preiskonkurrenz angeht..." und der verwirklichten innerkapitalistischen Kooperation zur Sicherung der langfristigen Bedingungen der Ausbeutung und der Erzielung 'normaler" Extraprofite. Und folglich laut Huffschmid und Ströhle:

> "Durch die zunehmende Kollektivierung der kapitalistischen Planung werden auch die traditionellen Krisenmechanismen des Kapitalismus entschärft. Die gemeinsame Planung sowohl innerhalb einzelner Branchen als auch in Zusammenarbeit mit den hierfür zunehmend spezialisierten und legitimierten (!) wirtschaftspolitischen Instanzen des Staatsapparats läßt die Entstehung krasser Disproportionalitäten und damit neuer Strukturkrisen vermeidbar erscheinen... Es wäre eine weder durch die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik noch durch die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten der Beeinflussung gedeckte Spekulation auf den Ausbruch einer schweren (etwa der Rezession 1966/67 entsprechenden) konjunkturellen Krise oder auf das ständige und unvermeidbare Entstehen neuer Strukturkrisen zu hoffen..."

Die Krise 1966/67 erscheint also als bloßer Zufall, der nicht zum zweiten Male vorkommen kann, jedoch läßt sich an den Bewegungsgesetzen des Kapitals nachweisen, daß solche "Zufälle" notwendig die kapitalistische Entwicklung bestimmen.

Denn einmal ist die These von der Aufhebung der Konkurrenz im Monopolkapitalismus und die These von der Krisenfreiheit im banalen Sinne empirisch falsch. Wenn es keine Konkurrenz der "kooperierenden" Kapitale mehr gäbe, wozu dann die großen Werbefeldzüge, selbst das zeitweise Ausbrechen von Preiskonkurrenz, das gegenseitige Übertreffen in technischen Neuerungen und im Ausbau der Produktionskapazitäten? Was heißt überhaupt: Kapitalismus ohne Einzelkapitale und deren Konkurrenz? Das Kapital, und das heißt konkret: die vielen einzelnen Kapitalien, streben immer danach, Konkurrenten sowohl in technischer Entwicklung (warum sonst das Geschrei des westeuropäischen Kapitals über die "technological", die "scientific", die "managerial gap" gegenüber dem USamerikanischen Kapital?) als auch in Marktmacht überlegen zu sein – und zum Erreichen beider Zwecke ist es gezwungen, die Produktionskapazitäten ständig auszuweiten und zu rationalisieren. Sein unendlicher Verwertungsdrang macht gerade vor den Konkurrenten nicht Halt, sondern ist die Ursache dafür, daß es die anderen Kapitale als Konkurrenten betrachten muß, da sie ihm auszubeutende Arbeiter einerseits und Märkte, auf denen die produzierten Werte realisiert werden sollen, andererseits streitig machen. Dabei reflektieren Huffschmid und Ströhle anscheinend überhaupt nicht, daß Konkurrenz schließlich nicht mit blindwütiger Willkür gleichzusetzen, sondern der Mechanismus ist, durch den sich "hinter dem Rücken der Produzenten" spontan die allgemeinen Gesetze des Kapitals zur Geltung bringen. In der Konkurrenz und gerade dadurch vermittelt ist das Kapital seinen eigenen Gesetzen unterworfen, und es erzeugt vermittelt durch die Konkurrenz die Bedingungen, die seinem Expansionsstreben Grenzen setzen. Diese Grenzen aber lassen sich keinesfalls aus der Konkurrenz selbst – wie es noch Adam Smith getan hat, mit dem sich Marx aus diesem Grunde kritisch auseinandersetzt (9) – bestimmen, sondern aus den Widersprüchen des Produktions- als Arbeits- und Verwertungsprozeß. Hier deutet sich auch die relative Bedeutungslosigkeit der These an, daß Preiskonkurrenz nicht mehr gilt. Dem Kapital geht es nicht um hohe Preise, sondern um hohe Verwertung, d.h. um

8 Jörg Huffschmid: DIE POLITIK DES KAPITALS, Frankfurt 1969 und die diesbezügliche Kritik in der Rezension von Christel Neusüss in: SOZIALISTISCHE POLITIK, Nr. 4, S. 118 f.

9 Karl Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, S. 637 f: "... Der A. Smithsche Satz ist insofern richtig als in der Konkurrenz – der Aktion von Kapital auf Kapital – die dem Kapital immanenten Gesetze, seine tendencies, erst realisiert werden. Er ist aber falsch in dem Sinn, worin er ihn versteht, als ob die Konkurrenz dem Kapital äußre, von außen hereingebrachte Gesetze auferlege, die nicht seine eignen Gesetze sind... Die Konkurrenz exequiert die innren Gesetze des Kapitals; macht sie zu Zwangsgesetzen dem einzelnen Kapital gegenüber, aber sie erfindet sie nicht..."

hohen Mehrwert. Wenn andere Mittel der Profit- und Mehrwertsteigerung existieren als die Auseinandersetzung mit Konkurrenten m i t t e l s des Preiswettbewerbs, wird das Kapital diese Mittel einsetzen. Damit ist aber nicht die Konkurrenz aufgehoben; es hat sich nur ihre Erscheinungsform gewandelt. (10) Daraus ergibt sich aber, daß die Behauptung von der Aufhebung der Konkurrenz gar nichts bedeutet, wenn nicht zugleich auch nachgewiesen wird, daß die zugrundeliegenden, und in der Konkurrenz "nach oben", in die Sphäre der sichtbaren Erscheinungen getriebenen Widersprüche durch die Kooperation der Kapitale aufgehoben werden können. Aber diese Konsequenz wollen Huffschmid und Ströhle nicht ziehen, denn das würde nicht nur die Aufhebung des marxistischen Klassenstandpunkts bedeuten, sondern die "Entschärfung der Kritik" überhaupt. Deshalb behaupten die Autoren, daß Ausbeutung in immer stärkerem Maße stattfinde zur Abpressung von Mehrwert, aber die Kapitalverwertung selbst endlos fortgehen könne, wenn nicht die Konzernanalyse (deren Wichtigkeit nicht bestritten werden soll!) den ausgepressten Arbeitern die Augen öffnete. Daß Abpressung von Mehrwert gleichbedeutend ist mit einer tendenziellen Verringerung des Anteils des variablen Kapitals am Warenwert durch Vergrößerung der absoluten (Überstunden) und relativen (Produktivitätsfortschritte) Mehrarbeitszeit und gerade daher gleichbedeutend ist mit der Erzeugung eines immer wachsenden Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Konsumtionskraft und Produktionskraft, also die Ausbeutung in der Produktion gerade die Realisierungsprobleme in der Zirkulation hervorruft, entgeht der Analyse der beiden Verfasser. (11) Denn gerade dieser Widerspruch, den sie – wenn auch verkürzt – zum Schluß ihrer Thesen formulieren, widerlegt ihre Grundbehauptung von der "Entschärfung der Krisen".

Der Widerspruch zwischen marxistischen Kategorien und dem Material der bürgerlichen Statistik

Es ist jedoch offenbar, daß einer konkreten marxistischen Konjunkturanalyse eine Reihe schwerwiegender Hindernisse im Wege stehen, die bei der Auseinandersetzung mit Positionen, wie sie von Huffschmid und Ströhle vertreten werden, nicht kaschiert werden dürfen. Da ist einmal das Defizit an politisch-ökonomischer Theorie in Westdeutschland, auf dessen immense Bedeutung nicht näher einzugehen ist. Es könnte doch nur erneut beschworen werden. Da sind aber weiter Hindernisse objektiver Art, die sich aus der Struktur der Realität, mit der es die Konjunkturanalyse zu tun hat, ergeben. Denn getreu dem Fetischismus, dem die bürgerliche Ökonomie seit ihrem Bestehen notwendig unterworfen ist, bereitet ihre Statistik nur Material der E r s c h e i n u n g s f o r m e n auf, ohne die zugrundeliegenden Zusammenhänge und Widersprüche recht wahrzunehmen. So kommt es, daß es auf der Basis des von der Statistik bereitgestellten Materials kaum möglich ist, die Bewegungen der Profitrate zu verfolgen und erst recht Schwierigkeiten entstehen, die Mehrwertrate festzustellen. Die Gründe dafür sind allerdings von qualitativ verschiedener Art. Die Statistik operiert selbstverständlich mit Preisgrößen und nicht mit Wertgrößen. Daher wäre es grundsätzlich verfehlt, von ihr auch nur einigermaßen genauen Aufschluß über die Mehr w e r t rate zu erhalten. Zwar wären Statistiken über Wertverhältnisse durchaus denkbar, da sich die Wertform (der Tauschwert) als quantitative, kommensurable Größe auszeichnet und daher auch quantitativ bestimmte Verhältnisse, darunter auch die Mehrwertrate, mit Hilfe statistischer Methoden erfaßt werden können, jedoch geben die

10 Vgl. dazu auch Eugen Varga: DIE KRISE DES KAPITALISMUS UND IHRE POLITISCHEN FOLGEN, Frankfurt 1969, insbesondere den Beitrag, "Probleme der Monopolbildung und die Theorie vom 'organisierten Kapitalismus' ", S. 11 ff.

11 Dieses Problem behandelt Marx bereits in "Lohnarbeit und Kapital", Einzelauflage Berlin 1946, S. 43 ff., wenn er von der Bedeutung des "relativen Arbeitslohns" – relativ in bezug auf die Profite – spricht und dessen Bewegung im Zyklus bereits andeutet.

vorliegenden Statistiken für Wertverhältnisse nur Indikatoren und nicht die Verhältnisse selbst bezeichnende Ausdrücke her. Insofern sind auch Analysen und Berechnungen der Mehrwertrate, wie sie von Varga und Gillman (12) versucht worden sind, prinzipiell problematisch. Hinzu kommt jedoch noch eine weitere Schwierigkeit, die aus der Erhebung von statistischem Material im Kapitalismus resultiert. Die Profitrate zu berechnen, kann nämlich nicht die gleichen Probleme aufwerfen wie die Berechnung der Mehrwertrate. Die Profitrate ist die Relation nicht von Wertgrößen, sondern von in Preise transformierten Werten. Dennoch sind die Daten der Statistik nicht ohne weiteres brauchbar. Der einzelne Kapitalist hat nämlich das größte Interesse daran, die wahren Daten zu verschleiern: er wird sie vor den Konkurrenten, vor dem Staat und seinen Steuererhebern, vor der Arbeiterklasse möglichst geheimzuhalten versuchen und dem trägt auch die Statistik Rechnung. So kommt es, daß sich zwischen dem empirischen Material, das einer Analyse zur Verfügung steht, und dem aus den verwendeten Kategorien abgeleiteten Anspruch an empirisches Material sich eine breite Kluft auftut (13), so daß eine marxistische Konjunkturanalyse größte Schwierigkeiten hat, konkret mit den Größen zu operieren, die sie in der Krisentheorie entfaltet hat. (14) Das zeigt sich auch dabei, daß die Sprache der bürgerlichen Statistik nicht einfach übersetzt werden kann. Man kann nicht für "Investitionen" Akkumulation, oder für "Sozialprodukt" Wertprodukt oder für "Einkommen aus unselbständiger Arbeit" gar Wert der Ware Arbeitskraft einsetzen, sondern muß diese Kategorien übertragen. Daraus resultiert auch das Problem, daß in diesem Versuch mit Begriffen aus zwei gegensätzlichen Begriffszusammenhängen argumentiert wird. Das ist zwar verwirrend, jedoch so lange unvermeidlich, wie keine Möglichkeiten entwickelt worden sind, dies "Transformationsproblem" zu lösen.

Andererseits kann es mit der Feststellung, daß im Kapitalismus notwendig immer wieder Krisen produziert werden, nicht getan sein. Denn es muß auch angegeben werden können,

12 Joseph M. Gillman: DAS GESETZ DES TENDENZIELLEN FALLS DER PROFITRATE, Frankfurt und Wien 1969 geht mit einer "brutalen Interessiertheit für den Stoff" ohne diese methodischen Probleme auch nur anzudiskutieren unmittelbar daran, seine Statistiken auszubreiten, die aus vielen Gründen äußerst fragwürdig sind. Ähnlich auch Eugen Varga: DIE KRISE DES KAPITALISMUS UND IHRE POLITISCHEN FOLGEN, Frankfurt und Wien 1969, S. 368 ff. Bei ihm haben allerdings diese Berechnungen nur den Charakter eines Exkurses.

13 Vgl. dazu auch die Berechnungen von Huffschmid und Jansen, "Den Klassenprofit aufdecken – Zur Methode der Bilanzanalyse", in: RPK, Nr. 42 vom 5. 12. 1969. Die Berechnungen sind zwar sehr wichtig, jedoch mit großer Vorsicht zu genießen – wie die Verfasser selbst mitteilen. Zusätzlich zu den von ihnen angeführten Gründen kommt jedoch hinzu, daß die von ihnen errechnete Mehrwertrate der Schering AG mit 163 Prozent zu niedrig sein dürfte. Wir müssen uns nämlich daran erinnern, daß der Mehrwert nur von den produktiven Arbeitern produziert wird und folglich die Mehrwertmasse nur auf diesen Teil des Gesamtarbeiters und das auf ihn vorgeschossene variable Kapital bezogen werden kann. Der übrige – unproduktive – Teil des Gesamtarbeiters ist zwar für die Zirkulation des Kapitals, zur Bewerkstelligung der Metamorphosen des Kapitals, notwendig, jedoch nicht produktiv, da keinen Mehrwert produzierend. "Produktive Arbeit ist bloß die, die Kapital produziert", Karl Marx: GRUNDRISSE, a.a.O., S. 212 und: "Produktive Arbeit im Sinn der kapitalistischen Produktion ist die Lohnarbeit, die im Austausch gegen den variablen Teil des Kapitals... nicht nur diesen Teil des Kapitals reproduziert... sondern außerdem Mehrwert für den Kapitalisten produziert..." Marx: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT, Band 1, Berlin 1956, S. 115. Die errechnete Profitrate von 54 Prozent dagegen dürfte zu hoch sein, da die Profitrate nicht auf das konstante Kapital c, so wie es Huffschmid und Jansen berechnet haben, als Elemente des Kostpreises (Materialien und Abschreibungen) bezogen werden darf, sondern auf das insgesamt fungierende konstante und variable Kapital. Mit steigendem Anteil des Fixkapitals am Gesamtkapital wird die Jahresprofitrate wesentlich von der Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals abhängen. Je häufiger das Gesamtkapital umschlägt pro Jahr, desto größer die Profitrate. Zu diesem Problem jedoch fehlen nahezu alle Informationen, die ohne eingehende Betriebsanalyse nicht zu gewinnen sind. So liegen die Ungenauigkeiten bei der Berechnung nicht nur bei den Bewertungsproblemen der Abschreibungen, auf die Jansen und Huffschmid verweisen, sondern in der Konstruktion der Größen selbst.

14 Entfällt.

wann und wie diese Krisen konkret produziert werden. Das Dilemma, so scheint mir, läßt sich nur annähernd lösen, indem das Material der bürgerlichen Statistik als Indikator für Bewegungen in der Produktionssphäre verwendet wird. Eine Interpretation dieses Materials mit marxistischen Kategorien ist erst möglich, wenn die Relevanz der Indikatoren für bestimmte Bewegungen theoretisch abgeklärt wird. Dabei wird jeweils im konkreten Fall zu prüfen sein, welche Größen am ehesten geeignet sind, die Funktion des Indikators für die Entfaltung der Widersprüche, in denen das Kapital befangen ist, zu übernehmen. – Der hier vorgelegte Versuch einer Konjunkturanalyse (15) bezweckt daher vorrangig, einen kollektiven Arbeits- und Diskussionsprozeß zu initiieren, um die Methodik der Konjunkturanalyse zu verbessern, und um den Anspruch, politische Ökonomie als revolutionäre Theorie zu rekonstruieren, konkret dadurch einzulösen, daß politisch-ökonomische Bedingungen für die Praxis der Sozialisten aufgedeckt werden. In der SOZIALISTISCHEN POLITIK sollen daher in regelmäßigen Abständen Konjunkturanalysen veröffentlicht werden.

II. Die westdeutsche Konjunktur Anfang 1970

1. Theoretische Vorüberlegungen

Die kapitalistische Entwicklung ist das Ergebnis der Bewegungen der vielen Einzelkapitalien, über die der Kapitalist als Charaktermaske des Kapitals privat verfügt. Private Verfügung erfolgt nicht interessenlos, sondern zweckgerichtet. Der Zweck der Produktion im Kapitalismus ist ausschließlich die Verwertung des Kapitals, die sich an der Größe der Profitrate auf das vorgeschossene Kapital bemißt. Damit ein Profit erzielt werden kann, müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein, nämlich einmal das reibungslose Funktionieren des Arbeitsprozesses, (16) zum zweiten die mögliche Verwertung des vorgeschossenen Kapitals im Produktionsprozeß und zum dritten die reibungslose Zirkulation des Kapitals, also die Verwandlung der Waren in Geldkapital, des Geldkapitals in neues Produktivkapital – und dies nicht nur für das Gesamtkapital, sondern für jedes Einzelkapital. Nur wenn alle diese Momente gewährleistet sind, kann die kapitalistische Entwicklung insgesamt ohne Stagnation verlaufen. Daraus geht hervor, daß für die Konjunkturentwicklung im Kapitalismus sowohl die gebrauchswertmäßigen Produktionsbedingungen (Qualifikationsstruktur des Gesamtarbeiters und technischer Entwicklungsstand der Produktionsmittel) als M i t t e l des Verwertungsprozesses, als auch die Verwertungsbedingungen und die Realisierungsmöglichkeiten des in den Warenwerten inkorporierten Mehrwertes, als auch der jeweilige Stand der Klassenkämpfe zu berücksichtigen sind. Der Doppelcharakter des Produktionsprozesses als Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß und sein dadurch bedingter repressiver Charakter, sowie der Zirkulationsprozeß des Gesamtkapitals (in dem der Doppelcharakter des zirkulierenden Kapitals ebenfalls entscheidend ist, da sich in der Reproduktion nicht nur Werte, sondern auch stoffliche Verhältnisse entsprechen müssen (17) sind demnach die entscheidenden Momente für die Konjunkturerklärung. Deren Bewegungstendenzen müßten folglich besseren Aufschluß über die zu erwartende Entwicklung

15 Zur Methodik der Konjunkturanalyse soll an dieser Stelle auch auf die Arbeiten von Eugen Varga verwiesen werden, deren Niveau – trotz vieler Mängel – nach dem zweiten Weltkrieg nicht wieder erreicht worden ist.

16 Es ist einer der hervorstechendsten Mängel vieler kritischer Analysen, daß sie den Doppelcharakter des Produktionsprozesses, dessen Voraussetzung als Doppelcharakter der Arbeit Marx im zweiten Abschnitt des ersten Kapitels des KAPITAL entwickelt, nicht beachten und daher die Bedingungen der Reproduktion meistens lediglich unter Wertaspekten, nicht aber unter Gebrauchswertaspekten analysieren.

17 Vgl. dazu Roman Rosdolsky: ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES MARXSCHEN KAPITAL, Frankfurt und Wien 1968, S. 98 ff. und Henryk Grossmann: MARX, DIE KLASSISCHE NATIONALÖKONOMIE UND DAS PROBLEM DER DYNAMIK, Frankfurt und Wien 1969.

der Konjunktur liefern als die in zahlenlogische Beziehung gesetzten Daten der bürgerlichen Konjunkturforschung, die hinter der Konjunktur herrennt und zu Prognosen weitgehend unfähig ist. (18) In diesem Herangehen liegt der Unterschied zwischen einer bürgerlichen und einer marxistischen Konjunkturprognose. In der marxistischen Konjunkturanalyse werden die verschiedenen Phasen der Konjunktur aus den gleichen Ursachen erklärt. Die Ursachen, die den Aufschwung, den Boom, hervorrufen, bewirken in einem späteren Stadium der Entfaltung der Widersprüche den Abschwung, die Krise, die Depression. (19) Dieses Herangehen an die Erscheinungen der Konjunktur ergibt sich notwendig aus der Struktur der kapitalistischen Realität, deren Dynamik durch ein Prinzip gesteuert wird, das immer wieder die Zyklizität entfacht: die Bewegung der Profitrate, die "synthetischer Ausdruck" zweier Tendenzen ist, nämlich der Tendenz der Ausbeutungsrate und der Tendenz des vorgeschossenen und vorzuschießenden Kapitals. Die Profitrate wird von Marx bestimmt als Relation der Mehrwertmasse zum vorgeschossenen konstanten und variablen Kapital. (20) Eine hohe Profitrate bedingt zugleich auch hohe Investitionsmöglichkeiten und -neigungen (um den Zusammenhang nationalökonomisch auszudrükken) und folglich eine (relativ) hohe Wachstumsrate des Sozialprodukts (21), die als oberflächlicher Indikator für eine gute Konjunktur dienen kann. In Abbildung 1 ist dieser Indikator zur Darstellung der Konjunkturbewegung in einigen wichtigen kapitalistischen Ländern benutzt worden. Eine niedrige Profitrate (oder um auch diesen Begriff in keynesianischer Sprache zu verballhornen: Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals) dagegen verursacht und ist gleichzeitig verursacht durch den umgekehrten Zusammenhang (22). Wären wir also in der Lage, die Bewegungen der Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und der Profitraten der vielen Einzelkapitalien (der Unterschied zwischen beiden ergibt sich aus der Monopolisierung und zeitweisen Extraprofiten) genau zu verfolgen und zu prognostizieren, so wären wir auch in der Lage, Schlüsse auf die künftige Kon-

18 Zur Methodik des "Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung", der jedes Jahr Jahresgutachten erstellt (im folgenden als JG mit der entsprechenden Jahreszahl abgekürzt), vgl. unter Abschnitt II,5. Vgl. auch C.A. van den Beld: "Werden Konjunkturpropheten weiter irren? ", in: DER VOLKSWIRT, Nr. 52, 1969, S. 89: "Die Fehler der Prognosen sind heute noch beträchtlich. Im großen und ganzen muß man bei Jahresprognosen mit Fehlern von 20 bis 40 Prozent (im Vergleich der prognostizierten und der realisierten Veränderungsraten) rechnen..."

19 Entfällt.

20 Die einfache Relation m/c+v als Ausdruck für die Profitrate ist allerdings äußerst kompliziert. (a) Wenn c+v als Kosten des Produkts bestimmt sind, dann würde die "Profitrate" als Verhältnis von Profitmasse und Kostpreis zu fassen sein, p/k. (b) Wenn man die Profitmasse noch unterteilt in Zinsen = z, industrieller Profit = p_i und Rente = r, so kann die industrielle Profitrate als p_i/k ausgedrückt werden. (c) Richtig ist offenbar aber nur, wenn dem Mehrwert m im Nenner das insgesamt fungierende Gesamtkapital C gegenübergestellt wird: m/C.

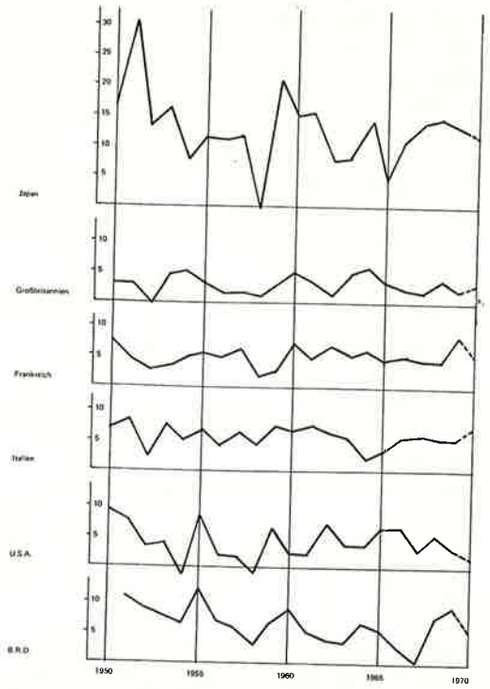
21 Es läßt sich in diesem Aufsatz natürlich nicht vermeiden, die Termini der bürgerlichen Statistik zu benutzen, die selbst schon als Wörter Verschleierungsfunktionen ausüben. Der Ausdruck "Volkseinkommen" verhüllt, daß das Einkommen des Volkes das Einkommen von Kapitalisten und von Arbeitern ist. Und so wird es auch gegliedert in "Einkommen aus unselbständiger Arbeit" und in "Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen". Die hochentwickelten kapitalistischen Länder heißen in der Statistik "westliche Industrieländer", die schwach entwickelt gehaltenen Länder der Dritten Welt natürlich Entwicklungsländer. Diese Aufzählung verhüllender Sprache ließe sich noch weiter fortsetzen. Wenn möglich werden wir vermeiden, diese mit der Ideologie der Herrschenden aufgeladenen Begriffe zu benutzen.

22 Mechanisch läßt sich dieser Zusammenhang folgendermaßen entwickeln: Eine niedrige Profitrate hat geringe Akkumulationsrate zur Folge. Das Verhältnis von Abschreibungen (Wertübertragungen des fixen Kapitals an das zirkulierende Kapital) und Kapitalakkumulation vergrößert sich. Dies führt zu einer langsameren Wachstumsrate oder gar einer absoluten Abnahme des fungierenden Kapitals. Bei gleichbleibender oder in geringerem Maße sinkender Profitmasse steigt wieder die Profitrate an. Die Akkumulationsrate erhöht sich, das Fixkapital steigt wertmäßig an, der Druck auf die Profitrate steigt, sie vermindert sich tendenziell. Wir sehen daraus, daß auch der tendenzielle Fall der Profitrate infolge dieses widersprüchlichen Prozesses nur in Form von Zyklen erfolgen kann.

Abb. 1

Die Wachstumsraten des realen Sozialprodukts 1950 bis 1970

Quelle: Tab. 2



junkturentwicklung zu ziehen. Genau dies aber läßt die zur Verfügung stehende Statistik nicht zu, da ihre Daten zur Erfassung der Profite nicht aufbereitet sind; und so zeigt sich auch hier wieder, daß wir uns mit Indikatoren zufrieden geben müssen und es kommt nun darauf an, welche Indikatoren wir auswählen.

Hier gilt es nochmals auf den Fetischismus der bürgerlichen Ökonomie einzugehen. Der einzelne Kapitalist berechnet die Profitrate auf sein vorgeschossenes Kapital aufgrund von Preisgrößen: Löhne und Gehälter, Preise von Rohstoffen, Hilfsstoffen, Betriebsmitteln, in Preisen ausgedrücktes fixes Kapital (Bauten, Maschinen etc., wobei hier die Bezeichnung der stofflichen Form als Beispiel nicht zu der Verwechslung führen darf, als ob eine Maschine per se bereits fixes Kapital sei. Geht sie in einer Produktionsperiode mit ihrem gesamten Gebrauchswert in das Produkt und mit ihrem gesamten Wert in den Warenwert ein, so fällt sie in die Kategorie des zirkulierenden Kapitals), Gewinn. So wie der Wert der Ware Arbeitskraft zwar in Form des Lohnes, also in Preisform, ausgedrückt wird, realiter aber als "Wert der Ware Arbeitskraft" in den zur Reproduktion des spezifischen Arbeitsvermögens notwendigen Lebensmitteln im unfassendsten Sinn seine Existenz hat, so ist auch der Wert des konstanten Kapitals von seinem Preisausdruck zu unterscheiden. Denn es gilt zwar, daß per saldo die Preissumme der in einer Produktionsperiode erzeugten Waren nicht größer oder kleiner als die Wertsumme sein kann, da die relativen Werte und die Preisabweichungen von ihnen per saldo gleich Null sein müssen, aber in bezug auf das im Produktionsprozeß fungierende Kapital trifft dies nicht zu. Die Funktionsperioden sind zu unterschiedlich, ebenso wie die Umschlagszeiten der Einzelkapitale voneinander abweichen. Wert und Preis des fungierenden Kapitals innerhalb einer Produktionsperiode (ein Jahr) müssen daher notwendig nicht nur in bezug auf das einzelne Kapital, sondern in

bezug auf das Gesamtkapital voneinander abweichen. Die warenproduzierende Gesellschaft webt einen Schleier von an der Oberfläche erscheinenden Bewegungen um die zugrundeliegenden Zusammenhänge, der so undurchsichtig sein kann, daß selbst Hilferding Preisgesetz und Wertgesetz fälschlich identifiziert (23) oder die Bedeutsamkeit der Wertzusammenhänge, da sie ohne jede unmittelbar empirisch einlösbare Aussagekraft seien, abgestritten wird und folglich forsch zu Preistheorie und anderen Theorien von Phänomenen zurückgegriffen wird. (24) Andererseits – darauf wurde bereits in der Einleitung verwiesen – erfolgen die von der Statistik erfaßten Bewegungen der Geldausdrücke nicht vollends losgelöst, sondern nur relativ verselbständigt von dem "Wertgesetz", so daß geeignete Größen uns auch Aufschluß über die Verwertungsbedingungen des Kapitals im Konjunkturablauf zu geben vermögen. Die Verwertung des Kapitals erscheint im Produktionsprozeß noch als Produktion von Mehrwert durch die Anwendung der Arbeitskraft, durch die Konsumtion ihres Gebrauchswertes durch das Kapital, wodurch erst das Kapital seinen Gebrauchswert für den Kapitalisten erhält. (25) Aber betrachtet man den Gesamtprozeß des Kapitals, so wird der Mehrwert auf das insgesamt vorgeschossene Kapital bezogen; (26) und beim Einzelkapital wiederum werden gar die diversen "Überschußpositionen" in Beziehung zum Grundkapital und ähnlichen "Kennzahlen" gesetzt. Das Gesamtkapital als Verhältnis der produzierenden Einzelkapitale wird nun durch die Konkurrenz vermittelt. Ohne Konkurrenz kann sich also das Kapitalverhältnis als gesellschaftliches gar nicht konstituieren. Als Voraussetzung dieses Prozesses der Konkurrenz und gleichzeitig als sein Ergebnis erscheinen die Waren mit Preisausdrücken behaftet, die Werte als Preise, die vorgeschossenen Kapitalsteile als Kosten, die Profite als Aufschläge auf den Kostenpreis. (27) Hier geht nun der Einblick völlig verloren, daß die "Aufschläge" unentgeltliche Aneignungen von Arbeitsergebnissen der produktiven Arbeiter sind; sie erscheinen vielmehr als eine Größe, die der Käufer der Waren dem Kapitalisten zahlt. (28) Aber auch hier ist der Fetischismus nicht bloße Ideologie, falsche Verhüllung der wirklichen Bewegungen, sondern ein wichtiges Moment der falschen Realität selbst. (29) Dem einzelnen Kapitalisten erscheint nicht nur die Realisierung der produzierten Waren genauso wichtig wie die Produktion dieser Waren im Verwertungszusammenhang, sie ist es auch. Denn der produzierte Mehrwert ist für ihn weniger als nichts, da auf seine Produktion Kosten verwendet wurden, ein Verlust – wenn er den in den produzierten Waren inkorporierten Wert nicht zu realisieren vermag. Das bedeutet aber, daß für die Entscheidungen des Kapitalisten die Verhältnisse in der Realisierungs- (Zirkulations) sphäre genauso wichtig sind wie die Verhältnisse in der Produktionssphäre; die Realisierungsbedingungen sind für ihn ebenso relevant wie die Verwertungsbedingungen. Der Einzelkapitalist braucht

23 Rudolf Hilferding: DAS FINANZKAPITAL, Frankfurt und Wien, 1968, S. 400.

24 Vor allem zu sehen bei Werner Hofmann in verschiedenen Schriften, insbesondere in seinen Beiträgen zu: KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE HEUTE – 100 JAHRE "KAPITAL", Frankfurt und Wien 1968.

25 "Die Arbeit ist nicht nur der dem Kapital gegenüberstehende Gebrauchswert, sondern sie ist der Gebrauchswert des Kapitals selbst...", GRUNDRISSE, S. 205.

26 "Das Kapital von sich als dem aktiven Subjekt ausgehend – dem Subjekt des Prozesses – ...verhält sich zu sich als sich vermehrendem Wert, d.h. es verhält sich zu dem Mehrwert als von ihm Gesetztem und Begründetem; sich als Produktionsquelle zu sich selbst als Produkt; als produzierender Wert zu sich selbst als produziertem Wert. Es mißt daher den neuproduzierten Wert nicht mehr durch sein reales Maß, das Verhältnis der Surplusarbeit zur notwendigen, sondern an sich selbst als seiner Voraussetzung...", GRUNDRISSE, S. 632.

27 Vgl. dazu Karl Marx: DAS KAPITAL, dritter Band, Berlin 1961 das erste Kapitel über "Kostpreis und Profit".

28 Dies kommt in Kalkulationsvorschriften, die der Staat als Auftraggeber macht, sehr deutlich zum Ausdruck. Dem Kapitalisten wird gestattet, auf die von ihm berechneten Kosten eine "Verzinsung" aufzuschlagen.

29 Die Begründung für diese Aussage erfolgt im konkreten Teil.

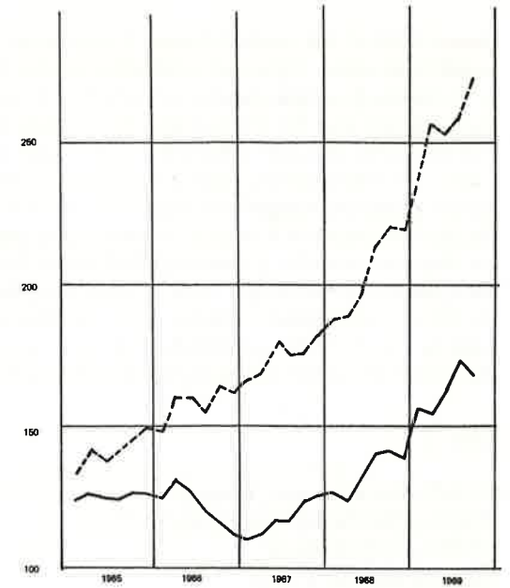
Arbeiter zur Erzeugung seiner Waren und er braucht Konsumenten zum Kauf seiner Waren (30), er setzt sich selbst als Mittler zwischen Konsumtion und Produktion, als "neutraler Sachwalter" des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage.
Dies gilt allerdings nur vom Standpunkt des Einzelkapitalisten aus (und handele es sich bei diesem Einzelkapitalisten um einen noch so großen Konzern; das Prinzip bleibt dasselbe!). Für das Gesamtkapital gibt es keine Realisierungs-, sondern nur Verwertungsprobleme. Denn die "letzte Verwendung" der produzierten Waren, d.h. deren einzelkapitalistische Verwandlung in Geldkapital, ist gleichzeitig in bezug auf das Gesamtkapital Rückwandlung von Geldkapital in fungierendes Produktivkapital oder Eintritt der Waren in die "einfache Zirkulation", in der Lohn und Revenue gegen Waren ausgetauscht werden und dieser Austausch ist umso größer, je höher die Löhne sind. Die Rückverwandlung von Geldkapital in Produktivkapital und der Umfang der einfachen Warenzirkulation (Höhe der Löhne und der Revenue) aber sind abhängig von der Verwertung des Kapitals. Dieser Zusammenhang drängt sich auch dem Einzelkapitalisten auf. Denn die Konsumnachfrage (Löhne und Revenue) ist zum größten Teil (Löhne) für den Einzelkapitalisten nicht nur Voraussetzung für die Realisierung seiner Warenwerte, sondern gleichzeitig auch "Kostenfaktor", der die "Gewinnmarge" einschränkt. Die Bestellungen von Produktionsmitteln werden dann verringert (Realisierungsproblem), wenn die Verwertung des darauf vorgeschossenen Kapitals nicht mehr gewährleistet erscheint und dieser Fall tritt immer dann ein, wenn 1. die Mehrwertrate im Verlauf der Konjunktur sinkt, 2. das fungierende Produktivkapital quantitativ groß genug ist, d.h. eine Ausdehnung der Kapazitäten nicht mehr lohnend erscheint, 3. sich im Aufschwung sowohl bezüglich der wertmäßigen als auch bezüglich der stofflichen Struktur Disproportionen im Reproduktionsprozeß herausbilden und 4. Klassenkämpfe den "sozialen Frieden" im Arbeitsprozeß gefährden. Für den Einzelkapitalisten sind seine Werte realisiert, wenn die Waren v e r k a u f t worden sind. Jeder Verkauf setzt aber einen K ä u f e r voraus und der Kauf von Waren auf dem Markt, insbesondere Produktionsmittel und Arbeitskräfte, ist abhängig von der erwarteten Verwertbarkeit der damit zu produzierenden Warenwerte. Hieraus ergibt sich die Unmöglichkeit der behaupteten Eigenständigkeit von Realisierung gegenüber Verwertung.

Eine sehr wichtige Einschränkung muß nun aber gemacht werden. Die "Realisierung" der Warenwerte erfolgt nicht nur durch Käufe für die individuelle und kollektive ("private" und "staatliche") Konsumtion und für die produktive Konsumtion ("Investition"), sondern auch durch Käufe aus dem Ausland, also in Form von Exporten. Die Exportnachfrage hat nämlich insofern einen besonderen Charakter, als sie aus dem Gesamtprodukt einer anderen Gesellschaft entstammt und aus diesem Grunde die Realisierung inländischer Warenwerte nicht aus dem inländischen, sondern aus dem ausländischen Wertprodukt erfolgen kann. Daher spielt in diesem Zusammenhang auch die Realisierung eine eigenständige Rolle. Dies gilt allerdings nur, solange man die Konjunktur eines einzelnen Landes betrachtet und nicht die Konjunktur der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft. Da es uns hier um die Konjunkturanalyse des westdeutschen Kapitalismus geht, ist es notwendig, diesen exogen erscheinenden Faktor wegen seiner außerordentlichen Bedeutung getrennt zu behandeln.
Wir werden daher diese Konjunkturanalyse in vier Abschnitte gliedern:
1. "Realisierungsprobleme", d.h. die Bedeutung der Exporte für die Konjunkturentwicklung
2. Untersuchung von Indikatoren für den unmittelbaren Verwertungsprozeß
3. Untersuchung von Indikatoren für Disproportionen im Reproduktionsprozeß des Kapitals
4. Untersuchung der Grenzen und Möglichkeiten staatlicher konjunkturpolitischer Regulierung.

30 Auf dieser falschen Wirklichkeit gründen sich der Neoliberalismus und der ganz reaktionäre Flügel der katholischen Soziallehre.

Abb. 2

Auftragseingang aus dem Ausland (gestrichelte Linie) und dem Inlang (durchzogene Linie) der gesamten Industrie (1962 = 100)



Quelle: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Dezember 1969

2. Die Bedeutung der Exporte für die Konjunkturentwicklung

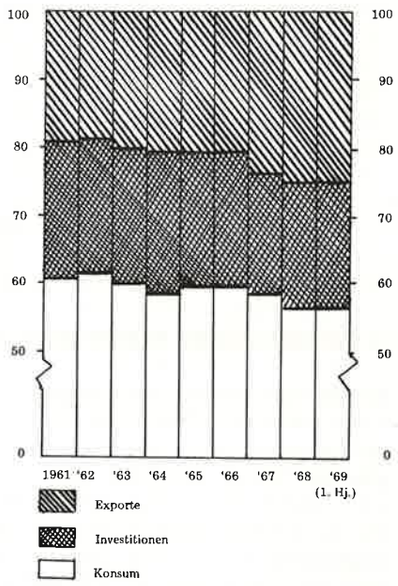
Der fünfte Boom der Nachkriegszeit in Westdeutschland unterscheidet sich von allen anderen durch die Schnelligkeit und Heftigkeit des Aufschwungs aus der in der Nachkriegszeit bisher tiefsten, wenn auch nur verhältnismäßig kurz dauernden Rezession. Der Beginn des Booms war, wie aus dem Lehrbuch des allgemeinen Konjunkturverlaufs entlehnt, durch die "Eröffnung neuer Märkte" gekennzeichnet (31), und zwar durch Märkte, die sich vor allem im Ausland befanden. Vergleicht man die Indexreihen des Auftrageingangs der gesamten Industrie aufgegliedert nach Eingängen aus dem Inland und dem Ausland, so zeigt es sich, daß in der Rezessionsphase 1966/67 die Inlandsaufträge zurückgingen, während die Auslandsaufträge sehr steil anstiegen. (Vgl. Abb. 2) Nur darauf ist es zurückzuführen, daß die Kurve der gesamten Auftragseingänge nicht stärker zurückging, als es tatsächlich im Verlauf des Jahres 1966 der Fall gewesen ist.

31 Rudolf Hilferding, a.a.O., S. 349 beschreibt den Anstoß für den Aufschwung folgendermaßen: "Jeder industrielle Zyklus beginnt mit einer Ausdehnung der Produktion, deren Gründe je nach den konkreten historischen Momenten im einzelnen variieren, im allgemeinen aber sich auf Eröffnung neuer Märkte, Entstehen neuer Produktionszweige, Einführung neuer Technik, steigenden Bedarf infolge Bevölkerungsvermehrung zurückführen lassen. Es entsteht vermehrte Nachfrage, die zunächst in den einzelnen Produktionszweigen ein Steigen der Preise und Profite bewirkt. Infolgedessen wird die Produktion in diesen Sphären ausgedehnt und ihre gesteigerte Produktion bedeutet gesteigerte Nachfrage in den Sphären, die für diese Zweige die Produktionsmittel liefern... Der Prozeß verallgemeinert sich, jeder Industriezweig schafft durch seine Ausdehnung Nachfrage für die anderen, die Produktionssphären alimentieren sich gegenseitig, die Industrie wird der Industrie bester Kunde..." Es handelt sich bei dieser Schilderung natürlich um nichts anderes als um einen Multiplikatorprozeß. – Es soll hier noch angemerkt werden, daß die "neue Technik", die den gegenwärtigen Boom kennzeichnet, die sich rasch ausbreitende Anwendung von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen ist.

Dieser Anstoß der westdeutschen Konjunktur durch Exportsteigerungen ist allerdings nichts besonderes. Denn jeder Aufschwung der Nachkriegszeit ist durch überproportionale Exportsteigerungen angekurbelt worden. Steigerungen der Exporte in Relation zu den Investitionen und der Konsumtion sind jedoch nur dann möglich, wenn es für die inländischen Waren auf dem Weltmarkt Käufer gibt, d.h. wenn der Weltmarkt trotz einer Rezession im Inland weiter expandiert, bzw. die Richtung der Warenexporte sich infolge von Nachfrageverschiebungen zugunsten des Inlands ändert. Beide Momente haben eine Rolle für die westdeutsche Konjunkturentwicklung gespielt. So zeigt der "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung", (32) daß von der Steigerung der Ausfuhr die bisherigen Konjunkturaufschwünge entscheidend beeinflußt worden sind, da mit entsprechender zeitlicher Verzögerung den Steigerungen der Ausfuhr eine Steigerung der Investitionen und schließlich des Konsums folgte. Daß dies auch im Verlauf des gegenwärtigen Zyklus gültig ist, läßt sich aus Abbildung 3 ersehen:

Abb. 3

Anteil von Konsum, Investitionen und Exporten an der letzten Verwendung (in Preisen von 1954)



Darin sind die Faktoren der "letzten Verwendung" von Waren und Dienstleistungen, nämlich privater und staatlicher Konsum, die Ausrüstungsinvestitionen (Anlage- und Bauinvestitionen), sowie die Ausfuhr jeweils als Prozentsatz der Gesamtsumme ausgedrückt. Die tendenzielle Steigerung des Anteils der Exporte von 20 v.H. im Jahre 1965 bis auf 25,4 v.H. im Jahre 1969 ist dabei die hervorragende Tendenz. Demgegenüber sinkt der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen von 1964 bis 1967 kontinuierlich von 20,7 v.H. auf 18,1 v.H., um im Verlauf des Aufschwungs auf einen Anteil von 18,8 v.H. wieder anzusteigen. Der Konsumanteil müßte sich folglich permanent verringern. Er liegt 1969 bei 56 v.H., während er noch 1962 bei 61,5 v.H. gelegen hat. (33) Versuchen wir, den Anteil der Zuwächse von Export, Investitionen und Konsum am Zuwachs der gesamten letzten Verwendung zu berechnen, so erhalten wir für die Jahre seit 1966 folgende Größen:

32 JG 66/67, S. 16.

33 Es soll ausdrücklich betont werden, daß sich die Anteilswerte auf die Summe von Konsum, Investitionen und Exporten beziehen, die größer als das Sozialprodukt ist, da die Importe nicht subtrahiert worden sind. Generell soll an dieser Stelle gesagt werden, daß die eigenen Berechnungen in dieser Analyse mit dem Rechenschieber vorgenommen wurden und daher leichte Ungenauigkeiten notwendig vorkommen werden.

Tabelle 1

Anteil am Zuwachs der letzten Verwendung (in v.H.)

Jahr	Zuwachsraten (gegenüber Vorjahr) Konsum (privat)	Investition	Export	insges.	Anteil am Gesamtzuwachs Konsum	Investitionen	Export
1	2	3	4	5	6	7	8
1966	7,9	2,5	12,8	7,4	58	8	34
1967	2,1	-10,1	8,0	0,4	(40)2	—	(60)2
1968	8,0	10,0	13,2	8,1	33	27	40
19691)	10,0	18,9	16,9	13,0	40	31	29

Quelle: Eigene Berechnung

1) 1969: die ersten drei Quartale; Zuwachsraten gegenüber ersten drei Quartalen 1968.

2) Da die Investitionen um 10,1 v.H. abgenommen haben, wurde ihr Beitrag am Gesamtzuwachs der letzten Verwendung mit 0 angesetzt, so daß die eingesetzten Werte für den Anteil des Konsum- und Exportzuwachses sich auf eine fiktive positive Zuwachsrate beziehen. Andernfalls wären für Konsum und Export Werte von mehr als 100 v.H. herausgekommen.

Auch in diesen Größen spiegelt sich die Bedeutung der Exporte für das Wachstum wider. Denn die Zahlen der Spalten 6 - 8 lassen sich folgendermaßen rein statistisch interpretieren: Wäre der Export gleich Null gewesen, dann wäre die Wachstumsrate 1966 um 34 v.H., 1967 um (60) v.H., 1968 um 40 v.H. und 1969 um 29 v.H. niedriger gewesen, als sie es tatsächlich gewesen ist. Ohne Exportsteigerung, so läßt sich nun ökonomisch schlußfolgern, wäre 1. der Abschwung der Wirtschaft in "die Talsohle der Konjunktur" viel heftiger gewesen, 2. wäre die Rezession tiefer gewesen und 3. wäre der Aufschwung später und langsamer in Gang gesetzt worden. Die Exportsteigerungen haben die Investitionen nachgezogen und durch diesen "Impuls" (34) ist mittlerweile auch die "Konsumwelle" ausgelöst worden. Auch wenn man den Saldo von Exporten und Importen betrachtet, bleibt das günstige Bild erhalten. Der Exportüberschuß Westdeutschlands betrug 1967 16,2 Mrd. DM, 1968 18,5 Mrd. DM und in den ersten drei Quartalen 1969 10,4 Mrd. DM. Es ist also für das Verständnis der westdeutschen Konjunkturentwicklung wichtig, daß Westdeutschland in allen bisherigen Zyklen immer durch die – relativ zum inländischen Konjunkturgeschehen – steigende Auslandsnachfrage in einen neuen Aufschwung gehievt werden konnte.

Eine Voraussetzung dazu war allerdings eine Konjunkturlage der kapitalistischen Weltwirtschaft, die (Vgl. Abb. 1) durch eine ausgesprochene Ungleichzeitigkeit der Entwicklung gekennzeichnet ist. Während Westdeutschland in die Rezession 1966/67 gerät, können die übrigen wichtigen kapitalistischen Länder eine relativ hohe Wachstumsrate halten oder gar steigende Wachstumsraten (Italien, Japan) erzielen. Kein Wunder also, daß Westdeutschland im Rahmen der günstigen internationalen Konjunktur seine konjunkturelle "Talsohle" relativ leicht verlassen konnte. Die im Verlauf der Rezession unterausgelasteten Kapazitäten, die kurzen Lieferfristen und die relative Preisstabilität westdeutscher Exportwaren begünstigten das westdeutsche Kapital gegenüber ausländischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt. So stieg der Ausfuhrüberschuß zu den "industrialisier-

34 Vgl. Gerd Elvers: "Die westdeutsche Konjunkturentwicklung", in: NEUE KRITIK, Nr. 40, insbes. S. 31 f.

ten westlichen Ländern" folgendermaßen an: 1965: 4,4 Mrd. DM; 1966: 10,5 Mrd. DM; 1967: 17,4 Mrd. DM; 1968: 19,8 Mrd. DM. Der Ausfuhrüberschuß gegenüber den USA und Kanada allein stieg von - 3,6 Mrd. DM 1965 auf + 2,0 Mrd. DM 1968 an. Das Ausfuhrdefizit gegenüber den "Entwicklungsländern verringerte sich von 1965 bis 1968 von 3,1 Mrd. DM auf 2,7 Mrd. DM. (35)

Der Index des Auftragseingangs aus dem Inland (1962 = 100) stieg in der gesamten Industrie von 112 im Dezember 1966 – nachdem er noch im Dezember 1965 127 betragen hatte – auf 124 im Dezember 1967 und 137 im Dezember 1968 (Oktober 1969: 180). Der Index des Auftragseingangs aus dem Ausland demgegenüber stieg von 163 im Dezember 1966 auf 180 im Dezember 1967 und 212 im Dezember 1968 (Oktober 1969: 268). (36) Dasselbe Bild zeigt sich bei der Betrachtung der nach Inland und Ausland aufgeschlüsselten Industrieumsätze. Der Index stand im Dezember 1966 bei Inlandsumsätzen auf 117 (Dezember 1965: 122), im Dezember 1967 bei 128 und im Dezember 1968 bei 124 (September 1969: 151). Die Auslandsumsätze demgegenüber standen Ende 1966 bei 154 (Dezember 1965: 138), Dezember 1967 bei 162 und Dezember 1968 bei 190 (September 1969: 221). Die Schere zwischen inländischer Nachfrage und inländischen Produktionskapazitäten wurde also auch und in besonders hohem Maße während des gegenwärtigen Zyklus durch Exportaufträge verringert.

An diesen Zusammenhängen ermißt sich die überragende Bedeutung der internationalen Wirtschaftslage für die westdeutsche Konjunkturbewegung. Es ist daher kaum möglich, die Konjunktur Westdeutschlands ohne Rekurs auf die Konjunktur der wichtigsten Länder der Weltwirtschaft zu analysieren. (37) Zur Verdeutlichung dieses Zusammenhangs soll die Entwicklung der Wachstumsraten einiger kapitalistischer Industrieländer seit 1950 dargestellt werden:

Tabelle 2 Die Wachstumsraten des realen Sozialprodukts

Jahr	BRD1)	Italien5)	Frankr.5)	USA5)	Japan6)	Großbritan.5)
1950	—	7,4	7,4	9,4	17,6	3,3
1951	10,9	8,4	4,2	7,8	30,2	3,0
1952	9,0	2,1	2,6	3,6	12,4	- 0,5
1953	7,9	7,7	3,4	4,0	15,8	4,5
1954	7,2	5,1	4,9	- 1,6	7,7	4,9
1955	12,0	6,7	5,8	8,0	10,7	3,2
1956	7,0	4,2	5,0	1,9	10,3	1,8
1957	5,8	6,3	6,0	1,7	11,2	1,7
1958	3,3	4,4	1,8	- 1,2	- 0,6	1,2
1959	6,9	7,7	2,3	6,6	20,1	2,9
1960	8,82)	6,7	7,6	2,4	15,0	4,9
1961	5,4	7,6	4,6	2,1	15,3	3,6
1962	4,1	6,2	6,6	6,4	7,6	1,4
1963	3,5	5,5	5,2	3,9	7,9	4,4
1964	6,6	2,1	5,9	3,9	13,9	5,8
1965	5,6	3,6	4,2	6,3	4,0	3,1
1966	2,3	5,7	4,9	6,4	10,4	2,1
1967	0,2	5,9	4,3	2,7	13,5	1,6
1968	7,6	5,4	4,2	4,9	14,2	3,6
19693)	8,4	5,57)	8,2	2,8	12,5	2,0
19704)	4,5	7,8	4,0	1,5	11,3	3,0

1) In Preisen von 1954; 2) Ohne Saarland und Berlin-West; 3) Vorläufig, Angaben für BRD Statistisches Bundesamt, nach Neue Zürcher Zeitung, 14.1.1970; 4) OECD-Schätzung, nach Der Volkswirt, Nr. 1, 1970, S. 22; 5) 1950-1959 in Preisen von 1954; 1960-1969 in Preisen von 1963; 6) In laufenden Preisen, ab 1960 in Preisen von 1963; 7) Neueste reduzierte Angaben in Folge der Klassenkämpfe in Italien.

Quellen: Statistische Jahrbücher 1958 (Seite 159+); 1960 (S. 133+); 1962 (S. 143+); 1969 (S. 130); JG 69/70; S. 3, Bundesministerium für Wirtschaft, Leistung in Zahlen 68 , S. 50; Der Volkswirt, Nr. 1, 1970, S. 22.

Diese Tabelle, die der Abbildung 1 zugrundeliegt, macht deutlich, daß der letzte "synchrone" Konjunkturverfall der wichtigsten kapitalistischen Länder 1958 stattgefunden hat und seitdem nur "nationale" Konjunkturabschwächungen (wie in Italien 1964) erfolgt sind, von denen – am Ausmaß der Reduzierung der Wachstumsrate gemessen – die westdeutsche Rezession noch die tiefste war. Überhaupt zeigt sich die westdeutsche Konjunkturentwicklung als die "reinste": Ihre Zyklen erfolgen regelmäßig, was in einer solchen Ausprägung in keinem der anderen Länder der Fall ist. Wahrscheinlich liegt dies an dem "reinen" Charakter des westdeutschen Kapitalismus, der seine Bewegungen bisher ohne größere "Störungen" durch soziale Kämpfe und fühlbare imperialistische Verwicklungen in konterrevolutionären Kriegen hat vollziehen können. In den USA ist an den Wachstumsraten deutlich sichtbar, daß nach den scharfen Zyklen der 50er Jahre eine zumindest zeitweise Einebnung der Zyklen in den 60er Jahren erfolgt ist. Das ist ganz zweifellos eine Folge des Vietnam-Krieges und des daraus resultierenden "Vietnam-Booms" im Herzland der imperialistischen Konterrevolution. Es geht aus der Tabelle aber auch hervor, daß es durchaus wahrscheinlich ist, daß der nächste unvermeidliche Konjunkturabschwung wieder wie 1958 "synchron" erfolgt. (38) Die von der OECD gemachten Prognosen weisen für 1970 in der BRD, in den USA, in Frankreich und Japan zwar positive, aber im Vergleich zu 1969 verringerte Wachstumsraten aus. (39) Die nach oben weisende Tendenz Italiens muß wohl in Anbetracht der sozialen Kämpfe und der Reaktion des italienischen Kapitals (vor allem Kapitalflucht) nach unten revidiert werden und die Wachstumstendenz in Großbritannien ist so unbedeutend und überdies noch durch den Zwang zum Ausgleich der Zahlungsbilanz so gefährdet, daß sie nicht schwer ins Gewicht fällt. Damit aber ergeben sich zumindest im nächsten Jahr zwar noch steigende, aber mit abnehmender Zuwachsrate steigende, wenn nicht sinkende Absatzchancen auf dem Weltmarkt, die durch die DM-Aufwertung noch geringfügig verschlechtert worden sind, was sich angesichts der diskutierten Exportabhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft für die Realisierungsmöglichkeiten negativ bemerkbar machen muß. Ein Rückgang der Exportchancen in den wichtigsten kapitalistischen Ländern kann auch nicht durch Exportsteigerungen in die dritte Welt oder die sozialistischen Länder wettgemacht werden, entfällt doch allein auf die vier in der Tabelle bezeichneten Länder mehr als 35 v.H. der gesamten westdeutschen Ausfuhr, während auf den gesamten "Ostblock" knapp 4,5 v.H. und auf alle "Entwicklungsländer" knapp 13 v.H. der Ausfuhren Westdeutschlands entfallen.

Ein Rückgang der Exportmöglichkeiten, d.h. eine Verringerung der "Realisierungschancen" eines großen Teils des westdeutschen Wertprodukts – der durchschnittliche Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der Industrie insgesamt betrug 1967 18,7 v.H. und 1968 schon 19,8 v.H.! – auf dem Weltmarkt würde auch die Verwertung des in Westdeutschland fungierenden Kapitals betreffen. In dieser Tatsache liegt die Bedeutung der Exporte. Bisher wurde durch die Realisierung auf dem Weltmarkt die im Verhältnis

35 STATISTISCHES JAHRBUCH 1969, S. 295. Vgl. auch zur Bedeutung der Exporte und der Währungsproblematik, auf die hier nicht eingegangen werden soll, Elmar Altvater: DIE WELTWÄHRUNGSKRISE, Frankfurt und Wien 1969.

36 Seit der DM-Aufwertung sind die Auftragseingänge aus dem Ausland rückläufig. Vgl. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 10. November 1969.

37 In den folgenden Konjunkturanalysen in der SOZIALISTISCHEN POLITIK wird folglich gerade darauf ausführlicher einzugehen sein.

38 Vgl. DER SPIEGEL, Nr. 1-2/1970, S. 61.

39 Zur weltwirtschaftlichen Konjunkturentwicklung vgl. die Berichterstattung in der NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG. In den USA ist im letzten Quartal 1969 die Industrieproduktion rückläufig. Besonders betroffen ist die Automobilindustrie. Das Wachstum des Sozialprodukts von 10 Mrd. Dollar im letzten Quartal 1969 geht beinahe ausschließlich auf Preissteigerungen zurück; also die totale Perversion der Formel: "Stabilität und Wachstum".

zum inneren Markt latente Überproduktion nicht manifest, d.h. der Widerspruch zwischen steigender Produktionskraft und retardierender Konsumtionskraft konnte durch die Exporte sehr wirksam zurückgedämmt werden. (40) Eine Stagnation oder gar ein absoluter Rückgang der Exporte würde diesen Widerspruch aber umso deutlicher hervortreten lassen und mit sehr großer Sicherheit eine tiefere Rezession verursachen als 1966/67. Aus diesem Grunde werden wir in den folgenden Konjunkturanalysen sehr viel genauer als in diesem ersten Versuch die Konjunkturentwicklung der Weltwirtschaft, d.h. vor allem der größten kapitalistischen Länder, untersuchen müssen.

3. Die Verwertungsbedingungen des Kapitals in Westdeutschland Zum Widerspruch von Arbeits- und Verwertungsprozeß

Die aus der Bedeutung der Exporte zu folgernde Annahme, daß der "Exportsog" aus dem Ausland gerade in Situationen der konjunkturellen Abflachung in Westdeutschland besonders stark sei, wäre allerdings völlig verfehlt. Denn dies würde ja implizieren, daß sich die Bewegungen der Exportnachfrage im Verhältnis zur westdeutschen Konjunktur "antizyklisch" verhalten müßten, was offensichtlich durch die in den letzten Jahren relativ stetige Aufwärtsentwicklung der Exportnachfrage (Vgl. Abb. 2) widerlegt wird. Vielmehr ist der "Exportsog" durch die westdeutsche Konjunkturentwicklung selbst bedingt. Die schon erwähnten freien Kapazitäten in der Rezession und die relativ geringen Preissteigerungen sind vor allem Ausdrucksformen der Bewegungen des westdeutschen Kapitalismus und bewirken aufgrund der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung den "Exportsog". Die Ungleichzeitigkeit ist also keine Gabe des Weltmarkts, wie es dem einzelnen Kapitalisten noch in den Steigerungen der Exportaufträge erscheinen mag, sondern Resultat der Produktionsentwicklung der kapitalistischen Volkswirtschaften. Der Weltmarkt als Realisierungssphäre erweist sich somit wohl als ein wichtiger Faktor für den konkreten Verlauf der Konjunktur (langsame oder schnelle Erholung), kann aber auf gar keinen Fall zur Erklärung der U r s a c h e n der konjunkturellen Bewegungen dienen. Zu diesem Zweck muß auf die Verwertungsbedingungen des fungierenden Kapitals rekurriert werden. Denn schließlich kann nur das realisiert werden, was an Werten bereits produziert worden ist und die Realisierung ist innerhalb des Kreislaufprozesses des Kapitals nur eine Phase, nämlich die Verwandlung des produzierten Warenkapitals in erneutes und vermehrtes Geldkapital. Die Schwierigkeiten der Konjunkturanalyse fangen, wie schon prinzipiell ausgeführt, gerade beim Rekurs auf den Verwertungsprozeß an und so sind wir auch hier gezwungen, auf möglichst aussagekräftige Indikatoren zurückzugreifen.

Der Produktionsprozeß ist nicht einfach Verwertungsprozeß, sondern – als Mittel zu diesem Zweck – auch Arbeitsprozeß, in dem Arbeiter und Produktionsmittel zur Erzeugung von Produkten kombiniert werden. Wenn die produzierten Waren nicht verkauft, d.h. die in ihnen steckenden Werte nicht realisiert werden können, oder aber der in der Produktion erzielte Mehrwert nich hoch genug ist, d.h. also: der Zweck des kapitalistischen Produktionsprozesses, die Erzielung von Profit, nicht oder nicht in ausreichendem Maße erreicht werden kann, dann wird das Mittel der Verwertung, der Arbeitsprozeß, vom Kapitalisten stillgelegt oder aber eingeschränkt, da seine Inganghaltung ja Kosten verursacht. (41) So sind die Veränderungen der Auslastungsgrade der sachlichen Produktionskapazi-

40 Vgl. dazu E. Altvater: DIE WELTWÄHRUNGSKRISE, a.a.O.

41 Die Betriebswirtschaftslehre unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen variablen und fixen Kosten. Fixe Kosten sind alle diejenigen, die bei einem Produktionsrückgang nicht unmittelbar absinken. Die Kosten zur Aufrechterhaltung des Arbeitsprozesses in der Krise sind daher fixe Kosten. Arbeitskosten figurieren natürlich nicht unter "fixen Kosten", da sie – nach Einhaltung der relativ kurzen Kündigungsfrist bei Arbeitern – sehr schnell reduziert werden können, also variable Kosten sind. Die Gehälter für Angestellte sind aber zusammen mit den Erhaltungskosten des Produktionsapparates "fixe" Kosten, da Angestellte eine längere Kündigungsfrist haben...

täten und des Gesamtarbeiters untrügliche Indikatoren für die Verwertung des Kapitals. Allerdings darf man diese Indikatoren nicht als absolute nehmen.

Im Monopolkapitalismus ist es vielmehr typisch, daß auch "Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung", wie es Keynes ausdrückte, herrschen kann, also relativ hohe Verwertung des Kapitals bei gleichzeitiger Unterauslastung der Produktionskapazitäten und einem ständigen Bodensatz von Arbeitslosen (42) gewährleistet sein kann. Die Aussage, daß die Verwertung bei 90-prozentiger Kapazitätsauslastung und 2-prozentiger Arbeitslosigkeit größer ist als bei 80-prozentiger Kapazitätsauslastung und 10-prozentiger Arbeitslosigkeit, ist also gar nicht sinnvoll. Wenn jedoch die Kapazitätsauslastung der westdeutschen verarbeitenden Industrie im Jahre 1966 weniger als 80 v.H. im Durchschnitt beträgt und 1969 auf beinahe 100 v.H. ansteigt und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit von etwa 3 v.H. auf unter 1 v.H. abnimmt, dann kann aus diesen Veränderungen sehr wohl auf eine Verbesserung der Verwertungsbedingungen geschlossen werden, die es den Kapitalisten geraten sein lassen, immer mehr Mittel in den Arbeitsprozeß zu werfen, um den Verwertungsspielraum so intensiv wie möglich auszuschöpfen. (43)

Wie Abbildung 4 zeigt, sind die hohen Zuwachsraten der Industrieproduktion in diesem Boom unter anderem der einzigartig hohen Auslastung der Produktionskapazitäten und der Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte zu verdanken. Nur 1960 wurde ein ähnlich hoher Kapazitätsauslastungsgrad erreicht, um in den Jahren bis zur Rezession 1966/67 beinahe kontinuierlich zu sinken. Ernest Mandel hat in seiner Analyse der Rezession (44) gerade auf diesen Umstand verwiesen, um die Tendenz zur Überproduktion, die Verschärfung des Widerspruchs zwischen Produktionskraft und Konsumtionskraft in der westdeutschen Wirtschaft anzuzeigen, die sich notwendig in einer "Bereinigungskrise" Luft machen mußten. Die Steigerung der Kapazitätsauslastung seit der Krise demgegenüber muß dann anzeigen, daß bei der Ingangsetzung der produktiven Anlagen und der Neueinstellung von Arbeitern bisher keine Hemmnisse der beschränkten Aufnahmefähigkeit der Märkte für die erzeugten Waren und keine Hemmnisse der Verwertung eingetreten sind. Die hohe Auslastung der Kapazitäten bei einem gleichzeitigen jahresdurchschnittlichen Wachstum des Produktionspotentials von etwa 4,5 v.H. (seit 1963) ist einerseits die Begleiterscheinung der "überschäumenden" Konjunktur heute und andererseits indiziert sie die Grenzen eines weiteren ähnlich stürmischen Wachstums der Produktion: Während in der ersten Phase des Booms das Wachstum der Produktion noch auf drei Faktoren beruhen konnte, nämlich dem steigenden Auslastungsgrad der Kapazitäten, ihrer quantitativen Ausdehnung und ihrer qualitativen Veränderung, kann die Produktion in der zweiten Boomrunde, die mittlerweile eingeläutet ist, die Produktion nur noch durch Kapazitätserweiterung und deren Rationalisierung, also durch zusätzliche Kapitalinvestitionen, gesteigert werden. Wenn also die Jahresrate des Wachstums des Produktionspotentials nicht gesteigert wird, dann wird in den kommenden Monaten notwendig das Wirtschaftswachstum real sich abschwächen müssen, zumal auch das Arbeitspotential nicht wesentlich gesteigert werden kann. Denn das einheimische Arbeitspotential ist durch verschiedene Faktoren – Alterstruktur, Frauenerwerbsquote – weitgehend ausgeschöpft; Zuwachsraten bis zu etwa 0,5 v.H. erscheinen im Jahre 1970 allenfalls als möglich. Der Rückgriff auf die Reservearmee der "Gast-

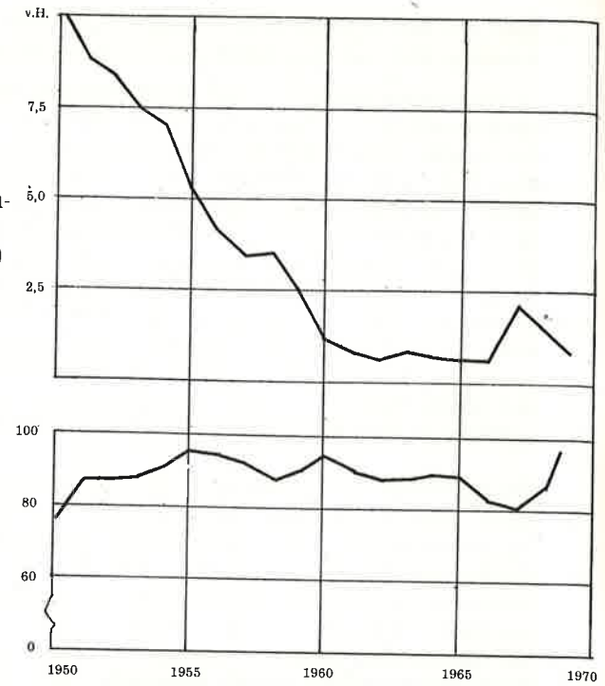
42 Vgl. dazu Paul A. Baran und Paul M. Sweezy: MONOPOLKAPITAL, Frankfurt 1967, insbes. S. 85 ff.

43 Es ist bezeichnend für das bürgerliche Bewußtsein, daß als "Kapazität" nur die stofflichen Produktionsmittel zählen. Die freien Lohnarbeiter gehören folglich nicht dazu. Dabei wird natürlich unterschlagen, daß im Produktionsprozeß die objektiven Bedingungen und die subjektiven Bedingungen erst gemeinsam den Arbeitsprozeß als solchen möglich machen.

44 Vgl. Ernest Mandel: DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFTSKRISE, LEHREN DER REZESSION 1966/67, Frankfurt 1969.

Abb. 4

Arbeitslosigkeit (in Prozent der "abhängigen Erwerbspersonen") und Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Industrie
(Maximalauslastung = 100 v.H.)



Quelle: JG 69/70 und: Rolf Krengel, Die Beziehungen zwischen Kapital, Beschäftigung und Produktion, in: Konjunkturpolitik, 1959, S. 270.

arbeiter" bleibt somit die einzige Möglichkeit, die Zahl der Arbeitskräfte zu vergrößern. 1969 waren daher auch etwa 1,5 Mio. Gastarbeiter in Westdeutschland, eine Zahl, die den Höhepunkt vor der Rezession (August 1966: 1,25 Mio.) weit übertrifft. Aber auch hier müssen wir Grenzen der Ausdehnungsfähigkeit der subjektiven Produktionsbedingungen konstatieren. Denn erstens ist es nicht sicher, daß weitere Einwanderungen ausländischer Arbeiter auch der geforderten Qualifikationsstruktur entsprechen, die von dem Stand der technischen und organisatorischen Entwicklung bestimmt wird. Und zum zweiten kann die Erhöhung der Ausbeutung individueller Arbeitskräfte durch Überstunden, Akkord, Sonntagsschichten, Mehrschichtbetrieb — selbst bei multiplizierten Löhnen -- nicht endlos fortgesetzt werden. Denn erstens hat banalerweise der Tag nur 24 Stunden und zweitens muß sich das Arbeitsvermögen regenerieren können. Zwar versucht der einzelne Kapitalist, das ihm zur Verfügung stehende Arbeitsvermögen ohne Rücksicht auf dessen Regenerationsfähigkeit auszubeuten (Überstunden, mangelnder Unfallschutz, forciertes Arbeitstempo, teilweise Verbot von Weiterbildung, da das Energien kostet, die dem Einzelkapitalisten nicht unmittelbar nutzbar sind, Verwendung von Lehrlingen zu unmittelbar produktiver Tätigkeit, was auf Kosten ihrer Ausbildung geht und dergleichen mehr) aber er kann eine bestimmte physiologisch, psychologisch und soziologisch vorgegebene Maximalschranke (die anzugeben nicht exakt möglich ist) nicht überschreiten und gerät folglich mit den Arbeitern selbst in Konflikt. Verschärfte Ausbeutung ruft soziale Konflikte hervor, die jedenfalls das Ende der problemlosen Subsumtion der Arbeitskraft unter das Kapital indizieren, selbst wenn sich diese Konflikte vordergründig als Lohnstreiks — wie im September 1969 — darstellen. Es steckt immer mehr dahinter, nämlich generell ausgedrückt, der offene konfligierende Widerspruch der Lohnarbeiter gegen eine übermäßig hohe Aus-

beutung durch das Kapital. Folglich stellen sich dem Verwertungsprozeß des Kapitals vom Arbeitsprozeß her — und zwar sowohl von seiten der quantiativen und qualitativen Dimension des Gesamtarbeiters als auch von seiten der Kapazität der Produktionsmittel her — objektiv gezogene Grenzen, an die das Kapital im Wirtschaftsaufschwung immer wieder notwendig stößt. (45) Hier zeigt sich, daß die Begrenztheit der Mittel des Verwertungsprozesses in Konflikt geraten kann mit dem Ziel der Verwertung und nicht nur das Ziel umgekehrt mit dem Mittel konfligiert. Wenn aber die Wachstumsrate der Produktion aus den angegebenen Gründen ansinken muß, dann entwickeln sich auch infolge bestimmter kapitalistischer Mechanismen Disproportionen, die die Möglichkeit eines weitergehenden Konjunkturverfalls in sich bergen. Darauf wird unten noch genauer einzugehen sein. Hier kommt es vorwiegend darauf an, zu erkennen, daß eine vom Produktionspotential her mögliche jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von 4 bis 5 v.H. durchaus nicht sicherstellt, daß diese Möglichkeit auch realisiert wird und die derzeit überschießende Wachstumsrate von etwa 8 v.H. auf den objektiv möglichen langfristigen Mittelwert auch einschwenkt. Eine solche Annahme, wie sie jüngst von Schiller ausgegeben worden ist, leugnet gerade den Doppelcharakter des Produktionsprozesses als Arbeits- und Verwertungsprozeß und die daraus sich ergebenden Verwicklungen. (45a)

Löhne und Profite

Die Profitrate als bewegendes Prinzip im Kapitalismus ist ein Verhältnis zweier Größen: des insgesamt erzeugten Mehrwerts, der sich als Profitmasse darstellt, und des insgesamt fungierenden (fixen und zirkulierenden) Kapitals. Wir werden nun diese beiden Größen des Verhältnisses getrennt anhand von Indikatoren untersuchen, da wir aus der Statistik kaum direkte Antworten über deren historischer Entwicklung entnehmen können.

Mit der Produktionssteigerung seit 1966 sind auch die Profite gestiegen, wie die Statistik unter der Rubrik "Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" ausweist. Die Steigerungsrate dieser Einkommenskategorie betrug 1968 16 v.H. und im ersten Halbjahr 1969 14 v.H. (ohne die steuerliche Entlastung der Altvorräte, die den Profiten noch zugeschlagen werden müssen). (46) Dadurch konnten, wie folgende Tabelle zeigt, die Rezessionseinbußen der Kapitalisten leicht wieder wettgemacht werden; die Rezession hat ihre Funktion als "Bereinigungskrise" erfüllt:

---

45 Es soll ausdrücklich betont werden, daß diese objektiven Grenzen nicht mit der aus der Wachstumstheorie geläufigen "natürlichen Wachstumsrate" und deren "natürlichen" Grenzen verwechselt werden dürfen. Denn wir versuchen diese Grenzen im Gegensatz zur Harrodschen Wachstumstheorie aus den immanenten Bewegungen des Kapitals selbst herzuleiten.

45 a) Würde man die Möglichkeiten des Arbeitsprozesses für bare Münze nehmen, wäre beispielsweise unbegreiflich, warum in der Krise von 1929 Schuhe als Ausdruck der objektiven Möglichkeiten der Schuhproduktion en masse vorhanden waren, aber der Verwertungszwang des Kapitals gerade verlangte, die Menschen barfuß zu lassen, wenn sie die Schuhe nicht kaufen konnten. Die Verwertung des Kapitals verlangt gerade, daß die objektiven Möglichkeiten nicht aktuelle Realität werden, wenn sie mit den Verwertungsnotwendigkeiten des Kapitals konfligieren. Diese "Irrationalität" des Monopolkapitalismus, auf die Marcuse und viele andere — darunter auch Habermas — so gern verweisen, ist die Rationalität des Kapitals, die darin besteht, sich an sich selbst zu messen. Und daher ist nur die Methode rational, durch die das Kapital sich selbst vermehrt. Die "Irrationalität" ist somit auf den Begriff gebracht nichts anderes als der prinzipielle Widerspruch, in dem der Produktionsprozeß als Arbeits- und Verwertungsprozeß zu sich selbst steht.

46 JG 69/70, S. 28

Tabelle 3 Verteilung des Volkseinkommens

Jahr	"Einkommen aus unselbständiger Arbeit"	"Einkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen"	Lohnquote in v.H.	Gewinnquote in v.H.
1960	139,8	90,0	60,8	39,2
1962	173,9	98,0	63,9	36,1
1963	186,5	102,5	64,5	35,5
1964	204,4	112,1	64,6	35,4
1965	225,8	119,6	65,4	34,6
1966	243,0	121,8	66,6	33,4
1967	243,4	120,3	66,9	33,1
1968	261,1	143,8	64,9	35,1
1968				
1. Hj.	123,4	63,5	66,3	33,7
2. Hj.	137,7	80,3	63,0	37,0
1969				
1. Hj.	137,4	69,7	66,5	33,5

Quelle: JG 69/70, S. 140; Statistisches Jahrbuch 1969, S. 503, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktober 1969, S. 12, Werte von 1968 und 1969 vorläufig.

Die Gewinnquote dürfte 1969 insgesamt etwa einen Wert von 36 v.H. erreichen und damit ungefähr so hoch sein wie 1962. (47) Die Einbußen, die das Kapital durch die Hochkonjunktur bis 1966 hat hinnehmen müssen, sind in der Rezession wettgemacht worden. Die "relative Prosperität" der Arbeiterklasse in den Jahren vor der Krise hatte sich wirklich als "Sturmvogel der Krise" gezeigt, genau wie die gegenwärtigen Versuche der Gewerkschaften, den Lohnanteil wieder zu heben, untrüglich eine neue Konjunkturabschwächung aufkündigen werden. (48)

Zusätzlich dazu ist noch zu berücksichtigen, daß der gestiegene Profitanteil erstens aus einem absolut gestiegenen Volkseinkommen stammt und zweitens an eine bedingt durch den in der Krise forcierten Konzentrationsprozeß (49) geringere Anzahl Kapitalisten gefallen ist. Erst durch diese zusätzliche Information wird das Ausmaß und die ökonomische Bedeutung dieses Prozesses sichtbar: die Krise hat, wie theoretisch eindeutig nachgewiesen, die Funktion gehabt, die Profitrate wieder zu steigern. Nehmen wir die Löhne und Gehälter, so sind sie von 1966 bis 1968 um ganze 18 Mrd. DM angestiegen, die Profite in der gleichen Zeit aber um 22 Mrd. DM. (50) Das gesamte Neuprodukt (Löhne und Gehälter plus Gewinne = Volkseinkommen) ist also zugunsten der Gewinne umverteilt worden. Selbst die in der zweiten Hälfte 1969 stärker gestiegenen Löhne und Gehälter – insbesondere infolge der "wilden" Streiks vom September und infolge der gewerkschaftlichen Anschlußforderungen – haben b i s h e r nicht wesentlich die Profite drücken können, obwohl hier und da dies durchaus der Fall gewesen sein mag und die Zahl der Konkurse sich gegen Ende 1969 ganz leicht erhöht hat. (51) Denn bisher hat das Kapital den "Druck" der Lohnkosten (52) noch durch verstärkte Preissteigerungen weitergeben können. So konnten die "industriellen Erzeugerpreise" von April bis Oktober 1969 um 2,8 v.H. heraufgesetzt werden, was einer Jahresrate von 5,6 v.H. entspricht. Auch der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zeigt eine deutliche Tendenz nach oben. Im Verlauf des zweiten Halbjahres 1969 betrug sie 3 v.H. und 1969 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 2,9 v.H. und für 1970 rechnet das Bundeswirtschaftsministerium mit einem gesamtwirtschaftlichen Preisauftrieb von 4,5 v.H. (53). Zwar wird die DM-Aufwertung von 9,3 v.H. durch die Verteuerung der Exporte und die Verbilligung der Importe auch einen Druck auf die Preise ausüben, der sich in einer Verlangsamung des Preisanstiegs auswirken wird. Das Wirtschaftsministerium meint, daß ohne Aufwertung die Preissteigerungsrate 1970 mindestens 5 - 6 v.H. betragen haben würde, so daß der Aufwertungseffekt für das Preisniveau mit ca. 1 bis höchstens 2 v.H. anzusetzen ist. (54) Aber die "Stabilisierung" der Preise hat auch den fatalen Nebeneffekt, daß die Unternehmer die steigenden Produktionskosten nicht mehr so leicht durch steigende Preise "abwälzen" können und daher ihre Profite per saldo durch Stabilisierungspolitik beeinträchtigt werden.

Wir müssen uns dabei die Frage stellen: An wen weitergeben können? Denn des einen Preissteigerungen zur Erhöhung seiner Profite sind des anderen Kostensteigerungen, die die Profite einengen. So kommt es auch, daß die Unternehmer über den Kostendruck jammern und daraus die Preiserhöhungen rechtfertigen und einige bürgerliche Ökonomen Inflationen nach "demand-pull" und "cost-push" zu kategorisieren versuchen. Jedoch heben sich innerhalb der Sphäre des Kapitals Preissteigerungen in ihrer Wirkung auf Profite insgesamt rechnerisch gegenseitig auf – was des einen Preise, sind des anderen Kosten und umgekehrt – aber durch Verteuerung der Lebensmittel (im weitesten Sinne) der Arbeiter können die Reallöhne gemindert oder auf stagnierendem Niveau gehalten werden, so daß

47 Nach MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK, Oktober 1969, S. 12.

48 Auch wenn die Gewerkschaften keine solche Strategie verfolgen würden, sondern "stillhielten", könnte aufgrund des prinzipiellen Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital – wie sich bereits zeigte, als Gewerkschaften noch keine Rolle spielten – dieser Prozeß nicht grundsätzlich verändert werden. – Zwar erscheint die Wiedergewinnung des einmal Erreichten, also die Lohnquote vor der Krise, als "gerecht", aber das Kapital kennt nur Selbstgerechtigkeit und die bemißt es in Form der Höhe der Profitrate an sich selbst. Für "Gerechtigkeit" rächt sich das Kapital auf seine Weise: mit Preissteigerungen und/oder Reduzierungen der Beschäftigung. (Vgl. auch Anm. 26)

49 Vgl. dazu Jörg Huffschmid: DIE POLITIK DES KAPITALS, a.a.O.

50 Betrachtet man die Nettoprofite und Nettolöhne so wird diese Divergenz aufgrund der Technik der Steuerveranlagung noch deutlicher. Während die Nettoprofite (also nach Steuerabzug) von 1966 um rund 20 Mrd. DM stiegen, erhöhten sich die Nettolöhne und -gehälter nur um ganze 8,6 Mrd. DM. Hier dokumentiert sich jedenfalls der Klassencharakter der Steuergesetzgebung und der Steuererhebungspraxis.

51 Dazu verschiedene Nummern der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG. Die Bedeutung der Konkurse für die "Bereinigung" in der Krise ist nicht mehr so hoch einzuschätzen wie noch vor 1930. Dennoch ist an der Zahl der Insolvenzen ebenfalls der zyklische Verlauf kapitalistischer Entwicklung auch heute noch abzulesen. Die Anzahl der Insolvenzen insgesamt betrugen: 1964: 3281; 1965: 3157; 1966: 3615; 1967: 4337; 1968: 3827. Quelle: Verschiedene Jahrgänge des STATISTISCHEN JAHRBUCHS.

52 Dieser "Druck" erfolgt hauptsächlich aufgrund der Knappheit qualifizierter Arbeiter, worin sich die Bedeutung der subjektiven Produktionsbedingung, der Qualifikationsstruktur des Gesamtarbeiters, nicht nur für den Wachstumsprozeß (dazu von Franz Janossy: AM ENDE DER WIRTSCHAFTSWUNDER, Frankfurt 1969), sondern auch für den Konjunkturprozeß niederschlägt. Auf diese Problematik aber geht Janossy nicht ein, da er den Unterschied zwischen Arbeits- und Verwertungsprozeß nicht beachtet.

53 Dabei machten allein die Preissteigerungen für "Wohnungsnutzung" von Anfang 1967 bis Oktober 1969 rund 18 v.H. im Durchschnitt aus. Da allerdings die "Wohnungsnutzung" bei der Berechnung des Preisindex nur mit 11 v.H. (!) veranschlagt ist, wirken sich die 18 v.H. Preissteigerung in der Gesamttendenz nur mit rund 1,8 v.H. aus.

54 Hier zeigt sich die Richtigkeit unserer in der WELTWÄHRUNGSKRISE verfochtenen These (Vgl. auch SOZIALISTISCHE POLITIK, Nr. 2), daß die Aufwertung nicht aufgrund der binnenwirtschaftlichen Stabilitätssicherung, sondern vor allem aus Gründen der Sicherung des weltwirtschaftlichen "Gleichgewichts" unternommen wurde.

durch Preissteigerungen zeitweise im Konjunkturverlauf der Mehrwert gegenüber der Wertsteigerung des variablen Kapitals gehalten werden kann. (55)

Hier haben wir wieder den Widerspruch, der die kapitalistische Konjunktur bestimmt, in seiner sichtbarsten Erscheinungsform. Der Einzelkapitalist versucht durch Preissteigerungen die in steigender Beschäftigung und steigenden Nominallöhnen zum Ausdruck kommende "wachsende Prosperität" der Arbeiterklasse, die ja für ihn die Erscheinungsform höherer Produktionskosten annimmt, zu unterlaufen. In den im Verlauf eines jeden Booms steigenden Lohnkosten (56) drückt sich das Prinzip der Einschränkung von Profitmasse und -rate durch den Konkurrenzdruck der Kapitalisten selbst und den Kampf der Lohnarbeiter aus. Die daher permanent erhöhten Preise drücken das kapitalistische Prinzip aus, sich die Profite "auf dem Markt zu holen", wenn sie in der Produktionssphäre durch steigende Löhne eingeengt werden. Im Widerspruch und der gleichzeitigen absoluten Interdependenz von Lohnerhöhungen und Preiserhöhungen im Konjunkturzyklus – verflacht als Lohnpreis- oder Preislohnspirale, je nach Gesichtspunkt und zu einem Politikum gemacht – drückt sich also der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital konkret in seinen zyklischen Bewegungen aus. Und in diesem Widerspruch sind eine ganze Reihe von Konflikten angelegt, die der Einzelkapitalist als solche gar nicht wahrzunehmen vermag. Er vermeint nämlich durch Preiserhöhungen, zu denen er sich "gezwungen" und folglich "berechtigt" fühlt, um die Kapitalverwertung auf dem alten Stand zu halten, seine Profitrate halten zu können. (57) Er kann nicht begreifen, daß jede Preiserhöhung der Waren die Realisierung der in ihnen inkorporierten Werte erschweren muß. Denn die sowieso beschränkte Konsumtionskraft der Massen (58) wird um das Maß der Preissteigerungen weiter eingeengt. Mit seinen Preissteigerungen verschärft daher der Einzelkapitalist nicht nur die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital, sondern auch die Konkurrenz innerhalb der Kapitalistenklasse selbst um die eigeengte Konsumtionskraft. Dabei ist es erst in zweiter Linie relevant, ob sich diese Verschärfung im nationalen oder vorwiegend im internationalen Rahmen austrägt. (59) Umgekehrt aber sind die Lohnerhöhungen kein Garant für Krisenfreiheit, wie in keynesianisch orientierten Gewerkschaftskreisen immer wieder – mit der Folge einer tiefen Desorientierung der Arbeiter über den Charakter des kapitalistischen Gesellschaftssystems – behauptet wird. Denn Lohnerhöhungen steigern nicht nur die Massen-

55 Daher auch das hilflose Sich-Bewegen in dem affirmativ gefaßten und moralisierend dargebrachten Gegensatz: "Je nach Marktlage würde der Lohnkostenanstieg entweder eine Preislawine auslösen, die niemand will, oder aber sie würde die Unternehmergewinne so beeinträchtigen, daß die Unternehmer den Mut zum Investieren verlieren, daß also von der Investitionsgüterkonjunktur her einer Stagnation oder gar Rezession der Weg geebnet wird." DER VOLKSWIRT, Nr. 47, 1969, S. 12.

56 Vgl. dazu auch Rudolf Hilferding, a.a.O.

57 "Die Produktionskosten erhöhen sich damit in einem Zeitpunkt, in dem die Unternehmen die Möglichkeiten der Überwälzung auf die Preise noch relativ hoch veranschlagen. Mit anderen Worten: Die Chance, daß die verstärkte Steigerung der Lohneinkommen durch eine verminderte Zunahme anderer Einkommen oder gar deren Abnahme kompensiert und damit in ihrer Wirkung auf die Gesamtnachfrage neutralisiert würde, ist derzeit gering." MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK, November 1969, S. 5.

58 Hier muß zwischen Kaufkraft und Konsumtionskraft scharf unterschieden werden. Denn Kaufkraft beinhaltet die Gesamtsumme der Warenpreise, während Konsumtionskraft nur die Nachfrage nach Waren der Abteilung II beinhaltet, also gleich den Löhnen und Gehältern zuzüglich der Profite abzüglich des aus ihnen akkumulierten Teils darstellt. Die Konsumtionskraft der Gesellschaft ist also umso kleiner (relativ), je größer der akkumulierte Anteil der Profite. Das bedeutet aber gerade, daß die Konsumtionskraft der Gesellschaft durch den Akkumulationstrieb selbst beschränkt ist, durch den "Trieb nach Vergrößerung des Kapitals". Der gleiche Prozeß – der der Akkumulation –, der das kapitalistische Wachstum trägt, untergräbt es durch die relative Einschränkung der Konsumtionskraft immer wieder von neuem. Vgl. dazu vor allem Eugen Varga, a.a.O., insbesondere S. 198 f.

59 Auch dies wieder ein Beleg für die sehr wirksame Konkurrenz, die die Gesetze des Kapitals "exequiert", auch und gerade im Monopolkapitalismus.

kaufkraft, sondern drücken auf die Profitrate und man kann es keinem Kapitalisten verdenken, wenn er diesen Druck in Form von Preiserhöhungen und Arbeitszeitverlängerungen (z.B. durch Streichen des "Siemens-Feiertages", des bisher traditionellerweise freien Pfingstdienstags im Siemens-Konzern) und steigender Arbeitsintensität (z.B. MTM-System) aufzufangen versucht, solange der Markt und die Passivität der Arbeiterklasse dies "hergeben". Daher hat auch das kapitalistische Argument der Lohnpreisspirale innerhalb dieses Systems eine durchaus rationale Basis: Der Kapitalist reagiert mit denjenigen Instrumenten gegen Einschränkungen seiner Profite, die ihm in der jeweiligen Konjunkturphase am wirksamsten zu Gebote stehen. In der Krise, unter den Bedingungen der Existenz einer wirksamen industriellen Reservearmee von Arbeitslosen, wird er alle die Ausgaben drücken, die dem variablen Kapital zugehören, also Löhne, Gehälter, Sozialleistungen, Bildungsaufwendungen (60) und gleichzeitig die "gestiegene Arbeitsmoral", d.h. den verschärften individuellen Zwang zur Unterwerfung unter die Repressionen des Kapitals, zur Produktion von zusätzlichem absoluten und relativen Mehrwert ausnutzen. Daß dies geschieht, haben die beiden "Weißbücher" der IG-Metall im Jahre 1967 anhand eines traurigen Sammelsuriums von Beispielen über die "Unternehmermoral" gezeigt. Kann man aber von Schweinen erhoffen, daß sie an den lieben Gott glauben? Insofern sind solche "Weißbücher" Dokumente der Ohnmacht. In der Hochkonjunktur dagegen, unter Bedingungen der Knappheit an Arbeitern, insbesondere an qualifizierten Arbeitern, wird aber dieses Instrument zusehends stumpfer. Der Kapitalist wird daher statt dessen in vermehrtem Umfang mit den Preisen seiner Waren reagieren. Die notwendig sich einstellende Beschränkung der Abpressung von Mehrwert wird er durch Preiserhöhungen der Waren zu kompensieren trachten. All diese Maßnahmen sind ihm nur Instrumente, Mittel zur maximalen Verwertung des eingesetzten Kapitals innerhalb eines bestimmten Zeitraums.

Hier zeigt sich folgendes sehr deutlich: In der ersten Aufschwungphase entschärft die Schwäche der Arbeiterklasse durch Arbeitslosigkeit und natürlich auch durch "konzertierte Aktion" die Konkurrenz der Kapitale untereinander, da die Auspressung von Mehrwert für jedes Einzelkapital profitabel genug vonstatten geht. In späteren Phasen des Aufschwungs aber verschärft sich notwendig die Konkurrenz der Einzelkapitale, da zusätzliche Auspressungen der Arbeitskraft immer schwieriger werden und der Kampf um den möglichst großen Anteil an der vom gesellschaftlichen Gesamtarbeiter erzeugten gesellschaftlichen Mehrwertmasse geführt wird. (61) Durch diese Konkurrenz aber wird die Mehrwertmasse nicht um eine unbezahlte produktive Arbeitsstunde vergrößert, – wenn auch die Konkurrenz sehr viel Kosten – faux frais – verursachen mag (Werbung, Fehlkalkulationen, Doppelplanungen, Überkapazitäten, Konkurse usw.) – . Auch aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß das Kapital immer wieder notwendig auf seine eigenen Grenzen stoßen muß (und die typisch kapitalistische Borniertheit drückt sich darin aus, daß eben diese Grenzen nicht gesehen werden), und diese in seiner Natur angelegten Grenzen herrschen sich ihm immer wieder von außen vermittelt durch die Konkurrenz auf.

60 Vgl. dazu den in der folgenden Nummer der SOZIALISTISCHEN POLITIK erscheinenden Aufsatz von Wolfgang Müller und Christel Neusüss, die dieses Problem extensiv behandeln.

61 Das Verhalten der großen Konzerne und der kleinen Kapitalisten unterscheidet sich dabei nur durch den unterschiedlichen Zeithorizont und den unterschiedlichen Grad an Gelassenheit. Sie unterscheiden sich jedoch nicht darin, daß sie nicht beide gleichermaßen Mehrwerträuber sind, was sich in ihren persönlichen Verhaltensweisen auch dementsprechend niederschlägt. Humane Sprüche an die "lieben Mitarbeiter", wie sie in den Konzernen an der Tagesordnung sind, und das Wort des BDI-Präsidenten Fritz Berg zu den spontan Streikenden in Dortmund, man hätte das Gesindel ruhig erschießen können, passen so gut zusammen wie das Gebetbuch in der einen und das Hauptbuch in der anderen Tasche.

Entsprechend diesem allgemeinen Gesetz, daß im Verlauf des Aufschwungs der Anteil der Arbeiterklasse am Wertprodukt wieder steigen muß, nachdem er in der Krise "bereinigt" worden war, lassen sich die derzeitigen Konjunkturzahlen interpretieren. Die entwicklung des Anteils der "Lohn- und Gehaltssumme in Prozent des Umsatzes" kann darüber ersten Aufschluß geben:

Tabelle 4

Lohn- und Gehaltssumme in Prozent des Umsatzes in der Industrie der Bundesrepublik

Jahr	Bergbau	Grundstoff und Produktionsgüterindustrie	Investitionsgüterindustrie	Verbr.-güterindustrie	Nahrungs- u.Genußmittelindustrie	Gesamte Industrie
1956	41,8	14,7	22,5	19,7	6,7	18,2
1957	41,6	15,0	22,2	19,7	7,0	18,3
1958	45,7	15,7	22,6	21,0	7,3	19,0
1959	44	15	22	21	8	18
1960	39	15	23	21	8	19
1961	43	16	23	22	8	20
1962	43	18	25	22	9	21
1963	42	18	25	23	9	21
1964	45,1	17,9	25,5	22,8	8,8	21,1
1965	50,3	18,3	26,8	23,1	8,9	21,8
1966	49,5	18,5	27,5	24,0	9,4	22,3
1967	46,2	18,2	27,6	24,4	9,2	21,9
1968a)	43,8	17,9	28,8	24,9	9,5	22,4
1968b)	41,2	16,6	27,0	22,8	8,9	20,8

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, mehrere Jahrgänge.
1968: a) ohne Mehrwertsteuer; b) mit Mehrwertsteuer.
(In den Jahren 1959 bis 1963 wurden die Prozentsätze im Statistischen Jahrbuch nur aufgerundet angegeben)

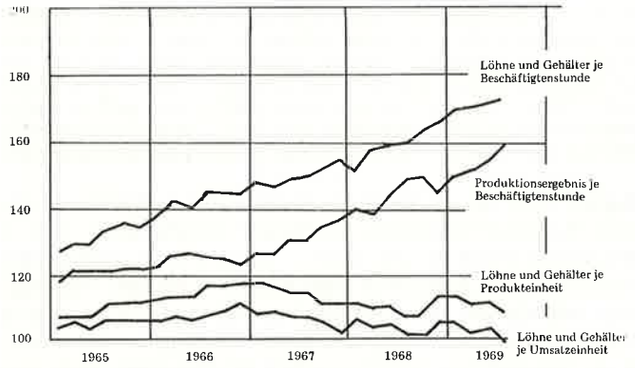
Die Tabelle zeigt, daß seit 1960 bis zur Krise 1966 der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz kontinuierlich angestiegen ist und seitdem bis 1968 wieder gesunken ist (Für 1968 muß die Zahl b) zum Vergleich genommen werden, da in den Zahlenangaben bis 1967 ebenfalls die Umsatzsteuer enthalten ist.). 1969 dürfte hier eine Tendenzwende eingetreten sein, die 1970 sich festigen dürfte. Stellt man außerdem noch die Statistiken über das "Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde" und über den Anteil der Löhne und Gehälter an der Produkt- und Umsatzeinheit zusammen, so zeigt sich seit Ende 1966 die Schere zwischen Produktionsergebnis und dem Anteil der Lohnarbeit am Warenwert sehr krass (Abb. 5). Der Anteil der Lohnkosten – als Indikator für den Anteil des variablen Kapitals am Warenwert – ist seit der Krise 1966/67 permanent gefallen (62), so daß – ein gleichbleibender Anteil des konstanten Kapitals vorausgesetzt – notwendig der Anteil der Profite gestiegen sein muß. (63) Das Kapital hat demnach noch Spielraum, um Lohnsteigerungen aufzufangen und daher ist auch nicht unmittelbar mit Verwertungsschwierigkeiten von dieser Seite her in den nächsten Monaten zu rechnen.

62 Nach DWI-BERICHTE, Juli 1969, S. 6 hat sich der Anteil der Löhne allein am Umsatz wie folgt entwickelt: 1965: 15,2 v.H.; 1966: 15,3 v.H.; 1967: 14,6 v.H.; 1968: 14,0 v.H.

63 Der Warenwert ist c+v+m. Wenn v/w fällt, dann müssen c/w und/oder m/w steigen. Ist c/w geringer gestiegen als v/w gesunken ist, dann ist notwendig m/w gewachsen. m/w ist natürlich nicht die Profitrate, die ja mit m/C zu bezeichnen ist. Für diese Relation aber fehlen uns die Informationen aus den erwähnten Gründen.

Dabei ist jedoch eines zu berücksichtigen: Der Wert der Waren setzt sich zusammen aus dem variablen und konstanten Kapital sowie dem Mehrwert. Wenn auch der Anteil des variablen Kapitals seit der Krise gesunken ist, so besagt das noch nicht, daß im gleichen Maße auch der Mehrwertanteil gestiegen ist. Denn auch der Anteil des konstanten Kapitals dürfte sich erhöht haben infolge der verstärkten Kapazitätserweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen, die vom Kapital seit der Krise vorgenommen worden sind. Daraus ergibt sich, daß die Steigerung des Mehrwertanteils am Warenwert geringer sein dürfte als die Senkung des Anteils des variablen Kapitals ausmachte. Im Verlauf des Aufschwungs steigt infolge der Investitionen das konstante Kapital absolut an und auch die Löhne werden infolge des Booms wieder erhöht, so daß von beiden Seiten her der Anteil der Profite wieder notwendig sinken muß. Damit ist allerdings zur tatsächlichen Profitrate noch nichts ausgesagt, da die Profite eines Jahres (Jahresprofitrate) nicht, wie eingangs dargestellt, auf den Warenwert oder den Kostpreis bezogen werden dürfen, sondern auf das insgesamt fungierende Kapital. Diesem Faktor müssen wir uns daher jetzt zuwenden. Hier allerdings geraten wir in die allergrößten Schwierigkeiten, da die Informationen über das fungierende Produktivkapital im zyklischen Verlauf nur äußerst spärlich sind.

Abb. 5: Produktivität und Lohnkosten in der Industrie (1962 = 100)



Quelle: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Dezember 1969.

Die Bedeutung des fixen Kapitals

Wenn oben davon die Rede war, daß das Produktionspotential im Jahresdurchschnitt etwa um 4,5 v.H. steigen wird, so sind hiermit nur die objektiven Möglichkeiten des Produktionsprozesses als Prozeß der Kombination von Produktionsmitteln und Arbeit angedeutet. Zur Steigerung des gegebenen Produktionspotentials jedoch sind Kapazitätserweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen notwendig, die den "Kapitalstock" vergrößern. Damit ist eine wirksame Tendenz gegeben, die organische Zusammensetzung des Kapitals, das Verhältnis von konstantem und variablem Kapital, schrittweise zu vergrößern. Die gleiche Maßnahme, die das Produktionspotential der Gesamtwirtschaft steigert, die also die Voraussetzung dafür schafft, daß der Reproduktionsprozeß als Arbeitsprozeß ausgedehnt werden kann, verringert auf der anderen Seite immer wieder die Verwertungschancen des eingesetzten Kapitals, drückt also auf die Profitrate. So haben die Investitionen zwei gegenläufige Wirkungen. Einmal begründen sie die Ausdehnung des Produktionspotentials, verringern auch als Rationalisierungsinvestitionen die Kosten pro Produkteinheit, erhöhen jedoch zugleich den Wert des fungierenden fixen Kapitals, also den Nenner

des Bruchs, der die Profitrate definiert. Das fixe Kapital – all jene Produktionsmittel, die ihren Wert nur portionsweise, über mehrere Produktionsperioden verteilt, an die Produkte abgeben – fungiert über mehrere Umschläge des gesamten Kapitals, d.h. seiner Bestandteile, im Produktionsprozeß. Je größer der Anteil des Fixkapitals ist, desto häufiger muß das zirkulierende Kapital umschlagen, um den Wert des Fixkapitals zu reproduzieren. Ist die "Abschreibungsrate" 10 v.H., so muß das zirkulierende Kapital 10 Jahre umschlagen, um das Fixkapital zu ersetzen; denn dieses geht jährlich mit einem Zehntel seines Wertes in das zirkulierende Kapital ein. Dabei ist allerdings der Wertumschlag des vorgeschossenen Kapitals von der wirklichen Reproduktionszeit seiner Bestandteile zu trennen. Da in dem Zeitraum von 10 Jahren das zirkulierende Kapital häufiger als zehn Mal umschlägt, kann in einem sehr viel kürzeren Zeitraum ein Warenprodukt produziert werden, welches w e r t m ä ß i g das vom Kapitalisten vorgeschossene Kapital reproduziert, so daß das vorgeschossene Gesamtkapital wertmäßig umgeschlagen ist, bevor das Fixkapital stofflich ersetzt werden muß (64). Die "wirkliche Reproduktionszeit" des Fixkapitals jedoch bestimmt die Notwendigkeit kontinuierlicher Produktion (65). Denn das Fixkapital verlangt zu seiner Ersetzung so viele Kapitalumschläge wie die Zeit der Abgabe von Wertbestandteilen an das zirkulierende Kapital (verkürzt wollen wir dies Abschreibungen nennen) dauert.

> "Durch diesen, eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgender Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Überstürzung, Krise durchmacht. Es sind zwar die Perioden, worin Kapital angelegt wird, sehr verschiedene und auseinanderfallende. Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage. Also auch – die ganze Gesellschaft betrachtet – mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus." (66)

Damit erweist sich das fixe Kapital nicht nur als relevant in seiner Form als Teil des vorgeschossenen Kapitals, auf das der Kapitalist die erzielte Profitmasse bezieht (es ist Teil des c im Nenner des die Profitrate definierenden Bruchs: m/c+v), sondern mehr noch als die materielle Basis des Zyklus überhaupt. Die Anlagen in fixes Kapital – die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen – müssen folglich die Zyklizität der kapitalistischen Entwicklung ausdrücken. Wenn wir nicht die absoluten Werte für die Investitionstätigkeit der Unternehmen betrachten, sondern die Investitionen in Relation zum Bruttosozialprodukt setzen, sehen wir diesen zyklischen Zusammenhang bestätigt. Die Investitionsquote veränderte sich seit 1960 folgendermaßen:

Tabelle 5

Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt (in v.H.) in Preisen von 1954

Jahr	Ausrüstungs-investitionen	Bauten	insgesamt
1960	12,8	10,6	23,6
1961	13,7	10,8	24,5
1962	14,0	11,0	25,0
1963	13,8	10,5	24,6
1964	14,4	11,5	25,8
1965	15,0	11,2	26,2
1966	14,2	11,4	25,6
1967	13,0	10,6	23,6
1968	14,5	10,5	25,0
1969 1. Hj.	14,9	9,3	24,2

Quelle: eigene Berechnung

Die Investitionsquote erreichte also 1965 einen absoluten Höhepunkt, der allerdings im Verlauf des ganzen Jahres 1969 überschritten werden dürfte, wie der Sachverständigenrat angibt. An dieser Tabelle jedenfalls ist interessant, daß der derzeitige Investitionsboom hauptsächlich den Ausrüstungsinvestitionen und nicht den Bauinvestitionen zuzuschreiben ist. Darin schlägt sich die Tatsache nieder, daß die Investitionspolitik der Unternehmer nach der Krise hauptsächlich auf Rationalisierung und weniger auf Kapazitätserweiterung hinausgelaufen ist. Von 1960 bis 1966 gaben zwischen 35 und 40 v.H. der Firmen als Hauptziel ihrer Investitionen "Kapazitätserweiterung" an; 1967 waren es nur noch 29 v.H. und 1968 nur noch 26 v.H. der Firmen. Das Ziel "Rationalisierung" gaben von 1960 bis 1966 zwischen 47 und 55 v.H. der Firmen an; 1967 waren es dagegen genau wie 1968 59 v.H. Investitionen zur Ersatzbeschaffung wollten 1968 15 v.H. der Firmen durchführen, auch dies der höchste Wert seit 1960. (67) Die Ausdehnung der Investitionsgüterindustrie – was ja nichts anderes bedeutet als daß die Investitionsgüterindustrie nach eigenen Waren Nachfrage entfaltet, deren Größe vom Sachverständigenrat 1969 auf gut ein Drittel mehr als 1968 geschätzt wird – wird somit zu einem der wichtigsten konjunkturbelebenden Faktoren. Solange die Kostensenkungen durch Rationalisierung nicht durch Kostensteigerungen infolge von Lohnerhöhungen, Preissteigerungen bei Rohprodukten usw. wettgemacht werden und solange es den Unternehmern noch möglich ist, Kostensteigerungen durch Preiserhöhungen als relative Reallohnsenkung weiterzugeben, wird die infolge von Rationalisierung steigende Profitmasse dämpfend auf den Fall der Profitrate aufgrund der Ausdehnung des Wertes des konstanten, insbesondere des fixen Kapitals einwirken. Solange dies gesichert ist, kann auch die Ersetzung des investierten fixen Kapitals reibungslos erfolgen. Wenn aber erst der "Kapazitätseffekt" der Investitionen voll zur Geltung kommt, d.h. die gestiegene Produktionskraft manifest geworden ist, dann wird die Divergenz zwischen Produktionskraft und Konsumtionskraft, die gerade durch Rationalisierung – die ja in aller Regel auf Einsparung von Arbeitskräften hinausläuft – noch vergrößert wird, den Umschlag des fixen Kapitals nur noch stockend ermöglichen. Dann aber wird die Investitionstätigkeit der Unternehmer nachlassen, was sich kumulativ (vermittelt durch den Mechanismus des Investitionsmultiplikators) als Verlangsamung des Tempos der Ausdehnung der Produktion und später gar als Produktionseinschränkung auswirken wird. Diese zusätzliche Bestimmung zum allgemeinen Widerspruch zwischen Konsumtionskraft der Massen und Produktionskraft des Kapitals macht die Notwendigkeit des Zyklus erst recht deutlich. Und gerade daraus können wir ableiten, daß insbesondere beschleunigte Investitionsbooms den Umschwung in sich bergen und keinen Anlaß bieten, darin etwa eine mögliche Einebnung des Zyklus zu sehen. Andererseits geht die Konjunktur so lange aufwärts, wie noch die Investitionen positiv zunehmen. Aber bereits jeder Rückgang der Wachstumsrate der Investitionen birgt ein wesentliches Problem in sich: Die Wachstumsrate der Investitionen indiziert ja nichts anderes, als daß die Investitionsgüterindustrien Aufträge erhalten und beschäftigt sind. Von Jahr zu Jahr zunehmende Wachstumsraten indizieren, daß sich die Investitionsgüterindustrie ausdehnen kann. Und folglich: Von Jahr zu Jahr schrumpfende – wenn auch positive und vielleicht sehr hohe – Wachstumsraten indizieren eine abnehmende Beschäftigung der Investitionsgüterindustrie. Daher wird die

64 Karl Marx: DAS KAPITAL, Band II, Berlin 1961, S. 179. Zur Umschlagszeit des Fixkapitals vgl. auch GRUNDRISSE, S. 605 ff.

65 "Es ist daher erst mit der Entwicklung des capital fixe, daß die dem Begriff des Kapitals entsprechende Kontinuität des Produktionsprozesses als conditio sine qua non für seine Erhaltung gesetzt wird, daher ebenso die Kontinuität und das beständige Wachsen der Konsumtion", GRUNDRISSE, S. 607.

66 Karl Marx: DAS KAPITAL, Band II, Berlin 1961, S. 180.

67 JG 68/69, S. 6.

Abnahme der Wachstumsrate der Investitionen bereits ein sehr deutliches Zeichen für den kommenden Umschwung sein. Dies ist im Augenblick (Mitte Januar 1970) noch nicht der Fall; jedoch deuten die mit sinkender Zuwachsrate steigenden Aufträge seit einigen Wochen darauf hin, daß dieser "Tendenzumschwung" in den nächsten Wochen zu erwarten sein wird. Wir sehen also, daß die Profitrate von allen Seiten her im Verlauf des Konjunkturaufschwungs gedrückt wird: Die Ausdehnung der Profitmasse wird durch die "relative Prosperität der Arbeiterklasse" beschnitten und die Ausdehnung des Fixkapitals sowie die tendenziell größer werdenden Umschlagzeiten erhöhen das insgesamt vorzuschießende Kapital; der Verwertungsprozeß wird mit dem Konjunkturaufschwung "zähflüssiger".

An dieser Stelle wird der Zusammenhang zwischen Realisierung und Verwertung wieder sichtbar. Der zyklische Verlauf der kapitalistischen Reproduktion wird durch den zyklischen Charakter des Verwertungsprozesses infolge der aus ihm sich entwickelnden Widersprüche erzeugt. Jedoch erscheint dem einzelnen Kapitalisten dieser Zusammenhang als Druck der Kosten (steigende Löhne und steigende Zinsen) und als mangelnde Nachfrage auf dem inneren Markt. Die Realisierungssphäre vermittelt dem Kapitalisten den Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, den er als "Meister der Produktionsfaktoren" im Betrieb beherrscht. (68) Dieser falsche Anschein setzt sich als Empfehlung an die "Politiker" fort, durch konzertierte Aktion den Lohndruck, durch Schaffung von Liquidität den Druck hoher Zinsen und durch öffentliche Aufträge die mangelnde Nachfrage zu kompensieren. Durch solche politischen Maßnahmen lassen sich tatsächlich zeitweise Realisierungsprobleme bewältigen, jedoch nicht die Grundwidersprüche aufheben, die ja aus dem Verwertungsprozeß selbst resultieren. Dazu wird jedoch unten mehr gesagt werden müssen.

4. Das Problem der Disproportionen im Konjunkturverlauf

Wir haben gesehen, daß der Prozeß der kapitalistischen Akkumulation seinen zyklischen Charakter durch die Dynamik der Verwertungsbedingungen der das Gesamtkapital konstituierenden Einzelkapitale erhält. Die Verwertung der Einzelkapitale allerdings steht im Monopolkapitalismus in erhöhtem Maße unter dem Prinzip der Ungleichzeitigkeit, d.h. daß die Profitraten auf die Einzelkapitale ungleich sind. Dies ist ein erster Grund für die Herausbildung von Disproportionen. (69) Zudem entfallen auf die Einzelkapitale entsprechend ihrer Größe verschieden große Profitmassen, so daß auch die Akkumulationsmöglichkeiten verschieden sind. Dies ist ein zweiter Grund für Disproportionen, die sich als Konzentrationsprozeß der Wirtschaft darstellen. (70) Weitere Gründe für Disproportionen bestehen in technischen Neuerungen, besonderen natürlichen Bedingungen, äußeren Zwängen, die zeitweise Disproportionen hervorrufen, jedoch als Ursachen (natürlich nicht als Folgen bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse) auf jede Ökonomie, gleichgültig welcher gesellschaftlichen Formation, einwirken. Aber all dies ist nicht gemeint, wenn von einer Bedeutung der Disproportionen für den Konjunkturverlauf die Rede ist. Vielmehr sind hier die sich herausbildenden wertmäßigen und naturalförmigen Disproportionen zwischen Industriezweigen und insbesondere zwischen den Abteilungen I (Produktion von Produktionsmitteln) und II (Produktion von Konsumtionsmitteln) gemeint. (71) Das Problem entsteht dadurch, daß die Produktion einerseits an die Konsumtionskraft der Massen gebunden ist, andererseits sich aber nicht an ihr, sondern an der Erzielung von Profit orientiert.

> "Obwohl der Zweck der kapitalistischen Produktion der Profit ist, daher der Gebrauchswert der Waren, die er produziert, für den Kapitalisten vollständig gleichgültig ist, dienen die Produktionsmittel letzten Endes doch nur dem Zweck, mit ihnen Konsumtionsmittel zu produzieren; daher ist die Produktion von Produktionsmitteln letzten Endes durch die Konsumtionskraft der kapitalistischen Gesellschaft begrenzt..." (72)

Also muß auch die Produktion von Produktionsmitteln in bestimmter Proportion an die Produktion von Konsumwaren gebunden sein. Der Widerspruch von Konsumtionskraft und Produktionskraft jedoch zusammen mit der "Anarchie des Marktes", d.h. der Tatsache, daß der Kapitalist nur an den Rückwirkungen seiner a priori-Entscheidungen bemerkt, ob er richtig oder falsch gehandelt hat, bewirkt immer wieder die Herausbildung von Disproportionen im Reproduktionsprozeß des Gesamtkapitals, die im Konjunkturaufschwung entstehen und gerade in der Krise oder zumindest im Prozeß der Wachstumsverlangsamung wieder zeitweise beseitigt werden. (73) So muß festgehalten werden, daß zwar die Anarchie des Marktes als Ursache von Disproportionen e r s c h e i n t, (74) die Anarchie als Ausdrucksform der Konkurrenz aber auf die immanenten Widersprüche des Kapitals – aufgrund einer Reihe konkreter Vermittlungen – zurückgeführt werden muß.

Ä u ß e r l i c h drücken sich Disproportionen in unterschiedlichen Entwicklungstempi einzelner Branchen, Bereiche, Abteilungen aus. Allerdings sind nicht unterschiedliche Wachstumsraten verschiedener Bereiche per se bereits Indikatoren für sich herausbildende Disproportionen, da sie sich notwendig aus den Reproduktionsbedingungen ergeben. Zur zusätzlichen Produktion einer Werteinheit in der Konsumwaren produzierenden Abteilung müssen mehrere Werteinheiten zusätzlicher Produktionsmittel-Waren hergestellt werden. Also muß die Abteilung I notwendig schneller wachsen als die Abteilung II, wenn die Konsumtion insgesamt zunimmt. Die Abteilung I stellt sich folglich im Aufschwung in überproportionalem Maße auf die Steigerung der Konsumtionskraft ein. Wenn jetzt die Wachstumsraten der Konsumtionskraft degressiv verlaufen, dann werden die Bestellungen nach Waren der Abteilung I ebenfalls degredieren, und zwar ebenfalls in akzelerierter Form. (75) Jedes Absinken der Bestellungen in den Produktionsmittel erzeugenden Industrien

68 GRUNDRISSE, S. 322: "Jeder Kapitalist weiß von seinem Arbeiter, daß er ihm gegenüber nicht als Produzent dem Konsumenten (gegenüber) steht und wünscht seinen Konsum, d.i. seine Tauschfähigkeit, sein Salär möglichst zu beschränken. Er wünscht sich natürlich die Arbeiter der a n d r e n Kapitalisten als möglichst große Konsumenten s e i n e r Ware. Aber das Verhältnis j e d e s Kapitalisten zu s e i n e n Arbeitern ist das V e r h ä l t n i s ü b e r h a u p t von K a p i t a l u n d A r b e i t, das wesentliche Verhältnis... "Auch hier ist wieder die notwendige Konkurrenz zwischen Einzelkapitalien offenbar.

69 Hierzu vgl. beispielsweise die Angaben im STATISTISCHEN JAHRBUCH 1969, S. 174 f., wo die "Nettoproduktion je durchschnittlich tätiger Person" angegeben ist, und woraus eindeutig hervorgeht, daß mit der Unternehmensgröße (gemessen an der Gesamtproduktion in DM) die Nettoproduktion pro Mann und Nase (= "durchschnittlich tätige Person") ebenfalls in der Regel zunimmt.

70 Vgl. dazu Jörg Huffschmid, a.a.O.

71 Dazu vgl. die Ausführungen auch bei Hilferding und bei Sweezy: THEORIE DER KAPITALISTISCHEN ENTWICKLUNG, Köln 1959.

72 Eugen Varga, a.a.O., S. 207.

73 Dazu auch Karl Marx: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT, Teil 2, Berlin 1959, S. 517: "Indes sprechen wir hier nicht von Krise, soweit sie aus disproportionate production, das heißt disproportion zwischen der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die einzelnen Produktionssphären beruht. Davon kann nur die Rede sein, soweit von der Konkurrenz der Kapitalien die Rede ist. Da ist schon gesagt worden, daß Steigen oder Sinken des Marktwerts infolge dieser disproportion transfer und withdrawal of capital from one trade to the other, emigration of capital from one to the other zur Folge hat. Indes in dieser Ausgleichung selbst ist schon vorhanden, daß sie das Gegenteil der Ausgleichung voraussetzt und also K r i s e einschließen kann, die Krise selbst eine Form der Ausgleichung sein kann..."

74 In diesem Schein bewegen sich Sweezy und viele andere in ihren Analysen.

75 Nehmen wir an, zur Produktion von einer Werteinheit Konsumwaren seien zwei Werteinheiten Produktionsmittel-Waren notwendig. Dann muß die Abteilung I im Aufschwung bei ausgelasteten Kapazitäten doppelt so schnell expandieren wie die Konsumwaren produzierende Abteilung und umgekehrt ist es im Abschwung. Natürlich handelt es sich hierbei lediglich um ein Prinzip, das sich nie in reiner Form durchsetzt; in der bürgerlichen Ökonomie wird es "Akzelerationsprinzip" genannt.

infolge von "Sättigungstendenzen", d.h. jedes Absinken der Investitionstätigkeit relativ oder gar absolut, führt dazu, daß in der Abteilung I Kapazitäten freiwerden, die sich im Laufe der Entwicklung als Faktoren, die die Profitrate drücken, bemerkbar machen. Daß eine solche Situation aber gegenwärtig in der BRD noch nicht eingetreten ist, zeigt der Auftragseingangsindex der Investitionsgüterindustrie. Er verläuft steil nach oben und liegt weit über dem Index des Auftragseingangs in den Konsumwaren produzierenden Abteilungen. Dennoch retardieren infolge verschiedener Faktoren die Zuwachsraten (Aufwertung, Preissteigerung), so daß ein Umschwung in der Aufwärtstendenz im Laufe der ersten Monate 1970 durchaus möglich ist. Das Ifo-Institut sieht darin bereits einen Indikator (neben anderen) für eine mögliche "Tendenzwende" der Konjunktur. (76) Die Ursache für die bezeichneten Disproportionen ist der relative und absolute Widerspruch zwischen Produktions- und Konsumtionskraft. Branchenmäßige Disproportionen sind nur der strukturelle, materiale Ausdruck von Disproportionen der Wertverhältnisse. Sie haben folglich keine selbständige Existenz als krisenverursachende Momente und nur auf dieser theoretischen Basis sind die Disproportionen, wie sie in der Statistik erscheinen, als Krisenmomente zu interpretieren.

Tabelle 6

Produktion der verarbeitenden Industrie nach Hauptgruppen
1962 = 100

Jahr	Grundstoff- u.Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbr.-güter	Nahrungs- u.Genußmittel	Bergbau	Bauindustrie
1962	100	100	100	100	100	100
1963	104,0	102,1	101,5	104,5	101,7	103,2
1964	118,6	110,8	109,3	111,1	103,7	119,6
1965	125,4	119,0	116,8	116,3	100,7	120,1
1966	129,7	118,1	119,1	119,6	95,8	124,6
1967	132,8	109,3	113,5	121,8	89,2	115,3
1968	151,7	122,7	129,5	128,2	91,7	121,8
1969						
1. Vj.	156,0	133,8	138,1	123,3	98,6	1181)
2. Vj.	175,2	153,3	148,5	135,1	96,0	1322)
3. Vj.	170,2	132,9	133,0	129,6	90,8	1333)

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1969, S. 210; JG 69/70, S. 167; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 4. 1) Januar/Februar; 2) Juni/Juli, 3) September/Oktober.

Diese Tabelle zeigt, daß die Schwankungen der Investitionsgüter-Industrie wegen des oben abgeleiteten Prinzips am schärfsten sind. Der relativ kontinuierliche Anstieg der Produktion in der "Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie" erklärt sich allein aus der Tatsache, daß in diese Kategorie die chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung fallen, die als "Wachstumsbranchen" auch in der Krise die Produktionsrückfälle der anderen diesem Bereich subsumierten Zweige (Eisenschaffende Industrie, Gießereien und Kaltwalzwerke, NE-Metallindustrie usw.) überkompensieren konnten. (77) Das gleiche gilt für bestimmte Zweige in den anderen Hauptgruppen, in denen Produktionsrückgang und -anstieg in den vergangenen Jahren äußerst ungleichmäßig gewesen sind. Im ersten Halbjahr 1969 betrug die Wachstumsrate der Investitionsgüterindustrie 22 v.H., die der Verbrauchsgüterindustrie (die zu einem Teil ebenfalls Produktionsmittel herstellt, etwa die Kunststoffverarbeitende Industrie, Holzverarbeitung etc.,) 14 v.H., die der Produktionsgüter- und Grundstoffindustrie 13 v.H. Ganz aus dem Rahmen fällt dabei die Entwicklung der Bauindustrie, die 1968 kaum ihren Produktionsstand des Vorkrisenjahres 1965 erreicht hatte. Sie hat sich erst im Verlauf des Jahres 1969 von dem Rückfall in der Krise erholen können. Der Grund dafür wurde bereits oben gezeigt: Die Strategie der Unternehmer bei ihren Investitionszielen beinhaltete in steigendem Umfang Rationalisierungs- und in nachlassender Tendenz Kapazitätserweiterungsinvestitionen. Daran haben auch die öffentlichen "Extrahaushalte" im Krisenjahr 1967 nichts ändern können, obwohl sie zu einem Großteil Bauinvestitionen beinhalteten.

76 SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 19. 12. 1969.
77 Die Chemieindustrie will ihre Eigenschaft als "Wachstumsbranche" auch in den 70er Jahren halten. Sie wird in diesen Jahren ungefähr 100 Mrd. DM investieren. Nach SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 30. 12. 1969.

Was heute noch als sich herausbildende Disproportion erscheint, stellt sich morgen als Überkapazität dar. Allerdings ist hier ein besonderes Phänomen in der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung zu berücksichtigen, auf dessen Bedeutung schon verwiesen worden ist. Wenn Disproportionen sich aus der Dynamik des Verwertungszusammenhangs des Kapitals herausbilden – als Konsequenzen wertmäßiger und gebrauchswertmäßiger Diskrepanzen im Reproduktionsprozeß –, so ist auch klar, daß sie so lange nicht als Disproportionen zu erscheinen brauchen, wie der erzeugte Produktenwert außerhalb des inländischen Verwertungsprozesses realisiert werden kann. Die hohe Exportlastigkeit der westdeutschen Wirtschaft erweist sich also als ein Moment der Stabilisierung der Wirtschaft – nicht nur als Realisierungsfaktor, sondern auch als Faktor, der Disproportionen nicht zur Auswirkung gelangen läßt. Solange zum Beispiel die Automobilindustrie und der Maschinenbau über 40 v.H. ihres Produktenwertes auf dem äußeren Markt zu realisieren vermögen, können innere Disproportionen zwischen Konsumtionskraft und Produktionskraft überdeckt werden und dies umsomehr als über 80 v.H. der Exporte aus den Produktionsmittel erzeugenden Industrien kommt, so daß die steigende Produktionskraft gar nicht für den inneren Markt relevant wird. Aber andererseits können auch die Exporte auf die Dauer dies nicht verhindern. Je mehr nämlich gerade aufgrund günstiger Absatzchancen auf dem Weltmarkt die Kapazitäten im Inland ausgeweitet werden und je mehr auch Produktionsstätten im Ausland errichtet werden (78), desto sicherer auch das Entstehen von Überkapazitäten."

> "Je mehr man sich in seinen Dispositionen darauf einstellt (daß die Zulassungen bei Autos weiter ansteigen), um so sicherer wird ein Teil der Produktion eines Tages unverkauft liegenbleiben, um so weniger werden Kurzarbeit und Entlassungen mit all ihren Rückwirkungen auf die Zulieferindustrien vermeidlich sein, zumal ja auch auf dem Weltmarkt kaum ein Land im jetzigen Umfang deutsche Autos wird kaufen können, wenn das Loch seiner Handels- und Zahlungsbilanz gegenüber der Bundesrepublik tiefer wird." (79)

So zeigt es sich, daß die Exporte nicht allein generell die Realisierung eines Teiles des westdeutschen Produktenwertes außerhalb des inneren Reproduktionszusammenhangs ermöglichen, sondern gerade auch Disproportionen im Reproduktionsprozeß kompensieren. Wenn nun also die Exporte infolge einer Konjunkturabschwächung der wichtigsten kapitalistischen Länder bei einem westdeutschen Konjunkturumschwung nicht wie im Verlauf der Krise von 1966/67 weiter kontinuierlich zunehmen, sondern abnehmen, dann wird nicht nur der Ausfall von Kaufkraft die Folge sein, sondern gerade die Disproportionen des auf die Realisierung auf dem äußeren Markt eingestellten Reproduktionsprozesses des westdeutschen Kapitals werden als zusätzliche Störmomente zur Auswirkung kommen. Auch aus diesen Überlegungen ergibt sich die Notwendigkeit einer genauen Analyse der Konjunktur der wichtigsten kapitalistischen Länder.

78 Vgl. zur Problematik des Kapitalexports Westdeutschlands auch vom Verf.: DIE WELTWÄHRUNGSKRISE, a.a.O.
79 SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 6. 6. 1969.

Diesen Konsequenzen kann nicht entgegengehalten werden, daß ja die Verflechtung mit dem Weltmarkt nicht nur durch die Exporte, sondern auch durch die Importe geschieht. Im allgemeinen stimmt das auch; jedoch müssen nach der "Exportoffensive" (80) seit 1966 an dieser generellen Aussage Modifikationen angebracht werden. Denn das "außenwirtschaftliche Ungleichgewicht" bezeichnet gerade den gegenüber den Importen sehr großen Exportüberschuß, der ja nicht nur als wertmäßiger Überschuß relevant ist, sondern auch als Moment, das sich in der Produktionsstruktur selbst darstellt. Was als bloßer Überschuß erscheint, ist der Saldo von hoher Exportabhängigkeit in den einen und hoher Importabhängigkeit (Rohstoffe z.B.) in anderen Branchen. Insofern können in bezug auf das Disproportionenproblem die Exporte unabhängig von den Importen betrachtet werden.

Die Kreditverhältnisse

In diesem Zusammenhang sind einige Bemerkungen zur Bedeutung der Kreditverhältnisse in diesem Konjunkturzyklus notwendig. (81) Wir befinden uns in diesem Bereich an der "obersten Oberfläche" des Kapitalverhältnisses und bekommen hier nur den Abklatsch der Widersprüche in der Produktionssphäre zu Gesicht. Nur diese "Entfernung" von den wirklichen Bewegungen des Kapitals hat es auch erlaubt, gerade in dieser Sphäre eine Unzahl verselbständigter Formen, Kategorien, Mechanismen zu entwickeln, in denen und durch die das Geldkapital oder das fiktive Kapital (82) sich bewegt und die Aufteilung des Mehrwerts in Zins, Rente, Unternehmerprofit vollzogen wird. Die Kreditverhältnisse sind jedoch notwendige Bindeglieder der einzelnen Kapitalverhältnisse, um die verschiedenen ungleichzeitig erfolgenden Metamorphosen des Kapitals in seinem Kreislauf zwischen Geldkapital, Produktivkapital, Warenkapital und wieder Geldkapital reibungslos, d.h. ohne Verwertungsschwierigkeiten zu vollziehen. Gehen wir diesem Problem im gegenwärtigen Zyklus genauer nach.

In der ersten Aufschwungphase dieses Zyklus bestand für die Unternehmen zumindest bei neuen Investitionsvorhaben kein Finanzierungsproblem, d.h. die Metamorphose von brachliegendem Geldkapital in fungierendes Produktivkapital stellte kein Problem dar. Die Eigenfinanzierungsquote der Bruttoinvestitionen betrug 1968 97 v.H. und sank 1969 auf etwa 76 v.H. (83), d.h. das "Finanzierungsdefizit" der Unternehmen stieg wie in jedem vorhergehenden Zyklus auch mit den im Aufschwung rasch wachsenden Investitionen an, blieb jedoch bisher immer noch – nimmt man die Eigenfinanzierungsquote als Maßstab – unter dem Stand in anderen Jahren vor dem Umschwung aus dem Boom in die Rezession. Während die Unternehmen also noch reichlich mit Geld versorgt zu sein scheinen, weil sie noch keine Schwierigkeiten haben, ihre produzierten Waren in Geldkapital zurückzuverwandeln, sind die Banken seit mehreren Wochen in einer "Liquiditätsklemme", die sich darin ausdrückt, daß Anfang Dezember der Zinssatz für Tagesgeld auf einen Nachkriegs-

80 Es handelt sich hierbei, das sei betont, nicht um eine bewußt geplante und überlegte Strategie des Gesamtkapitals, sondern um das aggregierte Ergebnis von Einzelkapitalien, die sich aufgrund gleichartiger Verwertungsbedingungen gleichartig verhalten. Das wurde bereits vom Verf. in SOZIALISTISCHE POLITIK Nr. 2 betont; jedoch in der Kritik von Aike Blechschmidt (Vgl. SOZIALISTISCHE POLITIK Nr. 4) übersehen.

81 Vgl. dazu vor allem die Analyse von Hilferding.

82 Vgl. Eugen Varga, a.a.O., S. 101, der von "fiktivem Kapital zweiter Potenz" spricht und damit Investment-Gesellschaften meint, die fiktives Kapital erster Potenz, nämlich Aktien, zur Basis ihres Kapitals machen und daher die Aufblähung der Zirkulation noch vergrößern.

83 JG 69/70, S. 51 und WWI-MITTEILUNGEN 1968, S. 193.

höchststand von 10,75 v.H. kletterte. "Das Geld verteuert sich in einem bislang nicht bekannten Maße", klagt der "Volkswirt" (84). Im Augenblick sind die Unternehmen zwar noch nicht voll von der "unversehens" (85) eingetretenen Kreditknappheit betroffen. Das wird sich jedoch im Laufe der ersten Wochen 1970 ändern. Allein im November 1969 stiegen die Kredite an Unternehmen um 8,7 Mrd. DM; das waren 5,6 Mrd. DM mehr als im November 1968 und auch mehr als im Oktober 1969 (86). Und diese Kreditausweitung dürfte am Ende der Konjunktur gerade nicht geringer werden (87). Denn nun brauchen die Unternehmen infolge von tendenziell steigenden Realisierungsschwierigkeiten, also bei der Rückverwandlung des in den produzierten Waren steckenden Wertes in Geldkapital, nicht nur vermehrte Bankkredite, um ihre Investitionstätigkeit auf dem alten Stand zu halten (die Selbstfinanzierungsquote verringert sich), sondern außerdem noch – wachsende Realisierungsschwierigkeiten! – in steigendem Umfang Zirkulationskredite, um den Kapitalumschlag zu finanzieren. Nur durch Kreditierung in steigendem Umfang sind die sich schärfer herauskristallisierenden Disproportionen zwischen Produktions- und Konsumtionskraft sowie zwischen den ungleichzeitig verlaufenden Metamorphosen der Einzelkapitale zu verdecken. So zeigt es sich, daß die "Liquiditätsklemme", die von der bürgerlichen Journalistik technischen Problemen innerhalb des Bankenapparats zugerechnet wird, (88) den Reproduktionsbedingungen auf beiden Seiten des Kreditmarktes zuzurechnen ist. Daß das immerhin steigende Kreditangebot der Banken zwar 1966 und 1968 ausreichen konnte, um die Nachfrage nach Krediten ohne Zinssteigerungen zu befriedigen, Ende 1969 aber zu Höchstzinssätzen treibt, kann nur als Folge der im Verlauf der Konjunktur sich ausbildenden Disproportionen im Produktionssektor und der sich daraus ergebenden steigenden Kreditnachfrage erklärt werden. An den im Konjunkturaufschwung steigenden Zinssätzen zeigt sich allerdings nur, daß der Unternehmergewinn zusammen mit brachliegendem Geldkapital, d.h. der Profit abzüglich Rente und Zinsen, in der Krise und der ersten Aufschwungphase zur Finanzierung des relativ geringen Investitionsvolumens ausreichte. Die sinkende Selbstfinanzierungsquote im Zuge des Aufschwungs deutet daher an, daß die Unternehmen immer mehr auf Kredite aus dem Inland und dem Ausland zurückgreifen mußten. Infolge der hohen Exportüberschüsse Westdeutschlands und der DM-Aufwertungsspekulation war es für westdeutsches Kapital nicht schwer, Kredite zu erhalten. Die Zinsen stiegen nur deshalb, weil das US-amerikanische Federal Reserve System und die Bundesbank eine sehr rigide Kapitalmarktpolitik betreiben mußten. Nun wäre es falsch, die politischen Regulierungsmaßnahmen der Zentralbanken als letzte Ursache für das hohe Zinsniveau im Jahre 1969 verantwortlich zu machen. Vielmehr zeigen sich daran die Zwänge, denen das Kapital bei internationaler Konkurrenz in einer Phase des weltwirtschaftlich auslaufenden Booms unterliegt und denen die regulierende Wirtschaftspolitik Rechnung zu tragen hat. Denn auch die rigide Politik der US-Zentralbank ist nicht willkürlich, sondern notwendig, da die Preise steigen, die Zahlungsbilanz unausgelastet ist und die Verwertung des Kapitals sinkt. (89) Der steigenden Kreditnachfrage entspricht somit die Steigerung der Zinsen. Steigende Zinsen jedoch haben zur Folge, daß der Anteil des Bankkapitals am Profit sich vergrößert und die Profitrate des Industriekapitals

84 DER VOLKSWIRT, Nr. 50 vom 12. 12. 1969.

85 DER VOLKSWIRT, Nr. 49 vom 5. 12. 1969.

86 Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 1, 1970.

87 Vgl. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 15. 1. 1970.

88 Der Verweis auf die bloß technische Dimension von ökonomischen Widersprüchen ist die Lieblingsmethode in bürgerlicher Verhüllungstaktik, erfolgt sie nun bewußt oder aufgrund spezifischer Borniertheit noch unbewußt. So werden auch die Weltwährungsprobleme "technischer Kompliziertheit" zugerechnet, womit die Lösung natürlich auch auf die bloß technische Ebene verlagert wird.

89 "Die gegenwärtige von den USA induzierte Liquiditätsenge kann noch 1970 eine weltweite Stagnation erzeugen." DER VOLKSWIRT Nr. 2/1970, 9. 1. 1970.

sich damit verringert. Dem trägt der Industriekapitalist bereits dadurch Rechnung, daß er die Zinsen als Kosten verbucht und steigende Zinsen folglich seinen Profit senken. Hierin liegt eine der Ursachen für die in der Boomphase schließlich abnehmende "Investitionsneigung" der Unternehmer bei gleichzeitig – aufgrund steigender Profitmasse – steigenden "Investitionsmöglichkeiten". Daher resultiert auch die derzeitige Hauptzielsetzung der Wirtschaftspolitik, nämlich Wiederherstellung einer ausreichenden Liquiditätsversorgung der Unternehmen.

> "Nicht der Überdruck droht zur Zeit, vielmehr müssen wir auf alle Fälle einen durch zu niedrigen Blutdruck, nämlich durch Liquiditätsmangel verursachten Kollaps vermeiden." (90)

Hier wird der Konflikt, in dem sich die Regulierungspolitik befindet, wieder deutlich. Die Zentralbank muß zur "Dämpfung des Booms" eine rigide Kredit- und Zinspolitik betreiben, um das Preisniveau zu stabilisieren und das "außenwirtschaftliche Gleichgewicht" nicht wesentlich zu gefährden. Sie erhöht also die Kreditkosten, um die "Nachfrage" einzudämmen, in einer Situation, in der die Einzelkapitalisten infolge steigenden "Fremdfinanzierungsbedarfs" auf Kredite zur Zirkulation und Kapazitätserweiterung bzw. Rationalisierung angewiesen sind. Daraus geht klar hervor: Die Zentralbank dämpft den Boom, indem sie die Zirkulation dämpft. Sie betreibt eine Politik, die sich nur dadurch von dem "automatisch" verlaufenden Konjunkturzyklus unterscheidet, daß sie die "Zwangsgesetze" der im Boom sich ergebenden Kreditverteuerung dem Kapital insgesamt aufherrscht (91) und so verhindert, daß die in der Krise erfolgende Kapitalentwertung sich in Form von Bankrotten und Konkursen auswirkt. Zwar wirken die "äußeren Zwangsgesetze" allgemein, aber doch ungleichmäßig je nach Größe und Branche des Konzerns. Nicht antizyklisch ist also ihre Politik, sondern ein Versuch zur Eindämmung der Konsequenzen der Ungleichzeitigkeiten, der krisen v e r s c h ä r f e n d e n Momente der im Aufschwung entstandenen Disproportionen. (92)

5. Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Konjunkturpolitik

Wir haben bisher die Bewegungen des Kapitals im derzeitigen Konjunkturzyklus zu analysieren versucht, ohne explizit auf die staatlichen Regulierungsmaßnahmen einzugehen. Dieses in der Darstellung behauptete Herangehen hat seine Ursache nicht in gliederungstechnischen Gesichtspunkten, sondern entspringt dem Versuch, den Stellenwert staatlicher Regulierung im Monopolkapitalismus sichtbar zu machen. Im Gegensatz zu Auffassungen, nach denen die Konjunktur des Kapitals den politischen Bewegungen und Äußerungen des Staatsapparates folge, gehen wir davon aus, daß die staatliche Politik in den Bewegungen des Kapitals befangen ist und folglich in ihren Äußerungen nur begriffen werden kann, wenn diese Bewegungen zuvor analysiert worden sind. Jedes andere methodische Vorgehen führt entweder zu Inkonsequenzen oder entblödet sich in wirtschaftspolitischen Naivitäten, wie sie im neuesten Jahresgutachten des Sachverständigenrates (S. 76 ff.) zu finden sind. Es heißt dort:

> "Zu den Gründen, die erklären könnten, daß die gesamtwirtschaftlichen Ziele so selten gleichzeitig erreicht wurden, gehören sicherlich auch Umstände im Bereich der Konjunkturpolitik. Eine Rolle dürfte gespielt haben, – daß es im konjunkturpolitischen Entscheidungsprozeß zum Teil erhebliche Verzögerungen und mitunter gar Blockierungen gab – daß deshalb wichtige Maßnahmen unterblieben... und – daß das Verhalten der autonomen Gruppen oft nicht oder nur unzureichend mit den Zielvorstellungen der staatlichen Instanzen koordiniert war und daß es mitunter auch an einer planvollen Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik mangelte..."

Und in der Erklärung dieser Mängel folgt Blüte auf Blüte. Die "Reaktionsverzögerungen" werden damit begründet, daß die "Tauglichkeit oder Zulässigkeit bestimmter Mittel zur Verwirklichung bestimmter Ziele bestritten wurde", daß "Unklarheit darüber bestand, wieviele Mittel gleichzeitig ergriffen werden müssen". "Daß es der Öffentlichkeit an Einsicht in die wirtschaftlichen 'Sachzwänge' mangelte" und daß "das statistische Informationsnetz den Anforderungen einer flexiblen Konjunkturpolitik nicht genügt." Und die Konsequenz:

> "Vorbeugendes Handeln in der Konjunkturpolitik setzt voraus, daß man: – das konjunkturrelevante Informationssystem verbessert, – den konjunkturpolitischen Entscheidungsprozeß beschleunigt, – für Mittel-Kombinationen optiert, die den Besonderheiten einer offenen Wirtschaft Rechnung tragen, und – das Programm einkommenspolitisch absichert, wenn konjunkturelle Extremlagen zu befürchten sind."

Die Konsequenz also sind technokratische Illusionen, die vermeinen, durch bloße technische Verbesserungen die Welt zu einem Objekt effizienter Manipulation machen zu können. Aber zugleich wird der Klassencharakter dieser bloß "technischen" Veränderungen klar: Um Rigiditäten des Entscheidungsprozesses zu mildern, soll die Legislative die Exekutive mit mehr Vollmachten ausstatten, also eine Konsequenz ziehen, die das Parlament auch formell zu dem macht, was es ist: ein bloßes Verhüllungsorgan kapitalistischer Herrschaft; um "konjunkturelle Extremlagen" zu glätten, soll die Entwicklung der Löhne an die Verwertungsnotwendigkeiten des Kapitals gebunden werden. Folglich plädiert der "Sachverständigenrat" für ein Programm "präventiver Einkommenssicherung", das

> "den Prozeß der Verteilungskorrektur im ersten Halbjahr 1970 unter Kontrolle, das heißt, in den mittelfristig vertretbaren Grenzen hält. Hierin liegt die Aufgabe für das Zusammenwirken des Staates und der autonomen Gruppen im Rahmen der 'Konzertierten Aktion' " (S. 73).

Darin sehen wir, wie in den Vorschlägen zur Wirtschaftspolitik und in dieser Politik selbst die im Konjunkturverlauf sich äußernden Widersprüche auftauchen. Wie beim elektrischen Gleichrichter, der die Wechselstromphase "halbiert", wird jedoch der zugrundeliegende Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, Konsumtionskraft und Produktionskraft halbiert und "präventive Einkommenssicherung" den Masseneinkommen verordnet. Daß damit aber sowohl die Produktionskraft (relativ sinkende Kosten) als auch die Konsumtionskraft (relativ sinkende Massenkaufkraft) betroffen sind, entgeht diesem Sachverstand.

Das zeigt sich besonders in dem eigenartigen Wandlungsprozeß, den die Konjunkturtheorie bei ihrer Umsetzung in Konjunkturpolitik durchmacht. Während die bürgerliche Konjunkturtheorie versucht, den Konjunkturverlauf einheitlich zu erklären – wenn auch mit Betonung einmal von "monetären" und ein andermal von "real-wirtschaftlichen" Faktoren die unter den Aspekten eindimensionaler Kausalität, nicht aber als Bewegungen von Widersprüchen gefaßt sind – wird in der Konjunkturpolitik von einem solchen einheitlich wirkenden Prinzip völlig abstrahiert. Dort, wo die Konjunkturtheorie explizit auf konjunkturpolitische Empfehlungen gerichtet ist, wie in den Jahresgutachten des Sachver-

---

90 Wirtschaftsminister Schiller nach: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 19. 1. 1970. Der "niedrige Blutdruck" hätte beinahe zum "Kollaps" des Finanzmaklers Münemann geführt. Infolge der Liquiditätsenge wäre beinahe sein ganzes ausgeklügeltes revolvierendes Kreditsystem zusammengebrochen. Erstens hat Münemann noch in Zeiten der Liquiditätsfülle langfristige Kredite mit 6 v.H. Zinsen vergeben, zu deren Absicherung er selbst kurzfristige Kredite zu fast dem doppelten Zinssatz aufnehmen mußte und zweitens haben einige Banken, auf deren Kreditprolongationen Münemann angewiesen war, aufgrund von eigenen Liquiditätsschwierigkeiten nicht prolongieren können. So mußte die Landeszentralbank in Bayern einspringen zusammen mit einigen anderen Banken, um Münemann die notwendigen 300 Mio. DM zu verschaffen. Noch vor 40 Jahren wäre dies der Ausbruch einer schweren Kreditkrise gewesen; im Jahre 1970 allerdings endet die Kreditkrise damit, daß Münemanns Bedeutung als Finanzmakler vorerst abgebaut wird.

91 Daraus erklärt sich auch zu einem Teil, weshalb die Unternehmervertreter in der konzertierten Aktion von Anfang Januar 1970 noch gegen eine weitere Liquiditätsfreigabe votiert haben. Sie haben sich als Vertreter des Gesamtkapitals verhalten, dem es vor allem darauf ankommt, die Ausbeutung der Arbeiter sicherzustellen und das auch durch Liquiditätsverknappung, die Lohnforderungen drosseln kann. Wie widersprüchlich diese Verhaltensweise aber dennoch ist, wird unten noch erwähnt werden.

92 Gerade in diesem Anschnitt wären noch mehr Vermittlungen aufzuzeigen. Das soll aber auch späteren Analysen vorbehalten bleiben.

ständigenrates, wird die Konjunkturbewegung als Bewegung von Konstellationen zwischen zwei Polen, die Stabilität und Wachstum heißen, (93) gefaßt und analysiert. Die Konjunkturpolitik wendet sich jeweils dem Ziel zu, daß in der jeweiligen konjunkturellen Situation "am meisten gefährdetste" ist. Der "wissenschaftliche Sachverstand" ist gehalten, diese Reduzierung mitzumachen. In seinen Vorworten zu den Jahresgutachten schreibt der Sachverständigenrat, nachdem die wirtschaftspolitischen Ziele, nämlich: Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum, genannt worden sind:

> "Da das Gesetz vorsieht, daß die Ziele gleichzeitig erreicht werden sollen, sind sie für den Sachverständigenrat grundsätzlich gleichrangig. Aus dem Prinzip der Gleichrangigkeit folgt, daß der Sachverständigenrat immer jenen Zielen die größte Aufmerksamkeit zuwenden muß, die in der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Lage und deren absehbarer Entwicklung am wenigsten verwirklicht sind." (94)

Daher bilden die Jahresgutachten hinsichtlich der jeweils "am wenigsten verwirklichten Ziele" die Widersprüchlichkeit der Konjunktur sehr schön ab: Im ersten Gutachten 1964 war nach Aussage des Rates das Preisniveau am meisten gefährdet; im zweiten Gutachten 1965 war es ebenfalls die Stabilität des Preisniveaus; im dritten Gutachten 1966 war es noch immer das Preisniveau, "während" wir (wenige Wochen vor den Massenentlassungen im Winter 1966/67, E.A.) für die Beschäftigung auch 1967 keine ernsten Gefahren (sehen), obwohl uns die Sorgen, die die Bevölkerung... bewegen, nicht fremd sind" (Ziff. 233, JG 66/67); im Gutachten von 1968 waren es gleich drei der vier Ziele, die der Rat für gefährdet erachtete: hoher Beschäftigungsstand, angemessenes Wachstum, aussenwirtschaftliches Gleichgewicht (Ziff. 1); im Gutachten von 1968 war es dann nur noch das außenwirtschaftliche Gleichgewicht und im jüngsten Gutachten 1969 sind nach seiner Auffassung das außenwirtschaftliche Gleichgewicht und die Preisstabilität am wenigsten verwirklicht. So scheint es dem Sachverstand, der die Konjunkturpolitik berät, zu gehen wie dem Hasen, der dem Igel nachläuft und der nicht begreift, daß er es mit zwei Igeln zu tun hat. Das Nicht-Begreifen allerdings faßt er terminologisch: er nennt die Zielfunktion der Konjunkturpolitik, alle Ziele als gleichrangig auch möglichst zugleich zu erreichen, das "magische" Viereck. Zwar wissen die Konjunkturpolitiker und Sachverständigen, daß Stabilisierung auf Kosten des Wachstums geht und Wachstumspolitik auf Kosten der Stabilisierung, aber die Hilflosigkeit wird durch diese zur Erkenntnis verdichtete Erfahrung nur noch gesteigert. So macht sich "der Volkswirt" für einen neuen "Stabilitätsbegriff" stark, der davon ausgeht, daß soziale Stabilität nur bei angemessenem Wachstum realisiert werden kann und man folglich auch bei Preissteigerungen von 3 bis 4 Prozent pro Jahr noch von Stabilität sprechen könne. (95) Und Wirtschaftsminister Schiller nimmt zur Rettung von Stabilität und Wachstum ebenso wie der altbackene Erhard zu moralisierenden Maßhalteappellen Zuflucht, obwohl ihm das "moderne" wirtschaftspolitische Instrumentarium in Form des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes doch zur Verfügung steht. Die Auflösung des widersprüchlichen Charakters der kapitalistischen Konjunktur in der staatlichen Wirtschaftspolitik hat natürlich eine Ursache. Der Begriff des "konjunkturpolitischen Instrumentariums" deutet sie bereits an. Die Konjunkturpolitik versucht nämlich die Manipulation der ökonomischen Prozesse, und Manipulation setzt zu ihrer Wirksamkeit "Eindimensionalität" voraus. Denn das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik kann nicht in sich selbst widersprüchlich sein, was ja notwendig der Fall sein müßte, würde die Realität, die da behandelt werden soll, als eine widersprüchliche akzeptiert. Widersprüche

93 "Stabilität und Wachstum" ist die Zauberformel, die darum der Sachverständigenrat zur Betitelung seiner Jahresgutachten mit Vorliebe gewählt hatte: "Stabiles Geld – Stetiges Wachstum"; "Stabilisierung ohne Stagnation"; "Expansion und Stabilität"; "Stabilität im Wachstum".

94 Aus dem Vorwort zum JAHRESGUTACHTEN 68/69. In den übrigen steht fast wörtlich dasselbe.

95 DER VOLKSWIRT, Nr. 2/70 und Nr. 3/1970.

müssen demzufolge auf eindimensional ablaufende Prozesse reduziert werden. "Prozeßcharakter", "Operationalisierung", "Funktion", "Systemzusammenhang" sind daher die Termini, mit denen diese Eindimensionalität erfaßt und bezeichnet wird. Die ineinander verwobenen gegenläufigen Bewegungen, die Bedingtheit jeder Seite eines Widerspruchs durch die andere und sie gleichzeitig bedingend, die verschiedenen Momente einer Totalität – sie werden auseinanderdividiert und als selbständige Prozesse mit unterschiedlichen Instrumenten behandelt. Der damit natürlich verschwindenden Widersprüchlichkeit dieser Prozesse wird nun in verbalen Benennungen Rechnung getragen: Man spricht von "policy-mix", von einer Politik des "stop-and-go", von einer Politik des gleichzeitigen Bremsens und Gasgebens. Damit wird aber nur der widersprüchliche Charakter der kapitalistischen Konjunktur verbal anerkannt; es wird jedoch nicht die einzig mögliche Konsequenz gezogen: daß nun die Instrumente selbst sich zueinander widersprüchlich verhalten müssen und der Widerspruch des Kapitalverhältnisses nun als Widerspruch im konjunkturpolitischen Instrumentarium erscheint. So kann, unschuldig, wie die bürgerliche Ökonomie nun einmal ist, heute im Jahresgutachten eindimensional die Stabilität des Preisniveaus, morgen die Vollbeschäftigung als gefährdet erscheinen und der zwischen beiden bestehende Zusammenhang, der ja nicht nur einer der zeitlichen Aufeinanderfolge ist (das würde der Sachverständigenrat auch zugeben), wird eben auf einen solchen reduziert. Diese methodische Reduktion bleibt nicht nur Theorie; in der Politik wird sie praktisch als Versuch der Eindämmung von widersprüchlichen Momenten, um einen Prozeß als politisch zu behandelnden isolieren zu können. Daraus erklären sich gerade die vielartigen Versuche der Einkommenspolitik (Konzertierte Aktion, Lohnleitlinien), die ja bestrebt ist, die Entwicklung der Lohnkosten und damit gleichzeitig der Massenkaufkraft unter Kontrolle zu bringen, um unter solchen verbesserten Bedingungen nun die Bewegungen der Investitionen, der Zinsen, der Preise zu manipulieren.

Aber Widersprüche sind nicht abstrakt-gesellschaftlicher Art, sondern sie artikulieren sich politisch als gegensätzliche Interessen. Daher kommt es, daß in jeder Konjunkturphase die "autonomen Gruppen" und die verschiedenen wirtschaftspolitischen Institutionen unterschiedliche Maßnahmen aus der großen Schublade des wirtschaftspolitischen Instrumentariums empfehlen. (96) So sind Bundesbank und Wirtschaftsministerium derzeit darauf aus,

96 Das zeigt sich schon in den unterschiedlichen Prognosen für 1970, Vgl. dazu die Tabelle in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 7. Januar 1970 und VOLKSWIRT, Nr. 3/1970, S. 19. Folgendermaßen stellen sich diese quantitativ gefaßten Prognosen verkürzt dar:

	1969	1970		
		Bundeswirtschaftsministerium	DGB	Gemeinschaftsausschuß der gewerblichen Wirtschaft
Reales Bruttoinlandsprodukt	8,2	4 bis 5	5,0	4,1
Nominales Bruttosozialprodukt	11,7	9 bis 10	7,7	8,6
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	12,3	12,5 bis 13,5	12,5	10,8
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,1	4 bis 5	3,0	4,0
Verbraucherpreise	2,5	2,5 bis 3	2,2	2,9

Über den Unsinn solcher noch mit Kommastellen genau gefaßter Projektion braucht wohl kein Wort verloren zu werden.

das Preisniveau zu stabilisieren und gerade auf dem Kreditsektor durch hohe Zinsen, also Liquiditätsverknappung einerseits dem Industriekapital höhere Kosten, andererseits geringere Chancen zu Preissteigerungen aufzubürden. Den Preissteigerungen versucht das Bundesfinanzministerium durch Kürzung und Stillegung von Haushaltsmitteln zu begegnen und schmälert damit die Realisierungschancen (zu den bisherigen Profitraten) des in den Waren steckenden Wertes; es wird dergestalt systematisch verkannt, daß die Preissteigerungen ihre Ursache nicht in der "überschäumenden" Nachfrage haben, sondern in den sich im Konjunkturverlauf wandelnden Verwertungsbedingungen des Kapitals. Und wenn folglich die Konsequenzen der Liquiditätsverknappung als Liquiditätsmangel der Wirtschaftsunternehmen erscheinen, dreht sich die Politik und versucht, Liquiditätsmangel zu verhindern (Vgl. Anm. 90). Der BDI demgegenüber fordert "Schluß mit der Hochzinspolitik", da sonst die Gefahr bestünde, daß die Konjunktur in Stagnation oder gar Rezession umschlage. (97) Der deutsche Industrie- und Handelstag setzt sich zwar auch für Stabilisierung ein, will aber gleichzeitig die Profitrate stabilisieren, indem die Lohneinkommen als Kostenfaktoren begrenzt werden. Der DGB nimmt hier eine goldene Mittelposition ein. Er will stabile Preise und steigende Löhne und stetiges Wachstum; er erwartet also vom Kapital das heroische Verhalten, Einschränkungen der Profitrate hinzunehmen und dennoch wie bisher weiterzuakkumulieren. (98) Keiner dieser Positionen aber ist klar, daß sie nur verschiedene Seiten und unterschiedliche Ausdrucksformen des g l e i c h e n Widerspruchs sind und auf der politischen Ebene die Gegensätze austragen, die im Verwertungsprozeß des Kapitals permanent produziert werden. (99) Es wäre demnach grundfalsch, die verschiedenen Positionen als Ausdruck unterschiedlicher theoretischer oder wirtschaftspolitischer Schulen (Neoliberale versus Neokeynesianer) oder nur-politologisch als Vorstellungen verschiedener Verbände, Interessen, "autonomer Gruppen" zu betrachten.

Eine Einschränkung ist nun insofern zu machen, als die politischen Eingriffsmaßnahmen zwar nicht prinzipiell den zyklischen Charakter des Verwertungsprozesses aufheben können – sie verstehen sich ja auch zu Recht als "antizyklische", beanspruchen also lediglich Gegensteuerung gegen einen unabhängig davon verlaufenden Zyklus zu sein! – , aber doch den Charakter des Zyklus zu verändern vermögen. Wenden wir uns daher den Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftspolitik im Konjunkturzyklus zu.

Die Kategorien, an denen die staatliche Wirtschaftspolitik anzusetzen versucht, sind vorwiegend monetärer Art: Preise, Löhne, Zinsen, Geldmenge, Steuern und Staatsausgaben. Hinzu kommen noch allgemeine Rahmenbestimmungen wie Wettbewerbsvorschriften, Aussenhandelsbestimmungen usw. Das bedeutet aber, daß die Wirtschaftspolitik gar nicht dort ansetzen kann, wo die sie beschäftigenden Widersprüche entstehen: im Produktionsprozeß. In dieser prinzipiellen Problematik liegt auch ihre Begrenztheit, die durch noch so weitgehende Verfeinerungen – wie sie beispielsweise der Sachverständigenrat vorschlägt – nicht aufgehoben werden kann: sie kann aus der Zirkulationssphäre nicht heraus und ist daher darauf angewiesen, "indirekt" zu steuern. Daß ihr diese indirekte Steuerung überhaupt möglich ist, liegt an dem einerseits relativ selbständigen Charakter der Zirkulationskategorien und andererseits an ihrer Bedingtheit durch und für den Produk-

97 "Die Konjunktur geht runter, und ob es zu einer Bäuchlandung gegen 1971 kommt, hängt entscheidend von der Politik der nächsten drei Wochen ab." So der BDI-Konjunkturexperte Baumann nach DER VOLKSWIRT, 19. 12. 1969, S. 15.

98 Vgl. dazu den Artikel des DGB-Experten R. Henschel in: DER VOLKSWIRT, 19.12.1969, S. 28.

99 Dies kommt allenfalls in der Floskel von "Wir sitzen alle im gleichen Boot" oder in der feineren Umschreibung dafür, daß man sich im gleichen Widerspruch befangen fühlt: Unser gemeinsames Ziel und Streben ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung, zum Ausdruck.

tionsprozeß des Kapitals. Wegen der Realität der Erscheinungen wirken Maßnahmen im Zirkulationsbereich auf die Produktionssphäre zurück und induzieren ein bestimmtes Verhalten der Unternehmer als Charaktermasken des Kapitals, d.h. sie werden sich so verhalten müssen, wie es die durch die staatliche Wirtschaftspolitik indirekt beeinflußten Verwertungsbedingungen erfordern. Wenn der Staat nun in der Lage wäre, durch Eingriffe in der Zirkulationssphäre ganz bestimmte, erwünschte und berechenbare Verwertungsbedingungen hervorzurufen, dann wäre das Problem antizyklischer Wirtschaftspolitik noch lösbar. Jedoch ist bereits deutlich geworden, daß er eben dies nicht in jeder Situation vermag. Vielmehr manifestiert sich hier eine typische Asymmetrie wirtschaftspolitischer Möglichkeiten: In der Krise ist der Staat durchaus in der Lage die "Wirtschaft anzukurbeln", indem er dafür sorgt, daß die Verwertungsbedingungen des Kapitals sich wieder verbessern. Er kann dies durch Limitierung von Lohnsteigerungen, durch steuerliche Maßnahmen (Abschreibungsvergünstigungen), niedrige Zinsen (um die Rückverwandlung von brachliegendem Geldkapital in Produktivkapital zu forcieren) und durch staatliche Aufträge. Jedoch ist er auch hier an bestimmte Bedingungen gebunden. Die e r s t e betrifft den Grad, bis zu dem die Krise ihre Funktion der "Bereinigung" gespielt hat, d.h. die Entwertung von Fixkapital und die Reduzierung des variablen Kapitals (durch Lohnsenkung, wobei Löhne jetzt im weitesten Sinne, also inklusive Sozialausgaben, Sonderleistungen usw., gemeint sind und Abbau von "überflüssigen" Beschäftigten infolge von rigoroser "Rationalisierung") erfolgt ist. Vorher kann die staatliche Konjunkturpolitik keinen neuen Aufschwung induzieren, sie ist dem Kapitalverwertungsprozeß unterworfen und hat nur die Möglichkeit, die Funktion der Krise und nachfolgend den Aufschwung zu beschleunigen und die sozialen Konflikte einzuebnen. Die z w e i t e Bedingung ergibt sich aus den im Konjunkturverlauf eingetretenen Disproportionen der Wirtschaft. Denn die Ankurbelung, insbesondere durch staatliche Aufträge ("Konjunkturspritzen", Extrahaushalte 1967), muß sich auch danach richten, in welchen Industriezweigen die größten Rückgänge der Produktion stattgefunden haben und welche Zweige am leichtesten anzukurbeln sind. An einem trivialen Beispiel demonstriert: Der Produktionsrückgang im Bergbau und dessen Krise kann kaum durch "Konjunkturspritzen" aufgefangen werden, so daß Aufträge für die Ausweitung von Kapazitäten im Bergbau nicht in Frage kommen. Da die Produktionsmittel erzeugenden Industrien in der Krise regelmäßig viel stärker betroffen sind als die Konsumwaren produzierenden Industrien, würde sich daraus ergeben, daß der Staat im wesentlichen hier ansetzt. Andererseits würde deren Produktionsausweitung notwendig zu einem weiteren Ausbau von Produktionskapazitäten, deren relativer Überschuß gerade einer der Gründe für den Konjunkturverfall gewesen ist, führen, da Produktionsmittel ja das fungierende Produktivkapital ausweiten. (100) Also müssen diese Industrien nicht für die Erzeugung von Produktivkapital, sondern zur Vernichtung des Kapitals eingesetzt werden (Rüstung) oder/und die Ankurbelung muß sich auf andere Bereiche konzentrieren. Dazu kommt vor allem die sog. Infrastruktur in Frage, für deren Produktion das Privatkapital infolge der langen Umschlagszeit des dort investierten Kapitals kein Interesse hat und die daher eine der wichtigsten Aufgaben des "ideellen Gesamtkapitalisten" ist. Hier zeigt sich also wiederum die Bedeutung des Doppelcharakters der Produktion: der Staat kann in der Krise nicht beliebig Geldspritzen in die Wirtschaft injizieren, sondern ist dabei auch abhängig von der realen Struktur des Produktionsmittelapparats.

Während der Staat also in der Krise – unter den genannten einschränkenden Bedingungen – relativ wirksame Ankurbelungsmöglichkeiten hat, ist er in der Hochkonjunktur kaum in

100 Daraus resultiert auch die Bedeutung der Rüstung, die vorwiegend – von der stofflich-naturalen Form her – Industrien der Abteilung I in Anspruch nimmt und gerade dort die Produktion aufrecht erhält, indem deren Kapazitäten nicht zur Erzeugung von Produktionsmitteln, sondern von Destruktionsmitteln eingesetzt werden.

der Lage, die wirtschaftliche Entwicklung zu steuern. Der Wirtschaftsminister ist folglich in der Hochkonjunktur immer ein armer Tropf, heißt er nun Erhard, Schmücker oder Schiller. Er müßte nämlich einerseits die Profite beschneiden, indem er für Preisstabilität sorgt, andererseits den Produktionsprozeß auf dem erreichten Niveau halten, also trotz steigender Kapazitäten und tendenziell zunehmender Löhne für gleichbleibende Profitraten sorgen. Letztlich ist ihm beides unmöglich und das Kapital vollführt, ohne auf seinen Dompteur zu achten, doch seine ihm angeborenen eigenen Kapriolen. Da helfen auch keine konjunkturpolitischen Abrakadabras oder Krisenentschärfungsmodelle; der staatlichen Wirtschaftspolitik bleibt dann nichts anderes übrig, als – mit Korrekturen und Empfehlungen und Appellen von der Loge aus – die Bühne wie eh und je der dramatis personae, seiner Erzimpertinenz dem Kapital zu einem neuen Tänzchen zu überlassen. Einer der wichtigsten Gründe für diese konjunkturpolitische Asymmetrie besteht darin, daß es in der Krise der Konjunkturpolitik auf Verbesserung der Verwertungsbedingungen ankommt; in der Hochkonjunktur aber die Verwertungsbedingungen durch Stabilisierungsmaßnahmen des Preisniveaus noch verschlechtert werden müssen. Im übrigen sind in der Krise die Lohneinkommen infolge der Reservearmee von Arbeitslosen (101) leichter zu manipulieren als in der Hochkonjunktur, in der Vollbeschäftigung und Knappheit insbesondere an qualifizierten Arbeitskräften herrscht.

Daraus ergibt sich aber eine generelle Schlußfolgerung: Die staatliche Konjunkturpolitik kann letztlich nur die Tendenzen stützen, die sich sowieso aus den Eigenbewegungen des Kapitals ergeben. In der Krise kann sie den Aufschwung beschleunigen, also den Eintritt in die Depression wie nach 1930 verhindern oder mindestens abkürzen. In der Hochkonjunktur kann sie den Abschwung nicht verhindern, sondern ihn nur "gleichmäßiger" gestalten, d.h. die Auswirkungen in Form von Bankrotten und Konkursen minimieren. In der staatlichen Konjunkturpolitik ist folglich die Konjunktur des Wirtschaftsministers das einzige antizyklische Moment: In der Krise als Krisenmanager gefeiert, wird er in der Hochkonjunktur als Stabilisierungsprediger und Maßhalteminister verunglimpft.

So zeigt es sich, daß auch in der monopolkapitalistischen BRD das Gesetz, das Marx nach Auffassung mancher "Marxisten" angeblich für den "Konkurrenzkapitalismus" (dieser Begriff ist bereits ein Pläonasmus!) formuliert hat, auch heute noch gilt:

> "Diese verschiedenen Einflüsse machen sich bald mehr nebeneinander im Raum, bald mehr nacheinander in der Zeit geltend; periodisch macht sich der Konflikt der widerstreitenden Agentien in Krisen Luft. Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandnen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen." (102)

Allein die Krise mit ihren beschriebenen Auswirkungen ist in der Lage, die Widersprüche des Kapitals vorübergehend zu lösen, nicht aber die staatliche Wirtschaftspolitik, die sich dort bricht, wo die Regulierung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses eigentlich einsetzen müßte: bei den Verwertungsbedingungen des Kapitals im Produktionsprozeß. Daher können wir die Konsequenz für unsere Konjunkturanalyse ziehen, daß die staatliche Konjunkturpolitik sicherlich nicht in der Lage sein wird, die Krise, sobald sie sich aus "widerstreitenden Agentien" ergibt, wirksam zu verhindern.

101 Im Sondergutachten des Sachverständigenrates vom März 1967 kommt die Bedeutung der industriellen Reservearmee – natürlich unter anderem Namen – sehr deutlich zum Ausdruck: "Was dabei die Löhne angeht, so kann die Expansionspolitik um so mutiger auf ihr Ziel zusteuern, je größer die Gewähr ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch bei einer schnellen Rückkehr zur Vollbeschäftigung die Regeln einer stabilitätskonformen Lohnpolitik einhalten werden. In einer Gesellschaft, die der Preisniveaustabilität einen hohen Rang einräumt, ergibt sich somit, von Außeneinflüssen abgesehen, die Wahl zwischen – einer so großen Unterbeschäftigung, daß stabilitätswidrige Lohnerhöhungen unmöglich sind, und – einer Vollbeschäftigungspolitik, die durch die... Zusage zu einer stabilitätskonformen Lohnpolitik allseits akzeptabel wird." (Hervorhebung von E.A.)

102 Karl Marx: DAS KAPITAL, Band III, Berlin 1961, S. 277.

6. Die Konsequenzen der Analyse

Wenn wir die gegenwartige Konjunkturlage insgesamt beurteilen wollen, so können wir auf dem Hintergrund unserer Analyse mit großer Sicherheit den baldigen Umschwung der Konjunkturentwicklung voraussagen. Es hängt allerdings von vielen Faktoren ab, ob der Umschwung sich wie in der ersten Hälfte des Jahres 1967 in eine Rezession fortsetzt oder nicht. Besonders wichtig ist hier die internationale Konjunkturentwicklung, die eher dafür spricht, daß jedenfalls die Exportsteigerungen als krisendämpfende Kompensationsgrößen im zu erwartenden Abschwung von 1970/71 keine positive Rolle spielen werden wie noch 1967. Es wurde bereits hervorgehoben, daß in diesem Falle nicht nur die verstärkten Realisierungsschwierigkeiten des westdeutschen Gesamtprodukts, sondern vor allem auch die Disproportionen der Industriezweigstruktur sich voll auswirken werden und einen wahrscheinlichen Umschwung in eine schwere Krise fortsetzen werden. So zeigt es sich, daß die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft in den kommenden Monaten in höchstem Maße von der Entwicklung der Konjunktur der anderen hochentwickelten kapitalistischen Staaten abhängig sein wird: Den Umschwung in der Konjunkturentwicklung können wir aus den Bewegungen des westdeutschen Kapitals prognostizieren; die Schwere des Umschwungs allerdings läßt sich nur prognostizieren, wenn wir genauer über die Entwicklung in den anderen kapitalistischen Staaten Bescheid wissen.

Hinzu kommt allerdings noch ein weiterer wichtiger "Faktor", dessen Bedeutung für die Erstellung einer Prognose wir bereits in der Einleitung betont haben; nämlich die Entwicklung der Klassenkämpfe in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Einmal wird die ökonomische Entwicklung (ausgedrückt in den "objektiven" Größen der Statistik) durch die Klassenkämpfe unmittelbar tangiert, wie die jüngsten Beispiele in Frankreich 1968, Italien 1969 und auch Belgien Anfang dieses Jahres sehr deutlich zeigen. Zum anderen aber können die "objektiven" ökonomischen Bedingungen selbst, so wie wir versucht haben, sie aufzuzeigen (und nur für diesen Zweck sind sie sinnvoll), zur Voraussetzung einer reflektierten sozialistischen Strategie werden. Für Studenten, die nicht im unmittelbaren Produktionsprozeß stehen, ist dies nicht unmittelbar einsichtig; für das Proletariat zwängt sich diese Einsicht als Gesetz ihrer Existenz im Kapitalismus immer wieder auf. Aufklärung über die Ursachen und Zusammenhänge dieser Existenzbedingung der proletarischen Massen, über die "Irrationalität" des Kapitalismus allein genügt zur Veränderung dieser Bedingungen nicht, wie von der Frankfurter Schule illusionär vorgegeben wird. Vielmehr muß unter Berücksichtigung der ökonomischen Bedingungen der Klassenkampf an der Basis organisiert werden, und nur in einem solchen Praxisbezug hat Aufklärung im Sinne von Erkenntnis über die eigene Lage in der Gesellschaft und über Bedingungen und Möglichkeiten ihrer Veränderung einen Sinn. Die Bedeutung der Theorie ergibt sich daraus, daß Organisierung an der Basis vor allem auch durch Schulung und durch Agitation erfolgt und dafür richtige Kategorien zur Einschätzung und Veränderung des Kapitalismus notwendig sind.

Daher soll dieser Versuch einer Konjunkturanalyse den Sinn haben, eine Diskussion über die theoretischen und praktischen Erfordernisse der Konjunkturanalyse zu eröffnen. Dazu wird es notwendig sein, sowohl die hier verwendeten Kategorien immer wieder theoretisch zu reflektieren, als auch diese Kategorien immer wieder in ihrer Anwendung zum praktischen Nutzen der konkreten Analysen benötigenden Genossen auf die Probe zu stellen. (103)

103 Für all diejenigen, die politische Ökonomie als reine, kritische Wissenschaft betreiben wollen, sei zum Abschluß Karl Marx zitiert, der sich über die Bedeutung des KAPITAL gegenüber den Arbeiterführern Karl Klings (Brief vom 4.10.1864) und Johann Philipp Becker (Brief vom 17.4. 1867) folgendermaßen äußerte: "Ich hoffe... der Bourgeoisie einen Schlag zu geben, von dem sie sich nie erholen wird." und: "Der I. Band... ist sicher das furchtbarste missile, das den Bürgern (Grundeigentümer eingeschlossen) noch an den Kopf geschleudert worden ist." Karl Marx und Friedrich Engels: BRIEFE ÜBER DAS KAPITAL, Berlin 1954, S. 124 und S. 133.

Politische Ökonomie Geschichte und Kritik

Roman Rosdolsky
Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen "Kapital"
2. überarbeitete Neuauflage 1969, in 2 Bänden 366/320 Seiten, Snolin-Broschur 29 DM, in einem Band 686 Seiten, Leinen 38 DM

Walter Euchner
Alfred Schmidt
Kritik der politischen Ökonomie heute
100 Jahre "Kapital"
Referate und Diskussionen vom Frankfurter Colloquium im September 1967, 360 Seiten, Snolin-Broschur 22 DM

Eugen Varga
Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen
Herausgegeben und eingeleitet von Elmar Altvater, 450 Seiten, Snolin-Broschur 25 DM, Leinen 35 DM

Joseph M. Gillman
Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate
224 Seiten mit Tabellen und Schaubildern, Snolin-Broschur 28 DM, Leinen 38 DM

Joseph M. Gillman
Prosperität in der Krise
312 Seiten, Snolin-Broschur 22 DM, Leinen 30 DM

Rudolf Hilferding
Das Finanzkapital
Eingeleitet von Eduard März, 512 Seiten, Snolin-Broschur 29 DM, Leinen 38 DM

Elmar Altvater
Die Weltwährungskrise
144 Seiten mit 24 Tabellen, Snolin-Broschur 9 DM

G. A. Feldman
Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens
Mit einem Vorwort von O. Kratsch, 128 Seiten, Snolin-Broschur 16 DM, Leinen 23 DM

Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/Main 70 Metzlerstr. 25

Alex Schubert
Warenzirkulation und die Formen des Geldes

Über die in den Erscheinungen der Zirkulation befangene Theorie von Sweezy, Hofmann und anderen.

Bekanntlich lautet eine weit verbreitete These, daß die Aufhebung der Konkurrenz durch die Monopolisierung des Marktes, oder zumindest die tendenzielle Aufhebung der Konkurrenz, die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus beseitigt habe. Aber nicht nur die Monopolisierung sei für die Aufhebung der Krisentendenz verantwortlich, sondern auch der kapitalistische Staat, der durch eine Reihe von ökonomischen Manipulationen angeblich in der Lage ist, bewußt in den Zirkulationsprozeß und teilweise sogar in den Produktionsprozeß des Kapitals einzugreifen, und somit die Produktionskrisen verhindern kann. Wenn dem so wäre, hieße es nichts anderes, als daß das Kapital, statt seine eigene Negation hervorzurufen, in der historischen Entwicklung seine ewige Affirmation erzeugt, denn der kapitalistische Staat ist ja schließlich ein Produkt dieser Entwicklung.

Die theoretische Ableitung dieser Bestimmung des Staates als Mittel des Überlebens einer bestimmten Produktionsform ist z.B. bei Baran und Sweezy sehr klar ausgearbeitet. Sie sagen: Einerseits verhindert die Monopolisierung die Produktion von unverkäuflichen Waren, da die Monopole den Markt überschauen können; andererseits werden die Monopole nicht zu risikoreichen Unternehmungen gezwungen, da ihnen von anderen Kapitalisten keine Gefahr droht, sie sich also für die Produktion für einzelne Märkte Zeit lassen können. Daneben führt aber die Aufhebung der Konkurrenz zur Stabilisierung der Profite, da zwischen den einzelnen Kapitalisten der Preis nicht als Waffe gegeneinander verwendet wird. Diese Konsolidierung der Profite wird außerdem durch ständige Kostensenkungen in der Produktion erreicht, da diese Kostensenkungen nicht durch Preissenkungen für die Kapitalisten verloren gehen. Die Entwicklung der Produktivkräfte kommt somit dem Kapital direkt zugute, da es sich die Mehrarbeit des Arbeiters in vollem Umfang aneignen und als Tauschwert im Preis der Ware voll realisieren kann. Damit ist auch die Tendenz des Falls der Profitrate aufgehoben, denn eine steigende Masse des Profits bedeutet unter diesen Bedingungen der Monopolisierung auch eine steigende Profitrate. Damit ist auch der Begriff "Surplus" in der Geschichte der Menschheit zur Realität geworden.

Aus dieser Konstruktion ergibt sich die Funktion des Staates für die Absorbierung dieses "Surplus", und damit seine Funktion als Garant eines hohen Beschäftigungsgrades der gesamten Arbeitskräfte. Da die Produktionskrisen nun durch diesen Staat verhindert werden können und dieser Staat nicht nur die Interessen der herrschenden Klasse vertritt, wie es die laut Sweezy "vulgär-marxistische" Auffassung behauptet, so muß sich das Proletariat, das sowieso nicht revolutionär ist, dafür einsetzen, daß der "Surplus" sozialisiert wird. Denn der Widerspruch ist nicht der, daß ein "Surplus" geschaffen wird, sondern, daß dessen Verwendung die irrationale Form der Verschwendung annimmt. Damit ist nun auch der Übergang vom Kapitalismus bestimmt: nicht die revolutionäre Aktion, nicht die Zerstörung des bürgerlichen Staates, nicht die revolutionäre Gewalt führt zur sozialistischen Gesellschaft, sondern die legal an die Macht gekommene sozialistische Partei. Oder in den Worten von Sweezy:

> "What I do believe is that a socialist party which wins power through the ballot (!) and sets out seriously to carry out its socialist program (das sie natürlich entsprechend den "Bedürfnis-

sen" der "Gesellschaft" gestalten muß), either by ...(the) method of socializing the flow of surplus or by the older fashioned (older fashioned!!!, A.S.) method of socializing the stocks of means of production... I believe that this can be done peacefully and legally provided the victorious socialist party (1) is fully prepared for the capitalist challenge, and (2) has a clear mandate (!) from the people (!) to introduce (!) socialism and not merely to effect reforms in capitalism." (Has capitalism changed ? Tokyo, 1961, S. 91)

Diese Reduktion der "revolutionären Aktion" auf den Akt des Wählens einer Partei, die legal an die Macht (which wins power) kommt, um dann den Sozialismus "einzuführen", ergibt sich notwendig aus der Analyse von Baran und Sweezy, die den Klassencharakter der kapitalistischen Produktion verkennt und in ihr nur noch einen Widerspruch zwischen möglicher Bedürfnisbefriedigung und tatsächlicher Befriedigung sieht, und zweitens von der Auffassung des kapitalistischen Staates als einer gegen die Produktionsverhältnisse sich verselbständigenden Institution, die sowohl den Interessen des Kapitals als auch den Interessen der gesamten Gesellschaft dienen kann, unter der Voraussetzung, daß der Wille dazu existiert. Daher ist es möglich, daß

"the working class may be able to secure important gains by allying itself with the representatives of the long-run interests of the capitalist class who understand that the preservation of the system requires a reasonably high level of employment and the maintenance of peace between the capitalist and the socialist worlds." (Ibid., S. 90)

Diese Schlußfolgerung ergibt sich notwendig aus einer Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, die nicht in der Lage ist, den Übergang des Kapitalismus, so wie er sich unter den Bedingungen der freien Konkurrenz zwischen den verschiedenen Kapitalien darstellt, zum Kapitalismus unter den Bedingungen der Zentralisation des Kapitals richtig zu begreifen, d.h. den Unterschied der Erscheinungsform der kapitalistischen Gesetze in diesen zwei verschiedenen Phasen der historischen Entwicklung richtig darzustellen.

Bei Baran und Sweezy wird der Unterschied dieser zwei Entwicklungsstufen aus der Analyse der Festlegung des Preises der Ware durch die Kapitalisten hergeleitet. Unter den Bedingungen der Konkurrenz, sagen sie, wird der Preis durch Angebot und Nachfrage bestimmt, und er wird durch die Konkurrenz in letzter Instanz dem Wert angepaßt. Anders aber unter den Bedingungen der Monopolisierung der Produktion, die nur ein Ausdruck für die Zentralisation des Kapitals ist. Hier wird der Preis nicht mehr dem Wert angeglichen, sondern er bekommt eine selbständige Existenz. Die Monopole setzen den Preis innerhalb bestimmter Grenzen fest, sodaß sie ihre Profite maximieren. Die Entwicklung der Produktivkräfte führt daher nicht zu einer Senkung des Preises, da die Monopole trotz der Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit den Preis der Ware nicht senken, und zwar deshalb nicht, weil sie von keinem anderen Kapital dazu gezwungen werden, wie es unter den Bedingungen der Konkurrenz der Fall wäre.

Während Marx bei der Ableitung der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise von der Ware ausgeht und durch die Analyse der Ware die Bewegung des Kapitals aufzeigt, gehen Baran und Sweezy im "Monopolkapital" von der Analyse der Erscheinungsform des Kapitals als zentralisiertes Kapital, als Monopol, aus, um aus dieser Form Schlußfolgerungen auf die Bewegung der Ware zu ziehen. Diese Verkehrung findet dann auch ihren Ausdruck in der Gegenüberstellung einer "rationalen Gesellschaft" und der kapitalistischen Gesellschaft, und der Ableitung der Negation der bürgerlichen Gesellschaft nicht aus ihren Widersprüchen, sondern eben aus Gründen der "höheren Einsicht". Wir müssen daher wieder zur Analyse der Warenzirkulation zurückgehen, denn nur nach der richtigen Darstellung der Erscheinungsform des Wertes unter den Bedingungen der Monopolisierung der Märkte werden wir die Fehler der Analyse von Baran und Sweezy sehen, und damit dem Gerede von der kapitalistischen Stabilität, soweit es im Rahmen eines solchen Aufsatzes möglich ist, entgegentreten. Hierzu müssen wir einen Exkurs in die Marxsche Wert- und Geldtheorie machen.

Die Funktionen und Erscheinungsformen des Geldes

Es ist allgemein bekannt, daß das Gold bis spät in die Anfänge des Industriekapitalismus als Zirkulationsmittel fungierte. Der besondere Gebrauchswert des Goldes führte zu dessen Funktion in der Zirkulation. Aber nicht nur sein Gebrauchswert, sondern auch sein Wert als Ware, der wie jeder Wert durch die zur Produktion dieser bestimmten Ware notwendigen Arbeit bestimmt ist. Die Voraussetzung der Existenz des Goldes als Zirkulationsmittel setzt einerseits voraus, daß die Warenproduktion zur allgemeinen Grundlage der gesellschaftlichen Produktion geworden ist, andererseits aber auch, daß es im Bewußtsein der Mitglieder der Gesellschaft zur Inkarnation des Wertes überhaupt geworden ist. Als Verkörperung des Reichtums existierte das Gold schon mindestens 20 Jahrhunderte v.u.Z., so z.B. in China. Dies will aber nicht heißen, daß das Gold als Verkörperung des Reichtums gleichzeitig Verkörperung des Wertes ist. Es wäre den antiken und mittelalterlichen Kaisern daher nicht eingefallen, zu meinen, sie seien reich, weil ihr Gold soundsoviel wert sei. Für sie war das Gold unmittelbarer Reichtum. Indem aber die Warenproduktion sich zur Form der Produktion überhaupt entwickelt, und damit zur kapitalistischen Form der Warenproduktion, wandelt sich diese Eigenschaft des Goldes, und es wird zum Repräsentanten von Reichtum nur und insofern es eine Ware ist, und als solche einen Wert hat. Es bleibt zwar dieser allgemeine Repräsentant, aber eben nur, weil es eine Ware ist. Damit ist es aber auch gleichzeitig möglich, daß das Gold zu Geld wird. Indem also das Gold sich historisch zum Repräsentanten des Reichtums entwickelt hatte und es selbst wieder unter den Bedingungen der Warenproduktion eine Ware ist, ist es gesellschaftlich in den Bestimmungen gesetzt, die es zu Geld machen.

Doch dieser Prozeß muß richtig verstanden werden. Das Gold wird nicht deshalb zu Geld, weil es allgemeiner Repräsentant des Reichtums und selbst Ware ist, sondern weil das Geld in diesen gesellschaftlichen Bestimmungen erscheint, und weil eben gerade das Gold (und natürlich auch Silber usw.) Träger dieser Bestimmungen des Geldes ist. Oder anders ausgedrückt: Das Gold wird nicht zu Geld, weil es ganz bestimmte Merkmale aufweist, sondern umgekehrt: weil das Geld bestimmte gesellschaftliche Merkmale besitzt, die mit denen des Goldes zusammenfallen, wird letzteres zu Geld. Wir müssen uns also fragen: Welches sind die Bestimmungen des Geldes ?

Diese Frage führt uns direkt zur Analyse der Warenzirkulation, und daher direkt zu den ersten Kapiteln des "Kapital", aus denen wir ausführliche Zitate bringen müssen, weil sich hier die Lösung zum Verständnis der modernen Erscheinungsform des Geldes findet, eine Lösung, die uns wiederum zeigen wird, wie wenig die modernen "Marxisten" von der kapitalistischen Produktionsweise verstehen (darin eingeschloßen unsere beiden Autoren). Das Geld ist eine Ware, die historisch von den vielen Waren, die die Gesellschaft produziert, abgesondert wird. Diese Absonderung wird durch die Zirkulation von Waren hervorgerufen, also durch den Tausch. Aus der Notwendigkeit, daß sich verschiedene Waren in Form von Äquivalenten tauschen, geht die Notwendigkeit hervor, sich nicht nur ideell als gleiche zu verhalten, sondern auch in der Realität. Ideell sind sie im Wert gleichgesetzt, oder besser, ihr spezifischer Unterschied ist im Wert verschwunden. Dieser Wert muß aber im Austausch eine konkrete Form annehmen, und diese Form ist das Geld, und die Ware, die diese Form ausdrückt, die Geldware. Marx schreibt hierzu:

"Die spezifische Warenart nun, mit deren Naturalform die Äquivalentform gesellschaftlich verwächst, wird zur Geldware oder funktioniert als Geld. Es wird ihre spezifisch gesellschaftliche Funktion, und daher ihr gesellschaftliches Monopol, innerhalb der Warenwelt die Rolle des allgemeinen Äquivalents zu spielen. Diesen bevorzugten Platz hat... eine bestimmte Ware historisch erobert, das Gold." (Kapital I, S. 83 f)

Dieser historische Prozeß der Absonderung des Goldes durch die Zirkulation von Waren macht es zur Geldware, und wir müssen daher die Zirkulation von Waren genauer analysieren, um zu verstehen, welche Funktionen das Geld hat.
Marx erklärt:

> "Die erste Funktion des Goldes besteht darin, der Warenwelt das Material ihres Wertausdrucks zu liefern oder die Warenwerte als gleichnamige Größen, qualitativ gleiche und quantitativ vergleichbare, darzustellen. So funktioniert es als allgemeines Maß der Werte und nur durch diese Funktion wird Gold, die spezifische Äquivalentware, zunächst Geld." (Kapital I, S. 109)

Wichtig ist aber zu verstehen, daß:

> "Die Waren werden nicht durch das Geld kommensurabel. Umgekehrt. Weil alle Waren als Werte vergegenständlichte menschliche Arbeit, daher an und für sich kommensurabel sind, können sie ihre Werte gemeinschaftlich in derselben spezifischen Ware messen und diese dadurch in ihr gemeinschaftliches Wertmaß oder Geld verwandeln. Geld als Wertmaß ist notwendige Erscheinungsform des immanenten Wertmaßes der Waren, der Arbeitszeit." (Ibid., S. 109. Vgl. auch R. Rosdolsky, "Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen 'Kapital' ", 5. Kapitel)

Die ideelle Gestalt der Ware als Wert wird in der Realität, im Austausch der Waren, durch das Geld ausgedrückt. Und die Geldware wird eben zu Geld, weil sie die Funktion übernimmt, diese ideelle Gestalt der Ware auszudrücken. Hier erscheint das Geld in seiner Funktion als Maß des Wertes. Wir müssen aber sehr genau die zwei Seiten dieses Problems trennen. Einerseits geht das Geld hervor aus der Form der Produktion als Warenproduktion, und es entwickelt sich daher entsprechend dem Charakter der Ware. Dies ist, was als Substanz des Geldes betrachtet werden kann. Andererseits entwickelt sich das Geld in dieser Art nur deshalb, weil es bestimmte F u n k t i o n e n übernehmen kann, und eine davon ist im letzten Zitat von Marx beschrieben (Maß des Wertes). Auf den Unterschied dieser zwei Bestimmungen des Geldes hat Rosdolsky (6. Kapitel) sehr gut hingewiesen. Durch seine Funktion, Maß der Werte der Waren zu sein, übernimmt das Geld eine weitere Rolle, nämlich als Maßstab der Preise.

> "Als Maß der Werte und als Maßstab der Preise verrichtet das Geld zwei ganz verschiedene Funktionen. Maß der Werte ist es als die gesellschaftliche Inkarnation der menschlichen Arbeit, Maßstab der Preise als ein festgesetztes Metallgewicht." (Kapital I, S. 113)

Indem das Geld zum Maßstab der Preise wird, wird der Wert der Ware in der Zirkulation in einer bestimmten Einheit dieses Geldes ausgedrückt, er wird also gleich einem bestimmten Quantum Gold gesetzt. Eine Ware hat dann einen Preis von soundsoviel Gramm oder Unzen Gold, wobei diese Gramm oder die Unzen einen N a m e n erhalten, sei es Pfund Sterling, Escudos, Dukaten usw. Wenn die Ware in die Zirkulation geworfen wird, so wird ihr Wert von vornherein schon in einem solchen Preis ausgedrückt, und der Verkauf zu diesem Preis stellt dann die Realisierung dieses Preises dar. Die Realisierung des Preises setzt also voraus, daß die Ware vor dem Tausch schon einen Preis hatte, wobei dieser Preis natürlich der Ausdruck des Wertes der Ware ist. (Marx weist darauf hin, daß historisch der Geldname mit dem Gewichtsnamen tatsächlich übereinstimmte, so z.B. 1 Pfund = 1 Pfund Silber, und erklärt auch, wie es dazu kam, daß sich der Name vom Gewicht verselbständigte, vgl. Kapital I, S. 114 - 15). Es ist wichtig, diesen Prozeß richtig zu verstehen, denn gerade aus dem Unverständnis des Formwechsels, dersich im Prozeß der Warenzirkulation ergibt, resultieren die Fehler, mit denen wir uns noch zu beschäftigen haben werden.

Wenn die Ware also im Austausch vom Warenbesitzer für ein bestimmtes Quantum Gold ausgetauscht wird, so deshalb, weil dieses Quantum Gold als G e l d (und eben nicht nur als Gold) den Preis der Ware realisiert. Die Ware wird gegen Gold ausgetauscht, nicht weil dem Warenbesitzer das Gold lieb ist, sondern weil dieses Gold G e l d ist. Vor dieser Verwechslung dieser zwei völlig verschiedenen Formen des Wertes im Austauschprozeß hat Marx eindringlich gewarnt:

> "Hält man an diesem stofflichen Moment, dem Austausch von Ware mit Gold, allein fest, so übersieht man grade, was man sehn soll, nämlich was sich mit der Form zuträgt. Man übersieht, daß Gold als bloße Ware nicht Geld ist, und daß die andren Waren sich selbst in ihren Preisen auf das Gold als ihre eigne Geldgestalt beziehn." (Kapital I, S. 119)

Und Rosdolsky weist gleich anschließend an dieses Zitat in seinen Buch darauf hin:

> "In der Zirkulation werden die Waren nicht nur reell in Geld verwandelt, gegen wirkliches Geld, sondern als Preise realisiert. Die Preisbildung ist also Voraussetzung der Warenzirkulation, nicht ihr Resultat." (Ibid., S. 176)

Bevor die Waren also reell in Geld verwandelt werden, bevor sie in die Zirkulationssphäre geworfen werden, stellen sie schon eine bestimmte Menge Geld dar. Und diese Menge Geld ist ideell im Preis gesetzt. Dies widerspricht natürlich der Auffassung der bürgerlichen Ökonomie, es widerspricht überhaupt jeder Auffassung, die vom Schein der unmittelbaren Erscheinung beeindruckt wird und nicht in der Lage ist, den Prozeß hinter diesen Erscheinungen zu erkennen.

Wenn der Preis der Ware also schon vor ihrem Eintritt in die Zirkulation gesetzt ist, so ist natürlich dieser Preis vorhanden, unabhängig davon, ob er realisiert wird oder nicht. Es bedarf nicht des Austausches, um den Wert einer Ware im Preis auszudrücken. Damit ergeben sich aber Konsequenzen für das Geld in seiner Funktion als Zirkulationsmittel. Untersuchen wir die Phasen der Warenzirkulation getrennt, also W-G und G-W, so ist es, wie Marx schreibt, "wesentlich, daß die Geldeinheit wirklich ein bestimmtes Quantum von Gold und Silber darstellt" (Grundrisse S. 124. Vgl. Rosdolsky S. 179). Wird hier die Ware gegen eine gefälschte Münze ausgetauscht, so wird ihr Preis nicht realisiert. Die Ware wird dann für eine Geldware ausgetauscht, die weniger Wert ist. Nun ist aber schon seit Ende des Mittelalters und dem Beginn des Handelskapitals die Fälschung von Münzen die Hauptbeschäftigung derer gewesen, die sich dem Geschäft mit dem Geld gewidmet hatten. Es tritt also die Frage auf, wie denn dann diese gefälschten Münzen überhaupt zirkulieren konnten. Marx erklärt dies:

> "Wenn wir aber das Ganze der Zirkulation nehmen, sie als mit sich zusammenschließenden Prozeß: W-G-G-W-, verhält sich die Sache anders. Im ersten Fall wäre die Realisierung des Preises nur scheinbar: nur T e i l ihres Preises wäre realisiert. Der ideell an ihr gesetzte Preis wäre nicht reell gesetzt. Die Ware, die ideell-soviel Gewichtteile Gold gesetzt ist, würde im wirklichen Austausch nicht soviel Gewichtteile Gold gegen sich auslösen."

Nun kommt aber das für uns Wichtige:

> "Wenn aber ein falsches Pfund Sterling für ein echtes zirkulierte, täte es absolut im Ganzen der Zirkulation denselben Dienst als ob es echt wäre. Wenn eine Ware a zum Preis von 1 Pfund gegen ein falsches Pfund Sterling ausgetauscht und dies falsche Pfund Sterling wieder ausgetauscht wird gegen Ware b von 1 Pfund Sterling, so hat das falsche Pfund Sterling absolut denselben Dienst getan, als ob es ein echtes wäre. Das wirkliche Pfund Sterling ist daher in diesem Prozeß in der Tat nur ein Z e i c h e n, soweit nicht das Moment betrachtet wird, wonach es die Preise realisiert, sondern das Ganze des Prozesses, worin es nur als Zirkulationsmittel dient und worin die Realisierung der Preise nur ein S c h e i n, verschwindende Vermittlung ist." (Grundrisse, S. 124. Vgl.Rosdolsky, 7. Kapitel)

Dies erklärt, weshalb sich im 17. Jahrhundert die oben erwähnten "Geschäftsleute" dem ergiebigen Spaß des "clipping" und des "sweating" von Goldmünzen zuwenden konnten, ohne dabei die Zirkulation zu stören. Das "clipping" bestand darin, den schlecht gemünzten Goldstücken kleine Ecken abzubrechen, während beim "sweating" die Goldmünzen in einem Säckchen kräftig geschüttelt wurden, was ein Abbrechen kleiner Teilchen verursachte. Rupert Ederer, der in dieser Praxis einen der Gründe für das Entstehen der Banken zu sehen glaubt, stellt mit Recht fest, daß:

> "an accumulation of such small pieces fpr a person who handled a large number of coins daily could result in a considerable income over a period of time. The money changers, because of the nature of their business, were in an especially advantageous position to exploit this practice." (The Evolution of Money, Washington 1964, S. 106-107)

Nicht nur wurde die Zirkulation dieser Münzen nicht gestört, sondern gerade die Zirkulation förderte die Fälschung. Wenn also die Zirkulation solcher gefälschter Münzen von der Zirkulation selbst gefördert wird, so liegt es auf der Hand, daß der tatsächliche Wert der Geldware im gesamten Prozeß der Zirkulation für diese Zirkulation gleichgültig ist. Solange die Zirkulation von Waren nicht ins Stocken gerät, solange dem Akt des Verkaufens der Kauf folgt, soweit

> "...die Realisierung des Preises nicht das letzte ist, und es sich nicht darum handelt, den Preis der Ware als Preis zu haben, sondern als Preis einer anderen Ware, ist die Materie des Geldes gleichgültig... Das Geld wird Subjekt als Zirkulationsinstrument, als Tauschmittel, und die natürliche Materie, worin es sich darstellt, erscheint als ein accident, dessen Bedeutung im Akt des Tausches selbst verschwindet; weil es nicht in dieser Materie ist, daß die gegen das Geld ausgetauschte Ware schließlich realisiert werden soll, sondern der Materie der andren Ware." (Grundrisse, S. 125)

Es lag also auf der Hand, daß sich die Kaufleute gegen die Praktiken der "Geldwechsler" dadurch wehrten, daß sie ihr Gold überhaupt nicht mehr in die Zirkulation warfen, sondern Banken gründeten, bei denen sie ihr Gold deponierten, und statt des Goldes Papierzertifikate zirkulieren ließen. Die Gründung der ersten Banken fällt daher genau in die Zeit, in der die Warenproduktion und Warenzirkulation nicht mehr nur ein vereinzelter Akt sind, sondern zur allgemeinen Form der gesellschaftlichen Produktion geworden sind. (Die Bank von Amsterdam wurde 1609, die Schwedische Reichsbank 1656 und die Bank von England 1694 gegründet. Aber schon im Jahre 1407 gab es in Valencia eine echte Depositenbank, und Barcelona hatte sogar 1401 eine entsprechende Bank. Daß sich diese Banken nicht ausschließlich darauf beschränkten, das Geld einzelner Kaufleute aufzubewahren, wird inzwischen nicht bestritten.)

Dieser durch die Möglichkeiten der Warenzirkulation sich langsam heranbildenden Kaste von Bankiers entging es natürlich nicht, daß die Warenzirkulation nicht nur das echte Geld aus ihr vertrieb und durch einen Repräsentanten ersetzte, sondern daß darüber hinaus die Möglichkeit bestand, in die Zirkulation Papiere zu werfen, die nichts repräsentierten. Es ging sogar soweit, daß der Gründer der Schwedischen Reichsbank, Palmstruch, Papiere zirkulieren ließ, die überhaupt keine Deckung in Gold hatten, die aber dennoch so populär waren, daß sie eine zeitlang mit einer Prämie über die Münzen zirkulierten. Dies endete aber, als die Illusion dahinschwand und die Papiernoten überhaupt nicht mehr akzeptiert wurden. Das Resultat war, daß die Bank 1664 wieder geschloßen werden mußte. (Siehe: Ederer, S. 108)

Der historische Prozeß der Vertreibung des Goldes als Zirkulationsmittel darf indes nicht zur Ansicht führen, daß damit jegliche Geldware ihre Bedeutung in der kapitalistischen Form der Warenproduktion verliert. Denn das Gold als Geldware wird in der Zirkulation durch Wertzeichen (Papiergeld) ersetzt, es behält aber weiterhin die Funktion als Maß der Werte und als Maßstab der Preise, denn, wie wir ja gesehen haben, die Preise sind der Zirkulation v o r a u s g e s e t z t. Das Gold wird aus der Zirkulation vertrieben, es bleibt aber weiterhin als die Voraussetzung der Zirkulation. Wenn daher das Gold in der Zirkulation durch Staatspapiere mit Zwangskurs ersetzt wird, durch Banknoten, so repräsentieren diese Banknoten immer nur jenen Teil des Goldes, der tatsächlich zirkulieren würde, erschiene es in seiner materiellen Gestalt.

Wir haben bisher das Geld in seinen Funktionen als M a ß d e r W e r t e, als M a ß s t a b d e r P r e i s e und a l s Z i r k u l a t i o n s m i t t e l kurz beschrieben und gesehen, wie durch die Zirkulation selber die Geldware durch einen Repräsentanten dieser Geldware ersetzt wird, durch Papiergeld, und daß sich im letzten Prozeß die Erscheinungsform des Geldes, nicht aber das Geld selber verändert. Die dritte Funktion des Geldes ist die,

die Marx als die Funktion des Geldes a l s G e l d beschreibt. Hierunter fallen die Funktion a l s S c h a t z (Wertaufbewahrungsmittel), a l s Z a h l u n g s m i t t e l und a l s W e l t g e l d. In dieser Funktion zeigt sich das Geld als das materielle Sein des Werts, das sich gegen die Zirkulation verselbständigt hat. Diese Verselbständigung des Werts und sein realer Ausdruck in dieser Form als Geld ist nur Ausdruck eines ganz bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisses. Es liegt weder am Geld in seiner materiellen Gestalt als Geldware, noch an seinen Funktionen innerhalb der Zirkulation, daß es die Bestimmung von Geld als Geld erhält. Oder wie Marx es ausdrückt:

> "Was die Auffassung des Geldes in seiner vollen Bestimmtheit als Geld besonders schwierig macht – Schwierigkeiten, denen die politische Ökonomie dadurch zu entrinnen sucht, daß sie eine seiner Bestimmungen über die andere vergißt, und wenn ihr die eine entgegengehalten wird, an die andere appelliert – ist, daß hier ein Gesellschaftsverhältnis, eine bestimmte Beziehung der Individuen aufeinander, als ein Metall, ein Stein, eine rein körperliche Sache außer ihnen erscheint, die als solche in der Natur vorgefunden wird, und an der auch nicht mehr eine Formbestimmung zu unterscheiden bleibt von ihrer natürlichen Existenz. Gold und Silber ist nicht Geld an und für sich. Die Natur produziert kein Geld, sowenig wie sie einen Wechselkurs oder Bankiers produziert." (Grundrisse, S. 151. Vgl. Rosdolsky, 8. Kapitel)

Wenn sich also unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen der Wert im Gold oder einer anderen Ware fixiert und sich gegen die Zirkulation verselbständigt, so liegt das weder an dieser materiellen Erscheinungsform, noch am Geld selber, sondern eben an den gesellschaftlichen Verhältnissen. Dies alles klingt auf den ersten Blick so logisch, daß es als akademische Spielerei erscheint, es mit einer derartigen Aufdringlichkeit zu wiederholen. Dennoch, wären dieser Prozeß, diese Bewegung und die mannigfaltigen Erscheinungsformen des Geldes bisher richtig verstanden worden, dann wären wir von manch einer Theorie über den Monopolkapitalismus verschont geblieben, darin eingeschlossen die Theorie von Baran und Sweezy, sowie die des Herrn Hofmann in Deutschland.

Die Erscheinungsform des Geldes im heutigen Kapitalismus

Wir haben gesehen, daß sämtliche Funktionen des Geldes keine selbständige Existenz haben, sondern nur unterschiedliche Seiten der Warenzirkulation zum Ausdruck bringen, und daher selbst wieder aus der Warenproduktion hervorgehen. Die bürgerliche politische Ökonomie ist nie in der Lage gewesen, die spezifische Form der kapitalistischen Warenproduktion im historischen Entstehungsprozeß zu verstehen, und natürlich noch viel weniger, die Widersprüche dieser Produktionsform zu begreifen. Sie hat daher nie die Erscheinungen des Geldes aus der Produktionsform selbst erklären können, sie hat weder eine vernünftige Werttheorie noch eine vernünftige Geldtheorie entwickelt, und die verschiedenen Erscheinungsformen des Geldes sind für sie bis heute ein Rätsel geblieben. (Es wäre hier notwendig, die Geldtheorie des berühmten Herrn Keynes zu analysieren. Bisher wurde das noch nicht getan, und ich werde es hier auch nicht versuchen. Das Gerede von der "genialen Entdeckung" des "genialen" Keynes fände aber, jedenfalls zwischen vernünftigen Leuten, sehr bald ein Ende, wenn diesem Herrn einmal eine längere Untersuchung seiner Schmierereien gewidmet würde.) Aber diese Erscheinungsformen des Geldes sind nicht nur für die bürgerliche politische Ökonomie unverständlich geblieben, sondern ebenfalls für die kritische Sozialökonomie.

Bekanntlich hat das Gold in den letzten Jahrzehnten im Zirkulationsprozeß immer mehr an Bedeutung verloren, ja es hat sogar als Geld überhaupt einen erheblichen Teil seiner Rolle eingebüßt. Nicht nur sind die Gold- und Silbermünzen fast gänzlich aus dem Verkehr verschwunden (es kommt nur unter Betrügereien verschiedenster Art zeitweilig wie-

der herein, wie z.B. in Form von Münchener Olympiamünzen), sondern sie sind als internationales Zahlungsmittel, als Weltgeld, nach der Bildung des Internationalen Währungsfonds (IWF) fast gänzlich funktionslos geworden, und sie werden trotz ständiger Aufrufe des französischen Dilettanten Rueff diese Funktion nie wieder in dem Maße wie früher übernehmen. Haben sich aber damit die Funktionen des Geldes verändert? Der Antwort auf diese Frage haben wir uns durch die obige Rekapitulation der Marxschen Geldtheorie schon erheblich genähert, es bleibt aber noch einiges offen.

Es wurde oben gesagt, daß der Preis einer Ware dem tatsächlichen Austausch vorausgesetzt ist, und daß der Verkauf die Realisierung dieses Preises ist. Und zwar in Geldware, wenn sie gegen ungefälschte Münzen ausgetauscht wird, oder im Wert anderer Waren, wenn das Zirkulationsmittel bloßes Zeichen ist. Widerspricht dem aber nicht die allgemein bekannte Tatsache, daß der Preis durch das Angebot und die Nachfrage geregelt wird, und daß die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Kapitalien den Preis der Ware ebenfalls beeinflußt? Ist hier nicht bloß jener Zustand gemeint, der dann vorherrscht, wenn der Markt monopolisiert ist? So einleuchtend diese Fragen sind, so falsch sind sie auch. Denn wenn gesagt wird, daß der Preis der Ware dem tatsächlichen Austausch vorausgesetzt ist, so ist damit noch längst nicht gesagt, daß die H ö h e des Preises ihm vorausgesetzt ist 'Im Bewußtsein des gemeinen Menschenverstandes (in der bürgerlichen Gesellschaft) ist der Preis mit der Höhe des Preises derart verbunden, daß einem Menschen mit einem solchen Verstand die Trennung der beiden unmöglich erscheint, ja er merkt nicht einmal, daß es sich um zwei ganz verschiedene Erscheinungen handelt. (Ich gehe nicht in den Laden und frage nach dem Preis, um anschließend nach der Höhe des Preises zu fragen.) Dennoch ist die Trennung in der Analyse die Voraussetzung für das richtige Verständnis des gesamten Prozesses der Bildung des Preises und seiner Höhe. Der Preis ist der Geldausdruck des Wertes, während die Höhe des Preises das tatsächlich monetäre Austauschverhältnis ausdrückt. Der Preis drückt die Allgemeinheit des Wertes aus, drückt also die Tatsache aus, daß die Ware gegen Geld ausgetauscht werden kann, also gegen eine andere Ware, gegen die Geldware. Die Höhe des Preises ist dagegen die Quantität, worin sich beide Waren gegeneinander austauschen. Wir haben es hier mit dem Unterschied zwischen der Wertform der Ware und ihrer Wertgröße zu tun, mit dem Unterschied, daß sich die zwei verschiedenen Bestimmungen der Ware im Preis und in der Preishöhe auf die Zirkulation beziehen, während die ersteren sich auf die Produktion beziehen. Die Tatsache also, daß eine Ware einen Preis hat, bedeutet nichts anderes, als daß sie in der allgemeinen Form des Geldes ausgedrückt werden kann, und ihre Preishöhe hat mit dieser Allgemeinheit vorerst nichts zu tun.

Da die Funktionen des Geldes einerseits aus der Notwendigkeit hervorgehen, die Waren überhaupt vergleichbar zu machen, sie also gleich einem Dritten zu setzen, andererseits aber auch ein Maßstab für das tatsächliche Austauschverhältnis zu liefern, ist es klar, daß die Funktionen des Geldes aus dem Charakter der Ware hervorgehen, und nicht umgekehrt. Verschiedene Waren werden nicht dadurch vergleichbar, weil es Geld gibt, sondern umgekehrt: weil die Waren vergleichbar sind, kann es Geld geben. Das Geld geht unmittelbar aus der spezifischen Form der P r o d u k t i o n hervor.

Damit können wir unsere Frage beantworten, ob die Voraussetzung der Preisform der Ware nicht der Tatsache widerspricht, daß das tatsächliche Austauschverhältnis (oder die relativen Preise) erst in der Zirkulation festgelegt wird. Wir können nämlich jetzt sehen, daß die Höhe des Preises, die in der Zirkulation bestimmt wird, zur Voraussetzung hat, daß die Ware, bevor sie in die Zirkulation eintritt, selbst in ihrer Geldform erscheint. Der Preis ist also nicht nur eine Quantität, sondern ebenfalls eine Qualität. Was daher die

Nachfrage und das Angebot, die Konkurrenz usw. beeinflussen können, ist nicht die Qualität der Ware als Preis, sondern die Höhe des Preises, was ein wesentlicher Unterschied ist. Die Verwechslung dieser zwei Seiten des Preises hat nun zu der tollen Theorie des Herrn Hofmann geführt, der behauptet, daß, weil heute das Gold aus der Zirkulation verschwunden ist, die Ware sich also nicht gegen eine andere Ware austauscht, der Wert der Ware überhaupt nicht mehr im Preis ausgedrückt wird. Weil seiner Ansicht nach die Konkurrenz den Preis der Ware ihrem Wert anpaßt, heute aber die Konkurrenz durch das Monopol ersetzt wurde, behauptet er, daß der Preis der Ware mit ihrem Wert nichts mehr zu tun hat. Er sagt: nach der Marxschen Theorie müßten die Preise durch die Entwicklung der Produktivkräfte fallen, da jede einzelne Ware weniger Wert ist. Aber das ist nicht der Fall:

> "Tatsächlich haben die Verhältnisse der oligopolistischen Konkurrenz in allen wichtigen Industrieländern unseres Ordnungskreises (!) seit rund 70 Jahren (also seit rund 1900, A.S.) das allgemeine Preisniveau s t e i g e n lassen. ...Auch von einem zyklischen Ausgleich der Preise zu ihren gedachten, tendenziell sinkenden "Werten" kann offenbar keine Rede sein..." (Sozialökonomische Studientexte, Hg. W. Hofmann, Bd. 1: Wert- und Preislehre, Berlin (West) 1964, S. 110)

Diesen Unsinn hat Herr Hofmann bei jeder ihm gebotenen Gelegenheit verbreitet. Weil er also nicht in der Lage ist, den Preis als Qualität vom Preis als Quantität zu unterscheiden, fühlt er sich voll im Recht, wenn er die wesentlichen Bestimmungen des Geldes übersieht. Denn die "oligopolistische Konkurrenz" kann nie die eine Seite, die Qualität der Ware als Preis berühren, sondern nur die Höhe des Preises, also das Verhältnis, worin sich die eine Ware gegen Geld tatsächlich austauscht. (Um auf seine abgeschmackte Konstruktion zu kommen, muß daher Hofmann aus der Wert f o r m der Ware eine Wert s c h ö p f u n g machen, wobei ihm offenbar entgangen ist, daß die Wert f o r m sich auf die Ware bezieht, während die Wertschöpfung ein Moment des Arbeitsprozesses ist – sie also etwas völlig Verschiedenes sind.)

Allerdings, Hofmann steht hier nicht allein. Denn wie lautet die Theorie des "steigenden Surplus" bei Baran und Sweezy? Sie sagen doch:

> "Die monopolistische Marktstruktur versetzt die Kapitalgesellschaften in die Lage, von den Früchten der steigenden Produktivität den Löwenanteil in Form von höheren Profiten direkt einzustecken. Daß heißt, im Monopolkapitalismus sind fallende Kosten gleichbedeutend mit ständig wachsenden Profitspannen. Und ständig wachsende Profitspannen bedeuten wiederum Gesamtprofite, die nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zum Sozialprodukt steigen. Setzen wir die angehäuften Profite vorerst mit dem ökonomischen Surplus der Gesellschaft gleich, so können wir es ein Gesetz des Monopolkapitalismus nennen, daß der Surplus in dem Maße, wie sich das System entwickelt, sowohl eine absolut wie relativ steigende Tendenz aufweist." (Monopolkapital, Frankfurt 1966, S. 77)

Also, weil die Preise der Waren trotz erhöhter Produktivität nicht fallen, steigen die Profite, also auch der "Surplus". Oder, weil die Preise der Waren nicht entsprechend den Werten fallen, erhöht sich der Profit. Seltsame Argumentation, die aber dann gleich konsequent in ihrer ganzen Reichweite erkannt wird, weshalb diese Autoren dem "altmodischen" Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate ihr eigenes Hirngespinst des Gesetzes des tendenziellen Steigens des Surplus gegenüberstellen.

Wir müssen wiederholen, daß sich bei Baran und Sweezy die Erhöhung ihres Surplus nicht durch die Verminderung der notwendigen Arbeit im Verhältnis zur tatsächlichen, also durch die Erhöhung des Mehrwerts ergibt, sondern durch die Preismanipulation der Monopole (das erste wäre eine richtige Erklärung, aber wir werden sehen, weshalb sie diese nicht akzeptieren können), was sie auch klar sagen:

> "(Es)... wurde gezeigt, daß der Surplus im Monopolkapitalismus aufgrund der Preis- und Kostenpolitik der Mammutkonzerne eine stark und systematisch steigende Tendenz hat..." (S. 83)

Die Zirkulation wird somit endgültig zu einem selbständigen Moment der Verwertung des Kapitals, denn der erhöhte Profit resultiert nicht aus der erhöhten Ausbeutung des Arbeiters, sondern aus der Manipulation der Höhe des Austauschverhältnisses der Waren. Der Kapitalist erhält für seine Ware mehr Geldscheine, oder Geldscheine, auf denen eine höhere Zahl gedruckt ist. Und dies erscheint dem Ökonomen als der Prozeß der Erhöhung der Profite!

Diese Verselbständigung der Erscheinungen der Zirkulation, diese angebliche Verselbständigung des Preises vom Wert der Ware, spiegelt das Bewußtsein des sozialkritischen Ökonomen wider, der die Widersprüche des Kapitalismus aus der Zirkulationssphäre ableiten will, und der die "Einführung" des Sozialismus in der "Sozialisierung des Surplus" sieht. Was sich hinter dieser Theorie versteckt, ist der Versuch, sich einzubilden, daß die Kontrolle über den Staat eine "vernünftige Gesellschaftsordnung" (Ordnungskreis, bei Hofmann) garantiere, die Übernahme der Produktionsmittel durch das Proletariat daher eine "altmodische" Angelegenheit ist.

Lassen wir aber diese sozialkritischen Ökonomen bei ihren Illusionen, und versuchen wir, den Fehler ihrer Konstruktion zu erkennen. Wenn vorhin gesagt wurde, daß der Preis und die Höhe des Preises zwei ganz verschiedene Momente der Erscheinungsform des Wertes ıd, so ist das nur begrenzt richtig. Die Höhe des Preises ist insofern von der Wertgröße der Ware unabhängig, als sich im tatsächlichen Austausch Schwankungen ergeben können: der Marktpreis kann über bzw. unter dem Wert liegen. Diese Schwankungen sind aber eben nur deshalb möglich, weil der Preis auch die Qualität der Ware als Preis ausdrückt. Die Allgemeinheit des Wertes der Ware erscheint daher nicht nur in der Übereinstimmung des Preises mit dem Wert der Ware, sondern in der Nicht-übereinstimmung. Daß der Preis überhaupt vom Wert abweichen kann, ist eben nur der Ausdruck dafür, daß die Allgemeinheit der verschiedenen Gebrauchswerte der Waren, die im Wert der Ware gesetzt ist, gleichgültig gegen ein bestimmtes Verhältnis ist, in dem sich die verschiedenen Waren untereinander austauschen. Kurz ausgedrückt heißt dies: die Schwankungen des Preises als Quantität sind nur deshalb möglich, weil der Preis als Qualität fest bestimmt ist.

Wenn sich daher die Verhältnisse auf dem Markt so verändern, daß ein Monopolist für seine Ware einen willkürlich bestimmten Preis fordert und tatsächlich auch realisiert, so ist folgendes geschehen: er realisiert den Preis in bloßen Wertzeichen, in der Zirkulation als ganzer fällt daher auf seine Ware ein größerer Anteil am gesamten in der Zirkulation befindlichen Wert. Wenn auf seine Ware aber in der Zirkulation als ganzes mehr entfällt als unter "normalen" Bedingungen, dann nur deshalb, weil auf die Waren eines anderen Kapitalisten weniger von diesem gesamten Wert entfällt. Denn die künstliche Verteuerung der Ware durch Erhöhung des Preises ist ein Moment der Zirkulation, geht also die Produktion nichts an. Der Zirkulation bleiben die Preise aller Waren ebenso vorausgesetzt und durch den Wert bestimmt wie zuvor, mit dem Unterschied, daß im Prozeß der Zirkulation als ganzem auf den einen Kapitalisten mehr von der ganzen Wertmasse entfällt als unter den Bedingungen der freien Konkurrenz. Durch die Monopolisierung wird die in der Zirkulation befindliche Masse des Wertes nicht erhöht.

Aber, so lautet der Einwand, der an dieser Stelle gewöhnlich laut wird: die Geldmenge erhöht sich doch! Die gesamte in der Zirkulation befindliche Menge erhöht sich durch die steigenden Preise eines oder mehrerer Monopolisten, also muß sich doch die gesamte Wertmasse vermehrt haben! Die Verwechslung liegt auf der Hand. Wenn das Gold aus der Zirkulation verdrängt wird, und durch bloßes Zeichen ersetzt wird, durch Papiergeld, so

ist es gleichgültig, welche Menge solchen Papiergeldes die notwendige Menge Gold ersetzt. Das Quantum Gold, das notwendig ist, um die Zirkulation von Waren zu ermöglichen, ist abhängig von der gesamten Warenmasse, sowie von der Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes. Wenn es nun durch Papiergeld, also durch bloße Zeichen ersetzt wird, so heißt das, daß diese so bestimmte Menge Gold in gleicher Höhe durch das Papiergeld repräsentiert werden muß. Das heißt, das Papiergeld muß soviel Wert repräsentieren, wie früher im Gold enthalten war, und dies heißt wiederum nichts anderes, als die Papiergeldmenge soviel Wert repräsentieren muß, wie in der gesamten Warenmasse verkörpert ist.

Wenn nun die Preise aller Waren steigen, so kommt darin zum Ausdruck, daß der Maßstab der Preise eine Veränderung durchgemacht hat (vorausgesetzt, daß sich in dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte nichts verändert hat). Dies ist beim Gold ebenso möglich wie bei dem Papiergeld, obwohl die Gründe andere sind. Wenn die Produktivität der Arbeit in der Goldproduktion steigt, so ist die Goldeinheit (z.B. Pfund Sterling) weniger wert, die Werte der anderen Waren müssen sich daher in mehr Goldeinheiten ausdrücken. Beim Papiergeld ist es ähnlich. Wenn (die Masse der Waren und die Geschwindigkeit der Zirkulation als konstant angenommen) sich die Papiergeldmenge erhöht, so drückt jede Einheit des Papiergeldes, sagen wir eine DM, weniger Wert aus. Eine DM kann daher für weniger Waren ausgetauscht werden, der Maßstab der Preise hat sich verändert. In den Worten von Marx:

> "... die Masse des zirkulierenden Mediums in einem gegebnen Land (sinkt) nie unter ein gewisses Minimum, das sich erfahrungsmäßig feststellt. Daß diese Minimalmasse fortwährend ihre Bestandteile wechselt, d.h., aus stets anderen Goldstücken besteht, ändert natürlich nichts an ihrem Umfang und ihrem konstanten Umtrieb in der Zirkulationssphäre. Sie kann daher durch Papiersymbole ersetzt werden. Werden dagegen heute alle Zirkulationskanäle zum vollen Grad ihrer Geldabsorptionsfähigkeit mit Papiergeld gefüllt, so können sie infolge der Schwankungen der Warenzirkulation morgen übervoll sein. Alles Maß geht verloren. Überschreitet aber das Papier sein Maß, d.h. die Quantität von Goldmünze gleicher Denomination, welche zirkulieren könnte, so stellt es, von der Gefahr allgemeiner Diskreditierung abgesehen, innerhalb der Warenwelt dennoch nur die durch ihre immanenten Gesetze bestimmte, also auch allein repräsentierbare Goldquantität vor. Stellt die Papierzettelmasse z.B. je 2 Unzen Gold statt je 1 Unze dar, so wird faktisch 1 Pfund Sterling zum Geldnamen sage etwa von 1/8 statt 1/4 Unze. Die Wirkung ist dieselbe, als wäre das Gold in seiner Funktion als Maß der Preise verändert worden. Dieselben Werte, die sich daher vorher im Preise von 1 Pfund Sterling, drücken sich jetzt im Preise von 2 Pfund Sterling aus." (Kapital I, S. 141-142)

Wenn also sämtliche Kapitalisten das Baran-Sweezysche Kunststück vollbringen, die Preise trotz fallendem Wert nicht zu senken, so heißt das eben nur, daß sich in diesem Prozeß der Maßstab der Preise verändert. Von einer Erhöhung des Profits oder seiner "moderneren" Erscheinungsform, des Surplus, kann hier daher nicht die Rede sein. Dies ist ja auch jedem halbwegs vernünftigen Kapitalisten klar, daß er wenig davon hat, seine Preise zu erhöhen, wenn auch jene Kapitalisten es tun, von denen er seine Maschinen und die Arbeitsmittel kauft. Die einfache Verschiebung des Maßstabs der Preise, der notwendig auch eine Erhöhung der Papiergeldmenge zur Folge hat, führt hier zu nichts.

Anders sieht diese Geschichte natürlich dann aus, wenn die Kapitalisten insgesamt die Preise der Waren erhöhen, die Arbeiterklasse aber ruhig bleibt und keine Erhöhung ihres in Papiergeld ausgedrückten Lohnes fordert. Dann repräsentiert nämlich ein konstanter Lohn eine geringere Warenmasse, also auch einen geringeren Wert. Wenn aber die Wertmasse, die der Arbeiter durch seinen Lohn erhält, durch die Verschiebung des Maßstabs der Preise, vermindert wird, dann erhöht sich im gleichen Verhältnis der Mehrwert, den der Kapitalist einsteckt. Dann haben wir es aber nicht mit Kunststücken der Zirkulation zu tun, sondern des Kapitalisten, der seine Arbeiter auf diese Weise bescheißt. Daß eine solche Form der Erhöhung des Mehrwerts institutionalisiert werden kann, ist klar, und die

besten Beweise sind die Konzertierte Aktion, die sog. "Kosten-Niveau-neutralen Lohnleitlinien", sowie andere Arten von "Lohnleitlinien", und nicht zuletzt die Ideologie der "Geldwertstabilität". Daß die Gewerkschaften zu Instrumenten solcher neueren Ausbeutungsmethoden geworden sind, dürfte auch klar sein. Was aber nicht klar ist, ist weshalb sich Leute, die sich Marxisten nennen, darauf konzentrieren, Theorien aufzustellen, die angebliche Veränderungen in der Warenzirkulation erklären sollen, und damit nur vom Kern der Sache ablenken, nämlich der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten.

Das Geld mag in der Zirkulationssphäre eine noch so ideelle Gestalt annehmen; seine Funktionen bleiben aber durch die spezifische Form der Warenproduktion, durch die kapitalistische Form der Warenproduktion bestimmt. Kein noch so großartiges Kunststück kann daher der Geldzirkulation Formen aufdrängen, die nicht schon in der Produktion selbst enthalten sind. Die Entwicklung der Produktivkräfte und die damit verbundene Tendenz des Falls der Profitrate, die Formen der Akkumulation des Kapitals, die Formen der Ausbeutung und der Aneignung fremder Arbeit bleiben also von den Erscheinungen der Geldzirkulation unberührt. Wenn es heute daher in der kritischen Philosophie zur Mode geworden ist, statt vom Wesen der ökonomischen Verhältnisse von deren Erscheinungsformen auszugehen, so zeigt sich darin eben nur, wie weit diese kritische Philosophie selbst ein Produkt der Erscheinungen ist. Ganze Schulen von Intellektuellen, die sich genötigt fühlen, den Marxismus weiterzuentwickeln, sind vom Schein des Geldes in der Zirkulation, vom Schein des Papiergeldes und den Verkehrungen, die dieses Papiergeld hervorruft, bei ihrer Erklärung der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ausgegangen. Denn was ist einfacher, als die Tatsache festzustellen, daß trotz verminderter Kosten der Preis der Ware der gleiche bleibt, und daraus zu schließen, daß, weil gerade die Maschinerie die Kostensenkungen hervorruft, die Maschinerie die "Verwertung" des Kapitals steigere. Das Rezept heißt: verwechsle den Wert mit dem Preis, setze Preis gleich Höhe des Preises, lasse den Maßstab der Preise sich ändern (dies alles natürlich, ohne ein Wort darüber zu verlieren), und das Menu wird dann heißen: die Verwertung des Kapitals vermittels der Maschinerie! Und diesen Unsinn "gleichsam" in dreifacher Fassung zu verbreiten, dazu fühlt sich der "Frankfurter" Rolshausen verpflichtet. (Wie wenig diese Habermasschen Konstruktionen hergeben, zeigt genau Rolshausen. Im August 1967 veröffentlichte er die erste Fassung seines Aufsatzes: "Monopolkapital und Werttheorie" in der "Neuen Kritik", und zwei Jahre später kamen dann gleich zwei weitere Fassungen, eine in der SOPO Nr. 4 und die andere in einem von ihm selbst herausgegebenen Buch (F. Hermanin de Reichenfeld, K.Monte, C. Rolshausen (Hg.): Monopolkapital und Werttheorie, Frankfurt 1969). Sieht man von der Schwierigkeit ab, die der Leser hat in allen drei Fassungen das Eigene vom Fremden zu trennen, so besteht ihre Eigentümlichkeit darin, daß jeweils einige Absätze der ursprünglichen Fassung einige Seiten weiter hinten bzw. weiter vorn im Text stehen.)

Der internationale Zusammenhang der Gelderscheinungen

Wir haben gesehen, daß die Tatsache, daß das Gold aus der Zirkulation verdrängt und durch bloße Zeichen ersetzt wird, an der Wertform sowie an der Wertgröße der Ware nichts ändert; aber nicht nur, daß diese Tatsache nichts ändert, sondern das sie nichts ändern k a n n. Im internationalen Maßstab liegt die Sache nicht anders. Wir sagten schon oben, daß seit der Gründung des Internationalen Währungsfonds das Gold als Wertgeld fast völlig verschwunden ist. Der Warenverkehr auf internationalem Maßstab wird durch Papiergeld ebensogut vermittelt, wie der nationale Warenverkehr. Dennoch kommen hier Momente hinein, die ich hier andeuten, jedoch nicht ausführlich entwickeln will (und zwar deshalb, weil dieses Gebiet die Analyse ganz anderer Erscheinungen voraussetzt, als die, mit denen wir es bisher zu tun gehabt haben.)

Noch bis zur Gründung des IWF, oder besser, bis zum zweiten Weltkrieg wurde das Austauschverhältnis einer Währung zur anderen (der Wechselkurs) durch das "freie" Spiel von Angebot und Nachfrage geregelt. Wenn ein Land A Waren in ein Land B ausführte, so erhielt der Kapitalist a einen Wechsel des Kapitalisten b. Am Tag der Fälligkeit des Wechsels ging dieser a an die Börse und versuchte, seinen Wechsel in Geld und dieses Geld, das ja für ihn ausländisches Geld war, in inländisches umzutauschen. Da aber das ausländische Papiergeld im Inland als wertlos betrachtet wurde, wurde dieses Papiergeld im Ursprungsland für Gold eingetauscht. Es findet somit eine Übertragung des Reichtums vom Land B in das Land A statt. Mit der Entfaltung des internationalen Warenhandels mußte diese Praxis aber zu einer Absurdität werden. Denn genau wie im nationalen Raum der Akt des Verkaufens durch die Entfaltung der Warenzirkulation nicht mehr ein isolierter Akt ist, sondern immer nur den Zweck hat, gleichzeitig wieder zu kaufen, mußte zur gegebenen Zeit mit der Entwicklung des internationalen Verkehrs das gleiche eintreten. Wenn das Land A an das Land B verkauft, so ist unter den heutigen Bedingungen die Notwendigkeit gegeben, daß das Land B gleichzeitig auch kauft (nicht notwendig bei A, sondern bei C usw.). Soll sich also die Verdrängung des Goldes als Weltgeld durchsetzen, so ist es notwendig, daß sich die Zahlungsbilanzen der einzelnen Länder ausgleichen. Damit verändert sich auch die Form, in der der Wechselkurs festgelegt wird; statt durch das Angebot und die Nachfrage, wird er jetzt durch eine internationale Abmachung bestimmt.

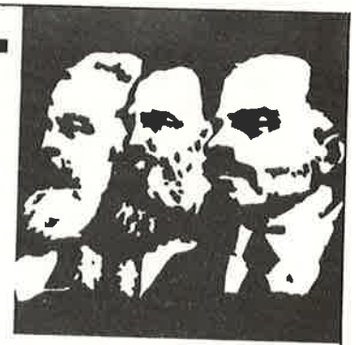
Es kann nicht geleugnet werden, daß bewußte Eingriffe in die Form der internationalen Geldzirkulation, z.B. durch die Gründung des IWF, den internationalen Warenverkehr gefördert haben. Die Frage ist aber die: wird der Warenverkehr durch die Form der internationalen Geldzirkulation bestimmt oder umgekehrt? Die Frage dürfte nach unseren Ausführungen auf der Hand liegen. Wir haben ja auch gesehen, daß die Verdrängung des Goldes aus der inländischen Zirkulation durchaus ein bewußter Akt gewesen ist, nämlich jener Handels- und später Industriekapitalisten, die ihr Gold nicht zirkulieren ließen, sondern in bestimmten Banken deponierten und dann Zertifikate in die Zirkulation warfen. Das gleiche ist natürlich auch auf internationalem Maßstab möglich, sobald die Produktion der einzelnen nationalen Kapitalien nicht mehr unabhängig von der ausländischen Produktion stattfindet, sobald also die inländischen Kapitalisten für den Weltmarkt produzieren. Wenn daher die nationale Produktion in engen Zusammenhang mit der internationalen Produktion und mit den internationalen Märkten steht, kann auf der Ebene der Geldzirkulation die gleiche Entwicklung eintreten, wie auf der nationalen. Ein Moment kommt aber dazu, das der ganzen Entwicklung einen mystischen Anschein zu geben scheint. Die Vertreibung des Goldes auf nationaler Ebene findet durch ein Abkommen der einzelnen Kapitalisten statt, die Vertreibung auf interantionaler Ebene beruht auf einem Abkommen der wichtigsten kapitalistischen Agenten, der Staaten. Die Verkehrung, die durch das Hereinkommen des Staates hervortritt, ist die, daß damit der Anschein geweckt wird, als wäre das Abkommen zwischen den Staaten ein Produkt der bewußten Reflexion, der wissenschaftlichen Ausarbeitung. Die Wissenschaftlichkeit kann hier jedoch nur soweit gehen, wie es der kapitalistische Produktionsprozeß erlaubt. Darüber hinaus wird es keinem "Währungsexperten" auch nur im Traum einfallen, sich irgendwelche Gedanken zu machen.

Wenn diese Form der Geldzirkulation von der allgemeinen Entfaltung des internationalen Warenverkehrs abhängt, so ist notwendig, daß sich alle Länder an diese Notwendigkeiten

gebunden fühlen. Es geht natürlich nicht, daß ein Land nur deshalb an das Ausland verkaufen kann, weil der Wechselkurs, der unter anderen Bedingungen höher wäre, zu niedrig ist. Denn wenn der frühere automatische Mechanismus des Wechselkurses beseitigt wird, so muß er jetzt durch das bewußte Eingreifen des Staates (der Zentralbanken) ersetzt werden, damit der internationale Warenverkehr nicht ins Stocken gerät, also damit das ganze System nicht zusammenbricht. Zu welchen unglaublichen Manipulationen und Illusionen dies Anlaß gegeben hat, zeigen solche Phänomene wie die "Spaltung des Goldmarktes", und auf dem Gebiet der Illusionen die Vorstellung jener "Reservemacher", die glauben, durch die Manipulation des sog. Goldstandarts die Währungsreserven der einzelnen Länder erhöhen zu können. (Daß solche Vorschläge im allgemeinen von Vertretern der südafrikanischen Goldminen kommen, ist nicht erstaunlich. Übrigens sind diese Leute keine Erfindung der modernen Zeit. Schon Marx kannte sie sehr genau.) Die neuerliche "Schaffung" von sog. Sonderziehungsrechten (SDR = Special Drawing Rights), die man in einschlägigen Kreisen für das neue "Papiergold" hält, ist ein weiterer Ausdruck des Versuchs der kapitalistischen Agenten, die Voraussetzungen für einen ungestörten internationalen Austausch zu schaffen. Daß diese ganzen Erfindungen aber eben die Warenzirkulation ihrem Wesen nach nicht beeinflussen können, sondern daß sie nur einen Versuch darstellen, die Widersprüche der kapitalistischen Produktion durch Manipulationen der Geldzirkulation zu lösen, muß der bürgerlichen Ideologie natürlich entgehen. Und sie muß es auch der sozialkritischen Ökonomie und der kritischen Philosophie, denn für sie ist jeder Anschein der Verselbständigung des Staates und der Zirkulationssphäre von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen der Beweis dafür, daß heute nicht das Proletariat die Negation der bürgerlichen Gesellschaft ist, sonder die objektive Vernunft.

KONSEQUENT

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis



Herausgeber: Sozialistische Einheitspartei Westberlins Kreisvorstand Zehlendorf,
1 Berlin 37, Teltower Damm 23, Tel.: 84 56 14 (811 56 14).
Postscheckkonto: Bln. West 2603 19 Heinz Thomaszik
Verantwortlich: Heinz Thomaszik und Wolfgang Schmidt.
KONSEQUENT erscheint viermal im Jahr.
Einzelheft DM 1,50; Jahresabonnement DM 4,–.
Druck: Verlag und Druck Westberlin – Entwurf: A. W.

Aus dem Inhalt:

KONSEQUENT Nr. 1

Schmidt: Lenin studieren!
Gukelberger: Zur Organisationsfrage der Westberliner Studentenschaft
Gudopp: Elemente des linken Antikommunismus.

KONSEQUENT Nr. 2

Ahrens: Das Verhältnis der SEW zur studentischen Bewegung und zur Intelligenz
Gudopp: Was ist kleinbürgerlicher Revolutionarismus? (I)
Schuchardt: Zur Organisationsfrage bei R. Luxemburg
Janowski: Tinbergens Konvergenztheorie und die DDR
Gukelberger: Demokratisierung oder Liberalisierung? (I)

Paulo R. Schilling
Brasilien: Der beschleunigte Ausverkauf

Der folgende Aufsatz wurde zuerst veröffentlicht in TRICONTINENTAL, Theoretisches Organ des Exekutivsekretariats der OSPAAAL, Nr. 11, Havanna, März/April 1969, spanische Ausgabe, S. 44-78. Die an einigen Stellen vorgenommenen Kürzungen sind durch (...) gekennzeichnet. Aus Raumgründen werden wir in der nächsten Ausgabe der SOPO den zweiten Teil des Aufsatzes abdrucken. Paulo R. Schilling gibt in seinem Aufsatz einen guten Überblick über die politisch-ökonomische Entwicklung und die Rolle des Imperialismus in Brasilien. Da sein radikaldemokratischer Standort aber nicht zu übersehen ist, dokumentieren wir in SOPO 6 zusätzlich Materialien der revolutionären Bewegungen Brasiliens.

Die Ausbeutung dreier Kontinente durch Portugal

Die Kolonisierung Brasiliens durch Portugal ist durch eine außerordentlich geringe Investition von Kapital und eine maßlose Ausbeutung gekennzeichnet. Zu Beginn zeigte die Krone und das lusitanische Bürgertum kein großes Interesse an einer Ausbeutung des Gebietes, das von Pedro Alvarez Cabral zufällig entdeckt worden war; ihre Interessen lagen vielmehr bei den märchenhaften Reichtümern Indiens. Außerdem verfügte Portugal weder über die menschlichen noch die finanziellen Ressourcen für eine Aufgabe solchen Ausmasses. Es hatte nicht jenen Bevölkerungsüberschuß, der das riesige Gebiet hätte bevölkern können, und das geringe verfügbare Kapital fand an anderen Stellen profitablere Anlagemöglichkeiten. Dies änderte sich jedoch später mit dem Aufbau der landwirtschaftlichen Zuckerindustrie, die höchst lukrativ war, da sie anfangs auf einer monopolistischen Basis betrieben wurde, und mit der Entdeckung reicher Edelmetallminen. Ein Minimum an Investitionen und die Anwendung von Sklaven ermöglichten diese Formen der ökonomischen Ausbeutung.

Worin bestanden die portugiesischen Investitionen in Brasilien? Sowohl in der Zuckerindustrie als auch im Minensektor jener Zeit war die Arbeitskraft fast der ausschließliche Faktor, während die Ausrüstung kaum eine Bedeutung hatte. Und Portugal war in der Lage, die notwendigen "Produktionsmittel" in die Neue Welt zu schicken. In der Tat waren die portugiesischen Könige in der Lage den Sklavenhandel in großem Ausmaß zu betreiben. Schon 1444 hatte Nuno Tristan die Mündung des Senegal-Flusses erreicht und die erste Sklavenladung in die Metropole gesandt, und so einen Verkehr eröffnet, der vier Jahrhunderte dauern sollte. In einer vielfältigen Ausplünderungsoperation, die ihre Zentren in Lissabon, Indien, Afrika und Brasilien hatte, sammlte das lusitanische Handelsbürgertum die zur Ausbeutung des brasilianischen Gebietes notwendigen Kapitalien. Die geringen Anfangsressourcen (aufgehäuft durch Handelsausbeutung und Wucher im Inland) wurden mittels Plünderung und Verkauf des indischen Reichtums vervielfacht. Die neuen Kapitalien ermöglichten ihrerseits die Organisierung des Negerhandels im großen Maßstab, der ebenfalls höchst profitabel war. Diese Negersklaven, die in Brasilien eingeführt und in der Zuckerproduktion sowie in den Minen eingesetzt wurden, vervielfältigten das angewandte Kapital in märchenhafter Weise. Wir sehen also, daß die ersten Kapitalien, die in Brasilien eingeführt wurden, ihren Ursprung in Indien und Afrika hatten. Es kann daher nicht geleugnet werden, daß die lusitanische Handelsbourgeoisie eine globale imperialistische Einstellung hatte. Rockefeller hatte vier Jahrhunderte später auf diesem Gebiet wenig Neues zu bieten. Der märchenhafte Plan zur Ausbeutung dreier Kontinente durch das portugiesische Handelsbürgertum hatte jedoch eine Achillesferse: seine Unfä-

higkeit zur industriellen Revolution. Dies verursachte eine ständig wachsende Abhängigkeit von England, das seine Industrialisierung erfolgreich vorantrieb. Das Abkommen von Methuen (1703), das die Errichtung jeder Industrie in Portugal verbot, bedeutete das Ende des portugiesischen Imperiums. Ein immer größerer Anteil der Gewinne des lusitanischen Handelskapitals mußte jetzt an das britische Handels-, Finanz- und Industriekapital weitergegeben werden. Am Ende des 18. Jahrhunderts hatte sich Portugal in eine englische Kolonie verwandelt, und Brasilien in die Kolonie einer Kolonie.

Die Kolonie der Bankiers

Diese Situation bestand bis 1822 (Datum der politischen Unabhängigkeit). Danach fand die Vermittlung Portugals ein Ende und Brasilien avancierte zu einem inoffiziellen Mitglied des britischen Wirtschaftsimperiums, wie es Normano ausdrückt, oder zu einer Kolonie der Bankiers, wie Gustavo Barroso gesagt hat. Die englische Herrschaft war vollkommen. Alles, was konsumiert wurde, war von Untertanen S.M. hergestellt, transportiert und finanziert worden. Diese Situation wird mit Vollkommenheit (trotz einer gewissen Dosis von Verachtung, Ausdruck der neu entstehenden, aber noch ganz schwachen nordamerikanischen Bourgeoisie) von James Watson Webb, Botschafter der USA in Rio, in seiner offiziellen Korrespondenz beschrieben:

> In allen Gutshöfen Brasiliens kleiden sich die Herren und ihre Sklaven mit Erzeugnissen freier Arbeit, und neun Zehntel davon sind englischer Herkunft. England versorgt Brasilien mit dem gesamten Kapital, das für die inneren Verbesserungen notwendig ist, und es stellt alle gebräuchlichen Werkzeuge her, angefangen bei der Hacke, und fast alle Luxus- und gewöhnlichen Gebrauchsgegenstände von der Nadel bis zum teuersten Kleid. Englisches Porzellan, Artikel aus englischem Glas, Eisen und Holz sind ebenso verbreitet wie Wolltuche und Baumwollstoffe. England liefert Brasilien sowohl Segel- als auch Dampfschiffe, es baut und repariert die Straßen, es beleuchtet die Städte mit Gas, baut die Eisenbahnen, beutet die Minen aus. England ist Brasiliens Bankier, es baut seine Telegraphenverbindungen, transportiert seine Post, stellt seine Möbel, Motoren und Wagen her. In einem Wort: es kleidet das brasilianische Volk, und tut überhaupt alles für es, mit Ausnahme der Ernährung.

Um das alles zu bezahlen, verfügte Brasilien über nichts weiter als die kümmerliche und im Entstehen begriffene Ausfuhr von Nahrungsmitteln und unbearbeiteten Rohstoffen. Diese Ausfuhr war schon Mitte des 19. Jahrhunderts ein Monopol britischer Gesellschaften, die ihren Sitz in Brasilien hatten. Außerdem waren die Ausfuhrprodukte Brasiliens schon damals einem ständigen Preisdruck ausgesetzt, so daß die Austauschmöglichkeiten des Landes ständig verschlechtert wurden.

Celso Furtado beschreibt diese Situation wie folgt:

> Der Preisverlust der brasilianischen Ausfuhren betrug zwischen 1821-30 und 1841-50 ungefähr 40%. Der Index der Einfuhren blieb dagegen vollkommen stabil, so daß sich die Austauschbedingungen annähernd um den gleichen Prozentsatz verschlechterten. D.h. die Ausfuhrerlöse erhöhten sich um 40% weniger als der physische Umfang der Ausfuhr.

Der reduzierte Zolltarif von 15%, der bis 1844 beibehalten wurde, bot dem inländischen Kapital überhaupt keinen Schutz. Sogar die Kleinindustrie, deren Grundlage das Handwerk war, und die durch die Verlegung des portugiesischen Hofes und der damit verbundenen Erhöhung und Diversifizierung der Konsumbedürfnisse eine wesentliche Entwicklung erfahren hatte, wurde allmählich zerstört. Ein derartig niedriger Zollschutz ermöglichte es ihr nicht, der schon mächtigen europäischen Industrie Einhalt zu gebieten, die in bezug auf Preise, Qualität und auf Mode überlegen war.

Während die Freiheit des Handels das Aufkommen jeglicher Industrie verhinderte, diente sie den Interessen des vollständig auf den internationalen Markt gerichteten Großgrundbesitzes. Um zu exportieren, ist es notwendig zu importieren: das war das Argument der Politiker, die die Interessen der ländlichen Herren vertraten. In diesem Fall existierte eine vollständige Übereinstimmung zwischen den Interessen der englischen Industriebourgeoisie und der Klasse der brasilianischen Großgrundbesitzer.

Diese Politik führte indes zu einem chronischen Defizit der Zahlungsbilanz. Um dieses Defizit zu decken, wurde auf die "magische Lösung" zurückgegriffen: die ausländischen Kredite. Die Kredite, die Brasilien gewährt wurden, sind bestimmt ein besonderes Blatt der englischen Bankgeschichte; Brasilien muß der treueste und profitabelste Kunde gewesen sein. Um die Anerkennung seiner Unabhängigkeit von Portugal durch England zu erlangen, übernahm Brasilien die Zahlungsverpflichtung für von Portugal aufgenommene Kredite über insgesamt zwei Millionen Pfund Sterling. Bis zur vollständigen Liquidierung des Kredits wurden aber nicht weniger als 6 Millionen Pfund Sterling bezahlt. Die Zahlung bestand aus den ursprünglichen zwei Millionen Pfund Sterling, die 1825 mit einer Garantie auf die Einkünfte des Zolls aufgenommen wurden, plus einem halben Jahrhundert von Zinszahlungen, Amortisationen, Vermittlerkommissionen und einer Reihe von zusätzlichen Gaunereien im In- und Ausland. Um einen fälligen Kredit zurückzahlen zu können, wurde ein neuer unter jeweils drakonischeren Bedingungen aufgenommen. Erst 1890, also schon mitten in der republikanischen Zeit, wurde der Kredit endlich vollständig zurückgezahlt.

Wo immer sich die nationale Initiative einem gewinnbringenden Sektor zuwandte, zeigte sich sofort die wachsame Gegenwart der englischen Bourgeoisie. Das typische Beispiel ist der Kaffee. Der Anbau von Kaffee schritt voran und wurde zum großen Ereignis des vorigen Jahrhunderts in Brasilien. Dank dem Kaffee konnte das fallende Niveau des Einkommens aufgehalten werden. Wie Werneck Sodre sagt, war "die Entwicklung des Kaffeeanbaus das erste große nationale Ereignis Brasiliens". Zum ersten Mal wurde der Aufbau eines Unternehmens von größerem Ausmaß von nationalen Unternehmern, gestützt auf nationale Ressourcen, unternommen.

Die Existenz eines sich außerordentlich schnell entwickelnden Marktes, das riesige Reservoir an geeignetem Land und die niedrigen Investitionen, die damals zum Anbau notwendig waren, haben ein wahres Kaffeewirtschaftswunder ermöglicht. Dank dem Anbau von Kaffee verwandelten sich die ständigen Zahlungsbilanzdefizite schon in den ersten Jahren der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in ständige Überschüsse. Die Erfahrung des Erfolgs setzte sich immer stärker fort. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts hatte die brasilianische Kaffeeproduktion einen Anteil von 75 % an der Weltproduktion.

Dieser blühende Zweig mußte natürlich die Habgier des internationalen Finanzkapitals hervorrufen. Und so wurde schon im vorletzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts allmählich die Kontrolle über die Ausfuhr des Kaffees von ausländischen Händlern übernommen, die den Kaffeeproduzenten ihre Bedingungen auferlegen konnten. Brasilien verlor die Kontrolle über die Preise. Der Kaffeeanbau wurde den Preisen unterworfen, die die internationalen Monopole festlegten. Alfredo Ellis beschrieb am Ende des vorigen Jahrhunderts das Bild der Zerstörung der gesamten Aktivität:

> Früher begnügten sich die Exporteure des Kaffees, die Vertreter der Trusts und Syndikate damit, die Kuh zu melken; sie gaben ihr zumindest noch genügend zu fressen, um sie nicht verhungern zu lassen. Heute wollen sie jedoch nicht nur die Milch, sondern obendrein noch das Fleisch. Es stört sie nicht, daß die Kuh dabei zugrunde geht.

Auf lange Sicht wurde jedoch die englische Herrschaft durch die nationalistischen Emanzipationsversuche der sich bildenden Industriebourgeoisie Brasiliens und der mit ihr verbundenen Politiker in Frage gestellt. Hier sind zwei Namen zu nennen: der Minister Alves Branco und der Baron de Maua. Der erste, der als Vater des brasilianischen Nationalismus betrachtet werden kann, hatte schon vor einem Jahrhundert eine ganz klare Vorstellung von den Übeln, die der Imperialismus für die Entwicklung zurückgebliebener Länder mit sich bringt:

> Keine Nation darf ihre Hoffnungen allein in den Anbau, in die Produktion und die Ausfuhr von Rohstoffen setzen. Ein Volk ohne Industrie wird immer von anderen Völkern abhängen, und es wird daher nie günstige Geschäfte abschließen können, und auch keinen Schritt vorwärts auf dem Weg zu seinem Reichtum machen können.

Diese nationalistische Einstellung fand ihren Niederschlag im Zollgesetz, das seinen Namen trägt. Durch dieses Gesetz wurden die Zölle erhöht, indem ein Zollsatz von 30 bis 60% auf den Wert der eingeführten Waren erhoben wurde. Dank diesem Zollschutz und der massenhaften Freisetzung von Kapital durch das Verbot des Sklavenhandels erhielt die Industrialisierung einen großen Aufschwung. Zwischen 1850 und 1860 verzeichnete die kapitalistische Entwicklung einen spektakulären Fortschritt: es entstanden 62 große Industrieunternehmungen, 14 Banken, drei Sparkassen, 20 Dampfschiffahrts-, 23 Versicherungs-, vier Kolonisierungs-, acht Minengesellschaften, drei städtische Verkehrsbetriebe, zwei Gas- und acht Eisenbahngesellschaften.

Als Symbol der entstehenden Industriebourgeoisie Brasiliens wurde Irineo Evangelista de Souza, der Baron de Maua, zum Zentrum jener Ereignisse, die den Beginn der industriellen Revolution Brasiliens hätten bedeuten können. Sein Pioniergeist hinterließ eine Reihe von Zeichen auf den verschiedensten Gebieten: er gründete die Compania Fluminense de Transporte, das Hüttenwerk und die Schiffswerft von Ponta D'Areia, die Amazonas-Reederei, die Gasbeleuchtungsgesellschaft von Rio de Janeiro, die Mauabank, die Bank von Brasilien, die Eisenbahn von Raiz da Serra und die von Pedro II sowie andere Unternehmen. Trotz seiner Verbindungen zu der englischen Finanzbourgeoisie hatte er selbst ehrgeizige Pläne, die nicht selten mit den Interessen des Imperialismus kollidierten.

Durch Angriffe vom Großgrundbesitz, dem Inhaber der politischen Macht, und vom Imperialismus (der bereits durch das zunehmend unabhängige Verhalten seines früheren Agenten aufgebracht war und den Versuch machte, die totale Kontrolle über die von ihm gegründeten Unternehmen zu erlangen), wurde Maua zum Bankrott gebracht. Das englische Finanzkapital faßte durch die Herrschaft über das Transportwesen immer fester in Brasilien Fuß, indem es sich der von Maua gebauten Eisenbahnen sowie der von ihm bereits erlangen Konzessionen zum Bau weiterer Linien bemächtigte.

Außerdem wurde 1860 das Zollgesetz aufgehoben, womit den Hoffnungen der nationalen Unternehmer, mit der mächtigen britischen Bourgeoisie in Konkurrenz zu treten, ein Ende gesetzt wurde. Die englische Herrschaft sollte in umfassender Gestalt für mehr als zwei Drittel eines Jahrhunderts andauern.

Ende des neunzehnten und Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts begann eine allmähliche Verschiebung innerhalb des imperialistischen Lagers, die für Brasilien direkte Folgen hatte. Anfänglich war das in Brasilien investierte Geldkapital fast ausschließlich britischer Herkunft. Mit der enormen Entwicklung der nordamerikanischen Wirtschaft und des sich daran anschließenden Imperialismus wurde der brasilianische Markt allmählich von den beiden Mächten geteilt. Dem natürlichen Vorteil einer geringeren Entfernung und der großen Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes schloß sich die Beseitigung der europäischen Konkurrenz während des Ersten Weltkrieges an. Im spezifischen Fall von Brasilien war der große Markt für das brasilianische Hauptausfuhrprodukt Kaffee, den die USA darstellten, der entscheidende Faktor, der diese Verschiebung innerhalb des Landes hervorrief.

Im Jahre 1921 wurde der erste nordamerikanische Kredit an Brasilien in Höhe von 50 Millionen Dollar vergeben, und diesem folgte ein Jahr später einer in Höhe von 25 Mill. Dollar. Irving Louis Horowitz berichtet:

> Bis 1914 betrugen die privaten Investitionen der USA in Brasilien 28 Millionen Dollar. Bis 1930 stieg diese Ziffer sprunghaft auf 577 Millionen. Die Periode der Regierung Vargas, in der ein Ultranationalismus vorherrschte und eine Reihe von wirtschaftlichen Strukturreformen durchgeführt wurden, verursachte eine leicht sinkende Tendenz in den Investitionen der USA. Aber 1950 hatte sich die Summe auf 644 Millionen erhöht, und am Ende der Regierung Kubitschek im Jahr 1960 hatten die Investitionen den Betrag von 1 500 Millionen erreicht.

Im Jahre 1939 waren noch 55% des ausländischen Kapitals englischer und 28% nordamerikanischer Besitz. 1949 war infolge des Weltkrieges der englische Anteil auf 29% gesunken und der nordamerikanische auf 54% gestiegen.

Diese schnelle und oberflächliche Analyse der Beteiligung des britischen Finanzkapitals am Entwicklungsprozeß Brasiliens genügt, um dessen Akkumulationsquelle zu erkennen: die Ausbeutung der nationalen Wirtschaft. Das in Brasilien investierte englische Kapital ist nie mehr als ein verschwindender Teil der Beute gewesen, die die britische Handels-, Finanz- und Industriebourgeoisie aus diesem Land herausgeholt hat. Es ist nie ein Beitrag des Auslands zur inländischen Entwicklung gewesen, sondern ganz im Gegenteil, nur ein geringer Teil des Mehrwerts, den das brasilianische Volk geschaffen hat, blieb im Lande zurück, in den Händen englischer Kapitalisten. Es war nur das absolut Notwendige zur Aufrechterhaltung dieser Ausbeutung, zur Fortsetzung des Prozesses.

Der größte Teil des in Brasilien geschaffenen Mehrwerts wurde exportiert, und er erhöhte somit den "internationalen Mehrwert", jene Quelle der Erhaltung des modernen Imperialismus. Wir werden anschließend sehen, daß der "Beitrag" des heute völlig vorherrschenden nordamerikanischen Kapitals den gleichen Ursprung hat.

VARGAS: Ein Hindernis, ein Opfer, ein Symbol

Der Versuch massenhaften Eindringens des nordamerikanischen Kapitals fand anfänglich eine große Schranke: Getulio Vargas, der durch die liberale Revolution von 1930 an die Macht gekommen war. Seine Politik der Verteidigung der bedrohten nationalen Interessen begann schon im Jahr der Revolution. Sofort nach der Machtübernahme ließ Vargas die Konzessionen für nichtig erklären, die der Gouverneur des Staates Amazonas einer Tochtergesellschaft der Standard Oil zugeteilt hatte. Im Mai 1931 wurden die Verträge der Itabira Iron annuliert, die 1921 abgeschlossen worden waren, und durch die diesem ausländischen Unternehmen riesige Eisenerzvorkommen zugesprochen worden waren. Durch das Monopol für Devisengeschäfte und die Kontrolle der Außenhandelsgeschäfte wurde versucht, nicht nur die nationale Industrie zu schützen, sondern auch die "Aussaugpumpen des Imperialismus" zu kontrollieren. 1933 wurde durch das Dekret Nr. 23501 jede Abmachung für nichtig erklärt, die eine Zahlung in Gold oder jedem anderen Zahlungsmittel an das Ausland vorsah, das als Deckung für das inländische Geld fungierte. 1934 führte Vargas das neue Zollsystem ein, das Zollerleichterungen und -befreiungen für die nationale Industrie festlegte. Im gleichen Jahr führten die "Gesetze über Gewässer und Minen" die Erzvorkommen in "unwiderrufliches Nationaleigentum" über.

Die Verfassung von 1937 (Estado Novo = Neuer Staat) konsolidierte die nationalistischen Tendenzen der Charta von 1934, obwohl sie mit den öffentlichen Freiheiten faktisch aufräumte. Sie ging sogar über diese Charta hinaus. Die industrielle Ausbeutung der Erzvorkommen, aller Gewässer und der Wasserkraft war von nun an nur noch Brasilianern oder Unternehmen gestattet, die nicht nur ihren Hauptsitz in Brasilien hatten (wie es 1934 bestimmt worden war), sondern im Besitz nationaler Aktionäre waren. Banken und Versicherungsgesellschaften durften nur dann tätig werden, wenn ihre Aktionäre Brasilianer waren.

Zum Schutz und zur Kontrolle der nationalen Schiffahrt wurde verlangt, daß Eigentümer, Reeder, Kapitäne und Besatzung nationaler Schiffe zu zwei Drittel Brasilianer sein mußten. Die Ausübung der freien Berufe wurde nunmehr nur noch Brasilianern gestattet, sei es daß sie Staatsangehörige durch Geburt oder durch Einbürgerung waren. 1938 verfügte das neue Gesetz über die Minen, daß sämtliche Erdöl- und Erdgasvorkommen des Landes Eigentum des Staates sein sollten. Im gleichen Jahr wurde die Erdölindustrie zur gemeinnützigen Industrie erklärt und unter die Kontrolle des Nationalen Erdölrates gestellt. Außerdem wurde durch das Dekret Nr. 236 die Erfüllung von Forderungen, die von ausländischen Gerichten bestätigt worden waren, verboten, soweit Zahlung in Devisen verlangt wurde. Im Mai 1939 wurde das Transportwesen und die Distribution und Verarbeitung des Erdöls nationalisiert. Darauf mußte die Errichtung einer schon im Bau befindlichen Raffinerie der Standart Oil abgebrochen werden.

Am 22. Juni 1945 verkündete Vargas das berühmte Dekret Nr.7666 zur Einschränkung des wirtschaftlichen Machtmißbrauchs, ein Anti-Trust-Gesetz, das direkt gegen die in Brasilien errichteten ausländischen Monopole gerichtet war. Alle diese Maßnahmen standen unter Vargas' Ausspruch: "Ich habe die Pflicht, die Entnationalisierung Brasiliens zu verhindern".

Diese Politik stieß heftig mit den nordamerikanischen Absichten zusammen, wie sie von Emery Reves klar ausgesprochen wurden:

> Die Abschaffung des nationalen und wirtschaftlichen Partikularismus ist eine historische Notwendigkeit. Die Einschränkung der nationalen Souveränität und der Beginn des internationalen Integrationsprozesses wird das sicherste Resultat des Krieges sein. Diese Entwicklung kann auf zwei Arten vonstatten gehen: entweder durch ein wechselseitiges Abkommen zwischen den bis jetzt unabhängigen und souveränen Nationen oder durch Gewalt. Wenn diese demokratische Neuordnung zwangsweise geschaffen werden muß – und alle historischen Präzedenzfälle deuten darauf hin, daß es so geschehen wird – , dann ist es notwendig, daß die angloamerikanischen Nationen diese Aufgabe übernehmen. Und sie müssen sie nicht nur deswegen übernehmen, weil von der angemessenen Organisation der Welt das Überleben ihrer eigenen demokratischen Institutionen und sogar die Existenz ihrer Völker abhängt, sondern auch, weil die vergangenen Jahrhunderte bewiesen haben, daß in der jetzigen Phase der menschlichen Geschichte die angloamerikanische Vorherrschaft allgemeinen Fortschritt für die gesamte Menschheit bedeutet, während alle Versuche jeder anderen Weltmacht, die Vorherrschaft auszuüben, immer eine Reaktion gegen die demokratische Entwicklung gebracht haben. Die demokratischen Nationen müssen auf ihre statischen und defensiven Vorstellungen verzichten und sich selbst mit dem dynamischen Geist des Angriffs und der Eroberung durchdringen.

Truman machte daraus eine offizielle These:

> Die ganze Welt muß das nordamerikanische System akzeptieren, denn dieses wird in den USA dann überleben können, wenn es zu einem Weltsystem wird.

Kein Hindernis gegen diese Absichten konnte toleriert werden. Getulio Vargas war ein Hindernis: er wurde am 29. Oktober 1945 durch einen unblutigen Militärputsch gestürzt, der vom nordamerikanischen Botschafter Adolf Berle gesteuert worden war. Elf Tage später wurde durch das Dekret Nr. 9167 der provisorischen Regierung des Präsidenten des Obersten Bundesgerichtes das Dekret Nr. 7666, jenes Antitrustgesetz Vargas', aufgehoben. Dem erneuten Eindringen des nordamerikanischen Monopolkapitals waren somit keine Schranken mehr gesetzt.

1951 kam Getuilo Vargas mit den Stimmen des Volkes erneut an die Macht und setzte seine nationalistischen Reden und sein nationalistisches Handeln fort. In seiner Rede vom 31. Dezember 1951 versetzte er die Nation durch die Bekanntgabe der riesigen Betrügereien in Erstaunen, die bei der Registrierung des ausländischen Kapitals gemacht worden waren:

> Brasilianer, es ist erschreckend! Aber es ist ganz einfach die Sprache der Zahlen. Der Überschuß des angegebenen ausländischen Kapitals von mehr als 16,5 Milliarden Cruzeiros über das tatsächlich eingeführte Kapital bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine von Brasilien gegenüber dem Ausland übernommene Schuld, die bezahlt oder besser, "rückerstattet" werden muß. Wir werden das zahlen müssen, was wir nie erhalten haben, das, was unser ist, was einzig und allein durch die Zauberei der Zahlen mit der Absicht erhöht wurde, den Wert des ausländischen Kapitals zu "erhöhen", zum Schaden der brasilianischen Arbeit und Produktion.

In seiner Rede vom 31. Januar 1954 zeigte Getulio Vargas ein vollständiges Verständnis für das komplizierte Problem der Ausbeutung zurückgebliebener Länder durch den Imperialismus:

> Die Unerfahrenheit Brasiliens in Problemen von Devisengeschäften und des Außenhandels machte unser Land zu einem besonders fruchtbaren Spekulationsobjekt. Nun bedeutet aber jede Steigerung des Preises einer eingeführten Tonne ohne entsprechende Preissteigerung einer ausgeführten Tonne eine Schwächung des Landes... Daher ließ ich die Deklarationen, die die Exporteure beim Handelsministerium der USA einreichten, mit den Deklarationen dieser selben Leute bei unseren Konsulaten vergleichen... In 18 Monaten ergab sich eine betrügerische Erhöhung der Importziffern um 150 Millionen Dollar... Da unser Außenhandel mit den USA einen Anteil von 55% am gesamten Außenhandel Brasiliens ausmacht, schätzen wir den Verlust durch diese betrügerischen Devisenoperationen auf mindestens 250 Millionen Dollar, in 18 Monaten...! Entsprechend dieser merkwürdigen Auffassung wurde auch damit begonnen, die Gewinne als Kapital in ausländischer Währung zu bezeichnen, die in Brasilien in Cruzeiros gemacht worden waren... 1948 war ausländisches Kapital im Wert von 6,2 Milliarden Cruzeiros angemeldet. 1949 erhöhte sich die Zahl auf 9,6 Milliarden, und 1950 waren es schon 15,7 Milliarden... Es war eine geometrische Progression... Für Brasilien bedeutete die Anerkennung einer Erhöhung des ausländischen Kapitals um 8% bzw. ein entsprechend erhöhter Gewinnabfluß ins Ausland die Gefahr der völligen Erschöpfung der Devisenreserven... Nachdem wir das Kapital mehrerer Unternehmen überprüften, die insgesamt 237,4 Mill. als ausländisches Kapital angegeben hatten, konnten wir feststellen, daß davon nur 104,7 Mill tatsächlich eingeführt worden waren... Hinsichtlich der Kredite, die insgesamt mit 242 Mill. angegeben worden waren, existierte der Nachweis nur für 57 Mill. ... Es ist so, daß die ausländischen öffentlichen Dienstleistungsunternehmen Devisen für die Investitionen verlangen, die sie erst machen werden und bezeichnen dies als Investition von ausländischem Kapital... Unter diesen Umständen gibt es keine Investitionen, ...denn wo ist das ausländische Kapital, wenn wir selbst die Devisen für die Investitionen der ausländischen Unternehmen bereitstellen müssen?

Vargas bleib aber nicht nur bei den Worten; er ordnete neue konkrete Maßnahmen zum Schutz der nationalen Wirtschaft an, die in immer größerem Maße von der imperialistischen Aggression bedroht wurde. Er schaffte die kombinierten Devisengeschäfte ab, die Quelle zahlloser Schiebungen waren. Er schaffte ein staatliches Monopol im Außenhandel mit Kautschuk. Durch die Verordnung Nr. 70 der Kontrollbehörde für Geld und Kredit (SUMOC) wurde die Devisenbewirtschaftung und ein mehrfacher Wechselkurs für die verschiedenen Importkategorien eingeführt, womit für die Entwicklung der nationalen Industrie ein weitgehender Schutz gewährt wurde. Um Mißbräuche des in- und ausländischen Monopolkapitals zu kontrollieren, legte er dem Kongreß einen Gesetzentwurf vor, der die Extraprofite der Monopole mit hohen Steuern belastete. Von den Vertretern der ausländischen Interessen und der Oligarchie sabotiert, wurde dieses Gesetz nie verabschiedet.
Der Höhepunkt seiner zweiten Regierung war die Gründung von P e t r o b r a s, dem staatlichen Erdölmonopol. Dieses Gesetz, das am 3. Oktober 1953 verkündet wurde, krönte einen Kampf von zwanzig Jahren, der mit den Gesetzen über Gewässer und Minen, der Errichtung des nationalen Erdölrates und unzähligen anderen Maßnahmen begonnen hatte und die alle das Eindringen ausländischen Kapitals in diesen strategischen und fundamentalen Sektor der brasilianischen Wirtschaft verhinderten. Die Verwirklichung eines anderen großen Traumes seines nationalistischen Kampfes, die Electrobras (die das staatliche Monopol der Produktion und Distribution der Elektroenergie, die durch die Light and Power und durch die Bond and Share beherrscht wurden, ermöglichen sollte), wurde mit allen möglichen Mitteln verhindert.

Von der inneren Reaktion und vom Imperialismus angegriffen; von der Führung der KPB ständig angefeindet; durch die Korruption innerhalb der Regierung entwürdigt (obwohl auch die schlimmsten Feinde Vargas' seine persönliche Ehrlichkeit nicht in Zweifel gestellt haben); durch die Schranken seiner Klassenherkunft und durch seinen versöhnlichen Charakter daran gehindert, das Volk zum revolutionären Kampf aufzurufen, der einzigen Form der Gegenwehr gegen den Putsch, den die Generale (einmal mehr im Dienst des internationalen Monopolkapitals) und die reaktionärsten Teile der Oligarchie vorbereiteten, blieb Getulio keine andere ehrenhafte Alternative als der Freitod. Er fiel in aller Ehre und wurde so zu einem Symbol des brasilianischen Nationalismus.

Eine Folge von Ausverkäufern

Werfen wir einen schnellen Blick auf die Nachfolger Vargas' und deren Einstellung zum ausländischen Kapital. Die Regierungen von Jose Linhares (dem Präsidenten des Obersten Bundesgerichtes, der Vargas 1945 gefolgt war und der einige Monate bis zur Übernahme der Regierung durch den neuen Präsidenten regiert hatte), des Generals Eurico Gaspar Dutra (1945-50), von Cafe Filho (der die zweite Periode von Vargas zuendeführte) und von Juscelino Kubitschek (1956-60) sind Beispiele dafür, wie ein Land der Kontrolle durch das internationale monopolistische Kapital überlassen werden kann.

Die Aufgabe von Linhares und Dutra bestand darin, den Weg für das unbeschränkte Eindringen des ausländischen Kapitals in das Land freizumachen. Sie beseitigten jene Hindernisse, die Vargas aufgestellt hatte. Wenige Tage nach dem Sturz Vargas' wurde das Antitrustgesetz aufgehoben. Der nordamerikanische Imperialismus, nicht zufrieden damit, den gesamten brasilianischen Außenhandel zu beherrschen, hatte beschlossen, sich unmittelbar im Innern der nationalen Wirtschaft einzunisten.

War es schon unmöglich, die Industrialisierung, die sich in einer sehr günstigen Entwicklung befand (die nationale Bougeoisie, in jeder Weise vom autoritären Staat unterstützt, hatte die durch den Krieg erzwungene Abwesenheit der ausländischen Konkurrenz sehr gut ausgenutzt), so mußte man versuchen, an ihr teilzunehmen, sie kontrollieren, sich unterwerfen und sie seinen eigenen Interessen unterordnen.

Bereits 1942 kommentierte die New York Times das Projekt Roosevelts, die Überführung brachliegender Maschinen nach Lateinamerika zu gestatten, wie folgt:

> Es ist nicht möglich, auf unbeschränkte Zeit das alte koloniale System beizubehalten, weder in Lateinamerika noch im Orient; diesen Ländern verarbeitete Produkte zu hohen Preisen zu verkaufen und von ihnen Rohstoffe und kaum verarbeitete Produkte zu niedrigen Preisen zu kaufen. Wir müssen die Industrialisierung dieser nicht entwickelten Länder fördern, was seinen Niederschlag in einem höheren Lebensstandard haben wird. Die Käufer mit einem höheren Lebensstandard werden nicht die genau gleichen Artikel kaufen, die die kolonialen Kunden heutzutage kaufen, sie werden dafür aber auf lange Sicht mehr kaufen...

John Abbink bezeichnete die Alternative genau:

> Es ist nicht zu verhindern, daß die Industrialisierung... bis zu einem unvorherschbaren Punkt voranschreitet... Wir können diese Industrialisierung leiten und so die Rückwirkungen mildern, die sie auf unsere Wirtschaft haben kann. Oder aber wir können unsere Augen vor der Realität verschließen und die Konsequenzen tragen.

Durch den Import von überflüssigen Waren erschöpfte Dutra die Devisenreserven fast ganz, die Brasilien während des Krieges angesammelt hatte. Die Reserven hatten trotz der diskriminierenden Preise, die durch das Washingtoner Abkommen Brasilien auferlegt worden waren, eine erhebliche Summe erreicht. Wären diese Reserven zur Erneuerung und Erweiterung der Industrie und für die Mechanisierung der Landwirtschaft angewandt worden, dann hätte ein neuer und spektakulärer Prozeß beginnen können, durch den die ausländischen Investitionen unnötig geworden wären.

Dutra jedoch, angesichts der britischen Weigerung, die Handelsschulden zu bezahlen, kaufte in einem der skandalösesten Geschäfte in der Geschichte des Imperialismus die englischen Eisenbahnen des Landes, jenes alte Eisen, das gemäß den schon ausgelaufenen oder bald fälligen Verträgen sowieso ohne Kosten in brasilianisches Staatseigentum übergehen sollte.

Unter den unzähligen schändlichen Konzessionen, die der General Dutra an das USA-Monopolkapital machte, ist die Übergabe der Manganvorkommen von Amapa – einem der größten Vorkommen der Welt – an die ICOMI (Bethlehem Steel Corporation). Jenes Gebiet des brasilianischen Nordens wurde so faktisch zum Besitz des nordamerikanischen Trusts. Dutra versuchte außerdem durch das traurig-berühmte Erdölstatut, das brasilianische Erdöl den internationalen Erdölgesellschaften zu übergeben. Und wenn ihm dies nicht gelang, so nur wegen der ungeheuren nationalistischen Mobilisierung des Volkes unter dem Motto "Das Erdöl gehört uns", die von Norden nach Süden das Land erschütterte. Das gesamte Amazonasgebiet, fast die Hälfte des nationalen Territoriums, wurde um ein Haar an ein internationales Institut übergeben, das nach den Plänen des State Department der USA organisiert war. Dutra und sein Außenminister hatten das kriminelle Abkommen schon unterschrieben, hatten aber, um die öffentliche Meinung Brasiliens nicht zu alarmieren, den Inhalt in Iquitos (Peru) bekanntgegeben. Aber das Manöver wurde durch die Anzeige des früheren Präsidenten und nationalistischen Führers Arthur Bernardes vor dem Parlament vereitelt.

Cafe Filho, der mit Vargas zum Vizepräsidenten gewählt worden war und dessen Amtsperiode nach Vargas' Tod zuendeführte (1951-55), war ein weiteres Spielzeug der internationalen Monopole. Seine Regierung war ebenfalls eine Regierung des nationalen Ausverkaufs. Er unterschrieb die Abkommen über die Atomenergie, die alle brasilianischen Vorkommen an spaltbarem Material der Kontrolle durch die USA unterstellten. Außerdem versuchte er die Raffinerien der Petrobras den Erdöltrusts im Tausch für einen Kredit von 500 Millionen Dollar zu verkaufen, was aber dank der nationalistischen Wachsamkeit wiederum vereitelt wurde. Das Meisterstück seiner Regierung war die Anweisung Nr. 113 der SUMOC, die einen entscheidenden Beitrag zur Denationalisierung der brasilianischen Wirtschaft geleistet hat.

das politische buch Tel.: 883 25 53

Marx. Literatur – Philosophie – linke Pädagogik – Psychologie – Ökonomie – Agitation
Kontrolle der Profite » Verwendung für linke Fonds (soz. Zentrum, Kinder- und Schülerläden, Dritte Welt)
Kommunikations- und Informationszentrale
Koordinationsstelle für linke Papers und Infos (Druckmöglichkeit)

Sozialistischer Buchladen – Berlin 15 - Lietzenburger Str. 99

NEUES FORVM

Internationale Zeitschrift für den Dialog

Im Eigentum der Redakteure

1966 . . . 3 000 Expl., 1969 . . . 15 000 Expl. Auflage

Kritisches Christentum.
Kritischer Sozialismus.
Solidarität mit der Dritten Welt.

... beste deutschsprachige Zeitschrift (Süddeutscher Rundfunk) ... erste Namen und überzeugende Beiträge (Presse) ... keine Verbrüderung, sondern sachliche Diskussion (Arbeiter-Zeitung) ... ausgezeichnet (Neue Zürcher) ... Baedekersterne für optimales Gelingen (Süddeutsche) ... lesenswertest (Welt) ... eine der wenigen wahren Hoffnungen (Frankfurter Allgemeine) ... Tribüne des Dialogs (Kierunke, Warschau) ... führende Zeitschrift (Woprossy Literatury, Moskau) ... une des publications les plus vivantes (Le Monde) ... one of the most hopeful (Erich Fromm) ... dialogisches Aktionszentrum (Ernst Bloch) ... Zentralorgan der revisionistischen Internationale (Neues Deutschland) ... ehrliches Christentum (Tempo Brasileiro) ...

Einzelheft:
DM 2,40 / sfr 2,50

Jahresabonnement:
DM 38,– / sfr 40,–

Ermäßigung für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten

In allen Buchhandlungen, Kiosken, Bahnhöfen, Hochschulen sowie

A 1070 Wien, Museumstraße 5

Zur Analyse der Septemberstreiks 1969

Vor der Wiedergabe der relevantesten Ergebnisse einer jetzt erschienenen Dokumentation des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) (1) sollen kurz der theoretische Rahmen, in dem die Septemberstreiks zu sehen und zu bewerten sind, und die Anforderungen an eine solche Analyse für eine durch den Erkenntnisprozeß vermittelte Praxis der revolutionären Gruppen in der BRD definiert werden:

Theoretischer Hintergrund und Rahmen einer Analyse der Septemberstreiks 1969 in der BRD müssen sein die dialektisch verknüpfte Aufarbeitung

- der Geschichte der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegungen in den hochindustrialisierten Staaten, insbesondere der Gewerkschaften in Deutschland seit dem 1. Weltkrieg
- des Stands der Klassenkämpfe in den durch die internationale Kapitalverflechtung verbundenen Ländern
- des Entwicklungsstands des spätkapitalistischen Weltwirtschaftssystems (vgl. dazu Elmar Altvaters Beitrag in diesem Heft).

Bedingt durch fehlende Analysen, mangelnde Artikulation und Koordination der arbeitenden Gruppen lassen sich im jetzigen Stadium nur sehr allgemeine, oft überfordernde Fragenkomplexe formulieren:

I. Der Stand des Arbeiterbewußtseins in seiner Bedingtheit durch die historische Situation (Prägung durch objektive Bedingungen auf folgenden Stufen: Gesamtwirtschaftlicher Entwicklungsstand, Branche, Konzern, Betrieb, Form des Arbeits- und Verwertungsprozesses und die Erfahrungen vorausgegangener Auseinandersetzungen mit den Organen des Kapitals). Voraussetzungen und auslösende Momente des Streiks.

II. Die Art der artikulierten Forderungen, der Einfluß der Gewerkschaften und anderer Gruppen auf Betriebsebene. Bewertung dieser Forderungen aufgrund der Streikergebnisse und damit Einordnung dieser Gruppen nach ihrer Eignung zur Entwicklung und Durchsetzung von Arbeiterinteressen.

III. Funktionsweise der Abwiegelungsmechanismen auf verschiedenen Ebenen: Staatsorgane, Tarifbereich, Konzern, Betrieb; Ansätze zur Verfeinerung dieser Integrationsmechanismen. Funktion einzelner Institutionen und Organisationen in diesem Zusammenhang.

IV. Bedeutung der unterschiedlichen sozialen Stellung der Streikenden (Art der Arbeit im Produktionsprozeß, Angestellte, Frauen, "Gastarbeiter"), ihrer Organisations- und Kommunikationsform für den Verlauf und die Ergebnisse der Streiks. Die in den Streiks vermittelte Veränderung des Bewußtseins der Streikenden, Streikformen.

V. Bewertung der angewandten studentischen Agitations- und Organisationsformen.

1 Institut für Marxistische Studien und Forschungen: DIE SEPTEMBERSTREIKS – DARSTELLUNG, ANALYSE, DOKUMENTE, Frankfurt/M., 1969. Eine Zusammenfassung bietet: Friedemann Schuster. DIE SEPTEMBERSTREIKS. AUF DEN ARBEITER KOMMT ES AN, Marxistische Taschenbücher, Frankfurt/M., 1969. Vgl. auch "Die Septemberstreiks in Westdeutschland und ihre ökonomischen Hintergründe" in: DWI-BERICHTE 1/70, S. 6-8, 41.

Zusammenfassung der wichtigsten Momente in der Darstellung der September-Streiks durch das IMSF:

(Die Dokumentation konnte nur punktuell überprüft werden und zeigte in diesen Fällen eine außerordentliche Genauigkeit; in einigen Fällen wurde das Material aus eigenen Quellen ohne besondere Kennzeichnung ergänzt)

Erkenntnisziel ist die Nutzbarmachung der Analyse für die Praxis der Arbeiterbewegung, speziell, zu zeigen, "wie die Streiks zum Anstoß für eine allgemeine Tarifbewegung wurden, wie sie mit dieser teilweise verschmolzen und welche Potenzen für eine aktive, antiintegrationistische Gewerkschaftspolitik die Bewegungen sichtbar gemacht haben" (S. 10). Die Analyse "soll vor allem den Kräften in der Gewerkschaftsbewegung dienen, die starke und wirksame Organisationen für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiter und Angestellten für unabdingbar halten." (S. 11) (2) Die Schlußfolgerungen aus dem Material beziehen sich dementsprechend auf "Hauptansatzpunkte für die Schwächung der gewerkschaftlichen Position im Betrieb wie in der gesamten Gesellschaft, d.h. umgekehrt auf eine Überwindung der sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmung zu einer nichtintegrationistischen", vom Klasseninteresse und vom Gegensatz der Klasseninteressen her bestimmten Mitbestimmungskonzeption" (S. 262). Der methodische Ansatz beschränkt sich auf "den Zusammenhang der ökonomischen und tarifpolitischen Situation mit dem Handeln von Belegschaften und Gewerkschaften auf der einen, Unternehmern, Unternehmerverbänden und der mit ihnen verbundenen Kräfte auf der anderen Seite" (S. 10).

Schon die Darstellung der ökonomischen Situation der BRD zeigt kaum Funktion und Zusammenhang der langfristigen Konjunkturzyklen, sondern versucht, die in sich widersprüchliche Entwicklung des westdeutschen Kapitals mit wenigen volkswirtschaftlichen Indexziffern wie Bruttosozialprodukt, Arbeitsproduktivität, Preis- und Einkommensentwicklung zu erfassen, die in ihrer Ungenauigkeit und nur spezifischen Aussagekraft aus bürgerlichen Publikationen entnommen wurden. So kann als Ergebnis nur "die Verzerrung der Einkommensstruktur und ein aufgestauter Lohnrückstand" (S. 17) als eine der wichtigsten "ökonomischen Ursachen" der Streikbewegung benannt werden. Da in der Analyse der verschiedenen Branchen- und Regionalbereiche ähnlich verfahren wurde, konnte der wichtige Zusammenhang von Konjunkturbewegung und Strukturkrise nicht genau herausgearbeitet werden. Dies soll am Beispiel des Steinkohlenbergbaus exemplarisch gezeigt werden. (3)

Die Krise des Steinkohlenbergbaus entstand als Element der zyklischen Entwicklung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses in der Abschwungphase des zweiten Nachkriegszyklus 1958, der unter den besonderen Bedingungen einer deflatorischen Haushaltspolitik des Staates, der Rentenreform und dem Umschlag der Auslandsnachfrage vor sich ging. (4) Die Zuwachsraten der wichtigsten Nachfragefaktoren gingen stark zurück, überdurchschnittlich stark aber in der Eisen- und Stahlindustrie, was zusammen mit einem milden Winter, Verringerung der Zuwachsrate des Exports und einem gleichbleibend starken Import von vorwiegend US-Steinkohle zu einer typischen Überproduktionskrise führ-

2 Vgl. diese Position mit der der DKP, dargestellt bei: FU-Projektgruppe DKP und Bernd Rabehl: DKP – EINE NEUE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI, Oberbaumpresse Berlin, 1969 und Ruhrkampagne: "Die Betriebsstrategie der DKP" in: SDS-Info 21, S. 15 ff.

3 Vgl. Siegfried Sack und Hubert Wawrzinek: "Charakter und Besonderheiten der Krise des westdeutschen Steinkohlebergbaus" in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN, 10/69 und Rüdiger Hopp: SCHWANKUNGEN DES WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS IN WESTDEUTSCHLAND 1954 - 1967, Meisenheim am Glan, 1969.

4 Vgl. Elmar Altvater: "Konjunkturanalyse" in diesem Heft.

te. Trotz der Krise auf dem Energiemarkt expandierte gleichzeitig der Verbrauch des Substitutionsgutes Heizöl mit einer Zuwachsrate von 40,3 % gegenüber 1957 – ebensowie die zusätzlichen Förderkapazitäten im Steinkohlenbergbau mit Hilfe von Staatssubventionen. Damit verlängerten staatliche Energiepolitik, die Marktstrategie der US-Ölkonzerne (über 90 % der westdeutschen Raffineriekapazität) und das Profitstreben der ölverbrauchenden Monopole durch überstürzte Substitution die zyklische Teilkrise zu einer permanenten Strukturkrise. Die in den Jahren darauf folgende Kapitalvernichtung durch Zechenstillegung und die damit verbundene irreversible Freisetzung von mehr als 300 000 Arbeitern und Angestellten, die Zusammenlegung zur Ruhrkohle AG unter verschärften Absatzschwierigkeiten, die Rationalisierungsmaßnahmen, die Intensivierung der Arbeit, die Schaffung einer industriellen Reservearmee, all das kann nur in diesem Zusammenhang gesehen werden und vermittelt erst Einblick in die Totalität der sozioökonomischen Erscheinungen, die der Rationalität des Kapitalverwertungszwanges in der kapitalistischen Wirtschaft folgen. In der Dokumentation werden in diesem Zusammenhang genannt: die Steigerung der Arbeitsproduktivität (Steigerung des relativen Mehrwerts), Erhöhung der Überstundenzahl (Steigerung des absoluten Mehrwerts), Drückung der Lohnquoten (?), Zechenschließung und Belegschaftsverringerungen bei gleichzeitiger Subventionierung (als Kapitalvernichtung) – 1968 insg. 730 Mio. DM – und Steigerung der Unternehmerprofite (deren Bestimmung völlig unklar bleibt).

Entsprechend der Betonung der tarifpolitischen Situation wird als nicht unternehmensspezifische Größe nur noch die Tarifbewegung in den Branchen dargestellt. Richtig aufgezeigt ist dabei der Zusammenhang der Schere zwischen Effektiv- und Tarifverdiensten mit der konjunkturellen Entwicklung.

Daran, daß diese Differenz nie geschlossen wurde, zeigt sich einmal, daß Tarifverträge real längst durchgeführte Lohnerhöhungen mit großer Verzögerung rechtlich absichern, d.h. nie direkter Ausgangspunkt von Effektivlohnerhöhungen sind, zum anderen, daß die starre Handhabung der Tariflaufzeiten oft die Ausnutzung einer, wenn auch im Rahmen eines geringen Spielraumes, günstigen Situation verhindert und in konjunkturellen Abschwungphasen den Vorwand für Preiserhöhungen liefert. Das Argument der Absicherung der Lohnhöhe in Krisenzeiten erweist sich als rein formal, da nicht nur untertarifliche Lohnzahlungen möglich sind, sondern dem Kapitalisten genug Möglichkeiten zur Verbilligung der Ware Arbeitskraft außerhalb der tariflichen Bestimmungen verbleiben (Beispiel der Hoesch AG, Dortmund: Abbau der Sozialleistungen, Steigerung der Arbeitsintensität, Rationalisierungsinvestitionen, Änderung der Arbeitsplatzbewertung und des Prämiensystems im Rahmen von Umstellungen etc.). Hinweise auf die Modalitäten des Tarifvertragsrechts fehlen in der Dokumentation, so daß eine Einschätzung des rechtlichen Spielraumes unmöglich ist.
Für die Beantwortung der oben formulierten Fragestellungen ergibt sich:

Buchhandlung Karin Röhrbein ✱ ✱ ✱ ✱
Internationale linke Presse
Marxistische Erziehungswissenschaft
S o z i o l o g i e
P o l i t i k
★
1 Berlin 15 ● Ludwigkirchstr. 4 »» 881 46 59

I.

Die Tatsache, daß ein Großteil der Streiks reine Folgestreiks (in seltenen Fällen Solidaritätsstreiks) gewesen sind, weist auf den Zustand des Bewußtseins des Großteils der Arbeiter hin: Isoliert am Arbeitsplatz und im Privatleben, integriert durch die "rationalen" Anforderungen von Produktion und Konsumtion und die Außenlenkung gesellschaftlichen Lebens über manipulative Bewußtseinsindustrien; weitgehend unfähig ihre Interessen zu formulieren und zu vertreten: im Betrieb durch die relative Unüberschaubarkeit des Arbeitsprozesses und Delegation seiner Interessenvertretung an Gewerkschaftsorgane (Versicherungscharakter der Gewerkschaften), im Privatleben die aufgedrängten Lösungen der Sozialtechnik. Unfähig, die aus ihrer Entfremdung ständig erwachsenden Konflikte zu verstehen und ihre Lösung anzugehen, resignieren sie nach ersten Versuchen der Selbstverwirklichung, unterwerfen sich den gesellschaftlichen Prozessen, deren Wesen sie nicht erkennen, die sie aber ständig bedrohen.

So zeigen die Folgestreiks auch einen viel unsichereren Verlauf, sie gehen meist schnell, vor dem Erreichen der aufgestellten Streikziele zu Ende; selten bildete sich aufgrund erster Erfolgserlebnisse ein höherer Bewußtseinsstand heraus. Genauere Aufschlüsse geben die auslösenden Streiks. Ihre Relevanz liegt darin, daß bei ihnen die Arbeiter die Stufe der ungeordneten sinnlichen Erkenntnis bereits überwunden und zumindest in einem Teilbereich gesellschaftliche Prozesse der kapitalistischen Klassengesellschaft rational erkannt hatten, ihre Erkenntnis artikulieren und in der Aktion wirksam werden ließen.
Daß die regionalen Lohndifferenzen und das Zurückbleiben der Lohn- hinter der Profitentwicklung generelle und typische Erscheinungen in den Branchen Stahl und Kohle waren, ermöglichte das relativ schnelle Übergreifen der Streikbewegung von den Leitbetrieben auf andere Betriebe.
Als Voraussetzungen und auslösende Momente können generell genannt werden (S. 283 f):

1. Das offensichtliche Auseinanderfallen von Lohn- und Profitentwicklung bei umfassender Steigerung von Produktion und Produktivität.
2. Zahlreiche Lohndifferenzen auf betrieblicher, Konzern-, Regional- und Branchenebene, die teilweise im Verlauf der Konzentrations- und Rationalisierungsbewegung entstanden sind; die anschließenden Arbeitsplatzumbewertungen führten fast generell zu Effektivlohnverminderung bei höheren Arbeitsanforderungen.
3. Ein Unbehagen gegenüber den Gewerkschaften aufgrund der geringen Tariferhöhungen bei langen Laufzeiten der Tarifverträge.
4. Das Mißverhältnis zwischen Produktionszuwachs, Intensivierung der Arbeit und Verlängerung der Arbeitszeit (Überstunden) einerseits und der Verbesserung der materiellen Situation der Arbeiter andererseits.
5. Besonders schwere Arbeitsbedingungen in der Hitzeperiode.
6. Die Zusammensetzung der Belegschaft, Existenz- und Organisationsform betrieblicher Kader.
7. Form und Dauer vorausgegangener betrieblicher Auseinandersetzungen.
8. Betriebliche und überbetriebliche Kommunikationsmittel.

Die Besonderheiten der Auslösestreiks:
Hoesch-AG, Dortmund, eisenschaffende Industrie im Ruhrgebiet
(IMSF, S. 54-66, vgl. auch RPK 25/26, S. 12 f)

Die 1966 durchgeführte Fusion der Hoesch AG mit der Dortmund-Hörder-Hütten-Union führte zu starken Lohndifferenzen im Konzern, die durch eine "Lohnharmonisierungskommission" ausgeglichen werden sollten. Deren einziges Ergebnis war ein faktischer

Lohnstop im Konjunkturaufschwung, der eine rasche Steigerung der Stahlpreise und der Profite ermöglichte. Rationalisierungsmaßnahmen führten zu einer Steigerung der Arbeitsintensität. Die Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung wurde zu einer Verminderung des Lohnniveaus genutzt, Entlassungen durch Sozialpläne erträglich gemacht. Bereits im Sommer 1969 kam es zu Arbeitsniederlegungen, der Betriebsrat formulierte die Forderung nach 20 Pf. außertariflicher, nicht zu verrechnender Lohnerhöhung für alle Arbeitnehmer. Die Ablehnung dieser Forderung durch die Direktion führte am 2.9. zum Ausbruch des Streiks in der Westfalen-Hütte, der sofort auf die Werke Phönix und Union übergriff. Fast 100 % der Arbeiter sind in der IGM organisiert; eine DKP-Betriebszeitung und die "Westfälische Rundschau" stellen einen engen Kommunikationszusammenhang her.

Rheinstahl-Gießerei Meiderich (S. 71 ff)

Gleichzeitig Folge- und auslösender Streik war die Betriebsbesetzung Meiderich: Der Rheinstahlkonzern befindet sich seit einigen Jahren in einer schweren Krise, deren Bedingungen in der Konzernstruktur (Entflechtung nach 1945 mit folgender Konzentrationsbewegung), der technischen Entwicklung und der Personalpolitik des Unternehmens zu finden sind. Im Rahmen der Straffung des Konzerns werden 1966 20 - 30 % der Arbeiter und Angestellten entlassen und die Sozialleistungen abgebaut. Trotz der Produktionssteigerungen im Konjunkturaufschwung ist wegen weiterer Umstrukturierungen mit weiteren Entlassungen und Stillegungen (die Entscheidung über die Stillegung fällt in einem Rentabilitätswettbewerb der Einzelbetriebe) zu rechnen. Dieser Rationalisierungsdruck war bestimmendes Element für den Streikverlauf. In Meiderich kam es speziell aufgrund wechselnder Höhe der Prämienzahlung und einer Kampagne gegen die Krankenversicherungsregelung zu kurzen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. Initiativ für den Streik wirkten die Reparaturhandwerker (große Beweglichkeit im Betrieb, sehr niedriger Lohn), deren Forderung nach Angleichung der Löhne wochenlang verschleppt wurde. Die Struktur der Belegschaft kennzeichnet eine kritische Einstellung zur Gewerkschaft (der obligatorisch hohe Organisationsgrad von fast 100 % IGM besagt folglich wenig) und die führende Rolle des Betriebsrats.

Neunkirchener Eisenwerke AG, Stahlindustrie des Saarlandes (S. 132 ff)
Die Strukturschwäche des Saarlandes zeigt sich u.a. in der weitgehenden Monopolstellung der Bergbau- und Stahlunternehmer (fast 50 % aller in der Industrie Beschäftigten), die zur Verhinderung der Ansiedlung anderer, wachstumsstarker Industrien genutzt wird. Da die Profite hinter denen anderer Regionen zurückbleiben, werden sie größtenteils in anderen Bereichen angelegt. Rationalisierungsmaßnahmen, begleitet von Freisetzungen, halten das Arbeitslosenniveau weit über dem BRD-Durchschnitt.
Im Werk Neunkirchen erhöhte sich die Arbeitsleistung/Stunde zwischen 1960 und 1968 um 49,4 %, gleichzeitig sank die Zahl der Beschäftigten um 20,8 %. Das niedrige Lohnniveau führte zur Abwanderung der jungen Arbeitskräfte, die Disziplinierung durch intensivierte Arbeitsbelastung und Entlassungsdrohung sicherte einen verschärften Ausbeutungsgrad. Im Dezember 1968 wurde gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes demonstriert, im Sommer 1969 kam es zu Protestaktionen bei den Kranfahrern. Am Tag des Ausbruchs des Hoesch-Streiks erschien die erste Nummer einer DKP-Betriebszeitung, die die schwelende Unzufriedenheit artikulierte.

Saarbergwerke AG, Steinkohlenbergbau des Saarlandes (S. 142 ff):
Die Kohlenkrise bewirkte eine Umstellung des Produktionsprogrammes auf Kohleumwandlung und -veredelung bzw. auf andere Produktionsbereiche. Die Reallohnsteigerungen

waren sehr gering. Tariflöhne sind an der Saar Höchstlöhne (sonst Mindestlöhne). Das Gedinge-Lohn-System ermöglichte steigende Arbeitsanforderungen und indirekte Lohnminderungen. (sog. Gedinge-Schere). Die sanitären Anlagen wurden abgebaut, Unfallverletzte nicht mehr krankgeschrieben. Bei hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad besteht zugleich eine konkretfeindliche Einstellung der Arbeiter gegenüber der inaktiven, dem Kapital hörigen IGBE, die ihre Beiträge über den Lohn kassiert. Die Betriebsräte und Arbeitsdirektoren sind besonders eng mit der Unternehmensleitung des zu 74 % bundeseigenen Konzerns (26 % Saarland) verbunden. Zwischen den Belegschaftsmitgliedern, die größtenteils weit von den Gruben entfernt in Dörfern leben, existiert nur ein geringer Zusammenhalt.

Bremer-Hütte der Klöckner Werke AG, Stahlindustrie (S. 161 ff):
Die Vorgeschichte des Konflikts enthält als wesentliche Elemente (5): Die Belegschaft rekrutiert sich vorwiegend aus den liquidierten Borgward-Werken, hat also den Krisencharakter des kapitalistischen Wirtschaftssystems konkret erfahren. Schon seit längerer Zeit fand eine Auseinandersetzung zwischen der Belegschaft und der Mehrheit des Betriebsrates einerseits und der IGM auf Orts- und Bezirksebene andererseits statt. Zwei Gegenlisten der Vertrauensleute errangen die Mehrheit über die IGM-Einheitsliste, worauf die IGM Ausschlußverfahren einleitete (zum Ergebnis vergleiche: SPIEGEL vom 12.1.70, S. 69 f). Ausgangspunkt dieser innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung waren die Tarifverhandlungen 1968 im Rahmen der "konzertierten Aktion", gegen die die Vertrauensleute oponierten. Die Solidarität zwischen Belegschaft, Vertrauensleuten und Teilen des Betriebsrates wurde durch eine Solidaritätsaktion anläßlich des Vorgehens von Schülern und Studenten gegen Fahrpreiserhöhungen im Januar 1968 und betriebliche Aktionen gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze gefestigt – eine in keinem anderen bestreikten Betrieb erreichte Qualität.
Auslösende Momente waren weiterhin Rationalisierungsmaßnahmen mit folgenden Lohnminderungen durch Arbeitsplatzneubewertung, Verringerung der innerbetrieblichen Lohnzulagen durch Aufrechnung in den Tarifverträgen. Einer Erhöhung des Ausbeutungsgrades trat der Betriebsrat durch eine Überstundensperre entgegen. Die Personalisierung der Konflikte mit den regionalen IGM-Organen trug wesentlich zur Solidarisierung der Arbeiter bei. Starke Aktivitäten gingen von der DKP-Betriebsgruppe und einer der ARBEITERPOLITIK Bremen nahestehenden Gruppe um Bonno Schütter aus; es existierte eine DKP-Betriebszeitung.

II.

Die Überleitung von den Voraussetzungen und auslösenden Momenten der Streiks zu den artikulierten Forderungen kann nur im Zusammenhang einmal mit dem passivierten, in gewerkschaftlichen Vorstellungen integrierten Bewußtsein des Großteils der Arbeiter, zum anderen mit der Kanalisierung der Forderungen durch gewerkschaftliche Organe gesehen werden. Fast alle aufgestellten Forderungen zielten mehr oder minder direkt auf Lohnerhöhungen, meistens auf den Ausgleich des Rückstandes im Verhältnis zur Konjunkturentwicklung und/oder zu anderen Unternehmen und regionalen Bereichen, und nicht auf die Veränderung des der Entlohnung zugrunde liegenden Arbeitsprozesses. Deutlich zeigt sich das am Beispiel des im Laufe des Streiks entwickelten Forderungskatalogs der Belegschaft der Saarbergwerke AG, einer der wenigen differenzierten Forderungskataloge (IMSF, S. 148, vgl. auch Maxhütte, Oberpfalz):

5 Vgl. RPK 32, S. 6 ff. und DIE AUSEINANDERSETZUNG IN DER KLÖCKERN-HÜTTE BREMEN, hg. von ARBEITERPOLITIK, Bremen.

1. Lohnerhöhungen mit Wirkung vom 1. August 1969 auf der Verhandlungsbasis eines Stundenlohns von 8 DM (Gleichstellung mit der Ruhr und der eisenschaffenden Industrie);
2. Neue Lohnfindung (raus aus der Gedingeschere);
3. Urlaubsgeld in Höhe eines Monatslohnes;
4. Kein Lohnausfall im Urlaub;
5. Kindergeld auch für das erste Kind (wie im öffentlichen Dienst);
6. Spezialistenzulage;
7. Hitzegeld ab 26 Grad;
8. Wohnungsgeld auch für Ledige;
9. 5-Tagewoche;
10. Ausschöpfung des 312-DM-Gesetzes;
11. Treue- und Alterszulage;
12. Ablösung des 250-DM Vorschusses, der im Krankheitsfalle nicht bezahlt wird, durch eine einmalige Abfindung;
13. Entschädigung für nichtgenutzte Deputatkohle in voller Höhe durch sofortige Barzahlung;
14. Bei Wiederaufnahme der Arbeit eine einmalige Zahlung für den Monat August;
15. Zusicherung an alle Streikenden, daß keinem Belegschaftsmitglied durch die Teilnahme an Demonstrationen und am Streik Nachteil entsteht.

Einfluß auf die Höhe der Forderungen hatten:
- der Zeitraum, in dem sich die Forderungen herausgebildet hatten
- die Forderungen der Leitbetriebe
- der Stand der innerbetrieblichen Diskussion und die Ergebnisse anderer gleichzeitiger Streiks.

Die Stabilität der Forderungen hing ab von der Herkunft und dem Alter der Forderungen und der Homogenität der sie vertretenden Streikorgane. In den späteren Streikphasen traten verstärkt die Forderungen nach Bezahlung der Streikschichten und dem Unterlassen von Repressalien gegen Streikende auf. Besonders die letzte Forderung zielte auf die Solidarität der Arbeiter und hatte teilweise sichtbare Einwirkung auf solidarisches Bewußtsein und Verhalten: Bei den Howaldt-Werken Deutsche Werft AG, Kiel z.B. entließ die Unternehmensleitung unter Bruch der Vereinbarungen zwei Arbeiter wegen ihrer Teilnahme am Streik. Die sofortige Wiederaufnahme des Streiks durch die gesamte Belegschaft erzwang die Zurücknahme der Entlassungen. Diejenigen Forderungen fanden verstärkt Resonanz, die einfach, "griffig" und "realistisch" formuliert waren und in einem zeitlichen Zusammenhang zur Tarifbewegung standen.

Auffallend ist die unpolitische Ausrichtung der Forderungen: "Alle Streiks haben ihre Grundlage in sozialökonomischen Teil- und Tagesforderungen der Arbeiter und Angestellten. Politische Forderungen spielten in keinem Fall eine Rolle. Auch ist eine unmittelbare Politisierung der Forderungen, der Aktionen und des Bewußtseins der Streikenden nicht festzustellen." (S. 259) Alle Ansätze, die über die sehr eng aufgefaßte Polarisierung Arbeiterinteressen – Kapitalinteressen hinausgingen, wurden als "Parteipolitik" abgelehnt – dies habe mit ihrem Kampf nichts zu tun. Besonders deutlich wird dies im Verhältnis der Streikenden zu den Parteien und studentischen Gruppen. Gerade die vereinzelt stattfindenden Aktionen gegen die NPD zeigen eher das manipulierte Bewußtsein als Ansätze zur Politisierung. Von den auf Betriebsebene agierenden Gruppen hatten neben den Gewerkschaftsorganen fast nur noch DKP-Betriebsgruppen Einfluß auf die Formulierung der Forderungen, die aber ganz konsequent, was ausdrücklich in der Studie hervorgehoben wird, die Ausbreitung antigewerkschaftlicher Stimmungen bzw. eine Abspaltung von den Gewerkschaften zu verhindern suchten.

Aus diesen Aspekten folgt die Notwendigkeit, Lohnforderungen auf ihre Eignung zum Vorantreiben des Klassenkampfes in der BRD und in diesem Zusammenhang Strategie von Gewerkschaft und DKP genauer zu untersuchen.

III.

Der Stellenwert der Streiks kann aus mehreren Gründen nicht genau bestimmt werden:
1. Unterschiedlichkeit der Streiktypen
2. Beschränkung auf Lohnforderungen
3. Beendigung der Streiks vor ihrer Eskalation auf eine Stufe, die den harten Widerstand der betroffenen Kapitalisten notwendig gemacht hätte.

Daher sind die Abwiegelungsmechanismen, die über die eingespielten Schematismen der Tarifverhandlungen hinausgehen, gar nicht in Erscheinung getreten.
Die Funktionen der einzelnen Institutionen und Organisationen werden nur spezifisch für den Streik dargestellt, da Analysen ihrer Ideologie und Praxis existieren bzw. in größerem Zusammenhang erstellt werden müssen. Zur Mitbestimmungsfrage genügt hier ein Zitat über die Ergebnisse der Biedenkopf-Kommission (TAGESSPIEGEL, 21.1.70):

> "Nach Auffassung der Kommission haben Anhörung und Befragung von Beteiligten ergeben, daß die Befürchtung einer zentralen Steuerung der Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten die Grundlage fehle, daß Verzögerungen von Entscheidungen im Aufsichtsrat nicht unbedingt auf eine retardierende Politik von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat zurückgeführt werden könnten, daß weder bei den unternehmensinternen Arbeitnehmervertretern noch bei den Vertretern der Gewerkschaften die Absicht bestehe, das Rentabilitätsprinzip aufzugeben, daß die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten zu keiner feststellbaren inhaltlichen Veränderung unternehmerischer Initiativen geführt habe, daß die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten den Konzentrationsbestrebungen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, daß Gewinnverteilungsvorschläge der Unternehmensleitung bei den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat regelmäßig nicht auf Widerstand gestoßen sind und daß sich die Vorstände der Gesellschaften vom Arbeitsdirektor abgesehen nicht anders zusammensetzen würden, wenn ihre Mitglieder ohne Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter berufen worden wären." "Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist nach Meinung der Gutachter geeignet, dem Arbeitnehmer das Gefühl des 'Ausgeliefertseins' an eine von ihm nicht beeinflußbare Leitungs- und Organisationsgewalt zu nehmen, und es durch ein Gefühl der Mitwirkung und Mitbestimmung abzulösen. Die institutionelle Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Unternehmen ist nach Auffassung der Gutachter geeignet, die Marktwirtschaft auch politisch zu sichern."

Bundesregierung und Bundesparteien:
Die Streiks gefährden die im Wahlkampf entfaltene Balzstellung der darauf unvorbereiteten Parteien. Daher auch deren grundsätzliche Anerkennung der Berechtigung "gewisser" Streikforderungen in "gewissem" Rahmen und der Versuch, diese im Wahlkampf in der Aufwertungsfrage, im Zusammenhang mit Konjunkturpolitik, Preissteigerungen und Mitbestimmungsfrage für sich zu nutzen.

Presse (6):
Je nach ihrer politischen Ausrichtung nahmen die Presseorgane ihre Aufgabe, systembedrohende Entwicklungen zu diskriminieren, zu kalkulierende Entwicklungen dagegen "progressiv" zu unterstützen, unterschiedlich wahr. Nur in wenigen Fällen wurde die Streikbewegung wenigstens dokumentiert, höchst selten auf ihre Ursachen und ihre Berechtigung hin analysiert. Neben der üblichen sprachlichen und inhaltlichen Emotionalisierung (die allein schon im Begriff "wilder Streik" zum Ausdruck kommt) standen oft vorsichtige Andeutungen notwendiger Reformen: "Gewisse Stimmungsveränderungen in der Arbeiterschaft", "Anzeichen mehren sich, daß die Integration der westdeutschen Gewerkschaften in ihren Staat den Arbeitern zu weit gegangen erscheint", "die Gewerkschaften zur Überprüfung ihrer Situation veranlassen" etc. Die offensichtliche Verbreitung von Falschinformationen führte bei den Streikenden in Einzelfällen zu Aggressionen gegen das manipulierende Informationssystem (Verbrennung von BILD-Zeitungen bei Hoesch, Dortmund).

6 Vgl. "Thesen zur Berichterstattung über den Streik in der bürgerlichen Presse" in SDS-INFO 21, S. 36 f.

Unternehmerverbände:
Das Verhalten der Unternehmer läßt sich aus ihrer Stellung zu der Frage, in welcher Rolle die Gewerkschaften der ihnen zugewiesenen Funktion besser gerecht werden: "Als Kontrahent des Management oder als Management" (INDUSTRIEKURIER, 9.9.69), ableiten. Auf der einen Seite ständige Betonung der Friedenspflicht (die allgemeine Friedenspflicht folgt bindend aus § 242 BGB, die absolute Friedenspflicht ist eine mögliche Klausel des BVG) als entscheidender Beitrag zur "autonomen Tarifpolitik" und der Notwendigkeit fester Laufzeiten der Tarifverträge, scharfe Kritik an streikfreundlichen Äußerungen der Gewerkschaften, die einem "unkonzertierten Chaos" den Weg bereiteten. Auf der anderen Seite die Furcht, daß die funktionalisierten Gewerkschaften das Vertrauen des Arbeiters verlieren, und damit die Interessendifferenz zu offensichtlich wird. Neue Dimensionen der Streikniederschlagung in Krisenfällen deuten sich im Aufbau sogenannter Werkselbstschutzeinheiten an (vgl. Wallraff-Prozeß).

Unternehmensleitungen:
Die Taktik der Unternehmer bestand hauptsächlich in dem Versuch, die Gewerkschaftsorgane mittels der Friedenspflicht (§ 42 BVG) zu disziplinieren und zu spalten. Durch die erzwungene Doppelzüngigkeit der Gewerkschaften war eine Diffamierung gegenüber den Arbeitern zwar möglich, setzte sich aber wegen der starken Polarisierung mit dem Kapitalisten als Klassengegner nicht durch. Mittels bewußter Provokationen und Falschinformationen wurde versucht, die Arbeiter zu spalten und in der Öffentlichkeit als terroristisch hinzustellen (Mischerproblem in Bremen und Neunkirchen), was aber oft in eine stärkere Solidarisierung gegen die Unternehmensleitung umschlug. Massive Konfrontationen (faktische Aussperrung, Polizeieinsatz) wurden vermieden, fristlose Entlassungen bewirkten verstärkte Solidarisierung. Die Argumentation mit nationalistischen Ressentiments gegenüber ausländischen Arbeitern waren beschränkt erfolgreich (s. unten). Teilweise diente die Einstellung der Versicherungszahlung als Druckmittel.

Zwei wichtige Momente sind festzuhalten:
1. Die Unternehmen kamen nie in existentielle Schwierigkeiten, ihr ökonomischer Spielraum, insbesondere für Lohnerhöhungen, wurde nicht ausgemessen. Mit der Kanalisierung der Forderungen in vorgezogene Tarifverhandlungen bzw. ein diesbezügliches Versprechen, die der Streikbewegung ihren Ausgangspunkt nahmen, verhärtete sich auch sofort ihre Haltung. Diese Taktik führte in allen Fällen zur Beendigung der Streiks, teilweise ohne jegliche verbindliche Zusicherung.
2. Die Differenzen im Verhalten von Werksleitungen, Konzernspitzen und "Arbeitgeberverbänden" (zunehmende Verschärfung der Positionen in den höhergestellten Organen) zeigen den Widerspruch zwischen den kurzfristigen Profitinteressen der Unternenmer und der langfristigen Funktionsfähigkeit des Systems. Mit zunehmender Konzentration und Zentralisation der Kapitale ist daher eher eine geringere Kompromißbereitschaft zu erwarten.

DKP:
Die DKP-Betriebsgruppen waren die einzig relevante außergewerkschaftliche Kraft in den Betrieben. (Zu ihrer Betriebsstrategie vgl. Anm. 2) Ihre Argumentation: Nichterfüllung der sozialen Symmetrie seitens der Unternehmer und mangelnde Beteiligung der Arbeiter an den steigenden Gewinnen, entsprach der des linken Gewerkschaftsflügels. Ein Großteil ihrer Aktivität zielte auf die Herstellung und Erhaltung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront und sie begab sich damit in den Mechansimus des Betriebsverfassungsgesetzes (BVG) und des Tarifvertragsgesetzes (TVG). Eine wichtige Funktion hatten auch die DKP-Betriebszeitschriften – oft einzige betriebsbezogene Informationsquelle.

Gewerkschaften: (7)
Kennzeichnend für die Stellung der Gewerkschaften in den Streiks ist ihre Einschätzung als einzige Arbeitervertretung von Seiten der gesamten Arbeiterschaft; dieses Verhältnis wurde aber vor und während der Streiks differenziert und kritisch gesehen. Trotz teilweise außer- oder sogar gegengewerkschaftlicher Aktivitäten kam es nirgends zu zahlreicheren Austritten. Einer der Gründe dafür liegt sicher in dem Mangel realistischer Alternativen. Speziell hinzuweisen ist nur auf die Differenzierung zwischen den einzelnen Gewerkschaftsführungen, insbesondere zwischen IGM und IGBE, und die Ansätze zur Selbstkritik. Genannt werden (8): Mangelnde Aufmerksamkeit und Aktivität, die zu langen Laufzeiten der Tarifverträge. Verbesserungsvorschläge beziehen sich auf das Informationssystem und eine verstärkte Einbeziehung des Vertrauensleutekörpers: Ansatz dazu ist die erste tarifvertragliche Regelung über den Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute für den Bereich der IGM. (9)

Arbeitsdirektor und Aufsichtsratvertreter:
Sofern sie in Erscheinung traten, fungierten sie so eindeutig als Agenten des Kapitals, daß selbst den Gewerkschaften eine Revision der Rechenschaftspflicht notwendig erscheint. Von den Unternehmern wurde ihnen geschickt die Funktion des "Polizisten ihrer Politik" und langfristig die Aufgabe der Wiederherstellung des Kontakts zu den Belegschaften zugewiesen. (10)

Betriebsräte:
Im Bewußtsein der Arbeiter sind die Betriebsräte das wichtigste Organ ihrer betrieblichen Interessenvertretung, sie werden weitgehend mit der Gewerkschaft identifiziert. Die Disziplinierungsinstrumente des BVG und des Montanmitbestimmungsgesetzes bedingen einen grundsätzlichen Widerspruch, der in Streiksituationen offen ausbricht. Je nach seinem Verhalten und nach seiner Rolle in der dem Streik vorausgegangenen Phase, seiner Grundeinstellung zum Klassengegensatz, dem organisatorischen und inhaltlichen Einfluß seitens der Gewerkschaften, dem Kräfteverhältnis im Betriebsrat und in der Belegschaft und seinem Verhältnis zu den Vertrauensleuten schwankte das Verhalten des Betriebsrates von aktiver, geschlossener Streikführung (in wenigen, allerdings den Leitbetrieben) über das Agieren als Verhandlungs- und Vermittlungsorgan der Streikenden bis zur Inaktivität und sogar Streikfeindlichkeit (Bergbau).

Vertrauensleute:
Ihre Stellung bestimmt sich einmal aus der Bindung an die Satzungen und Richtlinien der Gewerkschaften, zum anderen durch einen engeren Kontakt zu den Arbeitern am Arbeitsplatz. Als "erweiterte Infrastruktur des Betriebsrates" spielten sie für die Rekrutierung der Streikkader eine Rolle. In der metallverarbeitenden Industrie bildeten sie allerdings weitgehend die Streikführung. Ihre stärkere Bindung in den Informations- und Konfliktlösungsmechanismus der Gewerkschaften steht deshalb bevor.

Dieser Überblick zeigt die Notwendigkeit, die Funktion des Rechts im Klassenkampf zu untersuchen, wie es K. Korsch (11) versuchte und dabei zeigte, wie sich der Klassen-

7 Vgl. Fritz Vilmar: DEMOKRATISIERUNG DER WIRTSCHAFT – DAS KONZEPT DES DGB-GRUNDSATZPROGRAMMS, Arbeitsheft 110 der IGM, 1969.
8 IMSF, S. 218 ff., vgl. auch Gerhard Leminsky "Spontane Arbeitsniederlegungen" in GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE, 11/69, S. 641 ff. und andere Gewerkschaftsorgane.
9 Vgl. Fritz Vilmar: "Schutz und Bedeutung der Vertrauensleute" in GEWERKSCHAFTLICHE UMSCHAU, 12/69, S. 269 f.
10 Vgl. Frank Deppe: "Lehren aus den Septemberstreiks" in: LINKS, 6/69, S. 7.
11 Karl Korsch: ARBEITSRECHT FÜR BETRIEBSRÄTE (1922), EVA, Frankfurt/M., 1968; vgl. auch Reinhard Hoffmann: RECHTSFORTSCHRITT DURCH GEWERKSCHAFTLICHE GEGENMACHT, EVA, Frankfurt/M., 1968.

kampf in den Kategorien des Rechts ausdrückt: Das bürgerlich-private Recht im Widerspruch zu dem sich den Bedürfnissen der Arbeiterschaft annähernden öffentlichen Recht. Weiterhin die Notwendigkeit, die Funktion und Ideologie der Gewerkschaften in ihrer Entwicklung und Perspektive genau zu untersuchen, um eine prägnante Gegenargumentation und Gegenorganisation aufzubauen (inwieweit Teile des Gewerkschaftsapparats aus ihrer Bindung gelöst werden und erste Einheiten einer solchen Organisation bilden können, z.B. Vertrauensleute, kann nur in der Praxis entschieden werden). D.h.: Entwicklung einer schlüssigen Agitationskonzeption, die geeignet ist, dem Arbeiter die wichtigsten Zusammenhänge einfach und deutlich, aber nicht vereinfachend darzustellen. D.h. gleichzeitig die Entwicklung eines Gegenmodells, das den Arbeitern, ausgehend von ihrem derzeitigen Bewußtsein und dem Stand der objektiven Bedingungen eine politische Perspektive eröffnet, die die aktuellen Bedürfnisse und Forderungen des Tageskampfes in eine strategische Linie des internationalen Klassenkampfes stellt und damit Tagesziele auf das umfassendere und langfristigere Ziel der Umwandlung der Gesellschaft ausrichtet. (12)

IV.

Zur Bedeutung der Struktur der Streikenden kann relativ wenig ausgesagt werden, da nur wenige Streiks ausgeprägtere Streikformen erreichten und oft nur einzelne Arbeiter hervortraten:
Die Initiativgruppen der Streiks in den Betrieben rekrutierten sich in erster Linie aus aktiven, gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, insbesondere Vertrauensleuten. Trotz der in vielen Fällen kritischen Einstellung zur Gewerkschaftspraxis stellten sie sich, mit Ausnahme bei Klöckner-Bremen, nie außerhalb der Gewerkschaftsstrategie. Parteipolitische Ausrichtungen spielten keine Rolle, die häufig beteiligten ADF- und DKP-Mitglieder ordneten sich immer dem Interessenkonflikt Arbeit-Kapital unter.

Die Streikbewegung tragende Altersgruppe waren die mittleren Jahrgänge, die auch in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Organen den stärksten Einfluß ausüben. Abgesehen von den erheblichen regionalen und branchenspezifischen Unterschieden steht diese Schicht weder in der Tradition der Arbeiterbewegung noch ist sie durch die Aktionen der Studenten, Schüler und Lehrlinge beeinflußt oder sogar politisiert. Unter berufsspezifischem Gesichtspunkt gehen die stärksten Aktivitäten von den qualifizierteren Arbeitergruppen aus, die zudem oft Schlüsselpositionen im Arbeitsprozeß einnehmen, dadurch einen besseren Überblick über Arbeits- und Verwertungsprozeß haben und über gute Kontakte zu anderen Betriebsabteilungen verfügen. Auffallend häufig übernehmen die Arbeiter des inner- und außerbetrieblichen Transport- und Reparaturwesens Initiativfunktionen.

Die Angestellten beteiligten sich in nur geringem Maß an den Streiks. Während sie an der Initiierung in keinem Fall beteiligt waren, kam es häufig zu Solidaritätsaktionen; dort am stärksten, wo ihre Interessen in die Formulierung der Streikforderungen einbezogen wurden. Auch Art und Ausmaß des Kontaktes zu den Arbeitern im Produktionsprozeß beeinflußt den Grad der Solidarisierung: Im Bergbau beispielsweise kam es aufgrund der offensichtlichen Trennung von Arbeitern und Angestellten kaum zu konkreten Solidarisierungsaktionen. Inwieweit die Septemberstreiks zu einem Abbau der überwiegend künstlich errichteten Abstufungen zwischen den Berufsgruppen beigetragen haben, ist nicht abzusehen. Die objektiven Bedingungen, denen sie unterworfen sind, nähern sich immer weiter an (zum Beispiel Lohnfortzahlung, geplante Fusionierung von DGB und DAG), was notwendig im Bewußtsein von Arbeitern und Angestellten nachvollzogen werden muß.

12 Vgl. Andre Gorz: ZUR STRATEGIE DER ARBEITERBEWEGUNG IM NEOKAPITALISMUS, EVA, Frankfurt/M., 1969.

In Betrieben mit einem hohen Anteil an Frauenarbeit waren die Arbeiterinnen von Anfang an in die Streikbewegung einbezogen. Das solidarische Verhalten der Ehefrauen der Arbeiter hat oft den Verlauf der Streiks positiv beeinflußt.

Ausländische Arbeiter beteiligten sich stets an den Aktionen, in zwei Fällen waren sie die Träger der Streiks.

Ehrenreich A & Cie., Oberkassel, Anteil der ausländischen Arbeiter 45 % (S. 124 ff): 150 griechische Bandarbeiter legten die Arbeit nieder und wählten vier Streiksprecher, da sie über die Modalitäten einer neuen Lohnregelung nicht genau informiert worden waren und zu Recht Lohnverminderungen befürchteten. Die Mehrheit der deutschen Kollegen der selben Betriebsabteilung solidarisierten sich. Die Unternehmensleitung entließ sofort zwei Griechen und einen deutschen Arbeiter, der als Sprecher aufgetreten war, nahm diese Maßnahme aber aufgrund einer Demonstration vorläufig zurück. Die deutschen Arbeiter der streikenden Abteilung wurden auf andere Abteilungen verteilt und nahmen die Arbeit wieder auf. Trotz der Drohung mit Abmeldung bei der AOK streikten 300 Griechen weiter, bis ihre Lage durch das Aufkommen starker nationalistischer Stimmungen bei den deutschen Arbeitern und das Umschwenken des Betriebsrates unhaltbar wurde. Streikergebnis: keine Entlassungen, Nachholen des Produktionsausfalls durch Überstunden und die Zusicherung, die neuen Akkordlohnsätze bei Reklamation zu überprüfen.

Westfälische Metallindustrie Hueck & Co. KG. (WMI), Lippstadt (S. 127 ff):
Im Zentrum des Streiks (Hella-Nordwerk) sind überwiegend ausländische Arbeiterinnen verschiedener Nationalitäten beschäftigt, die besonders kraß ausgebeutet werden. Die Arbeit wurde zunächst von italienischen, spanischen und deutschen Arbeiterinnen niedergelegt, die Arbeiter solidarisierten sich und demonstrierten in den Abteilungen des Hauptwerks mit der Parole "Solidarität für Gastarbeiter". Eine Betriebsversammlung wählte eine Verhandlungskommission, die erfolglose Verhandlungen mit der Unternehmensleitung führte. Diese blieb inzwischen nicht untätig: ein aus unbekannter Ursache ausgebrochener Dachstuhlbrand diente als Anlaß, das Gerücht, die Ausländer hätten Feuer gelegt, auszustreuen. dpa verbreitete im Gegensatz zum Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen (!): "Die Gefährlichkeit südländischen Temperaments scheint offenbar, nachdem während des Streiks ein Lagergebäude urplötzlich in Brand geraten war", die Presse beschrieb den "Volksfestcharakter des Streiks", die Belegschaft begann sich zu spalten, das Hauptwerk war inzwischen durch Polizeikräfte abgeriegelt, die Unternehmensleitung drohte mit Entlassungen, Vertreter ausländischer Konsulate trafen zur Beschwichtigung der ausländischen Arbeiter ein. Als auch IGM und Betriebsrat zur Wiederaufnahme der Arbeit aufriefen, endete der Streik. Ergebnis: Die Unternehmensleitung sagte zu, die Beschwerden über die Lohneinstufungen durch eine Kommission überprüfen zu lassen!

Wichtigstes Merkmal der Septemberstreiks ist ihre Initiierung und Durchführung ohne Beteiligung der Gewerkschaften, d.h. daß weder Streikgeld gezahlt wurde noch auf einen durchorganisierten Apparat zurückgegriffen werden konnte. Eine geschlossene psychologische Abschirmung der streikenden Arbeiter gegen die versteckt oder offen-feindlich eingestellte Umwelt konnte nur durch die ständige Bestätigung der Solidarität der Arbeiter untereinander erreicht werden, d.h. auch, durch die ständige Anwesenheit der Arbeiter im Betrieb. Daraus entwickelte sich bei Einzelstreiks generell die Streikform der Betriebsbesetzung, die die Notwendigkeit einer Aufstellung von Streikposten aufhob und eine Aussperrung durch die Unternehmer unmöglich machte. Da dadurch die Informations- und Kommunikationsstruktur des Betriebs genutzt werden konnte, reichten in den meisten Fällen informelle Streikleitungen zur Organisation der Aktionen und Formulierung der Forderungen aus. Eine neue Qualität des Streiks konnte allerdings mit dieser Organisationsform nicht erreicht werden. Die nur organisierende Tätigkeit – die notwendigerweise mangelhaft war, das Fehlen kontinuierlicher Information der Arbeiter, aktiver Agitation und eines ausreichenden technischen Apparats, z.B. Lautsprecher und Vervielfältigungsmaschinen, verhinderten ein gezieltes Vorantreiben der Streikbewegung. Das Beispiel der Dortmunder Bergarbeiter zeigt deutlich die Grenzen dieser Streikform. Die Einbeziehung gleichartiger Betriebe auch innerhalb eines Konzerns wurde meist gar nicht versucht, scheiterte ansonsten oft an mangelnden organisatorischen, personellen und informatorischen Kontakten, die selbst Gewerkschaftsorgane mangels Vorbereitung nicht überwinden konnten. Dennoch scheint ein bestimmter Grad an Solidarität auf Konzernebene zu existieren, der jedoch durch direkte Kontaktaufnahme erst während der Streikbewegung nicht mehr ausreichend mobilisiert werden konnte. Eine Ausnahme bildeten die Klöckner-Werke, Osnabrück.

Die Herstellung von Kontakten zur Bevölkerung durch Demonstrationen geschah häufig. Sie zeigten dem Klassengegner die Kampfbereitschaft und Entschlossenheit der Arbeiter und verstärkten das Solidaritätsgefühl.

Die Streikformen spiegeln deutlich den Bewußtseinsstand der Arbeiter wider: ebenso wie ihre Forderungen, sind sie improvisiert, zaghaft, perspektivlos und hilflos in der Auseinandersetzung mit den Unternehmerorganen. Besonders auf diesem Gebiet kann das Studium der italienischen und französischen Streikbewegungen wichtige Anregungen geben.

Bei den für nichtgewerkschaftliche Streiks relativ langen Streikzeiten spielte die geschlossene Beendigung der Arbeitsniederlegungen für die Streikleitungen eine große Rolle und wurde dementsprechend vordringlich angestrebt, da diese das Erfolgserlebnis eines geschlossenen beendeten Streiks für die wichtigste Voraussetzung der Entwicklung von Klassenbewußtsein und die Aktivierung der Gewerkschaftsarbeit hielten. In fast allen Fällen führten geheime oder akklamatorische Abstimmungen der Belegschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit, es existierte aber auch immer eine starke Minderheit mit fortdauernder Streikbereitschaft. Da qualitativ verändernde Streikergebnisse unter den derzeitigen Bedingungen in dieser Form nicht zu erreichen sind, blieben die materiellen und bedingt strukturellen Ergebnisse der Streiks weit hinter den Forderungen zurück und wurden kurze Zeit später in den Tarifverhandlungen bis auf die einmaligen Zahlungen aufgefangen.

Die Streiks haben die Diskussion der Arbeiter wesentlich beeinflußt, aber die Tatsache, daß sie weitgehend von den Arbeitern selbst bezahlt wurden und die durch sie beeinflußten Ergebnisse der Tarifverhandlungen "sowieso eingetreten wären" und auch den nichtaktiven Arbeitern zugute kommen, verhindert ein starkes Nachwirken der Streikbewegung auf die nichtbeteiligten Arbeiter und Angestellten. Bei den Beteiligten – über 140000 mit 532 308 Streiktagen – hat sich das Bewußtsein für die Ausbeutungs- und Disziplinierungsmechanismen des Kapitals geschärft. Dies ist als wichtigstes Ergebnis der Septemberstreiks zu werten, das sicher die Reaktion der Arbeiterschaft in der nächsten Rezession beeinflussen wird.

V.

Die Berichterstattung der Studie über die Aktivitäten der Studenten und Lehrlinge ist unverhältnismäßig kurz gefaßt. Die Fehler der nur punktuell auftretenden Studenten, die zu einer "Verhärtung antisozialistischer und antistudentischer Vorurteile" führten, sieht sie

in einer doppelten Fehleinschätzung der Realität (Beispiel Saarland, vgl. auch RPK 35, S. 6 f. und SDS-Info 21, S. 23 f.): "Zum einen versuchten diese Studenten von außen politische Lösungen in den Streik hineinzutragen, die weit von dem unmittelbaren Bewußtsein der Streikenden entfernt waren" und der von ihnen beanspruchten Führungsrolle, zum anderen "in ihrer falschen Einschätzungen der Gewerkschaftsfrage". Die richtige Konzeption wird in der Haltung des AStA-Kiel gesehen, der konkrete Hilfe leistete. Die Situation der revolutionären Studentengruppen in Kiel (vgl. RPK 34, S. 1 ff. und EXPRESS INTERNATIONAL vom 24.12.1969, S. 6) war zu Beginn der Streiks bei den Howaldt-Werken, da keine Betriebsgruppe im Werk und keine qualifizierte Initiativgruppe außerhalb des Unternehmens existierte und die notwendige Auseinandersetzung mit der in ihrer Position gefestigten DKP in kurzer Zeit nicht zu leisten war, wenig geeignet, eine Initiative zu ermöglichen. Das Ziel, "die starke Fixierung der Arbeiter an die tradierten Arbeiterorganisationen zu durchbrechen und als realistische Konzeption die Selbstorganisation der Arbeiter gegen Kapital, SPD und Gewerkschaft zu propagieren" konnte nicht durch abstrakte, avantgardistische Aufrufe und plumpe Verbrüderungsversuche erreicht werden. Erste Kontakte entstanden durch das Angebot des AStA, dem Streikrat seinen technischen Apparat zur Verfügung zu stellen, das angenommen wurde. Nachdem ein DKP-Mann beim ersten Treffen die Voreingenommenheit beseitigt hatte, wurden gemeinsam Flugblätter besprochen und die nächsten Schritte diskutiert. Diese Arbeit dauert an und bietet die Möglichkeit, zu einem "langfristig angelegten, durch den noch zu entwickelnden Konsensus getragenen Bündnis. "Erste Ansätze dazu zeigen sich in einem Solidaritätsschreiben des ehemaligen Streikrats an den Rektor der Kieler Universität, der die Zusammenarbeit mit rechtlichen Repressionen bedrohte.

Weitere Berichte sozialistischer Studentengruppen fehlen, was nicht nur auf mangelhafte Aktivität schließen läßt. Bisher haben nur wenige Gruppen offen ihre Stellung in und zu den Streiks kritisch untersucht und ausgerichtet an der Analyse der Streiks neue Arbeitsvorstellungen formuliert. Eine veränderte Betriebsgruppenstrategie kann aber erst nach Aufarbeitung der für eine zukünftige Strategie und Praxis wichtigsten Momente der deutschen Arbeiterbewegung, einer Analyse der Klassenkämpfe in anderen Ländern (13) und der dortigen Kampfformen (insbesondere Italien) sowie der laufenden Beobachtung und Bearbeitung der Bewegung der kapitalistischen Weltwirtschaft und ihrer Teilbereiche weiterentwickelt werden.

Eckart Hildebrandt

13 Vgl. z.B. Hubertus Hüppauff: "Fordstreik, Anti-Streik-Gesetze und der Mythos der Militanz" in SOZIALISTISCHE POLITIK, 3/69, S. 14 ff. Vgl. auch die Analyse von Elmar Altvater in diesem Heft.

MATERIALIEN ZUM NONKONFORMISTISCHEN SOZIALISMUS – L I N K S

seit 1962
Informationen
Analysen
Kommentare
Dokumentationen

aus den Bereichen der unabhängigen Linken in der BRD und anderen europäischen Ländern

jetzt zwei Ausgaben je Monat mit Beiheftserie TECHNOLOGIE UND DEMOKRATIE

Probehefte und Bezugsbedingungen gegen Voreinsendung von DM 1,– in Briefmarken bei STUDIEN FÜR ZEITFRAGEN, D 6, Frankfurt/Main 70, Postfach 700 925

Zum Problem der Zentralisation und Konkurrenz der Kapitale

Zur Rezension von Christel Neusüß: J. Huffschmid, Die Politik des Kapitals, SOPO 4, S. 118

In der letzten Nummer der SOZIALISTISCHEN POLITIK erschien die Rezension des Buches von J. Huffschmid (1), in der scharfe Kritik an diesem Buch geübt wird. Mir scheint die Kritik aber zum Teil eine falsche Beurteilung der historischen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zum Ausdruck zu bringen. Sehen wir von den mehr oder weniger nebensächlichen Angriffen von Ch. Neusüss auf Huffschmid ab, z.B. von der Behauptung, er sei in den "Vorstellungen der bürgerlichen Ökonomie" verfangen und somit "an die Begriffe und damit auch an die Inhalte bürgerlicher Ökonomie" fixiert, so ist der Hauptvorwurf die Vernachlässigung des Widerspruchs zwischen dem Kapital und der Arbeit durch Huffschmid. Sie sagt:

> "In der abstrakten Gegenüberstellung von "Bedürfnissen der Kapitalexpansion" und "Bedürfnissen der Verbraucher" verschwinden die Widersprüche von Produktion von Mehrwert und seiner Realisierung ebenso wie der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit."

Untersucht man aber genau das Buch Huffschmids, so ist derartiges nicht der Fall. Er behauptet ja e x p l i z i t, daß durch die historische Entwicklung des Kapitals der Widerspruch zwischen Produktion (von Waren und nicht von Mehrwert) und Konsumtion aufgehoben wird, somit auch die Krisen aus der Realität der kapitalistischen Produktionsweise verschwinden. Es ist also nicht eine "abstrakte Gegenüberstellung", sondern die explizite Darstellung der Zentralisation des Kapitals (was Huffschmid fälschlich als Konzentration des Kapitals bezeichnet), die ihn zur Behauptung veranlaßt, daß heute die Produktionskrisen nicht mehr notwendig seien, was nichts anderes heißt, als daß er aus der Zentralisation des Kapitals die Stabilität der kapitalistischen Produktionsweise abzuleiten versucht.

Versuchen wir den für uns wichtigen Kern der Argumentation Huffschmids zu rekonstruieren. Er behauptet: unter den Bedingungen von Konkurrenz zwischen den Kapitalien ist es dem einzelnen Kapital nicht möglich, den auf ihn anfallenden Teil des Marktes vorauszusehen, so daß unverkäufliche Produkte hergestellt werden. Die Anarchie der Warenproduktion führt zu Schwankungen der Produktion, also auch zu Schwankungen der Beschäftigung, und damit zu ständigen Krisen. Dieser, wenn auch nicht explizit dargestellten Situation wird die heutige gegenübergestellt, in der große Monopolisten oder große Konzerne den Markt völlig überschauen können, damit auch die Produktion kontrollieren und somit auch die Krisen bewußt vermeiden können. In der heutigen Phase der kapitalistischen Produktionsweise spielt dementsprechend der Staat ebenfalls eine stabilisierende Funktion, die darin besteht, jene Irrtümer der großen Konzerne, die trotz deren weiten Überblicks über den Markt auftreten, durch entsprechende Ausgaben bzw. Ausgabeneinschränkungen zu korrigieren. Der Anarchie der Warenproduktion unter den Bedingungen der Konkurrenz stellt Huffschmid eine veränderte historische Situation gegenüber, nämlich die, mit seinen Worten, des "Kollektivkapitalismus" und der "gesamtwirtschaftlichen Steuerung".

1 Christel Neusüss: J. Huffschmid: DIE POLITIK DES KAPITALS, SOPO 4/69, S. 118.

In den zusammen mit U. Ströhle zur Arbeitskonferenz der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ vorgelegten Thesen sagt Huffschmid:

> "Durch die zunehmende Kollektivierung der kapitalistischen Planung werden auch die traditionellen Krisenmechanismen des Kapitalismus entschärft. Die gemeinsame Planung sowohl innerhalb einzelner Branchen als auch in Zusammenarbeit mit den hierfür zunehmend spezialisierten und legitimierten (?) wirtschaftspolitischen Instanzen des Staatsapparates läßt die Entstehung krasser Disproportionalitäten und damit neuer Strukturkrisen vermeidbar erscheinen." (RPK-Nr. 43/44/45)

Denn, so steht an der gleichen Stelle:

> "Innerhalb der Kapitalistenklasse können die Großunternehmer und Konzerne als die perspektivisch allein relevanten Produktionseinheiten das Problem der Konkurrenz, wenigstens was die Preiskonkurrenz angeht, im nationalen Rahmen als weitgehend gelöst betrachten und im internationalen Rahmen als lösbar."

Also die "gemeinsame Planung" der Unternehmen, die "das Problem der Konkurrenz als gelöst bzw. lösbar betrachten können", "läßt die Entstehung krasser (!) Disproportionalitäten (wessen?) und damit neuer Strukturkrisen vermeidbar erscheinen". Auf den Kern gebracht heißt dies: weil sich die Kapitalisten einbilden, sie könnten den Widerspruch der kapitalistischen Produktion lösen, erscheint dem einfachen Betrachter das Auftreten von Krisen als vermeidbar. (2) Das hier von Strukturkrisen gesprochen wird, lenkt nur ab, denn die Behauptung ist die, daß überhaupt keine Überproduktion von Waren (im Verhältnis zur Konsumtionskraft der Gesellschaft) erfolgen kann, da die Kapitalisten einen "spezialisierten" und sogar "legitimierten" Staatsapparat zur Verfügung haben.

Zu dieser Ableitung der kapitalistischen Stabilität kommt Huffschmid durch die Darstellung der Zentralisation des Kapitals. In seinem Buch geschieht dies durch empirisches Material, das richtig verstanden auch sehr wertvoll ist. In den Thesen der RPK wird dem sog. "Industriekapitalismus" eine "Wirtschaft" entgegengesetzt, "die durch zunehmende Monopolisierung und durch den Staatseingriff in Permanenz gekennzeichnet ist." (In der Ausdrucksweise kommt wieder die Verwirrung zum Vorschein. Denn ob Konkurrenz vorherrscht oder der Markt monopolisiert ist, ist eine Bestimmung, die den Markt, also die Form des Warenaustausches betrifft, die Bestimmung des Kapitalismus als Industriekapitalismus betrifft dagegen das Kapital im Produktionsprozeß. Daher wird bei Huffschmid/Ströhle der Industriekapitalismus zu einer "Wirtschaft die..." usw. Richtig wäre es gewesen, dem Industriekapitalismus den Imperialismus gegenüberzustellen, oder besser ausgedrückt, den Unterschied zwischen diesen zwei Formen des Kapitalismus zu entwickeln, Dann wären aber ihre Thesen hinfällig geworden!)

Der Prozeß der Zentralisation und damit der Aufhebung der Konkurrenz kann nicht geleugnet werden (schon angesichts eben des Materials, das Huffschmid vorlegt). Aber dieser Prozeß ist durchaus nicht so neu, wie das Huffschmid vorzuschweben scheint. schrieb schon vor fünfzig Jahren:

> "Die Konkurrenz wandelt sich zum Monopol. Die Folge ist ein gigantischer Fortschritt Vergesellschaftung der Produktion. Im besonderen wird auch der Prozeß der technischen Erfindungen und Vervollkommnungen vergesellschaftet.
> Das ist schon etwas ganz anderes als die alte freie Konkurrenz zersplitterter Unternehmer, die nichts voneinander wissen und für den Absatz auf unbekanntem Markte produzieren..."(3)

2 Eine recht seltsame Logik versteckt sich auch hinter der Vorstellung, daß, weil, wie der damalige Finanzminister Schmücker selbst bestätigt hat, die Rezession von 1967 und die sich ihr anschließenden Krisenerscheinungen gewollt herbeigeführt wurden (durch die Regierung Erhards), diese Rezession nicht notwendig war. Es wird also so getan, als sei das Wollen der kapitalistischen Agenten unabhängig von den Notwendigkeiten des kapitalistischen Produktionsprozesses.

3 W.I. Lenin: AUSGEWÄHLTE WERKE, Bd. 1, S. 783/784 ("Der Imperialismus als höchstes Stadium...").

Und gleich darauf:

> "Die Produktion wird vergesellschaftet, die Aneignung jedoch bleibt privat. Die gesellschaftlichen Produktionsmittel bleiben Privateigentum einer kleinen Anzahl von Personen. Der allgemeine Rahmen der formell anerkannten freien Konkurrenz bleibt bestehen, und der Druck der wenigen Monopolinhaber auf die übrige Bevölkerung wird hundertfach schwerer, fühlbarer, unerträglicher." (Ibid., S. 784)

Dennoch kritisiert Ch. Neusüss bei Huffschmid gerade das, was bei diesem richtig ist. Denn statt von dem unleugbaren Entwicklungsstand der Zentralisation des Kapitals aus die falschen Schlußfolgerungen Huffschmids aufzuzeigen, hält sie ihm die Konkurrenz gegenüber, die er ja nicht einmal leugnet. (Denn er behauptet nicht, daß es überhaupt keine Konkurrenz zwischen den Kapitalisten gäbe, sondern daß diese ihren bestimmenden Charakter für das Kapital verloren hat. Er spricht von einem "Nachlassen bzw. tendenziellen Verschwinden des Konkurrenzdrucks". Siehe RPK 43/44/45, S. 15) Sie schreibt:

> "So wird die 'Kooperation' der großen Kapitale nachgewiesen an der Kooperation einzelner großer Unternehmen, wobei völlig außeracht gelassen wird, daß selbst die wenigen großen Konzerne nach wie vor untereinander und vor allem mit den großen ausländischen Konzernen in Konkurrenz stehen." (SOPO 4, S. 120)

Und nach einem sich gleich anschließenden Zitat aus den "Grundrissen" von Marx schreibt sie:

> "Und die Einschränkung der Konkurrenz im entwickelten Kapitalismus leitet Marx als Ankündigung "seiner Auslösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise" (Grundrisse, S. 544) her. Huffschmid demgegenüber beharrt darauf, daß durch die von ihm behauptete "Kooperation der Kapitale" sich an den Bewegungsgesetzen des Kapitalismus als Verwertungszusammenhang vieler aufeinander bezogener Einzelkapitale nichts ändere."

Hier liegt ein Mißverständnis seitens Ch. Neusüss vor. Sie verwechselt offenbar den historischen Prozeß der "Ankündigung der Auflösung" kapitalistischer Produktionsverhältnisse mit dem Prozeß der Aufhebung dieser Verhältnisse, also zwei verschiedene Stufen der Entwicklung derselben. Wenn Marx sagt, die Aufhebung der Konkurrenz deute auf die Auflösung der kapitalistischen Produktionsweise hin, so ist damit natürlich nicht gemeint, daß der Kapitalismus zusammen mit dieser Aufhebung verschwindet. Eine derart einfache Vorstellung über die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse darf man bei ihm nicht herauslesen. Aber noch größer ist das Mißverständnis, wenn sie sagt, Huffschmid würde leugnen, daß sich durch die "Kooperation der Kapitale" an den Bewegungsgesetzen des Kapitalismus nichts ändere. Ist es doch gerade er, der darauf hinweist, daß heute "der Verwertungszusammenhang vieler aufeinander bezogener Einzelkapitale" eine ganz andere historische Form angenommen habe als unter den Bedingungen der Konkurrenz. Was Huffschmid in einer zugegebenermaßen recht umständlichen Weise zu zeigen versucht, ist, daß durch die Aufhebung der Konkurrenz sich das Kapital auf sich selbst nicht mehr als ein gegensätzliches bezieht, sondern als gemeinsames, einziges, dessen Interesse nicht im Sieg über das andere Kapital liegt (Konkurrenz), sondern im Sieg über die Arbeit, in der Unterdrückung der Arbeiterklasse. Daß er dabei den Begriff "Verbraucher" verwen-

JÜRGENS BUCHLADEN
DAHLEM★DORF
Jürgen Schleicher
1 Berlin 33 Tel. 769 16 25
Königin Luise Str. 40
Kritische Literatur · Poster & Grafik
Fachbücher · Buchversand

det, ist zwar nicht richtig, es entspricht durchaus dem Bewußtsein der Vergesellschaftung der Produktion, die jetzt nicht nur im Gegensatz zu einer Klasse stattfindet, sondern im Gegensatz zur Gesellschaft insgesamt. Der Begriff "Verbraucher" ist hier ebenso gerechtfertigt wie die Benutzung des Begriffes "Bevölkerung" durch Lenin in dem oben zitierten Absatz

Was Ch. Neusüss hier durcheinander bringt ist die Tatsache, daß innerhalb, oder auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse die Produktion vergesellschaftet wird, und zwar in einem immer größer werdenden Maße, mit der anderen, daß sich in diesem historischen Prozeß der Wandlung des Kapitalismus von einem bornierten, beschränkten und gegensätzlichen System der Produktion zu einem gesellschaftlichen System die Grundlage desselben beibehalten wird. Sie verwechselt also den Prozeß der Vergesellschaftung der Entwicklung der Produktivkräfte mit dem Prozeß der Veränderung der Produktionsverhältnisse. Sie verfällt damit (sicherlich ungewollt) in die gleiche Flachheit des Revisionismus, der diese beiden Entwicklungen nicht nur innerhalb des Kapitalismus verwechselt, sondern auch in der Übergangsgesellschaft. Damit fällt nämlich die Notwendigkeit der revolutionären Aktion aus der historischen Notwendigkeit heraus, und sie verwandelt sich in eine Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte, oder wie es so schön ausgedrückt wird, in die technisch-wissenschaftliche Revolution.

Durch seinen Trieb zur Entwicklung der Produktivkräfte, der aus dem Wesen des Kapitals entspringt, erschließt das Kapital immer mehr Gebiete der Natur, wobei dieser Prozeß immer mehr einen gesellschaftlichen Charakter annimmt. Dazu ist aber nicht nur die Entwicklung der Produktivkräfte notwendig, sondern auch eine ungeheure Akkumulation von Kapital. Diese Bewegung, die aus der Natur des Kapitals hervorgeht, unabhängig von dessen Vereinzelung, also unabhängig davon, ob es in viele Kapitalien aufgeteilt ist, muß sich natürlich in der Bewegung des vereinzelten Kapitals zeigen. Die Akkumulation von Kapital ist der Ausdruck der notwendigen Bewegung des Kapitals, unabhängig von seiner konkreten Erscheinungsform. Die Konzentration des Kapitals dagegen ist ein Ausdruck für die Form die diese Akkumulation in der Realität annimmt, also dort, wo wir es nicht mit d e m Kapital zu tun haben, sondern mit vielen Kapitalien. Die Konzentration des Kapitals findet wie Marx sagt, "im Unterschied gegen viele Kapitalien" (Grundrisse, S. 484) statt. Der Prozeß der Konzentration des Kapitals ist nur eine historische Ausdrucksform des Prozesses der Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Daher ist die Konzentration von Kapital gleichzeitig eine Konzentration von Produktivkräften. Hier zeigt sie sich in ihrer positiven Bestimmung. Negativ aber zeigt sich der Konzentrationsprozeß des Kapitals in dessen Zentralisation, also in der Negation der vereinzelten Konzentration. Wenn ursprünglich die Konzentration das sicherste Mittel ist, die Konkurrenz zwischen den Kapitalien hervorzurufen (durch die Teilung des Kapitals, z.B. durch Erbschaft usw.), so schlägt dies in der weiteren Entwicklung in sein Gegenteil um. Wenn sich nämlich das Kapital der Produktion von Gebrauchswerten zuwendet, die eine riesige Konzentration von Produktivkräften erfordert, so ist damit nicht nur eine riesige Akkumulation von Kapital notwendig, sondern auch seine Zentralisation, also die Aufhebung seiner Vereinzelung. Damit wird das Kapital nicht nur seiner adäquaten Form nach gesetzt, als fixes Kapital, sondern gleichzeitig als seine Negation, als zentralisiertes fixes Kapital. Es sind dies nur verschiedene Seiten desselben Prozesses der Entwicklung der Produktivkräfte. Marx erklärt dies in der folgenden Weise:

> "Der quantitative Umfang, worin, und die Wirksamkeit (Intensität), worin das Kapital als capital fixe entwickelt ist, zeigt daher überhaupt den degree an, worin das Kapital als Kapital, als die Macht über die lebendige Arbeit entwickelt ist und sich den Produktionsprozeß überhaupt unterworfen hat. Auch nach der Seite hin, daß es die Akkumulation der vergegenständlichten Produktivkräfte ausdrückt und ebenso der vergegenständlichten Arbeit." (Grundrisse, S. 587)

Wenn somit ganze Produktionszweige dem Produktionsprozeß e i n e s Kapitals unterworfen werden, wie das heute nicht selten der Fall ist (man betrachte nur die riesigen internationalen Konzerne, die sich aus kolonisierten Ländern die Arbeitsmittel holen, und diese bis zum letzten Arbeitsprozeß innerhalb ihres eigenen Produktionsprozesses verarbeiten), so erscheint dort unmittelbar die Allgemeinheit des einzelnen Kapitals, die im Begriff des Kapitals im allgemeinen enthalten ist. Diese Allgemeinheit erscheint nicht vermittelt durch den Markt oder durch die Konkurrenz, sondern unmittelbar im einzelnen Kapital. Unter den Bedingungen der Vereinzelung des Kapitals gilt, was Marx wie folgt beschreibt:

> "Das Wirken der Kapitalien als einzelner aufeinander wird so grade ihr Setzen als allgemeiner und Aufheben der scheinbaren Unabhängigkeit und selbständigen Bestehns der Einzelnen. Noch mehr findet diese Aufhebung statt im Kredit. Und die äußerste Form, wozu die Aufhebung geht, die aber zugleich das u l t i m a t e S e t z e n des Kapitals in seiner ihm adäquaten Form das Aktienkapital." (Grundrisse, S. 550)

Unter den Bedingungen der Zentralisation des Kapitals, dessen Erscheinungsform das Aktienkapital ist, erfolgt die Aufhebung der Vereinzelung nicht wie unter den Bedingungen der Konkurrenz durch die Nachfrage, die Zufuhr, die Preise, Produktionskosten usw., also nicht durch den Markt, sondern sie erscheint jetzt in der F o r m des Kapitals selber. Mit der Entstehung von Aktiengesellschaften entsteht eine "ungeheure Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion und Unternehmungen, die für Einzelkapitale unmöglich waren. Solche Unternehmungen zugleich, die früher Regierungsunternehmungen waren, werden gesellschaftliche". (Kapital III, S. 452)

Damit tritt das ein, was Marx an der gleichen Stelle beschreibt:

> "Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen.
> Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst." (Ibid., S. 452)

Und zwei Seiten danach:

> "Es ist dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst, und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her und fordert daher die Staatseinmischung heraus. Er reproduziert eine neue Finanzaristokratie, eine neue Sorte Parasiten in Gestalt von Projektmachern, Gründern und bloß nominellen Direktoren; ein ganzes System des Schwindels und des Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktienausgabe und Aktienhandel. Es ist Privatproduktion ohne die Kontrolle des Privateigentums." (Ibid., S. 454)

Sehen wir wieder von der umständlichen und selbst verfangenen Art ab, in der Huffschmid in seinem Buch zum Begriff des "Kollektivkapitalismus" kommt, so werden wir erkennen, daß sich dahinter eben der Prozeß versteckt, den Marx an vielen Stellen des "Kapital" und der "Grundrisse" beschreibt, nämlich der Prozeß der Zentralisation des Kapitals. Huffschmid entwickelt dies durch die Gegenüberstellung zweier Ideologien der herrschenden Klasse, und kann daher nicht auf den Kern dringen, was nicht ohne Folgen bleibt. Aber er trifft zumindest den wichtigen Punkt: die Zentralisation des Kapitals, oder besser, die Zentralisation der vielen Kapitalien. Ch. Neusüss stellt ihm aber die Konkurrenz gegenüber, denn, so scheint sie aus dem Marx-Zitat herauszulesen, existiert keine Konkurrenz, so wäre der Kapitalismus schon längst aufgehoben. Das ist aber falsch. Die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise wird eben nicht von der Entwicklung der Produktivkräfte hervorgerufen, sondern durch das revolutionäre Handeln der Mitglieder der kapitalistischen Gesellschaft. Die Zentralisation des Kapitals hebt nicht die kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf, sondern sie drängt dem Kapital Formen auf, die

in Widerspruch zu sich selbst stehen, daher drängt sie der unterdrückten Klasse das Bewußtsein der Notwendigkeit ihrer Revolutionierung auf. Marx schreibt:

> "Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsamverwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts, und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch der Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropiiert." (Kapital I, S. 791)

Mit dieser Stelle aus dem "Kapital" wird aber jetzt der grundlegende Fehler des Huffschmidschen Buches sichtbar, den Christel Neusüss sehr treffend formuliert hat, wenn sie sagt:

> "Nirgendwo (im Huffsch. Buch A.S.) werden die Hebel der Veränderung sichtbar."

Während Marx die Zentralisation des Kapitals als einen zur kapitalistischen Produktionsweise widersprüchlichen Prozeß aufzeigt, glaubt Huffschmid, daß mit der Aufhebung der Konkurrenz durch die Zentralisation auch gleichzeitig die Stabilität des Kapitalismus erreicht wird. Er sieht in der Staatseinmischung das Mittel der Stabilisierung, der e r f o l g r e i c h e n Stabilisierung, der Selbsterhaltung und der Expansion. Dies muß auch notwendig der Fall sein, da er nicht den Versuch unternimmt, den Prozeß der Zentralisation aus den Gesetzen der kaptialistischen Produktion zu entwickeln, und er versucht auch nicht zu zeigen, daß der heutige Entwicklungsstand notwendig ist. Er stellt vielmehr diesen Entwicklungsstand für heute fest und vergleicht ihn mit der Ideologie der herrschenden Klasse, um dann wiederum festzustellen, daß die eine Ideologie dieser Klasse längst veraltet ist, daß die andere (die der Herren Repräsentanten des Großkapitals) erst entwickelt werden muß. Dies ist wahrlich ein seltsames Verfahren der Darstellung der kapitalistischen Entwicklung. Als ob die Ideologie der herrschenden Klasse jemals die Realität hätte wiedergeben können! Allerdings liegt es nicht nur am Glauben an die Stabilitätskünstler, daß Huffschmid aus der Zentralisation die Stabilität des Kapitals herleitet. Wenn man nämlich bei der Darstellung der "Politik des Kapitals in der BRD" die Beziehungen auf den Weltmarkt, die Beziehungen zur gesellschaftlichen Entwicklung in den sozialistischen Ländern vernachlässigt sowie die Rückwirkungen des revolutionären Krieges in der ganzen Welt völlig unbeachtet läßt, und außerdem noch eine falsche Vorstellung der Profitrate hat (wie im Aufsatz "Zur Methode der Bilanzanalyse" in der RPK, Nr. 42, den er zusammen mit B. Jansen schrieb), dann ist es natürlich kein Wunder, daß er sagt:

> "Die politische und gesellschaftspolitische Formierung der Gesellschaft, selber ein Stabilitätszwang der ökonomischen Entwicklung, gelingt (!!!) durch den Appell an den ökonomischen "Sachverstand" – ein Sachverstand freilich, der die Interessen des Kapitals für die Interessen der Gesellschaft ausgibt..." (S. 136)

Und an dieser falschen Beurteilung ändert nichts, daß die Interessen des Kapitals den Interessen der Gesellschaft nicht entsprechen, und noch viel weniger, daß die "Steuerungskriterien" nicht

> "mehr auf den Wohlstand, die Versorgung oder die Befreiung der Menschen, sondern nur noch auf Selbsterhaltung und Expansion gerichtet sind." (S. 136)

Denn die Frage ist nicht, auf was die "Steuerungskriterien" gerichtet sind, sondern ob die kapitalistische Produktion überhaupt gesteuert werden kann, so daß die Selbsterhaltung und die Expansion tatsächlich bewußt ermöglicht wird. Diese Illusion zu verbreiten sollte Genosse Huffschmid den Geschäften der Kapitalisten überlassen und stattdessen die von ihm auch als notwendig anerkannte Analyse der Konzerne durchführen und uns zeigen, wie in diesen Konzernen, um es mit den Worten Engels auszudrücken, "der künftigen Expropriation durch die Gesamtgesellschaft, die Nation, aufs erfreulichste vorgearbeitet" wird.

Alex Schubert

Replik zu Alex Schubert

In der Tradition der Theorie der Arbeiterbewegung findet die Zentralisation der Kapitale – das Zentralthema bei Huffschmid und in der Kritik Alex Schuberts an meiner Rezension des Huffschmidschen Buches in der SOPO Nr. 4 – zwei entgegengesetzte Interpretationen. Die revisionistischen Theoretiker (z.B. Bernstein und Hilferding) sahen in ihr das erste Anzeichen des beginnenden Sozialismus innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft: "Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion. Diese planmäßige, mit Bewußtsein geleitete Wirtschaft unterliegt in viel größerem Maße der Möglichkeit der bewußten Einwirkung der Gesellschaft, d.h. nichts anderes, als der Einwirkung durch die einzige bewußte und mit Zwangsgewalt ausgestattete Organisation, der Einwirkung durch den Staat." (1) Die Interpretation der Zentralisation der Kapitale als Aufhebung der 'Anarchie des Marktes' und als Basis einer planmäßig geleiteten Produktion durch den bürgerlichen Staat in Zusammenarbeit mit den großen Kapitalen bildet dabei die ökonomische Legitimierung für die praktizierte Politik der "Zusammenarbeit der Klassen", und das heißt des Versuchs der SPD zur Liquidierung des Klassenkampfes. (2) Demgegenüber hebt schon Rosa Luxemburg in ihrer Kritik an Bernstein und in Anlehnung an die Marxsche Theorie hervor: Die Kartelle und Trusts erscheinen "in ihrer endgültigen Wirkung auf die kapitalistische Wirtschaft nicht nur als kein 'Anpassungsmit-

1 PROTOKOLL DES PARTEITAGS DER SPD 1927, S. 168.
2 Vgl. auch Bernstein, DIE VORAUSSETZUNGEN DES SOZIALISMUS UND DIE AUFGABEN DER SOZIALDEMOKRATIE, Stuttgart 1899, S. 79 ff.
Vgl. dazu ausführlich: Erika König, VOM REVISIONISMUS ZUM 'DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS', Berlin 1964.

Von der Unfähigkeit der Parteien:	Keine »Tragödie« - geplanter Mord:	Im Namen von Kapital und Demokratie:
1 **Meynaud:** Bericht über die Abschaffung der Demokratie in Griechenland	6 **Antonello u.a.:** Nigeria gegen Biafra?	13/14 **Horowitz:** Kalter Krieg. US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam. In 2 Bänden
DM 5.50 160 Seiten. Im Abo: 1 DM weniger	**DM 5.50** 160 Seiten. Im Abo: 1 DM weniger	**je DM 6.50** 240/208 Seiten. Abo.: je 5.50
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6	Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6	Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6
Rotbücher	**Rotbücher**	**Rotbücher**

tel', das ihre Widersprüche verwischt, sondern geradezu als eines der Mittel, die sie selbst zur Vergrößerung der eigenen Anarchie, zur Austragung der in ihr enthaltenen Widersprüche, zur Beschleunigung des eigenen Untergangs geschaffen hat." (3) Der These von der abnehmenden Schärfe des kapitalistischen Krisenzusammenhangs durch Zentralisation der Kapitale setzen Rosa Luxemburg ebenso wie Lenin in ihren Imperialismusanalysen die Demonstration der sich verschärfenden kapitalistischen Widersprüche entgegen und begründen so auch die objektive Notwendigkeit des Klassenkampfes. Denn, so sagt Rosa Luxemburg: "Nimmt man mit Bernstein an, die kapitalistische Entwicklung gehe nicht in der Richtung zum eigenen Untergang, dann hört der Sozialismus auf, eine objektive Notwendigkeit zu sein." Er wird zum "bloßen Ideal". (4)

Die sozialdemokratische Strategie – Zusammenarbeit der Klassen – war also durchaus folgerichtig aus der Theorie vom organisierten Kapitalismus abgeleitet, dem infolge der fortschreitenden Kapitalkonzentration und -zentralisation die Aufhebung seiner Krisen möglich sein sollte. (5) Demgegenüber formuliert Huffschmid zwar auf der einen Seite eine Neuauflage der Theorie vom organisierten Kapitalismus, auf der anderen Seite aber hält er an der Notwendigkeit des Klassenkampfes fest. Diesen Widerspruch wollte ich bezeichnen, wenn ich in meiner Rezension in der letzten Nummer der SOPO, wie Alex Schubert kritisiert, "mißverständlich" formulierte: Huffschmid beharre darauf, daß durch die von ihm behauptete 'Kooperation der Kapitale' sich an den Bewegungsgesetzen des Kapitalismus als Verwertungszusammenhang vieler aufeinander bezogener Einzelkapitale nichts ändere. (6) Die These von der Möglichkeit der Planung der Produktion durch die friedlich kooperierenden Einzelkapitale impliziert nämlich, daß die kooperierenden Kapitale nicht mehr als einzelne dem Zwang zur Akkumulation unterliegen. Gemeinsame Planung der Produktion durch die kooperierenden Kapitale und Zwang für jedes Einzelkapital, sich zu verwerten, schließen sich gegenseitig aus. (7) Entweder führt die Zentralisation der Kapitale zum dauerhaften Krisenmanagement durch das Großkartell Staat-Kapital – und dies ist nur möglich, wenn das Einzelkapital vom Zwang der Verwertung befreit ist, also auch nicht mehr Kapitalist ist –, und dann wird der Klassenkampf zur volutaristischen Phrase; oder sie verschärft "in ihrer endgültigen Wirkung" (R. Luxemburg) die kapitalistischen Krisen und verändert damit

3 Rosa Luxemburg, "Sozialreform oder Revolution? " in: Dieselbe, POLITISCHE SCHRIFTEN I, Frankfurt 1966, S. 62. Im vorhergehenden Text begründet Rosa Luxemburg ausführlich diese These.
Vgl. dazu auch Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus".

4 Rosa Luxemburg, ebda, S. 54/55.

5 Historisch war der Weg umgekehrt; die Theorie vom organisierten Kapitalismus wurde als nachträgliche Legitimation der sozialdemokratischen Politik in der Weimarer Republik entwickelt.

6 Daß trotz gewaltiger Zentralisation des Kapitals dennoch die vielen Einzelkapitale eine Rolle spielten, macht bereits ein Blick in die Statistik sichtbar. 1968 gab es in der BRD immerhin 2,9 Mio. "Selbständige" und es würde daher die Unterstellung eines groben Unsinns bedeuten, Huffschmid die Nichtbeachtung des Verwertungszusammenhangs vieler aufeinander bezogener Einzelkapitale zu unterschieben.

7 Eugen Varga, "Probleme der Monopolbildung und die Theorie vom organisierten Kapitalismus", in: ders.: DIE KRISE DES KAPITALISMUS UND IHRE POLITISCHEN FOLGEN, Frankfurt 1969, S. 26/27: "Unter Kapitalismus verstehen wir eine warenproduzierende Gesellschaft, deren Mechanismus durch das Wertgesetz beherrscht wird, das seinerseits den Markt zu seiner Entfaltung bedingt. Im "organisierten Kapitalismus" in seiner Vollendung, im weltumfassenden Generalkartell, gibt es nur noch einen Arbeitgeber, einen Eigentümer aller Güter. Es gibt keinen Markt, sondern eine Zuteilung, keine Waren, kein Wertgesetz, keine Konkurrenz, keine Notwendigkeit der Akkumulation... keinesfalls wäre (dies) eine kapitalistische Gesellschaft."
In diesem Aufsatz wendet sich Varga auch ausführlich gegen die Hilferdingsche These von der totalen Aufhebung der Konkurrenz durch das Monopol und stellt dar, wo, in welchen Formen und warum Konkurrenz der Einzelkapitale auch das monopolistische Stadium des Kapitalismus unweigerlich beherrscht.

die objektive Voraussetzung für Klassenkämpfe. Aber es geht nicht an, auf der einen Seite dem Kapitalismus seine verstärkte Lebensfähigkeit zu bescheinigen, auf der anderen Seite dagegen auf der Notwendigkeit des Klassenkampfes zu beharren. Meine Kritik versuchte also zu zeigen, daß Huffschmid seine falsche These nicht konsequent zu Ende führt.

Das Problem, das den marxistischen und sozialdemokratischen Theoretikern bei der Beurteilung und Analyse der Kapitalkonzentration und -zentralisation vorlag, scheint mir allerdings nicht hinreichend präzise bezeichnet, und damit auch nicht lösbar, wenn man – und hier sind sich Huffschmid und Alex Schubert einig – die Konkurrenz als ein entscheidendes Moment für das Handeln der einzelnen Kapitalisten völlig aus der Betrachtung ausschließt, bzw. als irrelevant abtut. Dies geschieht bei Schubert zum einen, indem er die Akkumulation des Kapitals, die "aus seiner Natur hervorgeht" als "unabhängig von dessen Vereinzelung, also unabhängig davon, ob es in viele Kapitalien aufgeteilt ist" darstellt. Aber nach Marx realisiert sich die allgemeine Bestimmung des Kapitals, "sich verwertender Wert" zu sein, also akkumulieren zu müssen, nicht aus dem Bewegungsgesetz des Einzelkapitals und sei es, daß zum "einzigen" Kapital hypostasierte "Kapital im allgemeinen" im Sinne von Alex Schubert, vielmehr wird diese Bestimmung erst durch die Konkurrenz verwirklicht. (8) So wirkt die Konkurrenz als Motor der Akkumulation. Schubert dagegen will mit seiner These über die Akkumulation ausdrücken, daß nicht erst in der Phase des monopolistischen Kapitalismus, sondern schon eh und je die Kapitalisten unter dem Akkumulationszwang standen, ohne daß dazu der äußere Druck der Konkurrenz notwendig gewesen wäre. Damit erklärt er alle Ausführungen von Marx als irrelevant, in denen dieser darauf besteht, daß die "innere Tendenz des Kapitals", nämlich zu akkumulieren, dem einzelnen Kapitalisten "als ein Zwang, der ihm von fremden Kapital angetan wird" erscheint. (Grundrisse, 316/17)

Das Verhältnis zwischen dem Kapital im allgemeinen und den vereinzelten Kapitalen ist eben nicht so, daß die Existenzweise des Kapitals als viele einzelne Kapitale irrelevant für die Bewegung der Akkumulation und damit für den "Werwolfsheißhunger des Kapitals nach Mehrarbeit" wäre. Am Beispiel der Fabrikgesetzgebung macht Marx deutlich, daß der einzelne Kapitalist eben deshalb nicht die Freiheit hat, seine Arbeiter mehr oder weniger auszubeuten, weil ihm die Konkurrenz der Einzelkapitale

8 "Was in der Natur des Kapitals liegt, wird nur reell herausgesetzt als äußere Notwendigkeit durch die Konkurrenz, die weiter nichts ist, als daß die vielen Kapitalien die immanenten Bestimmungen des Kapitals einander aufzwingen und sich selbst aufzwingen." (GRUNDRISSE, S. 543).

Über den Wahnsinn von Geld und Konsum:	Markt und Profit im Sozialismus?	Gegen den neuen KP-Revisionismus:
8 **Che Guevara:** Ökonomie und neues Bewußtsein	11 **Bettelheim u.a.:** Zur Kritik der Sowjetökonomie	15 **Frank u.a.:** Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus
DM 5.50 160 Seiten. Im Abo.: 1 DM weniger Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6	**DM 5.50** 160 Seiten. Im Abo.: 1 DM weniger Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6	**DM 6.50** 192 Seiten. Im Abo.: 1 DM weniger Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6
Rotbücher	**Rotbücher**	**Rotbücher**

die maßlose Ausdehnung des Arbeitstags aufzwingt. Er kann folglich nicht als moralisches Individuum handeln, sondern nur als Charaktermaske des Kapitals. Das innere Gesetz des Kapitals im Allgemeinen wird ihm als äußere Notwendigkeit aufgeherrscht vermittels der Konkurrenz.

Zum andern schließt sich Schubert Huffschmids These von der tendenziellen Aufhebung der Konkurrenz im Monopolkapitalismus an. Diese These aber von der "Aufhebung der Konkurrenz", aufgrund derer "sich das Kapital auf sich selbst nicht mehr als ein gegensätzliches bezieht, sondern als gemeinsames, einziges (!), dessen Interesse nicht im Sieg über das andere Kapital liegt (Konkurrenz), sondern im Sieg über die Arbeit, in der Unterdrückung der Arbeiterklasse" (Schubert), ist falsch. (9) Im Gefolge dieser These gelingt es Schubert deshalb nicht, seinen Einwand gegen Huffschmid, der Kapitalismus könne nicht krisenfrei funktionieren, inhaltlich zu begründen. Er stellt Huffschmid Marx-Zitate entgegen, die von der Verschärfung der Krisen unter der Bedingung der Existenz von Kapitalmonopolen sprechen, ohne die theoretische Herleitung dieser Tendenz bei Marx nachzuvollziehen. Marx hat in der Tat nie, ebensowenig wie Lenin, in der Tendenz zur Zentralisation des Kapitals, eine Tendenz zur Bildung von Kapitalmonopolen gesehen, die das Geschäft der Ausbeutung der Arbeiterklasse als vereinigtes Gesamtkapital, als "materieller" Gesamtkapitalist gemeinsam vollziehen, so wie Huffschmid und Schubert dies tun. Die Belege, die Schubert anführt, um seine These vom materiellen Gesamtkapitalisten durch Marx und Lenin zu bekräftigen, sind aus dem Zusammenhang gerissen, oder besagen selbst sogar das Gegenteil. Im "Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" stellt Lenin die Aufhebung der freien Konkurrenz durch das Monopol dar, meint damit jedoch die Aufhebung jener Form der Konkurrenz, die als Konkurrenz zwischen Privateigentümern den Nährboden für die bürgerliche Ideologie von der 'Freisetzung der Individuen in der freien Konkurrenz' bildete ('freie Entfaltung der Unternehmerinitiative', 'Chancengleichheit auf dem Markt', 'Befreiung von den feudalen Fesseln der Produktion durch freie Konkurrenz' etc.). Doch wurden eben auch in dieser Form der Konkurrenz, die den Schein der Freiheit der bürgerlichen Individuen erzeugte, nicht die Individuen, sondern das Kapital freigesetzt. (vgl. Grundrisse, 544) Die Freisetzung des Kapitals, seine Befreiung selbst von den Schranken des Privateigentums, vollzieht sich in der Bildung von Aktiengesellschaften, die zwar, ebenso wie Kartelle, die freie Konkurrenz im borniert bürgerlichen Sinne als Konkurrenz der Privateigentümer aufheben, jedoch auf der anderen Seite die Konkurrenz der Einzelkapitale, auch wenn diese die Form von "Gesellschaftskapital" (Marx) annehmen, verschärfen. Die Leninsche Imperialismustheorie ist daher nicht als Beleg für die These vom Einen Kapital, sondern als Darstellung des Prozesses der Verschärfung der Konkurrenz, jetzt vor allem auf der Ebene des Weltmarkts zu verstehen, die durch das Dazwischentreten des Staates als 'Monopol physischer Gewaltsamkeit' die Konkurrenz der Kapitale zur Form der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Staaten treibt. Seine schärfsten Angriffe richtet Lenin folglich in seiner Imperialismusanalyse gegen Kautskys Theorie vom "Ultraimperialismus", die von der Aufhebung der Konkurrenz der Kapitale auf dem Weltmarkt und der Herausbildung eines internationalen 'materiellen Gesamtkapitalisten' spricht, von der "gemeinsamen Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Gesamtkapital" (10), so wie Schubert aus der Zentralisation der Kapitale die 'gemeinsame Unterdrückung der Arbeiterklasse' durch das friedlich vereinte Großkapital herleitet.

9 Vgl. dazu auch den Aufsatz von Varga, s.o.
10 Zitiert bei Lenin, Imperialismus... Berlin 1962, S. 100.

Wenn Marx im Zusammenhang der Darstellung der Aktiengesellschaften (Zitate siehe Schubert) von "Privatprodukt ohne die Kontrolle des Privateigentums" spricht, so hält er gerade mit der Verwendung des Begriffs Privatprodukt daran fest, daß die Aktiengesellschaften, auch wenn hier die Produktion ohne Begrenzung durch das Privateigentum erfolgt, Waren produzieren, die erst durch den Austausch in gesellschaftlichen Zusammenhang treten. Auch die Aktiengesellschaften können den in den Waren enthaltenen Wert nur im Austausch realisieren. "Da der Wert die Grundlage des Kapitals bildet, es also notwendig nur durch Austausch gegen Gegenwert existiert, stößt es sich notwendig von sich selbst ab. Ein Universalkapital, ohne fremde Kapitalien sich gegenüber, mit denen es austauscht, ...ist daher ein Unding." (Grundrisse, S. 324). Auch wenn unter der Bedingung der Kapitalzentralisation dem Einzelkapital der Markt nicht mehr so unbekannt ist, wie unter den Bedingungen der freien Konkurrenz zersplitterter Kapitale, auch wenn das Einzelkapital jetzt seine Produktion für den Markt partiell planen kann, so ändern doch diese neuen Bestimmungen kapitalistischer Entwicklung nichts an der Tatsache, daß sich der in den Waren inkorporierte Wert erst im Austausch realisieren kann. (Vgl. Anm. 7) Wenn Hilferding sich von der "Aufhebung der freien Konkurrenz" der Aufhebung der "Anarchie des Marktes" die Möglichkeit der Planung der Produktion versprach, so ging er dabei von einem völlig falschen Verständnis des Verhältnisses von Produktions- und Zirkulationssphäre aus. Vorausgesetzt nämlich, daß der "kapitalistische Produktionsprozeß... wesentlich in der Produktion von Mehrwert" (Kap. III, 271) besteht, kann keine Beseitigung der Anarchie des Marktes den letzten Grund aller Krisen, den Widerspruch zwischen Produktionskraft und Konsumtionskraft der Massen beseitigen. Dieser Widerspruch entspringt nämlich nicht der Zirkulationssphäre, hat also mit der Konkurrenz der Kapitale nichts zu tun. (11) Aber dieser Widerspruch zwingt die Konkurrenz umgekehrt immer wieder hervor. So schreibt Marx bei der Darstellung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate: "Sobald es sich aber nicht mehr um die Teilung des Profits handelt, sondern um die Teilung des Verlustes, sucht jeder soviel wie möglich sein Quantum an demselben zu verringern und dem andern auf den Hals zu schieben. Der Verlust ist unvermeidlich für die Klasse. Wieviel aber jeder einzelne davon zu tragen hat, wird dann Frage der Macht und der List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder." (Kapital III, 281/82) Und: "Der mit der Akkumulation verbundene Fall der Profitrate bringt notwendig die Konkurrenz hervor." (ebda, S. 285) Wenn Schubert einerseits von der Virulenz kapitalistischer Krisen ausgeht, auf der anderen Seite aber auch von der friedlichen Vereinigung der Kapitale zu einem nicht mehr in sich konkurrierenden Gesamtkapital spricht, so konstruiert er einen noch größeren immanenten Widerspruch als Huffschmid, der Krisen und Konkurrenz gleichzeitig verschwinden sieht.

Huffschmid wiederum verfällt aber der Illusion der Kapitalisten, denen die Höhe der Profitrate als alleiniges Ergebnis der Konkurrenz erscheint, und die deshalb davon ausgehen, durch Kapitalkonzentration, d.h. durch Abbau der Konkurrenz dauerhaft die Profitrate halten zu können. (12) Diese Illusion hat allerdings eine reale Basis in der Tatsache, daß

11 Vgl. dazu auch den Aufsatz von E. Altvater in diesem Heft und Varga, s.o., "Da in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Konsumtionskraft immer niedriger ist als die Produktionskraft, würde auch dann, wenn alle Warenarten von Monopolen produziert und verkauft würden, die Konkurrenz um einen höheren Anteil am Markt um die eigene Warenart bestehen bleiben." (S. 29).

12 Zunehmende Konzentrationsprozesse in der Krise sind also nicht nur als Konzentrationsprozesse, sondern als Ausdruck verschärfter Konkurrenz zu analysieren.
Dementsprechend müßte auch das von Huffschmid ausgebreitete Material nicht nur einfach als Beleg für die unleugbare Tatsache der Zentralisation der Kapitale genommen werden, sondern es müßte unter dem Gesichtspunkt des widersprüchlichen Prozesses von Kapitalzentralisation und Konkurrenz analysiert werden.

es Kapitalmonopolen durch zeitweilige Ausschaltung der Konkurrenz gelingen kann, Extraprofite für längere Zeit zu realisieren. Hier aber beginnen die Probleme, unter denen die konkrete Untersuchung des Verhältnisses von Kapitalzentralisation und Konkurrenz im monopolistischen Kapitalismus angegangen werden müßte. Während nämlich der Fall der Profitrate unabhängig von der Konkurrenz erfolgt, ist die Ausbildung einer allgemeinen Durchschnittsprofitrate unmittelbares Ergebnis der Konkurrenz der Einzelkapitale und bildet zugleich den Regelmechanismus der kapitalistischen Produktion. "Die Konkurrenz der Kapitalisten, die diese Bewegung der Ausgleichung (der besonderen Profitraten) ist, besteht hier darin, daß sie den Sphären, wo der Profit auf längere Zeit unter dem Durchschnitt, allmählich Kapital entzieht, und den Sphären, wo er darüber, ebenso allmählich Kapital zuführt." (Kapital, Bd. III, S. 400)

"Die Anarchie des Marktes" bewirkt also gerade die Ausgleichung der Profitraten der Einzelkapitale. Durch die Konkurrenz setzt sich das "Gesetz des Werts" zwar als "blindes Naturgesetz" durch, aber stellt eben dadurch das gesellschaftliche Gleichgewicht der Produktion inmitten ihrer zufälligen Fluktuationen her. Im Prozeß der Ausbildung einer Durchschnittsprofitrate wird die Verteilung von Kapital und Arbeit in die verschiedenen Produktionssphären (Industriebranchen und -zweige) gemäß den "wechselseitigen Bedürfnissen" (vgl. Kapital, Bd. III, 203, 939) bewirkt. Es ist eben nicht so, daß – wie die Theorien vom organisierten Kapitalismus meinen – die "Anarchie der Produtkion" in Form von Disproportionen zwischen den einzelnen Industriezweigen und zwischen den verschiedenen Abteilungen (Produktionsgüter und Konsumtionsgüter) einfache Konsequenz der Anarchie des Marktes und mit ihr folglich aufzuheben sei. Unter den Bedingungen der warenproduzierenden Gesellschaft wird, wenn überhaupt, zeitweiliges Gleichgewicht der Produktion nur über den Markt hergestellt, sei es als Krise des Verwertungsprozesses, sei es aufgrund der Ausbildung einer Durchschnittsprofitrate, wobei zu betonen ist, daß beides eng zusammen hängt. (Hier liegt übrigens auch der rationale Kern der neoliberalen Ideologie mit ihren Beschwörungen der freien Konkurrenz). Die Wirkung des Wertgesetzes auf die Verteilung der Produktionsagentien gemäß den wechselseitigen Bedürfnissen kann nun im Zuge der Zentralisation der Kapitale zeitweilig außerkraftgesetzt werden. Dies bedeutet nicht eine Aufhebung der Widersprüche in der Produktionssphäre, sondern eher ihre Verschärfung, weil der einzige kapitalistische Regulierungsmechanismus – das Wertgesetz – beschränkt wird unter Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise. In diesem Sinne ist auch Marx zu verstehen, wenn er sagt: Der Prozeß der "Zentralisation der Kapitale in wenigen Händen und Entkapitalisierung vieler... würde bald die kapitalistische Produktion zum Zusammenbruch bringen, wenn nicht widerstrebende Tendenzen beständig wieder dezentralisierend neben den zentripetalen Kräften wirkten." (Kapital, Bd. III, S. 274)

Das Verhältnis von Kapitalzentralisation und Konkurrenz muß im Zusammenhang des tendenziellen Falls der Profitrate und des Problems der Bildung der Durchschnittsprofitrate im monopolistischen Kapitalismus untersucht werden. Darauf wollte ich mit meiner versuchsweisen Formulierung des Problems in Replik auf Alex Schuberts Kritik hinweisen. Dann wird auch deutlich, daß Zentralisation der Kapitale und Konkurrenz nicht zwei einander ausschließende Momente der kapitalistischen Produktion sind, im Gegenteil.

Christel Neusüss

SOPO 6 erscheint Anfang Juni 1970

MARBURGER ABHANDLUNGEN ZUR POLITISCHEN WISSENSCHAFT

Herausgegeben von Wolfgang Abendroth

Band 13 **Hans Manfred Bock · Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 – 1923**
Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
1969 – XIV, 480 Seiten – broschiert 49,60 DM

Band 14 **Olaf Ihlau · Die roten Kämpfer**
Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich
1969 – XIV, 223 Seiten – broschiert 26,50 DM

Band 15 **Wolfgang Steiner · SPD-Parteitage 1964 und 1966**
Analyse und Vergleich
1969 – ca. 92 Seiten – broschiert ca. 9,80 DM

Band 16 **Lothar Döhn · Politik und Interesse**
1969 – ca. 428 Seiten – broschiert ca. 49,50 DM

Band 17 **Margrit Twellmann · Die deutsche Frauenbewegung**
Im Spiegel repräsentativer Frauenzeitschriften und unter Berücksichtigung der Haltung der deutschen liberalen Parteien, ihre Anfänge und erste Entwicklung (1843–1889)
1969 – ca. 240 Seiten – broschiert ca. 26,50 DM

Band 18 **Klaus-Dieter Zöberlein · Die Anfänge des Deutschschweizerischen Frontismus**
1969 – ca. 230 Seiten – broschiert ca. 32,50 DM

VERLAG ANTON HAIN KG
6554 MEISENHEIM · POSTFACH 180

8 München 80
Josephsburgstraße 16
Tel. 433874

trikont verlagskooperative

E. Lobel / S. Gerries

DIE ARABER IN ISRAEL

Der in Israel lebende Palästinenser Gerries gibt eine Darstellung der ökonomischen und sozialen Unterdrückung der Araber innerhalb Israels und schildert ihre systematische Vertreibung und Einschüchterung nach der Staatsgründung. Der Israeli Lobel gibt in seinem umfangreichen Vorwort eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der zionistischen Ideologie und Realität, die die Ursachen für die Lage der Araber sind.

Paperback ca. DM 12,–

P. Cinanni

Emigration und Imperialismus
Zur Problematik der Gastarbeiter

Dieser Text ist die erste umfassende Analyse der Emigration, exemplifiziert vor allem am EWG-Bereich. Herausgearbeitet werden die katastrophalen Konsequenzen der Auswanderung für die Emigrationsländer, ebenso wie der Profit der Imigrationsländer durch diese Verfestigung neo-kolonialer Strukturen. Eine besonders auf die Probleme der Ausländer spezialisierte Betriebsgruppe kritisiert Cinanni's, der KPI entsprechenden, strategische Überlegungen.

Paperback DM 7,–

Gérard Chaliand
Bewaffneter Kampf in Afrika

Anhang: Gérard Chaliand „Nationale Unabhängigkeit und Revolution".
Paperback, 180 S. ..... DM 9.80

C. Schuhler
Zur politischen Ökonomie der Armen Welt
Soziale Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums in den sogenannten Entwicklungsländern

Paperback, 184 S. ..... DM 9.80